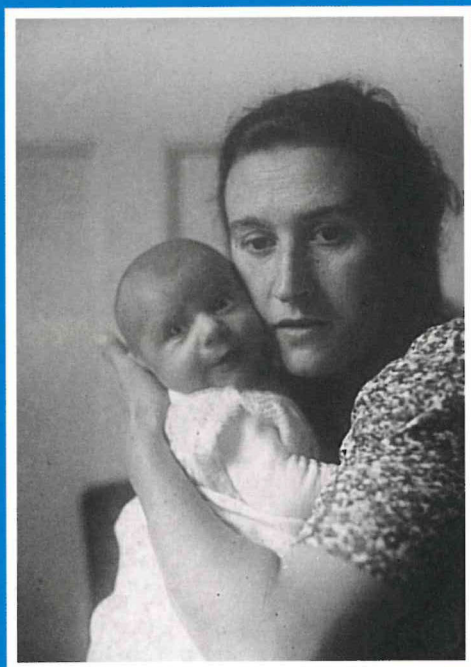
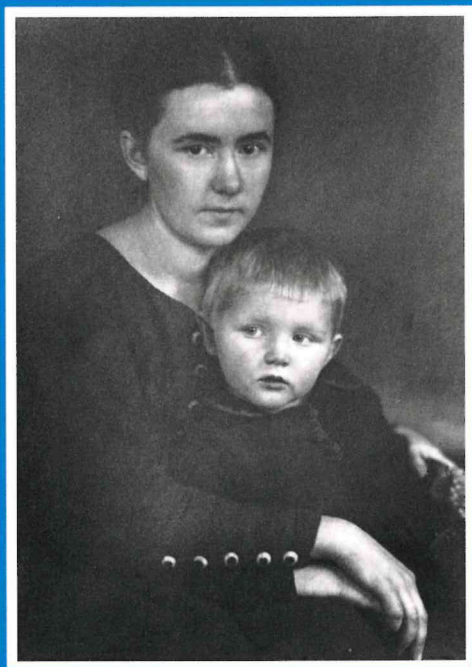

Eschweger Geschichtsblätter

21/2010



Geschichtsverein Eschwege

Eschweger Geschichtsblätter

21/2010

Geschichtsverein Eschwege
im Verein für
Hessische Geschichte und Landeskunde

Inhalt

<i>Dietfrid Krause-Vilmar:</i> Über die politische Tätigkeit des Eschweger Bürgermeisters Dr. Alexander Beuermann in den Jahren 1934–1945.....	Durch Briefwechsel mit Rilke unvergessen Lisa Heise (1893–1969) verbrachte ihre Jugend in Eschwege Eine Erinnerung zum 40. Todestag.....	3 82
<i>Hartmut Hegeler und Ursula Vaupel:</i> Hexengedenken in Eschwege	<i>Lisa Heise (1893–1969):</i> Das Eschweger Krankenhaus um die Jahrhundertwende	33 88
<i>Hans Isenberg:</i> Die private „höhere Töchterschule“ in Eschwege von ihrer Gründung 1846 bis zu ihrer Aufnahme in die städtische Mädchen-Gesamtschule 1864	<i>Eveline Grönke und Edgar Weinlich:</i> Ein Narr aus Hessen.....	44 93
<i>Renate Tobies:</i> Mädchenschulreform im Kontext der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsreform zu Beginn des 20. Jahrhunderts	Veröffentlichungen aus dem Werra-Meißner-Kreis im Jahre 2009.....	56 109
<i>York-Egbert König:</i> Ein Leben für die Mathematik ... Dr. Margarethe Kahn (1880–1942) aus Eschwege	<i>York-Egbert König:</i> Veröffentlichungen aus den thüringischen Nachbarkreisen im Jahre 2009.....	69 115
<i>Gisela Horn:</i> Grete Körner (1907–1983) Eine Jenaer Glaskünstlerin aus Eschwege	<i>York-Egbert König:</i> Was uns außerdem in Hessen und Thüringen auffiel	75 120
<i>York-Egbert König:</i>	Jahresbericht 2009.....	124
	Bildnachweis	128
	Autoren dieses Heftes	128

Redaktionsschluss für Ausgabe 22/2011
ist der 01.01.2011

Impressum

Selbstverlag des Geschichtsvereins Eschwege
© 2010 Geschichtsverein Eschwege
Alle Rechte vorbehalten
Gesamtherstellung:
Cordier DruckMedien GmbH, Heiligenstadt

Über die politische
Tätigkeit des Eschweger
Bürgermeisters
Dr. Alexander Beuer-
mann in den Jahren
1934–1945

von Dietfrid Krause-Vilmar

Vorbemerkung

Die Stadt Eschwege hatte mich als externen Historiker um eine federführende Stellungnahme zum Leben und Wirken des ehemaligen Bürgermeisters Dr. Alex Beuermann unter besonderer Berücksichtigung der Jahre von 1933 bis 1945 gebeten. Anlass war ein Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtverordnetenfraktion auf Umbenennung der im Eschweger Osten gelegenen „Dr. Beuermann-Straße“, die von der Gartenstraße abzweigt. Für die Fraktion hatte der Stadtverordnete Dietrich am 11.12.2008 in der Stadtverordnetenversammlung vorgetragen, dass „eine einwandfreie nationalsozialistische Gesinnung, wie sie Dr. Beuermann in einem Zeugnis bescheinigt wird, [...] unseres Erachtens allein bereits Grund genug für eine sofortige Umbenennung des nach ihm lautenden Straßennamens“ sei. Der Antrag hatte eine kontroverse öffentliche Diskussion, die sich in Leserbriefen der Regionalzeitung niederschlug, zur Folge. Daher beschlossen Hauptausschuss und Magistrat der Stadt im März 2009 die Einbeziehung von historischen Sachverständigen. Das in diesem Zusammenhang von mir im August 2009 vorgelegte Gutachten galt der politischen Tätigkeit Dr. Beuermanns in der Nazizeit, d. h. es beschränkte sich auf einen – für einen Bürgermeister als politischen Beamten sehr wichtigen, herausragenden – Abschnitt seines Lebens und Wirkens in einer besonderen Zeit. Eine Würdigung der politischen Leistungen

Dr. Beuermanns vor 1934 und nach 1945 oder gar seiner Fähigkeiten und Leistungen außerhalb des politischen Feldes war nicht Thema bzw. Gegenstand der Untersuchung.^a Im Hintergrund stand dabei die durch den Anlass gegebene Frage, ob die mit der Verleihung des Straßennamens erfolgte Ehrung aufrecht zu erhalten sei.
Das Gutachten wird im folgenden vollständig wiedergegeben.^b

Die Übernahme des Amtes als Bürger-
meister in Eschwege im Jahr 1934

Vorgeschichte

Als Dr. Beuermann am 1. November 1934 das Amt des Bürgermeisters in Eschwege antrat, beendete er die kommissarische Stadtregierung durch den Ersten Beigeordneten Erich Döhle, der seit dem 19. Februar 1934 die Geschäfte übernommen hatte.

Bis zu diesem Tag war Dr. Friedrich Stolzenberg Bürgermeister von Eschwege gewesen. Dem Magistrat gehörte neben Döhle auch Beuermann als besoldeter Stadtrat (seit April 1923) an. In einer konzertierten Aktion, an der Döhle, Landrat Dr. Deichmann und der Kasseler Regierungspräsident Konrad von Monbart beteiligt waren, wurde Stolzenberg, der der NSDAP (in die er am 1.5.1933 eingetreten war) nicht mehr genehm war, aus dem Amt gedrängt. Beuermann waren diese Vorgänge mit hoher Wahrscheinlichkeit bekannt. Dieser Prozess des Herausdrängens Stolzenbergs aus dem Amt ist aus den Akten im Einzelnen nachweisbar.

„Vor 75 Jahren, am 21. April 1934 starb ganz überraschend Dr. Fritz Stolzenberg im 56. Lebensjahr, Bürgermeister der Stadt Eschwege seit dem 5. Januar 1914. Nur wenige Wochen zuvor hatte er, laut Aussage seines Sohnes Kurt, genervt und zermüht vom Verhalten der Nationalsozialisten seinen Rücktritt vom Amt des Bürgermeisters ‚aus gesundheitlichen Gründen‘ erklärt, obwohl er eigentlich bis 1938 im Amt bestätigt war. Nicht ohne Grund wird

sich seine Witwe jegliche Beileidskundgebungen verboten haben.“¹

Anscheinend wollten die NS-Verantwortlichen nicht einmal bis zum (wie immer veranlassten) Rücktrittsdatum 1. Mai warten, sondern beschleunigten die faktische Amtsenthebung Stolzenbergs in wenigen Tagen bis zum 19. Februar. Am 27. Januar 1934 hatte Bürgermeister Stolzenberg die Stadtverwaltung unter Gewährung des gesetzlichen Ruhegehalts um die Versetzung in den Ruhestand zum 1. Mai 1934 ersucht:

*„Mein Gesundheitszustand hat durch die im Jahre 1932 durchgemachte Magen-erkrankung mit folgender schwerer Operation, zumal ich mich nicht ausreichend erholen konnte, derartig gelitten, dass er auf die Dauer dem so aufreibenden Dienste eines Bürgermeisters nicht mehr gewachsen ist. [...] Es ist ganz selbstverständlich, dass ich bis zum letzten Tage meines Dienstes alle meine Kräfte für die Stadt Eschwege einsetzen werde, der ich auch für die Zukunft alles Gute wünsche. Als den Zeitpunkt meines Ausscheidens habe ich den 1. Mai gewählt, weil ich gerade an diesem Tage 30 Jahre im Kommunaldienst stehen würde.“*²

Wenige Tage später, am 3. Februar 1934, meldete die Lokalzeitung: „Bürgermeister Dr. Stolzenberg tritt in den Ruhestand.“³ Der über zwei Spalten gehende Artikel enthält eine ausführliche Würdigung der Verdienste Stolzenbergs. Allerdings ist nicht zu übersehen, dass in diesem Artikel, der einem Nachruf gleicht, Stolzenberg bereits zu einem Zeitpunkt „verabschiedet“ wurde, zu dem er – in den ersten Februartagen! – noch ganz im Dienst stand. Stolzenberg glaube, so die Zeitung, „angesichts seiner wesentlich verschlechterten Gesundheitslage“ [...] „den heutigen Anforderungen nicht mehr gewachsen zu sein“. Mit diesen „außerordentlich hohen Anforderungen“ für den Leiter einer Gemeinde war die Umstellung der Gemeindeverwaltung „ausschließlich auf das Führerprinzip“ gemeint.

Wenige Tage später behauptete der Beigeordnete Döhle gegenüber dem Landrat, Stolzenberg habe um vorzeitige *Beurlaubung* nachgesucht. Trotz sofortiger Richtigstellung Stolzenbergs wurde diese unzutreffende Behauptung vom Landrat und vom Regierungspräsidenten als Grundlage für die vorzeitige Dienstentfernung genommen. Am 10. Februar 1934 schrieb Landrat Deichmann an Stolzenberg:

*„Durch Herrn Beigeordneten Döhle ist mir mitgeteilt worden, dass Sie bis zu Ihrem Ausscheiden auf Grund Ihres Gesuches um Zuruhesetzung beurlaubt sein möchten. Indem ich mich mit diesem Urlaub einverstanden erkläre, teile ich gleichzeitig mit, dass die Vertretung durch Herrn 1. Beigeordneten Döhle geführt werden wird.“*⁴

Stolzenberg widersprach umgehend und teilte dem Landrat am 13. Februar 1934 unmissverständlich mit:

*„Anscheinend liegt dortseits ein Missverständnis vor. Ich habe nicht durch Herrn Beigeordneten Döhle um Urlaub nachgesucht bis zu meinem Ausscheiden auf Grund meines Pensionierungsgesuches. Da mir bekannt ist, dass nach meinem Ausscheiden Herr Beigeordneter Döhle auf längere Zeit die Geschäfte des Bürgermeisters führen soll, hat die Stadt das größte Interesse daran, dass er sich schon jetzt einarbeitet, solange ich selbst noch im Dienst bin.“*⁵

Zwei Tage später, am 15. Februar 1934, befand sich Stolzenberg persönlich beim Regierungspräsidenten, der ihn vermutlich vorgeladen haben wird. Am selben Tag verfügte von Monbart an Stolzenberg:

„Sie haben, wie mir der Herr Landrat in Eschwege berichtet hat, in Rücksicht auf Ihren Gesundheitszustand den Antrag gestellt, Sie zum 1. Mai ds. Js. in den Ruhestand zu versetzen und mir heute persönlich vorgetragen, dass Sie aus dem gleichen Grunde den Wunsch haben, schon vom 19. Februar ds. Js. ab beurlaubt zu

*werden. In Würdigung Ihrer Gründe und mit dem Wunsche, dass Ihr Gesundheitszustand sich wieder bessern möge, erteile ich Ihnen den erbetenen Urlaub vom 19. Februar an bis zum Zeitpunkt Ihrer Zuruhesetzung.“*⁶

Am 22. Februar 1934 schrieb Landrat Deichmann „an den Bürgermeister der Stadt Eschwege“, und zwar ohne namentliche Andrede:

*„Der Herr Regierungspräsident hat durch Verfügung vom 15. d. Mts. [...] dem Bürgermeister den von diesem erbetenen Urlaub vom 19. d. Mts. ab bis zum Zeitpunkt der Zuruhesetzung erteilt.“*⁷

Fritz Stolzenberg starb am 21. April 1934. In der Todesanzeige, die im Namen aller Hinterbliebenen von Frau Marta Stolzenberg aufgegeben worden war, heißt es „Beileidsbesuche dankend verboten“.⁸

Beuermann war in der Zeit des Herausdrängens seines Vorgesetzten Stolzenberg Mitglied des Magistrats und besoldeter Stadtrat in Eschwege.⁹ Er wird vermutlich aus nächster Nähe erlebt haben, wie sein Vorgesetzter politisch von den NS-Machthabern aus dem Amt entfernt wurde. Wenige Tage später bereitete er sich für eine neue Führungsposition vor: Er nahm an einem dreiwöchigen Lehrgang in der „Gau-Führerschule“ bzw. der „Amtswalterschule III der NSDAP des Gaus Kurhessen“ in Weyers (Rhön) teil. Offenbar war er von der NSDAP-Gauleitung bereits zu diesem Zeitpunkt für eine kommunale Führungsposition vorgesehen.

Bürgermeister in Frankenberg für ein halbes Jahr

Bevor Beuermann am 1. November 1934 das Amt des Bürgermeisters in Eschwege antrat, wurde er unmittelbar im Anschluss an den Lehrgang in der Gau-Führerschule zum Bürgermeister in Frankenberg/Eder berufen. Der dort bis Anfang des Jahres 1933 amtierende Bürgermeister Dertz hatte das Schicksal zahlreicher nicht der NSDAP genehmer

Bürgermeister zu teilen und war – ähnlich wie Dr. Stolzenberg in Eschwege – im Frühjahr 1933 durch einen kommissarischen Bürgermeister, den Gerichtsassessor Karl Ockershausen, ersetzt worden.¹⁰

Die Ernennung eines Beigeordneten zum Bürgermeister (wenn auch im etwas kleineren Frankenberg) war ohne Zweifel ein beruflicher Aufstieg. Im Jahre 1934 bedeutete dies jedoch zugleich den „Einstieg“ in eine eindeutig nationalsozialistisch geprägte politische Verwaltung. Aufgrund der neu verkündeten Gemeindegesetze wurden die Bürgermeister nicht mehr von der Gemeindevertretung gewählt (wie dies selbst im Kaiserreich Gesetz geblieben war; so war z. B. Stolzenberg im Jahr 1913 von der Gemeindevertretung zum Bürgermeister *gewählt* worden!), sondern entsprechend dem „Führerprinzip“ ernannt, und zwar in Preußen vom Regierungspräsidenten, dem NSDAP-Mitglied von Monbart. Am 15. Dezember 1933 hatte Preußen, wozu die Provinz Hessen-Nassau gehörte, eine neue Kommunalgesetzgebung verkündet, in der die Stellung des Gemeindeleiters im Sinne des Führerprinzips ausgebaut und die Magistratsverfassung endgültig beseitigt wurde.¹¹ Der Gauleiter der NSDAP erhielt ein Vorschlagsrecht für die Ernennung der Gemeinderäte; er musste bei Berufung eines Gemeindeleiters (z. B. eines Bürgermeisters) angehört werden; „außerdem zählten die örtlichen Führer der Partei und der SA auf Grund ihres Amtes zu den Gemeinderäten“.¹²

Es ist daher davon auszugehen, dass Beuermann den politischen Kontext kannte, auf den er sich einließ. Am 22. März 1934 wurde Beuermann in Anwesenheit des Kreisleiters, des Ortsgruppenleiters der NSDAP, der SA und SS in das Amt des Bürgermeisters von Frankenberg eingeführt. NSDAP-Kreisleiter Donnevert wies in seiner Ansprache darauf hin, „dass er die Ehre habe, im Auftrage des Herrn Regierungspräsidenten den vom Gauleiter Weinrich vorgeschlagenen und vom Regierungspräsidenten zum Bürger-

meister von Frankenberg berufenen Dr. Beuermann in sein neues Amt einzuführen.“¹³

Gegenüber den Spruchkammern stellte Beuermann die Frankenger Zeit als eine unter Drohung erzwungene „Abschiebung“ seitens „der Partei“ dar, die ihm bis in die Gegenwart nur Nachteile gebracht habe. Wenn er das Amt nicht antrete, habe man ihm mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ gedroht. Dieses Gesetz bot jedoch keinen Anlass, unwillige Parteimitglieder der NSDAP wegen Verweigerung der Bürgermeisterwürde einzusperren. Von NSDAP-Seite wollte man Beuermann in Frankenberg haben, und er selbst hat dies aus freien Stücken vollzogen.

Die Amtszeit in Frankenberg währte jedoch nur einige Monate. Sehr zum Ärger des Kreisleiters Donnevert wurde Beuermann von der Gauleitung nach Eschwege beordert. Die Entscheidung scheint bereits im September 1934 gefallen zu sein.¹⁴

Amtsübernahme in Eschwege

Dr. Beuermann trat das Amt als Bürgermeister von Eschwege am 1.11.1934 an. Regierungspräsident von Monbart betonte bei der Amtseinführung u. a.:

„Ihre Berufung erfolgte mit voller Zustimmung des Herrn Gauleiters. So sind durch das Vertrauen der Staatsregierung und der politischen Leitung die Unterlagen gegeben, dass Sie das Amt so führen können, wie es sich für den leitenden Beamten einer Stadt im nationalsozialistischen Staat gebührt.“¹⁵

Der NSDAP-Kreisleiter Weiß hieß „im Namen der nationalsozialistischen Bewegung“ Beuermann „herzlich willkommen“ und äußerte u. a.:

„Denken Sie bei all Ihrer Arbeit immer daran, [...] dass Deutschlands ärmster Sohn auch immer sein getreuester war. Lassen Sie sich stets von dem Gedanken leiten: Was würde in diesem Augenblick mein Führer tun? Wenn Sie aus innerstem nationalsozialistischen Erleben heraus

stets nach diesem Grundsatz handeln, dann werden Sie trotz aller Widerstände dennoch den geraden Weg gehen und ein wahrer Vater der Stadt Eschwege sein.“¹⁶

Die Eidesformel, die Beamte und Soldaten seit dem August 1934 zu leisten hatten, lautete:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe.“¹⁷

Dr. Beuermann als Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung

Beuermann war am 1. Mai 1933 in die NSDAP eingetreten. Er gehörte anscheinend zur großen Gruppe der unmittelbar nach der Machtergreifung Eingetretenen, die die NSDAP-Führung bald darauf veranlasste, die eigene Partei für bestimmte Berufsgruppen wie z. B. Beamte wegen des Opportunismusverdachts zu sperren (Erst Mitte 1937 wurde diese Aufnahmesperre aufgehoben).

Beuermann war auch SA-Führer und bekleidete in dieser Formation den Rang eines Sturmführers (entspricht militärisch einem Offizier im Rang eines Leutnants).

Vor der Spruchkammer erklärte er im Oktober 1946 zur Parteimitgliedschaft:

„Von seinen Beamten auf dem Rathaus habe er am längsten Zweifel gehabt und sei am spätesten eingetreten. Es wurde damals immer gesagt, es handele sich nicht um die Wahl von mehreren Parteien, sondern lediglich um das Bekenntnis zum Staat, dem man diene. Man sagte ihm allgemein, er müsste in die NSDAP eintreten. Politisch habe er sich nie betätigt, sei nur in seinem Amt als Bürgermeister tätig gewesen, das ihn völlig ausgelastet habe.“¹⁸

Und zur Rolle als SA-Führer:

„Man verlangte dann von ihm, dass er bei offiziellen Angelegenheiten in Uniform erscheinen soll und so sei er in die SA eingetreten. Als Kriegsbeschädigter konnte er

keinen Dienst machen. Ein Arzt habe ihn bei der Aufnahme untersucht und ihn zurückgewiesen mit den Worten, er könne nicht aufgenommen werden. Daraufhin sagte man zu ihm, es wäre bei ihm ein Sonderfall und er solle nur formell eintreten. Er habe sich einwandfrei auf den Boden seiner kommunalpolitischen Tätigkeit gestellt und nur das vor Augen gehabt, was der Stadt dienlich ist, aber er hätte sich nach den Verhältnissen der damaligen Zeit richten müssen.“¹⁹

Es gibt keine Zeugnisse, die dafür sprechen, dass Beuermann ein aktives Mitglied der NSDAP war. Weder trat er für diese Partei regelmäßig öffentlich in Erscheinung, noch beteiligte er sich demonstrativ an Parteiaktionen und Parteitag. Seine Aussage, dass er sich auf die Tätigkeit als Bürgermeister konzentriert habe, erscheint glaubwürdig.

Und doch muss festgehalten werden, dass der Eintritt in die NSDAP und die Mitgliedschaft in der SA immer nur freiwillig, d. h. aus eigenem Entschluss erfolgen konnte, dem die persönliche Unterschrift unter den Aufnahmeantrag folgte. Stadtrat Dr. Beuermann hat sich am 1. Mai 1933 der NSDAP und später der SA als Sturmführer angeschlossen und damit freiwillig seine Bereitschaft zur politischen Einordnung in den „Führerstaat“ dokumentiert.

Zur Zusammenarbeit des Bürgermeisters mit der NSDAP

Von der Amtsübernahme im November 1934 an bis zur Amtsenthebung durch die Militärregierung im April 1945 hat Dr. Beuermann nicht nur mit Landrat und Regierungspräsident, sondern auch mit dem NSDAP-Ortsgruppenleiter Edmund Hüther und dem NSDAP-Kreisleiter Eduard Weiß in Eschwege allem Anschein nach offen, loyal und konfliktfrei zusammengearbeitet.

In den Akten fand sich kein Anhaltspunkt dafür, dass es zwischen Beuermann auf der einen Seite und Hüther bzw. Weiß auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten,

kritische Diskussionen, Differenzen oder Einspruch bzw. Widerspruch, gar Konflikte gegeben hat.

Einige wenige Beispiele der Zusammenarbeit:

Beuermann legte im Jahr 1936 die neue kommunale Hauptsatzung erst NSDAP-Kreisleiter Weiß vor, bevor er sie nach dessen Zustimmung („Zu dem mir übermittelten Entwurf der Hauptsatzung erteile ich meine Zustimmung“) den Ratsherren zur Beratung zuleitete.²⁰

Die geforderten Berichte über die politische Zuverlässigkeit von Eschweger Bürgern und Bürgerinnen bzw. nach aktuellem Wohnort seitens der Gestapostelle Kassel wurden pflichtgemäß dem Ortsgruppenleiter und dem Kreisleiter vorgelegt und dann über den Landrat weitergegeben, z. B. im März 1938, als nach Personen gefragt wurde, „die auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gemäßregelt worden sind.“²¹

Ende des Jahres 1942 wandte sich Beuermann an die Ortsgruppe Eschwege und bat um Unterstützung der NSDAP bei der Auffindung eines angeblichen Steuerschuldners.

„Vielleicht ist es möglich, dass durch Einschaltung der Parteidienststellen

- 1. die jetzige Adresse des Meder,*
- 2. seine Einkommensverhältnisse,*
- 3. seine Auftraggeber*

festgestellt werden können.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir in dieser Weise behilflich sein können.

Heil Hitler! Dr. Beuermann.“²²

Die NSDAP-Kreisleitung Eschwege ihrerseits beurteilte Beuermann im Jahr 1936 als politisch zuverlässig und fachlich besonders geeignet. Es ging um Vorschläge für die Besetzung von Fachausschüssen des Deutschen Gemeindetages.

„Seine politische Zuverlässigkeit steht nicht in Frage, ist Parteigenosse seit 1. Mai 1933 und gehört der SA an.“²³

Auch das „Amt für Kommunalpolitik“ der NSDAP-Gauleitung beurteilte ihn im Januar

1937 auf Anfrage des Gaupersonalamtsleiters nach einer „politischen Begutachtung“ Dr. Beermanns in einer „sehr dringenden“ Angelegenheit sehr positiv. Man schrieb dort:

„Wie bei manchen jungen Parteigenossen“ bestanden *„nach der Machtergreifung gewisse Zweifel über seine Einstellung zum Nationalsozialismus“*. Inzwischen genieße er jedoch das volle Vertrauen des Kreisleiters Donnevert (Frankenberg), *„der auch an seiner unbedingt nat. soz. Einstellung keinen Zweifel hatte.“* Auch Kreisleiter Weiß *„erkennt seine Tätigkeit an. Ich halte Beuermann für unbedingt zuverlässig.“*²⁴

Nichts Näheres ließ sich über die Teilnahme Beermanns an einem „Sonderführer-Lehrgang für SA-Führer“ in Schliersee ermitteln. Es habe sich dabei um „eine Tagung für Geschichtsthemen“ gehandelt; „es meldeten sich dazu nur wenige; ich wurde gefragt, ob ich nicht hinunterfahren wollte. Da habe ich es mir dann auch angehört“²⁵, sagte er vor der Spruchkammer.

Beuermann hatte als Bürgermeister im nationalsozialistischen Staat eng mit der Ortsgruppe, Kreisleitung und auch mit der Gauleitung der NSDAP zusammenzuarbeiten. Er war vom Gauamt für Kommunalpolitik der NSDAP ins Amt gelangt. Diese starke Eingebundenheit in die Entscheidungen der parteipolitischen Machtzentrale in Frankenberg und in Eschwege lag klar auf der Hand. Es muss ihm bewusst gewesen sein, welchen Tribut er dem „Führerstaat“ zu leisten hatte.

Bedenken hinsichtlich bestimmter Anforderungen seitens der Partei oder Gestapo oder Rücktrittsgesuche Beermanns vom Amt sind nicht überliefert.

Die Zusammenarbeit mit Landrat und Geheimer Staatspolizei

Als Bürgermeister fungierte Beuermann auch als Ortspolizeibehörde, die dem Landrat als Kreispolizeibehörde und den übergeordneten Polizeibehörden, insbesondere der Staatspolizeistelle Kassel, unterstanden. Die



Dr. Alexander Beuermann (1897–1963) mit Amtskette, um 1938.

Geheime Staatspolizei verfolgte wirkliche oder als solche bezeichnete Gegner des Regimes und andere zu „Volksfeinden“ erklärte Menschen, sie konnte Schutzhaft, d.h. Einweisung in ein Konzentrationslager, verhängen und im Krieg exekutierten ihre Angehörigen unzählige Unschuldige.

Als Leiter der Ortspolizeibehörde war Dr. Beuermann, dem hier Polizeibeamte (Kriminal-Oberassistent Heldmann, Gendarmeriemeister Thöne, Hauptmann der Schutzpolizei Grabowski) zur Seite standen, in das überwiegend geheim operierende Verfolgungssystem einbezogen.

Berichte, Auskünfte, Registrierungen

Ein Beispiel: Kaum im Amt hatte Beuermann ein aktualisiertes Verzeichnis von Bürgern, die der Homosexualität beschuldigt worden waren, an den Landrat einzureichen:

*„Das Verzeichnis der Personen, die sich in Eschwege homosexuell betätigt haben, ist nach den neuen Richtlinien aufgestellt und hier angefügt.“*²⁶

Es ist davon auszugehen, dass Beuermann bewusst war, wie bedrohlich die Lage dieser der Geheimpolizei namentlich gemeldeten Eschweger Bürger war.

Er hatte 1935 Pfarrer Wepler postalisch zu überwachen, d.h. seinen Briefverkehr zu kontrollieren. Wepler hatte sich in einem Schreiben an Gauleiter Weinrich gewandt, nachdem dieser am 18. Mai 1935 eine grobe Breitseite gegen die kurhessisch-waldeckischen Pfarrer abgeschossen hatte.²⁷ Auf den Brief Weplers hin beharrte Weinrich bei seinen Schmähungen und behauptete, Zustimmungserklärungen sehr vieler Pfarrer erhalten zu haben. Wepler startete daraufhin eine Rundfrage im Kirchenkreis Witzenhausen und bat die Amtsbrüder um Rückmeldung, ob sie tatsächlich dem Gauleiter zugestimmt hätten. Dieses Schreiben fing die Gestapo ab und nahm Pfarrer Wepler ins Visier. Sie verhängte über alle aus- und eingehenden Postsendungen Weplers die „Postsperr“. Beuermann teilte dem Landrat am 25. Juli 1935 mit:

*„Der Postsperrbeschluss ist dem Postamt hierselbst übergeben worden. 1 Brief an Pfarrer Wepler ist bereits hier abgegeben und geöffnet worden. Das Schreiben enthielt nichts Verdächtiges. Die angeordnete Kontrolle wird weiter ausgeübt.“*²⁸

Über die gewaltsamen Zerstörungen jüdischen Eigentums im November 1938 ist ein vertraulicher Bericht der Ortspolizeibehörde Eschwege über „aufgeführte Sachschäden“ erhalten, der die schweren Demütigungen, Misshandlungen und Verletzungen übergang, die sich im Bewusstsein und in der Erinnerung der gepeinigten Juden noch Jahrzehnte, wenn nicht lebenslang erhalten haben.²⁹ Der Sachschaden wurde in Reichsmark beziffert (vermutlich zu niedrig), Versicherungsfragen wurden angesprochen, und es wurde festgestellt: „Arische Angestellte sind durch die Zerstörungen nicht erwerbslos geworden“.³⁰



Eschweger Synagoge, Außenaufnahme nach der Innenzerstörung 1938.

In den Akten sind zahlreiche „Vorgänge“ erhalten, in denen geheime „Anfragen“ der Gestapo über den Landrat zum Bürgermeister Beuermann und von diesem wieder über den Landrat an die Kasseler Gestapo zurück gingen.³¹ Ein Vorgang ließ sich ermitteln, in dem Beuermann zwei Polinnen entlastet haben könnte. Als im Januar 1940 die Gestapo Kassel wiederholt um „Mitteilung“ bittet, „was über den Verkehr der angeblichen Polin mit Wehrmachtsangehörigen bekannt bzw. zu ermitteln ist“ – es handelte sich um zwei bei Bauern in Niederhone beschäftigte Polinnen, die denunziert worden waren, – teilte der Landrat der Gestapo u. a. folgendes mit:

*„... desgleichen liegen bei, 2 Berichte des Gend.-Meisters Thöne und ein Bericht des Bürgermeisters in Eschwege, die aus Anlass der dortigen Zuschrift vom 8.1.1940 herbeigeführt worden sind. Aus diesen Berichten ergibt sich, dass den beiden Polenmädchen ein Verkehr mit Wehrmachtsangehörigen nicht bewiesen werden kann.“*³²

Mitwirkung

Dr. Beuermann hat nicht nur – in seinem Verständnis pflichtgemäß – Anfragen vorgesetzter Behörden beantwortet, sondern er hatte auch polizeilich mitzuwirken.

So wurde die bei der Mitteldeutschen Spinnhütte in Wanfried beschäftigte Anna Baum aus Eschwege im Herbst 1941 auf Weisung des Landrats „aus Gründen der Arbeitsdisziplin“ für einige Tage in das Gefängnis Eschwege eingesperrt. Der Leiter des Arbeitsamts Hersfeld hatte sie verwarnet, da sie „ohne ausreichende Entschuldigung der Arbeit ferngeblieben“ war. Dr. Beuermann hatte sie zu vernehmen und in das Gefängnis „einzuliefern“. ³³ Wenige Wochen später veranlasste die Gestapostelle Kassel die „Einlieferung“ Anna Baums in das Arbeitserziehungslager Breitenau, wo sie drei Wochen lang in „Schutzhaft“ gefangen gehalten wurde. ³⁴

Die organisatorische Durchführung der Deportation jüdischer Bürger und Bürgerinnen im Dezember 1941 oblag dem Bürgermeister als Ortpolizeibehörde. A. M. Zimmer gibt aus dem Stadtarchiv Eschwege einen Geheimplan des Landratsamtes vom 20. November 1941 betr. „Juden-Umsiedlung am 8. und 9. Dezember 1941“ wieder, in dem es u. a. heißt:

„2. Wer führt die Aktion durch? Die örtlichen Bürgermeister mit Unterstützung der Partei und der Ordnungspolizei.“³⁵

So wird auch Bürgermeister Beuermann die zwei Wochen bis zum 8. Dezember mit der Planung, Vorbereitung und Organisation der Deportation, mit den unzähligen Details (z. B. Verpackung der verbleibenden Möbel und Wertsachen, Abgabe der Wohnungsschlüssel, Bestimmungen über Mitnahme usw.) verbracht haben, um die für diese erste Deportation vorgesehenen 62 Eschweger Juden fristgerecht am Bahnhof zu versammeln und zum Besteigen des Zugs nach Kassel zu veranlassen.

Aktivität

Beuermann ist selbst auch polizeilich aktiv geworden, d. h. er hat ohne bestimmte Befehle oder Anordnungen vorgesetzter Dienststellen die Staatspolizei auf den Plan gerufen.

Besonders in den beiden Fällen Isidor Cahn und Anton Maliszewski wurde ihm dies in den Spruchkammervorfahren vorgehalten. Die Kammern selbst haben beide Vorgänge nicht näher untersuchen und prüfen können, sondern ihn auf Grund von für ihn eintretenden Zeugen entlastet.

Der in Eschwege tätige Kaufmann Anton Maliszewski war denunziert worden, weil er im Jahr 1940 angeblich moralisch Anstößiges in einem „humoristischen“ Vortrag zum Besten gegeben habe. Tatsächlich befindet sich im Hessischen Hauptstaatsarchiv eine umfangreiche Entschädigungsakte zu Anton Maliszewski, in der ein Haftzeitraum von drei Monaten und vier Tagen (vom 6.5. bis 9.8.1940) genannt wird, der in Folge eines „anstößigen Vortrags“ im Eschweger Stadtpark veranlasst worden sei. ³⁶ Er selbst war der festen Überzeugung, berief sich dabei auf Aussagen seitens der Polizei gegenüber seiner Frau, dass der Bürgermeister ihn an die Gestapo gemeldet habe. Entsprechende Nachweise für die Beteiligung Beuermanns konnten jedoch nicht vorgelegt werden, so dass die Kammer ihn in diesem Punkt entlastete. Der Vorwurf Maliszewskis, Beuermann habe ihn durch polizeiliche Verfügung vom 14.4.1939 zur Schließung seines Betriebes gezwungen, wodurch er den größten Teil seines Geschäftsvermögens verloren habe, wurde von der Berufungskammer nicht behandelt. Die Aussage Maliszewskis, dass man bei der Kasseler Gestapo nichts mit ihm habe anfangen können, erscheint glaubhaft:

„Man hielt mich 14 Tage bei der Polizei fest und nach diesem Tage wurde ich abgeführt nach Kassel. Da habe ich 12 Wochen sitzen müssen und hatte viele Vernehmungen, dann wurde ich entlassen. Der vernehmende Beamte wusste nicht,

warum ich kam, er sagte zu mir: ‚Sie sind uns von Eschwege überwiesen worden, wir hatten nur den Fall zu prüfen.‘ Als ich wieder nach Eschwege kam, machte ich folgende Feststellung: Der Bürgermeister hatte veranlasst, dass ich überhaupt der Gestapo überwiesen wurde. Ich war an sich vorbelastet und wurde als asoziales Element hingestellt. Man sammelte gegen mich viel Material, aber ich musste doch von Kassel entlassen werden.“³⁷

Auch noch 1946/1947 bemühten sich Beuermann sowie einige für ihn eintretende Zeugen gegenüber den Spruchkammern darum, Maliszewskis Aussagen mit herabsetzenden Behauptungen über seinen Lebenswandel zu diskreditieren. „Der Vortrag soll sittlich nicht ganz einwandfrei gewesen sein, hörte ich später“, so Beuermann. Es habe sich „nicht um eine politische Angelegenheit, sondern um eine schmutzige Vortragsweise“ gehandelt, so der frühere Eschweger Schutzpolizist Grabowski. „Sie sollen bis zu 20 mal vorbestraft gewesen sein“, so der Anwalt Dr. Beuermanns zu Herrn Maliszewski. ³⁸

Ganz ausgeschlossen hat der verhaftende Kriminalbeamte Ernst Heldmann eine Beteiligung Beuermanns in seiner Aussage jedoch nicht:

„Ich hatte den Auftrag, den Maschinewski [sic!] festzunehmen, ob es der Bürgermeister oder der Landrat sagte, kann ich nicht mehr sagen.“³⁹

Konnte im dargestellten Fall Maliszewski eine Aktivität Beuermanns nicht überzeugend schwarz auf weiß nachgewiesen werden, so lag die volle Verantwortlichkeit Beuermanns im Fall Isidor Cahn in Form eines erhaltenen und von ihm unterzeichneten Dokuments vor.

Im April 1938 hatte er beim Landrat das Einschreiten der Gestapo gegen den 69-jährigen Eschweger Bürger Isidor Cahn verlangt. Die Gestapo müsse hier handeln, das Verhalten des Cahn dürfe nicht ohne Folgen bleiben. Andernfalls müsse man „für einige Zeit“

Schutzhaft gegen ihn verhängen. Anlass war ein Schreiben Cahns an Beuermann gewesen, in dem dieser sich beleidigend geäußert haben sollte. Weder dieser Brief Cahns noch die Antwort Beuermanns an Cahn ließen sich ermitteln. Erhalten ist jedoch das Schreiben Beuermanns an Landrat Dr. Walter Schultz:

„Der Jude Isidor Cahn, geb. am 21.11.1868 zu Eschwege hat sich in der anliegenden Eingabe derartige unverschämte Angriffe gegen Beamte des nationalsozialistischen Staates erlaubt, dass ich es für angebracht halte, die Angelegenheit der Staatspolizeistelle Kassel vorzulegen, damit Cahn einmal gezeigt wird, wie er sich zu benehmen hat. Würde dies herausfordernde Benehmen für den Juden ohne Folgen bleiben, so würde das von den deutschen Volksgenossen nicht verstanden. Es ist vielmehr anzunehmen, dass der Zorn sich gegen Cahn lenken würde, wogegen über Cahn für einige Zeit die Schutzhaft zu verhängen wäre. Abschrift meiner die Sache betreffende Antwort liegt bei. Dr. Beuermann.“⁴⁰

Es ist bemerkenswert, dass Beuermanns Ansinnen von seinem Vorgesetzten, dem Landrat Schultz, nach Rücksprache mit der Gestapo abgelehnt und der Bürgermeister darüber belehrt wurde, dass „nach den neuesten Bestimmungen des Reichsministers des Innern [...] in solchen Fällen die Schutzhaft nicht mehr verhängt werden kann.“ ⁴¹ Die Verfolgungsbehörden im NS-Staat hatten bereits seit 1934 ausdrücklich darauf hingewiesen, nicht bei jeder Beleidigung oder Verächtlichmachung sogleich Schutzhaft zu beantragen und sie dadurch für private Anlässe zu instrumentalisieren. Schutzhaft sollte vielmehr den politischen Zwecken der „Volksgemeinschaft“ dienen.

Gegenüber der Berufungskammer stellte der ehemalige im Rathaus tätige städtische Kämmerer Beissert es im Jahr 1947 so dar, als habe Beuermann Isidor Cahn lediglich „übers Wochenende festsetzen“ wollen und

ihn auf diese Weise vor den schlimmen Folgen einer gerichtlichen Beleidigungsklage bewahren wollen.⁴² Beissert erklärte, herabsetzende Bemerkungen über Isidor Cahn einflechtend:

„Stadtsekretär Hose und ich waren der Überzeugung, dass Cahn wegen Beamtenbeleidigung bestraft werden würde, wenn wir das Schreiben weitergeben würden. Cahn wurde selbst von seinen näheren Bekannten nicht für voll angesehen. Er war ein Querulant. Wir wollten vermeiden, dass die Sache der Staatsanwaltschaft vorgelegt wurde und sagten, es genügt, wenn der Mann einen Denkartzettel bekommt. Ich habe die Sache dem Betroffenen [Dr. Beuermann] vorgetragen. Wir haben damals nicht daran gedacht, die Sache an die Gestapo gelangen zu lassen.“⁴³

Es bleibt unerklärlich, warum die Kasseler Berufungskammer Beissert diese widersprüchliche Aussage abnahm, zumal ihr ein Dokument vorlag, aus dem einwandfrei hervorging, dass die Gestapo eingeschaltet worden war.

Bei dem Brief des Isidor Cahn kann es sich möglicherweise um eine Beleidigung gehandelt haben, auf die Bürgermeister Beuermann mit der ganzen Macht des Verfolgungsapparates – Nachricht an die Gestapo, Schutzhaft, möglicherweise KZ – reagierte. Isidor Cahn konnte von Glück reden, dass der Landrat das Begehren Beuermanns zurückgewiesen hatte.

Das weitere Schicksal Isidor Cahns, das bei den Verhandlungen vor den Kammern überhaupt nicht zur Sprache kam (ein „nihil nisi bene de mortuis“ galt offenbar nicht), ist nur in Bruchstücken ermittelbar gewesen; hierzu wären weitere Archivstudien erforderlich, für die entsprechende Unterlagen im Hessischen Hauptstaatsarchiv vorhanden sind.⁴⁴ Isidor Cahn hat mit Musikinstrumenten gehandelt, war überschuldet und bezog seit 1932 Fürsorgeunterstützung. 1939 hielt er sich anscheinend noch in Eschwege auf, in der Zeit vom 21.11.1940 bis zum 29.4.

bzw. 1.5.1942 in der Stadt Kassel. Bereits am 24.11.1939 habe er „an das Landesleihhaus in Kassel Wertgegenstände abgegeben“; 1941 ist er aus der Gruppe derjenigen ausgeschieden, die von der Stadt Kassel Lebensmittel erhielten.⁴⁵ Von Kassel aus kam er in die Nervenheilanstalt Bendorf-Sayn, von wo er am 15. Juni 1942 in das Vernichtungslager Sobibor deportiert wurde.⁴⁶ Ein Todesdatum ist nicht überliefert.

Das Goldschmidtsche Haus und Grundstück Reichensächser Straße 29

Das Haus wird Dienstwohnung des Bürgermeisters

Die Familie Ludwig Goldschmidt besaß in der Reichensächser Straße 29 ein Grundstück, auf dem ein Wohnhaus und eine Laube standen, und ein Flurgrundstück „Auf der Struth“. Ende 1938, nach den Exzessen am 8. November, bei denen auch das Wohnhaus der Familie gestürmt, Möbel und Gegenstände zerschlagen und der alte Vater L. Goldschmidts gedemütigt wurde, muss der Entschluss zur Auswanderung gefasst worden sein.

Goldschmidt wollte zunächst nur das Ackergrundstück verkaufen. Die Stadt Eschwege lehnte ab. Bürgermeister Dr. Beuermann und die NSDAP-Ortsgruppe hatten jedoch ein Interesse am Goldschmidtschen Wohnhaus. Beuermann beschloss daher den Kauf am 2.2.1939:

„Seit dem Jahre 1934 stellt die Stadt Eschwege dem Bürgermeister eine Dienstwohnung. Sie ist z. Zt. in einem Privathause, und zwar Wolfsgraben 5/7, von der Stadt ermietet. Dieser Zustand stellt eine unbefriedigende Lösung dar, wenn man berücksichtigt, dass die Stadt bei ihren Entschlüssen, die das Mietverhältnis betreffen, insbesondere bei notwendig werden den Instandsetzungen usw. dem Willen und Wollen des privaten Hausbesitzers unterworfen ist. Ferner bleibt zu berücksichtigen, dass die fortschreitende Ent-

wicklung der Stadt (z. B. Flieger- und Infanteriegarnison, Sitz der Gruppe der N. S. F. K.) an den Bürgermeister vermehrte Anforderungen repräsentativer Art stellt, wozu ein Privathaus, noch dazu wenn es ein Mehrfamilienhaus ist, wenig geeignet erscheint. Eine Lösung dieser Frage ist nur durch den Besitz eines eigenen städtischen Hausgrundstücks herbeizuführen. Zum Erwerb eines solchen ist jetzt Gelegenheit geboten insofern, als das Hausgrundstück Reichensächser Straße 29, das sich im Besitz des Kaufmanns Ludwig Israel Goldschmidt befindet, verkäuflich ist. Ich beschließe daher den Ankauf dieses Grundstücks zum Preise von 29.300 RM als Dienstwohnung für den jeweiligen Bürgermeister der Stadt Eschwege.“⁴⁷

In einem Schreiben an den Landrat schrieb Beuermann:

„Die Partei (Ortsgruppenleiter) hat den Anstoß gegeben, jetzt ein Haus als Diensthaus zu erwerben.“⁴⁸

Der Bürgermeister musste sich nach einem Gespräch mit dem Sachbearbeiter im Regierungspräsidium in Bezug auf den Preis des Hauses korrigieren: Zunächst hatte er behauptet: „Der Kaufpreis entspricht dem tatsächlichen Verkehrswert und zugleich dem Einheitswert.“ Wenig Tage später erklärte er: „Der Preis entspricht dem Einheitswert. Er liegt auch ungefähr im Rahmen des Verkehrswertes ...“⁴⁹ „Vom Kaufpreis wird der Betrag von 23.853,75 RM an das Finanzamt Eschwege zur Löschung der für das Deutsche Reich eingetragenen Sicherungshypothek in Höhe von 33.000,00 RM, neuerdings auf 23.853,75 RM ermäßigt, gezahlt.“⁵⁰ Der Restbetrag in Höhe von 9.036,25 RM war auf das Auswanderer-Sperrkonto des Verkäufers zu überweisen. – Das bedeutete: Die Familie Goldschmidt erhielt wenige Tage vor der Auswanderung für Haus und Ackergrundstück nur 9036,25 RM zugesprochen, wobei nicht ermittelbar war, ob sie überhaupt Zugriff auf diese Summe hatte, da diese auf einem Sperrkonto hinterlegt war.

Zum Rückerstattungsantrag der Witwe Martha Goldschmidt

Im August 1948 erklärte die zu dieser Zeit in New York lebende Witwe (Ludwig Goldschmidt war am 29. Juni 1941 verstorben) unmissverständlich den Wunsch auf Rückerstattung der beiden Grundstücke. Ihr Anwalt schrieb an den Bürgermeister:

„In der Annahme, dass Sie die Absicht haben, dabei mitzuwirken, dass das dem verstorbenen Herrn Ludwig Goldschmidt bzw. seiner Erbin unter der Naziherrschaft zugefügte Unrecht schnellstens wieder beseitigt wird, erlaube ich mir anzufragen, ob sie bereit sind, einer freiwilligen Übertragung obiger Grundstücke auf Frau Martha Goldschmidt zuzustimmen, ohne Inanspruchnahme der im Gesetz vorgesehenen gerichtlichen Behörden.“⁵¹

Die Stadt war nicht bereit, diesem Wunsch der Witwe zu entsprechen. Die Verhandlungen, die sich über Monate hinzogen, führte im Namen der Stadt Beuermann, nun Stadtrechtsrat in Eschwege.

Beuermann zeigte große Aktivität, um zunächst die Rückgabe zu verhindern, dann die Höhe der Nachzahlung zu mindern und schließlich den im Vergleich vorgeschlagenen Betrag nochmals um 2500 DM herabzusetzen.

„Die Stadt ist daran interessiert, das Haus zukünftig bei Freiwerden wieder für städtische Zwecke zu verwenden“, schrieb Beuermann an den Anwalt und erkundigte sich nach den Bedingungen für die Überlassung des Hauses. Der Anwalt bat um Vorschläge der Stadt, betonte jedoch noch einmal den Wunsch Frau Goldschmidts:

„Indessen befürchte ich, dass eine derartige Regelung nicht in ihrem Interesse liegt. Ihre Absicht ist, wieder in den Besitz der beiden Grundstücke zu gelangen.“⁵²

Dazu war die Stadt jedoch nicht bereit. Der Magistrat beschloss am 5.10.1948:

„Die Verhandlungen mit Frau Goldschmidt sollen dahingehend weitergeführt werden, dass die Stadt ihr für das Grund-

stück Reichensächser Straße den Differenzbetrag zwischen einem angemessenen Kaufpreis und dem seinerzeit gezahlten Preis als Ausgleichzahlung und für das Grundstück Struthstraße die Rückgabe anbietet.“⁵³

Daraufhin meldete Frau Goldschmidt im Januar 1949 ihren Rückerstattungsanspruch beim „Amt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung“ in Bad Nauheim an. Durch ihren neuen Anwalt – sie lebte inzwischen in Tel Aviv – ließ sie im April 1949 die Stadt wissen, dass sie auf der von der Stadt vorgeschlagenen Basis sich nicht vergleichen könne, vielmehr auf der Rückgabe der Grundstücke bestehe. Der Anwalt schlug folgendes vor:

„Bei einer Verständigung bezüglich der Rückgabe des Grundstücks könnte ich mir vorstellen, dass das Grundstück weiter an die Stadt verpachtet wird und dass eventuell auch der Stadt ein Vorkaufsrecht eingeräumt wird. Letzteres sind allerdings nur Anregungen, über die ich mit der Mandantin bisher nicht gesprochen habe.“⁵⁴

Da keine Einigung in Sicht schien, sah sich Frau Goldschmidt nun doch zu einem förmlichen Rechtsverfahren veranlasst; ihre Bereitschaft zu einer gütlichen Einigung hielt sie dabei aufrecht. Am 19.8.1949 wurde der Stadt der förmliche Rückerstattungsantrag des Amtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung zugestellt, der auch im Grundbuch eingetragen wurde. Nun ersuchte Beuermann die beiden mit der Familie Goldschmidt gut bekannten Fabrikanten Carl Bartholomäus und Moritz Werner, der Witwe Goldschmidt den Vergleichsvorschlag der Stadt nahezubringen. Beide Herren unterbreiteten in enger Abstimmung mit Beuermann und in liebenswürdiger Form Frau Goldschmidt einen Vergleichsvorschlag. Die dabei angebotene Nachzahlung allerdings erschien Frau Goldschmidt zu gering (15.000,- DM mit Teilzahlungen über mehr als vier Jahre). Als die Verhandlungen erneut stockten, unterbreitete der Vorsitzende des



Haus Reichensächser Straße 29, 2009.

Amtes für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung ultimativ einen Vorschlag, dem dann im Wesentlichen von beiden Parteien Ende des Jahres gefolgt werden konnte.

Der am 31.12.1949 geschlossene Vergleich sah eine Zahlung der Stadt Eschwege in Höhe von 27500 DM (Zahlung des gesamten Betrages bis zum 1.2.1950) vor.

Beuermann muss davon ausgegangen sein, dass das auf dem Sperrkonto hinterlegte Geld noch verfügbar war, denn die Verfahrenskosten wollte er aus dem Sperrkonto begleichen.⁵⁵

Rechtlich war mit dem Vergleich nämlich auch dieses Sperrkonto der Stadt Eschwege zugefallen, da im § 2 des Vergleichs der folgende Absatz aufgenommen worden war: *„Etwaige Ansprüche, welche die Antragstellerin an das Deutsche Reich im Hinblick auf den von der Stadt Eschwege s. Zt. gezahlten Kaufpreis hat, werden an die Antragsgegnerin abgetreten.“⁵⁶*

Auf diese Bestimmung gestützt klagte Stadtrat Dr. Beuermann am 1.8.1960 beim

Landesamt für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung einen „Anspruch [der Stadt Eschwege] auf Wiedergutmachung durch das Deutsche Reich“ in Höhe von 32.890,- RM ein.

Tatsächlich wurde dieser Anspruch seitens des Amtes am 23.5.1961 anerkannt, sodass das „Deutsche Reich“, vertreten durch die Oberfinanzdirektion Frankfurt, zur Zahlung von Schadenersatz in Höhe von 23.853,75 RM an die Stadt Eschwege verurteilt wurde.

Der auf das Sperrkonto von Seiten der Stadt eingezahlte Betrag in Höhe von 9.056,25 RM blieb noch lange strittig. Die Stadt ließ jedoch auch hier nicht nach und erreichte im Jahre 1967 hierfür auch eine Schadenersatzzahlung, beides jeweils einschließlich einer Zinspauschale. Der Betrag wurde entsprechend des Rückerstattungsgesetzes im Verhältnis von 10:1 umgestellt. Insgesamt wurden der Stadt Eschwege 4.038,48 Deutsche Mark als Schadenersatz zugesprochen.⁵⁷

Auf diese Weise erwies sich die als „Wiedergutmachung“ geleistete Ausgleichszahlung in Höhe von 27.500,- DM im Ergebnis als Kaufpreis.

Der Jüdische Friedhof

Es kennzeichnet die nationalsozialistische Weltanschauung, dass sie in den Totenstätten der deutschen Juden nicht Orte religiöser Kultur, sondern nur „Störendes“ und „Lästiges“ sah, deren Gegenstände, Sachen, Gebäude und Grundstücke in irgendeiner Weise „verwertet“ werden mussten.

Kein Zufall war es daher, dass das Reichsbauamt (Kassel) auf dem geschlossenen jüdischen Friedhof in Eschwege im Jahr 1942 eine Krankenbaracke für Ostarbeiter aufstellen ließ und dass im Jahr 1944 die Stadt Eschwege auf dem noch nicht entwidmeten Teil ein Feld für verstorbene „Ostarbeiter“ einrichtete⁵⁸. – Dem Antrag von Frau Minna Sara Doernberg, die Urne ihres verstorbenen Ehemanns auf dem Jüdischen Friedhof Eschwege beisetzen zu dürfen, entsprach Bürger-

meister Beuermann mit einem Kommentar, der den Aspekt der Liegefrist, d. h. die baldige Verwertung des Grundstücks im Auge hatte:

„Ich habe gegen die Beisetzung der Asche in einer Holzurne nichts einzuwenden. Die Liegefrist der Gräber wird hierdurch nicht beeinträchtigt.“⁵⁹

Der Vorgang der Schließung und Umwidmung jüdischer Friedhöfe im Landkreis Eschwege ist vom Kasseler Regierungspräsidenten, vom Landrat und später von den hier zuständigen Finanzbehörden ohne große Eile und ohne besonderen Nachdruck mit Verfügungen bedacht worden. Der Grund hierfür war, dass es im Deutschen Reich für die jüdischen Friedhöfe in der NS-Zeit kein Sonderrecht gab, worauf Andreas Wirsching bei der Auswertung der Quellen des Deutschen Gemeindetags überzeugend hingewiesen hat. „Bis gegen Ende des Zweiten Weltkrieges war die Behandlung der jüdischen Friedhöfe durch die politischen Gemeinden in Verwaltungsrichtlinien geregelt, die aus der Zeit vor 1933 stammten und daher zum ‚normenstaatlichen‘ Kontinuum des NS-Regimes gehörten. [...] Anders als dies in so gut wie jedem anderen Bereich jüdischer Existenz der Fall war, bestand im Bestattungswesen während des NS-Regimes kein (anti)jüdisches Sonderrecht.“⁶⁰

In Eschwege ist zu beobachten, wie Bürgermeister Dr. Beuermann initiativ wurde, die Auslöschung des jüdischen Friedhofs kontinuierlich mit Nachdruck betrieben hat, und wie er dabei doch letztlich an vorgesetzten Behörden, die verwaltungsrechtlich argumentierten, scheiterte.

Im Dezember 1940 hatte der Kasseler Regierungspräsident einige jüdische Totenhöfe im Kreis Eschwege geschlossen und verfügt: „Die jüdischen Toten aus dem Kreise Eschwege sind künftig auf dem Judentotenhof in Reichensachsen zu beerdigen.“⁶¹

In diesem Zusammenhang wurde auch die Umwidmung des Eschweyer Friedhofs vom Landrat eingeleitet. Der Landrat sprach

vom „vorbereiten“ und von zu klärenden polizeilichen, insbesondere „gesundheitlichen“ Voraussetzungen:

„Nachdem der hiesige jüdische Totenhof geschlossen ist, ist die Verweltlichung (Säkularisation) vorzubereiten. Die Verweltlichung (Säkularisation), d. h. die behördliche Erlaubnis, den Grund und Boden eines jüdischen Totenhofes wieder weltlichen Zwecken, also dem Wirtschaftsleben zuzuführen, hat, wie sich schon hieraus ergibt, einen ganz anderen Zweck zur Voraussetzung, dass gegen die wirtschaftliche Ausnutzung des Totenhoflandes keine, insbesondere keine polizeilichen Gründe sprechen. Dabei werden naturgemäß gesundheitliche Gesichtspunkte im Vordergrund stehen. [...]“⁶²

Beuermann beauftragte zwei Mitglieder der Jüdischen Gemeinde, innerhalb von 10 Tagen einen Plan über die Belegung des Totenhofes vorzulegen, aus dem die verschiedenen „Teile“ des nun „zerlegten“ Friedhofs erkennbar werden sollten: Ein alter Teil (Liegfrist verstrichen), ein neuer Teil (Liegfrist läuft noch) und das sogenannte Vorratsland.

Dem Landrat teilt er mit:

„Die Schließung des Judenfriedhofes ist durch Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten in Kassel erfolgt. Hier sind daher die Gründe, welche für die Schließung maßgeblich waren, nicht bekannt. Von Partei und Behörden ist diese Anordnung des Herrn Regierungspräsidenten hier aber sehr begrüßt worden. Der Totenhof liegt im Baugebiet der Stadt und würde in absehbarer Zeit störend wirken. So aber besteht die Aussicht, dass in absehbarer Zeit über das Gelände im Interesse der Allgemeinheit verfügt werden kann. Eine kleine Leichenhalle ließe sich wohl auch in Reichensachsen mit geringen Mitteln errichten. Ich bitte, beim Herrn Regierungspräsidenten die Aufrechterhaltung der Schließung des Judentotenhofes weiter zu beantragen.“⁶³

Bereits vier Tage später überreichte Beuermann dem Landrat den Eschweyer Friedhofsplan und einen konkreten Vorschlag:

„Der alte Teil b. Rot umrandet wird seit 1906 nicht mehr belegt, so dass der Einebnung wohl keine Bedenken entgegenstehen. Der blau umrandete Teil c. ist Vorratsland, wird augenblicklich vom dem Friedhofsgärtner zur Gemüse- und Obstzucht und zum Obstbau benutzt. Diese beiden Teile könnten bald der allgemeinen Benutzung wieder zugeführt werden. Auf dem nicht umrandeten Teil d befinden sich 233 Gräber, die bis in die letzte Zeit hinein belegt worden sind.“

Ich schlage vor, wie auf den christlichen Friedhöfen, die Gräber, die länger als 30 Jahre liegen, einzuebnen und die Steine zur Verwertung beim Straßenbau (Packlage) freizugeben.

Das Vorratsgelände schließt an das Grundstück des Kreiskrankenhauses an und könnte evtl. zur Vergrößerung des Krankenhausgartens genommen werden. Die Leichenhalle könnte abgebrochen werden. Desgleichen die Wohnung des Friedhofsgärtners, der nach Schließung des Totenhofes wohl nicht mehr nötig ist.“⁶⁴

Den zahlreichen handschriftlichen Bemerkungen „Wiedervorlage am“ bzw. „noch keine Entscheidung“ auf diesem Schreiben, jeweils mit der Paraphe „B.“, die sich bis in das Jahr 1943 ziehen, ist zu entnehmen, dass der Landrat hier noch nicht antwortete.⁶⁵

Die Situation veränderte sich erst, als am 18. April 1942 der Regierungspräsident in einer Verfügung an den Landrat die Entwidmung einiger Teile jüdischer Friedhöfe, unter anderen auch des „alten Teils und des Vorratslandes“ des Eschweyer Friedhofs, genehmigte und hinzufügte:

„Gegen das Einebnen von Gräbern, deren Liegfristen abgeschlossen sind, auf den nicht entwidmeten Judentotenhöfen und ebenso gegen eine zweckmäßige Verwendung der alten Grabsteine habe ich nichts einzuwenden.“⁶⁶

Von da an setzten Bemühungen des Bürgermeisters der Stadt ein, den Friedhof zu erwerben bzw. den Kreis hierfür zu interessieren. Am 9. Juni notierte Dr. Beuermann:

Das Problem sei, „die entwidmeten Flächen des Totenhofes möglichst bald von den alten Grabsteinen zu [befreien]“, sowie „den verbleibenden Teil ... durch einen hohen Zaun und eine Hecke der Einsicht [zu entziehen].“

Beuermann wandte sich im Juli 1942 an die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“, Bezirksstelle Mitteldeutschland, die nun Treuhänder des Friedhofs geworden war, und bot einen Ankauf an. Die Reichsvereinigung reagierte zunächst ausweichend. Im August 1942 bat sie um einen Lageplan des Friedhofs. Bis in den April 1944 drängte Beuermann auf eine klare Antwort der Reichsvereinigung, die noch am 1.4.1944 bedauernd erklärt, keinen Kaufpreis nennen zu können.⁶⁷ Auch der von Beuermann im Oktober 1942 angefragte Landkreis zögerte. Man „übersehe“ noch nicht, ob man das Grundstück erwerben wolle.

Eine neue Situation trat (vermutlich Anfang des Jahres 1944) dadurch ein, dass das Vermögen der Kultusgemeinde Eschwege förmlich der Finanzverwaltung übertragen wurde. Damit war das Finanzamt Eschwege Eigentümer auch des Friedhofs-Grundstücks geworden. Das Finanzamt richtete eine „Verwertungsstelle f. Judenvermögen“ ein. Diese „Verwertungsstelle f. Judenvermögen“ bot der Stadt am 22. Februar 1944 den jüdischen Friedhof an:

„Ich biete Ihnen das Judenfriedhofgrundstück mit den darauf befindlichen Grabdenkmälern und der Leichenhalle zum Kauf für die Stadt Eschwege an. Die auf dem Friedhof befindlichen Grabdenkmäler gehören den Eigentümern der Gräber, insoweit ihr Vermögen nicht bereits zugunsten des Reiches eingezogen oder verfallen ist. Die Stadt Eschwege muss im Erwerbsfall die Verpflichtung übernehmen, das Reich von

etwaigen Ansprüchen der Eigentümer wegen der Grabdenkmäler freizustellen.“⁶⁸

Beuermann antwortete mit Unverständnis: *„Nach der Schließungsverfügung des Herrn Reg. Präs. vom 18.4.42 ist gegen das Einebnen von Gräbern, deren Liegfristen abgelaufen sind, ebenso wie gegen die zweckmäßige Verwendung der alten Grabsteine nichts einzuwenden. Die Teile der geschlossenen Judenfriedhöfe, die vorläufig als noch nicht entwidmet liegen bleiben müssen, sind durch eine Hecke, einen Zaun oder sonst in geeigneter Weise abzugrenzen. Soll diese Bestimmung etwa aufgehoben werden? Oder wie soll der Hinweis, dass die hier auf dem Friedhof befindlichen Grabdenkmäler den Eigentümern der Gräber gehören, verstanden werden?“⁶⁹*

Das Finanzamt legte Beuermanns Schreiben dem Oberfinanzpräsidenten zur Entscheidung vor. Am 30. Juni berichtete das Finanzamt von der Entscheidung des Oberfinanzpräsidenten. Die Anordnungen des Regierungspräsidenten seien nach wie vor maßgebend. *„Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung ist es nur, die Grabsteine zu verkaufen und sich von dem Erwerber der Steine eine allgemeine Freistellungserklärung abgeben zu lassen, weil die Möglichkeit besteht, dass der eine oder andere Grabstein einer Person gehört, deren Vermögen noch nicht dem Großdeutschen Reich verfallen oder zu seinen Gunsten eingezogen worden ist.“* Außerdem teilte man der Stadt den Verkaufspreis mit, den das Reichsbauamt auf 19.900 RM, aufgerundet 20.000 RM schätze (für das Gelände 7.000,- RM, für die Grabsteine 5.000,- RM, die Gebäude 7.900,- RM). Die Stadt war nicht bereit, für die Grabsteine 5.000,- RM zu zahlen. Beuermann teilte dies dem Regierungspräsidenten mit:

„Ich [...] bitte nunmehr von dort aus – vielleicht unter Einschaltung der Preisüberwachungsstelle – auf den Herrn Oberfinanzpräsidenten einzuwirken, dass

*er seine Forderung wegen Bezahlung der alten Judengrabsteine fallen lässt. Die Stadt ist an sich bereit, die Grabsteine zu übernehmen und zu beseitigen. Sie sieht darin aber nur eine lästige Verpflichtung und ist nicht bereit, dafür noch etwas zu bezahlen.*⁷⁰

Der Oberfinanzpräsident bestand mit Schreiben vom 20. September 1944 an den Regierungspräsidenten darauf, dass die Stadt die Grabsteine zum Preis von 5.000,- RM mit zu übernehmen habe. Am 25. Oktober erklärte sich Beuermann dazu bereit. Die vorgesehene „allgemeine Freistellungserklärung“ jedoch erwähnte er nicht; eine solche fand sich nicht in den Akten. Der Kasseler Oberfinanzpräsident reagierte – vielleicht aus diesem Grund? – trotz Nachfragen Beuermanns vom 23. November 1944 und vom 12. Februar 1945 nicht mehr.

So blieb entgegen den nachdrücklichen Absichten des Eschweger Bürgermeisters der jüdische Friedhof als solcher bis zum Untergang des „Dritten Reiches“ im Kern erhalten. Erhalten blieben auch die familiengeschichtlich und kulturell wertvollen zahlreichen Grabdenkmäler auf dem Jüdischen Friedhof, darunter z. B. die Darstellung eines auf einem Kissen schlafendes Kindes – für Beuermann zu beseitigende alte Judengrabsteine.⁷¹

Einzelne Entscheidungen

Goldbachstraße 3

In den Spruchkammerakten befindet sich ein Schreiben des Bürgermeister Beuermanns an Herrn W. Müller, Eschweger, Goldbachstraße 3, vom 15. Dezember 1938 folgenden Inhalts:

„Es ist der Wunsch der politischen Führung, dass die Juden die Wohnungen in deutschen Häusern zugunsten deutscher Familien räumen und mit ihren Rassegenossen zusammenziehen.

*Ich bitte Sie, Ihrerseits alles zu tun, damit das Ziel erreicht wird.*⁷²

Dies Schreiben erreichte die zur Miete wohnenden deutschen Juden wenige Wochen nach den jüdenfeindlichen Exzessen im November. Offensichtlich hat Beuermann dies Schreiben an mehrere Hausbesitzer versandt, da der Text ein Durchschlag ist, während die Anschrift original mit Schreibmaschine aufgesetzt wurde. Auch die Unterschrift „Dr. Beuermann“ könnte von einem Stempel stammen.

Das Haus Goldbachstraße 3 wurde unter nicht näher bekannten Umständen von Baruch Löbenstein, der am 6. Februar 1938 sich nach New York abmeldet, an den Schreiner W. Müller verkauft. Es wohnten dort weiter seit dem Jahr 1923 der Viehhändler Max Löbenstein (geb. 18.6.1892 in Datterode) mit seiner Ehefrau Julie geb. Fichtelberger (geb. 22.2.1893) und ihre vier Kindern Emmi (geb. 4.8.1921 in Datterode) Frieda (geb. 2.10.1923), Josef (geb. 31.7.1925) und Michael (geb. 17.8.1931).⁷³

Als Beuermanns Schreiben bei der Familie Löbenstein eintraf, wohnten noch die Eltern mit den drei minderjährigen Kindern Frieda, Josef und Michael im Haus – nun offenbar als Mieter. Die 16-jährige Tochter Emmi wurde am 20.2.1938 nach New York abgemeldet.

Am 29. März 1939 meldete sich der Vater nach Havanna, am 13. Juli 1939 Tochter Frieda nach Frankfurt ab, und am 2. August 1939 verzog die Mutter mit den beiden Kindern in das Haus Hospitalplatz 6 und von dort am 17. März 1941 nach New York.⁷⁴

Der Aufforderung Beuermanns war mithin in wenigen Monaten entsprochen worden.

Gegenüber der Berufungskammer stellte Beuermann das Schreiben an die jüdischen Mieter Eschweges als „Begräbnis erster Klasse gegenüber der Forderung nach ‚Umquartierung‘ [dar], welche mir von der Partei angesonnen war. Statt einer Verfügung an den jüdischen Mieter habe ich die Entscheidung auf den Vermieter abgewälzt und konnte mich der Partei gegenüber mit dem Hinweis darauf decken, dass nach dem BGB

dieser allein kündigungsberechtigt ist“.⁷⁵ Allerdings konnte ein solches Ansinnen von Beuermann weder nachgewiesen noch plausibel gemacht werden.

Für dieses Schreiben lag im Dezember 1938 keine Anordnung von Regierungsseite (Regierungspräsident oder Landrat) vor. Die dokumentarische Erfassung von „jüdischen Wohnungen in arischen Häusern“ wurde der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom Reichssicherheitshauptamt erst zwei Jahre und drei Monate später, am 29. März 1941, auferlegt.⁷⁶

Beuermanns Formulierung, es handle sich um den „Wunsch der politischen Führung“, ist möglicherweise zutreffend gewesen. In vorauseilenden Gehorsam suchte er diesem Wunsch zu entsprechen.

Reichensächser Straße 8

In den Spruchkammerakten befindet sich ein weiteres von Beuermann unterzeichnetes Schreiben, das nicht Gegenstand der Verhandlung der Kammern wurde. Am 23. Januar 1943 teilte Beuermann dem Landrat Schultz folgendes mit:

„Unter Bezugnahme auf den mündlichen Auftrag vom 19. d. M. überreiche ich das Vernehmungsprotokoll der Eheleute Luckhardt. Ich bemerke dazu, dass die Rosenstock seit 20 Jahren bei der Jüdin Kahn als Hausangestellte tätig war und zunächst mit dieser Jüdin Kahn auch in die Judenschule ziehen wollte, um sie dort zu pflegen. Hauptmann Grabowski hat das auf Anfrage des Neuhahn für unnötig erklärt. Als Deutsche habe sie in der Judenschule nicht zu wohnen. Es handelte sich also um die Versagung einer nachgesuchten Erlaubnis und nicht in erster Linie um die Gestattung eines Besuchs.“⁷⁷

Der letzte Satz im Schreiben deutet darauf hin, dass Frau Rosenstock um Besuchserlaubnis nachgesucht hatte. Bei der „Jüdin Kahn“ handelte es sich um die Witwe des 1926 verstorbenen Kaufmanns und Fabrikanten Oskar Kahn. Frau Bertha Kahn, geb. Aronsohn war

am 28.11.1865 in Bückeburg geboren. Sie wurde von der aus dem Eichsfeld stammenden katholischen Maria Rosenstock seit langem gepflegt. Als Frau Kahn am 13. Januar 1942 im 77. Lebensjahr in die Schulstraße 2 einquartiert wurde, in die sogenannte „Judenschule“, suchte Frau Rosenstock sie nicht allein zu lassen, sondern sie dorthin zu begleiten. Was immer der Schutzpolizist Grabowski mit Herrn Neuhahn, dem Vertreter der verbliebenen Eschweger Judenschaft, besprochen hat – Beuermann sah keinen Anlass, Frau Rosenstock weiterhin der alten Dame wie bisher ihre Pflege zu gestatten.

Bertha Kahn musste in dem „Judenhaus“ bis zum 6. September bleiben, von wo sie nach Theresienstadt deportiert wurde, wo sie am 17. September 1942 starb. Maria Rosenstock musste sich zwei Tage nach dem erzwungenen Umzug der alten Dame eine neue Wohnung suchen, die sie bei der Familie des Webers Luckhardt in der Reichensächser Straße fand. Wenige Monate nach der Deportation von Bertha Kahn zog Maria Rosenstock wieder nach Martinfeld im Eichsfeld zurück.⁷⁸

Synagoge und Schulgebäude

Beuermann strebte nicht nur den Erwerb und die Auslöschung des jüdischen Friedhofs, sondern auch den Ankauf und die Zweckentfremdung der Synagoge und des jüdischen Schulgebäudes an. Im Oktober 1942 wandte er sich in einem Schreiben an die Reichsvereinigung:

„Für das Synagogengrundstück mit anschließendem unbebautem Garten kann ein höherer Preis als 5 RM je qm nicht gezahlt werden. Eine Entschädigung für das ehem. Synagogengebäude kommt nicht in Betracht, da eine Weiterbenutzung nicht gestattet wird. Jeder Erwerber muss vielmehr mit den auf 2500 RM geschätzten Abbruchkosten rechnen. (...)“⁷⁹

Die Reichsvereinigung antwortete ausweichend. Offenbar ist es hier nicht zu einem

Erwerb seitens der Stadt gekommen, so dass das Gebäude erhalten blieb.

Die „Aktion Gitter“

Folgende Aussage Beuermanns gegenüber der Spruchkammer wurde im Wesentlichen akzeptiert und zur Grundlage seiner Entlassung genommen:

„Ich habe nach dem 20. Juli 1944 eine Reihe bekannter antifaschistischer Bürger der Stadt durch den Einsatz meiner Person und durch meine Bürgerschaft vor dem sicheren Konzentrationslager gerettet. Der Befehl zu ihrer Verhaftung war mir strikt nach Tag und Stunde gegeben, wie durch die Eidesstattlichen Versicherungen Anlagen 3–4 bewiesen wird. Wäre ich ein ‚Nazi‘ gewesen, so hätte ich den Auftrag eifrigst ausgeführt, wäre ich ein ‚Mitläufer‘ gewesen, so wäre ich dem Befehl zum mindesten gehorsam nachgekommen. Ich habe mich aber widersetzt, weil ich schuldlose Mitbürger nicht einem unverdienten Schicksal überantwortet wissen wollte. Das war Widerstand!“⁸⁰

Tatsächlich hat Bürgermeister Dr. Beuermann am 21. August 1944 auf die Aufforderung des Landrats vom 19. August 1944, in Frage kommende Personen festzunehmen, Fehlanzeige erstattet:

„Unter Bezugnahme auf die heutige Besprechung in Anwesenheit von Kreisleiter Weiß und Ortsgruppenleiter Hüther erstatte ich „Fehlanzeige“.“⁸¹

Bei näherer Prüfung der Aktenlage ergeben sich jedoch gegenüber dieser ausschließlich der eigenen Person zugeschriebenen Leistung Fragen und Widersprüche; zudem sind ergänzende Informationen zum historischen Kontext erforderlich.

Zunächst ist festzustellen, dass jeder Schritt, der die Verhaftungen Unschuldiger im Jahre 1944 verhinderte, uneingeschränkt positiv zu beurteilen ist, weil er Menschen vor Terror, unter Umständen vor Konzentrationslager und Tod bewahren half.

Die Auffassungen, wer im Landkreis Eschwege die Verhaftungen verhindert hat, sind jedoch geteilt. Unstrittig ist, dass auch führende Nazis diese Maßnahme kritisiert bzw. nicht ausgeführt haben. So fällt in der Meldung Beuermanns an den Landrat auf, dass er ausdrücklich die „Anwesenheit“ der lokalen NS-Autoritäten aufführt, als wolle er deutlich machen, dass es sich um eine gemeinsame bzw. auch von „der Partei“ mitgetragene Absprache gehandelt hat.

In der Tat war die sogenannte „Aktion Gitter“, die in den Akten gelegentlich auch als „Aktion Gewitter“ bezeichnet wurde, in den Gauleitungen nicht widerspruchslos hingenommen worden. Es handelte sich um eine blindwütige Rachemaßnahme Himmlers als Reaktion auf das Attentat Stauffenbergs am 20. Juli 1944. Alte Proskriptionslisten kommunistischer und sozialdemokratischer Funktionäre wurden aus den Schubladen geholt. Sämtliche ehemalige SPD- und KPD-Abgeordnete, auch auf kommunaler Ebene, sollten verhaftet werden. Die „Aktion“ stieß in einzelnen NSDAP-Gauen und bei zahlreichen Gauleitern sofort auf Widerspruch. Es war „vor Ort“ auch aus NS-Sicht nicht verständlich zu machen, warum z. B. längst politisch „ruhig“ gewordene ehemalige Sozialdemokraten, die sich nichts Neues zu Schulden hatten kommen lassen, nun plötzlich verhaftet werden sollten. Die Verhaftungen sind deshalb nicht überall konsequent durchgeführt worden und die ganze Aktion ist bald wieder abgebrochen worden.⁸²

Historisch unstrittig ist die Tatsache, dass der gegenüber der Kasseler Gestapo politisch und polizeilich verantwortliche Landrat Dr. Schultz in seinem Landkreis keine Verhaftungen durchgeführt hatte, weder in Eschwege noch in Wanfried und Waldkappel, in Reichensachsen und den anderen Gemeinden. Als gesichert kann ferner angesehen werden, dass Schultz sich mit dieser Entscheidung aus verständlichen Gründen nicht leicht tat, sich mit dem SD-Angehörigen Schweitzer, dem Kreisleiter Weiß, dem Ortsgruppenleiter Hüther und anderen vorher besprochen und

verständigt hatte, um seine Entscheidung gegenüber der lokalen NSDAP abzusichern. In der Tat waren mehrere Ortsgruppenleiter (Eschwege, Waldkappel, Reichensachsen) vom Landrat einbezogen, wie aus den folgenden Eingaben hervorgeht.

Den Bürgermeistern brauchte der Landrat dann seine Entscheidung nur noch bekannt zu geben und sie um Unterstützung zu bitten. Diese Interpretation wird durch die Eingabe Karl Küllmers nahegelegt. Er las im Oktober 1946 von der Entscheidung der Spruchkammer in Sachen Beuermann und teilte dem Öffentlichen Kläger am 28.10.1946 folgendes mit:

„Dann habe ich das Urteil gelesen und von allen Seiten bin ich gefragt worden über das Urteil von Beuermann. Ich habe es abgelehnt, mit irgendjemandem darüber zu diskutieren. Nachdem ich nun gelesen habe, dass der Öffentliche Kläger Einspruch gegen das Urteil erhoben hat, sehe ich mich veranlasst, einmal klar aufzuzeigen, warum es im Kreis Eschwege im Jahre 1944 nicht zu den Verhaftungen der bekannten Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen ist. Von dem Ortsgruppenleiter Hans Schade in Reichensachsen wurde ich benachrichtigt, dass ich nach Eschwege zum Landrat Schultz kommen sollte. Dort wurde mir von dem Landrat folgendes erklärt: ‚Herr Küllmer, ich bin in Kassel gewesen und habe erreicht, dass in meinem Kreis niemand verhaftet wird. Ich will nicht unnötig Unruhe in meinen Kreis bringen. Ich verlange aber von Ihnen, dass Sie mir keine Schwierigkeiten machen, und ich verbiete Ihnen hiermit jeden Verkehr mit ihren ehemaligen Genossen. Die Landjäger sowie die Vertrauensleute der Partei sind angewiesen Sie schärfstens zu überwachen. Warum mir Landrat Schultz das damals gesagt hat, weiß ich nicht; aber es geht daraus hervor, dass nicht Beuermann den Befehl von Gitter nicht durchgeführt hat sondern der Landrat Schultz.“⁸³

Das stimmt überein mit der Eingabe Dr. Brauns, des Wanfrieder Bürgermeisters:

„[...] Ich selbst habe, nachdem Herr Hitze-roth, der damalige Ortsgruppenleiter von Waldkappel, der gleichzeitig mein Chef war;⁸⁴ mit Herrn Dr. Schultz sich besprochen hatte, Dr. Schultz und Herrn Hitze-roth nach Kassel zur Gauleitung und zur Gestapo gefahren. Beide Herren waren sich darüber einig geworden, dass eine Inhaftierung der besagten Funktionäre nur Unruhe in das Volk bringen würde. [...] Beide Herren bürgten nach meinem Wissen mit ihrem Kopf, und durch diese Maßnahme wurde die Inhaftierung im gesamten Kreis Eschwege unterbunden. Dr. Braun teilt noch mit, dass er selbst Zeuge war, als Dr. Schultz den drei Bürgermeistern der Kreisstädte Eschwege, Waldkappel und Wanfried den Befehl erteilte. Er gibt an, dass von den anwesenden Herren, zu denen auch Dr. Beuermann gehörte, lediglich der Befehl gehört wurde. Herr Dr. Beuermann hat sich während dieser Besprechung überhaupt nicht geäußert.“⁸⁵

Dies bestätigte auch der ehemalige Landrat Dr. Walter Schultz in einer Vernehmung am 23. Mai 1947. Er führte u. a. aus:

„Die Darstellung des Herrn Dr. Beuermann, wonach dieser erst nach langen Auseinandersetzungen die Nichtdurchführung dieses Befehls erreicht hat, ist falsch. Ausschlaggebend für die definitive Ablehnung des Befehls war meine Besprechung mit Herrn Schweitzer, nicht aber irgendein Vortrag des Herrn Dr. Beuermann. So viel ich mich erinnern kann, habe ich über diesen Befehl mit Dr. Beuermann als Vertreter der Ortspolizeibehörde Eschwege Auseinandersetzungen im Sinne der Beuermannschen Auslegung nicht gehabt. Ich war derjenige, der für diesen Befehl gerade zu stehen hatte und habe auf Grund meiner menschlichen Einstellung und meiner Kenntnis des Kreises Eschwege von der Durchführung Abstand genommen, nicht Dr. Beuermann.“⁸⁶

Wilhelm Schweitzer, ehemaliger SD-Beauftragter, bestätigte diese Darstellung von Dr. Schultz.⁸⁷

Nicht zu klären ist, welche Rolle Beuermann bei dieser Entscheidung spielte. Seine Aussage über diese Entscheidung, die er allein sich selbst zurechnete, steht gegen die Aussagen anderer an der Besprechung Beteiligter. Diese anderen Aussagen verlieren in meinen Augen nicht dadurch an Glaubwürdigkeit, dass sie in der wenig später angesetzten Berufungsverhandlung zurückhaltender formuliert, jedoch nicht explizit widerrufen wurden.

So vermerkt nun plötzlich der ehemalige Landrat Walter Schultz einen Gedächtnisverlust:

*„Über die damaligen Vorgänge weiß ich gar nichts, es ist alles aus meinem Gedächtnis verschwunden. [...] Ich habe eine dunkle Erinnerung, dass in dieser Angelegenheit ein Gespräch zwischen mir und dem Betroffenen geführt wurde. Ich habe mit verschiedenen Herren über die Sache gesprochen, mit Oberinspektor Schneider, der die Sache bearbeitet hat, mit Herrn Schweitzer. Ob ich mit dem Betroffenen eine Besprechung in dieser Sache gehabt habe, kann ich nicht genau sagen.“*⁸⁸

Wilhelm Schweitzer sagte:

*„Der Landrat war sehr aufgeregt. Ich sagte: ‚Ich würde es an Ihrer Stelle nicht tun, sagen Sie doch nach Kassel entsprechend Bescheid.‘ Dann ließ er sich von mir noch einmal meine Ansicht bestätigen. Ich glaube nicht, dass er schon einen festen Entschluss gehabt hat.“*⁸⁹

Und Karl Küllmer führte nun aus:

*„Ich wurde zu Landrat Schultz vorgeladen. Dort sagte er mir, dass er mit dem Gauleiter in Kassel zusammengekommen wäre. Er erzählte mir von dem Gitter-Befehl. Es solle keine unnötige Unruhe aufkommen, er hätte die Bürgerschaft übernommen und mache mich verantwortlich, wenn etwas passieren würde.“*⁹⁰

Der ehemalige Bürgermeister von Wanfried, Dr. Braun, blieb wegen Erkrankung der Verhandlung fern. Dass er nicht weiter vernommen wurde, ist möglicherweise durch eine Einlassung von Dr. Lasch, dem Verteidiger Beuermanns, befördert worden, die die Spruchkammer beeindruckte. Dr. Lasch wies darauf hin, dass Dr. Braun Epileptiker sei und legte ein entsprechendes medizinisches Gutachten von Dr. Koch (Eschwege) bei., in dem sachlich unzutreffend behauptet wird:

*„Erfahrene Richter wissen, dass Epileptiker kein zuverlässiges Erinnerungsbild haben.“*⁹¹

Im Jahr 1948 stand Dr. Karl Braun jedoch der Spruchkammer wieder zur Verfügung, ohne dass sein Gesundheitszustand von irgendeiner Seite angezweifelt wurde.⁹² Er hat dort seine Aussage zum Gitterbefehl wiederholt.

Da im Berufungsverfahren nun plötzlich weniger präzise Aussagen zur Bestreitung der aktiven Rolle Beuermanns in der Sache „Aktion Gitter“ vorlagen, stützte sich die Berufungskammer auf die Zeugenaussagen von Hüther (ehemaliger Ortsgruppenleiter NSDAP Eschwege) und Heldmann (Kriminalbeamter Eschwege) und kam zu dem Ergebnis:

*„Durch die erneute Beweiserhebung in vollem Umfang bestätigt wurde indessen die Feststellung des angefochtenen Spruches über die Verhinderung der Durchführung der sogenannten Gitteraktion in Eschwege im August 1944. [...]“*⁹³

Beide Kammern sahen in Beuermanns Verhalten in der Gitteraktion eine „Widerstandshandlung“. Hätte er im Falle der Gitteraktion „keinen Widerstand geleistet, dann hätte er nicht in seiner Amtsführung als Bürgermeister als nicht belastet angesehen werden können.“⁹⁴ Allerdings erachtete die Kammer diesen Vorgang in der abschließenden Gesamtsicht seiner Rolle in der NS-Zeit nicht als entscheidend an. Sie führte aus:

„Die Nichtausführung des Gitterbefehls im Jahre 1944 ist aber kein hinreichender Beweis dafür, dass der Betroffene auch in

den vergangenen Jahren, insbesondere in den Jahren vor dem Kriege, das nationalsozialistische Regime als verbrecherisch oder wenigstens verderblich erkannt hat und dieser Erkenntnis gemäß sich verhielt.“

Der Einmarsch der U. S. Army in der Stadt

Die Rolle Beuermanns beim Einmarsch der Amerikaner in die Stadt im April 1945 ist „lobenswert und positiv zu beurteilen“, so Dr. Kollmann, „für den tatsächlichen Ablauf der Ereignisse war sie aber ohne Bedeutung, denn die Entscheidungen fielen auf militärischer Ebene. Entgegen Beuermanns Empfehlungen wurden am 3.4.1945 in der Frühe die Werrabrücken gesprengt; der kommandierende General hatte den Befehl erhalten, Eschwege hinhaltend zu verteidigen“⁹⁵ Es handelte sich um General Otto Schellert, der zum Kampfkommandanten von Eschwege ernannt worden war. Schellert war sich jedoch, wie er später festhielt, gemeinsam mit den beiden anderen Kommandeuren im April 1945 darüber klar geworden,

„dass eine Verteidigung des Standorts Eschwege schon aus militärischen Gründen eine Unmöglichkeit bedeutete; denn, wie schon erwähnt, besaßen die verfügbaren Truppen keinen oder nur geringen Kampfwert, waren sie zahlenmäßig für den weiten Bogen um Eschwege völlig unzureichend, war ihre Bewaffnung völlig ungenügend. Dazu kam für mich als mit ausschlaggebender Grund, die Stadt vor schweren Kampfschäden zu bewahren zu einem Zeitpunkt, wo mit dem unglücklichen Ausgang des Krieges gerechnet werden musste.“

*Ich hatte mich daher entschlossen, die Stadt nicht zu verteidigen und schon am 2.4. vormittags den Rest der Nachr. Ersatz-Abteilung mit der Funkstelle über die Werra abgeschoben. Auch hatte ich dem Gauleiter Gerland gegenüber, der in Eschwege gewesen war, abgelehnt, den Volkssturm aufzurufen und einzusetzen.“*⁹⁶

Schellert berichtet, dass Beuermann ihn telefonisch gebeten habe, „mit Rücksicht auf die unter ihnen liegenden elektrischen und Gasleitungen usw.“ von der vorgesehenen Sprengung der Werrabrücken Abstand zu nehmen. Darauf habe er, Schellert, vor Ort vereinbart, dass ohne seine Genehmigung die Sprengung nicht erfolgen solle. Tatsächlich wurden dann ohne sein Wissen und entgegen seiner Anordnung die Brücken am nächsten Tag doch gesprengt.

Beuermanns Anruf traf sich mithin mit der Lagebeurteilung und Entscheidung des Kampfkommandanten Schellert. Es herrschte zwischen dem Kampfkommandanten und dem Bürgermeister in der Sache ein Konsens, der keiner gegenseitigen Überzeugungsarbeit bedurfte. Insofern ist es fragwürdig, wenn Beuermanns Anruf als Widerstand unter Gefährdung des eigenen Lebens dargestellt wird.

Rückblicke Dr. Beuermanns auf die eigene Person in den Jahren 1933–1945

Beuermann hat in einer Eingabe an die Spruchkammer Eschwege im September 1946 zu seiner Rolle als Bürgermeister in der NS-Zeit Stellung genommen. Das Bild, das er von seiner Zeit als Bürgermeister zeichnet, ist das eines von Gewissenskonflikten gepeinigten Gegners des Naziregimes, der sich permanent gegen die Machtansprüche der „Partei“ habe zur Wehr setzen müssen. Er verweist darin auf eine „Rechtfertigungsschrift vom 15. Juni 1946“, die offenbar der Spruchkammer vorlag, sich jedoch nicht in seiner Spruchkammerakte befindet. In dieser Schrift habe er „genügend Beispiele“ für seine gegnerische Haltung aufgeführt.

Er sei „alles andere als ein Werkzeug der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gewesen“ und habe „in allen entscheidenden Punkten wohl das Gegenteil von dem getan, was man von einem ‚Nazi-Bürgermeister‘ erwarten konnte. Er sei im Übrigen einer der letzten im Rathaus gewesen, der der NSDAP beitrug. „Ich habe mich nicht passiv verhalten, sondern mich oft genug in meinem Amt

und in Vertretung der städtischen Interessen gegen die Machtansprüche der Partei und ihrer Funktionäre gewandt (...)“.

Die „beiden Hauptfälle“ seiner gegnerischen Haltung seien der Widerstand gegen die Anordnung der Verhaftungen im Rahmen der sogenannten „Aktion Gitter“ im August 1944 und die Rettung der Stadt beim Einmarsch der Amerikaner im April 1945 gewesen. Hier sei es „um Tod und Leben, ja um das Schicksal einer ganzen Stadt“ gegangen. Es seien „Bürgermeister unter ähnlichen Umständen wegen Zuwiderhandlung gegen die Befehle der Partei von den ‚Nazis‘ aufgehängt worden.“ Er habe sich dafür eingesetzt, dass die Stadt Eschwege „nicht verteidigt würde und damit den gegebenen Befehlen Widerstand geleistet.“ Diese andauernde Widerstandshaltung habe ihm nur Nachteile gebracht. Im Grunde hätte er es sich wesentlich einfacher machen können, wenn er Nazi oder Mitläufer gewesen wäre.

„Dass mir diese dauernden Gewissenskonflikte und der ständige Widerstand gegen die Anmaßungen der Partei seelische und körperliche Nachteile gebracht haben, bedarf wohl keines weiteren Beweises.“⁹⁷

In den Zeugenaussagen, von denen sich einige Wort für Wort gleichen, wird dieses Selbstbild noch überhöht, z. B. durch von den Kammern nicht näher geprüfte und z. T. unzutreffende Aussagen, er selbst sei niemals an Maßnahmen gegen die Juden beteiligt gewesen, er habe immer ein gutes Verhältnis zur Eschweger Judenschaft gehabt, kein Jude sei in seiner Zeit als Bürgermeister von Eschwege in ein KZ deportiert worden, Dr. Beuermann sei zum Kirchenaustritt gezwungen worden, habe die Synagoge vor ihrer Zerstörung gerettet usw.

Die Verfahren vor den Spruchkammern waren bekanntermaßen keine gerichtsförmigen Vorgänge, ihre Ergebnisse blieben in vielen Fällen umstritten und historische Untersuchungen konnten von ihnen nicht durchgeführt werden. Das Charakteristikum war die Fürsprache von Zeugen, nicht jedoch die

historisch-kritische Prüfung und Aktenrecherche.

So verständlich es ist, dass Dr. Beuermann als „Betroffener“ in den beiden Spruchkammerverfahren sich so gut verteidigte wie möglich und dabei versuchte, ns-kritisches Verhalten so deutlich wie möglich hervorzuheben, so fragwürdig erscheint die von ihm behauptete gegnerische Haltung, die sein Bild in der kommunalpolitischen Öffentlichkeit bis in die Gegenwart bestimmt hat.

In den erhaltenen Akten und Unterlagen haben sich hierfür keine Belege finden lassen.

Die posthume Ehrung mit einem Straßennamen im Jahr 1963

Als das Ende der Dienstzeit Dr. Beuermanns als Stadtrat zum 30. Juni 1963 sich ankündigte, stand in den politischen Gremien der Stadt außer Frage, dass eine besondere Ehrung vorzunehmen sei. Am 6. März 1963 beantragte Bürgermeister Dr. Thom beim Hessischen Ministerpräsidenten die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes I. Klasse. Er begründete dies mit Beuermanns herausragenden Leistungen als Verwaltungsbeamter. Dabei würdigte er auch dessen Leistungen als Bürgermeister in der NS-Zeit. Er zitierte wörtlich den Beschluss der Gemeindevertreterversammlung aus dem Jahre 1946, in der Beuermanns volle Rehabilitierung im Spruchkammerverfahren gefordert war, hob seine Verdienste um die Gewinnung eines Fliegerhorstes hervor und lobte seine soziale Einstellung. Schließlich habe er kurz vor Kriegsende „durch sein entschlossenes Eintreten gegenüber den deutschen Wehrmachtdienststellen [verhindert], dass die Stadt in Kampfhandlungen verwickelt wurde.“⁹⁸ Abschließend wurden weitere Aktivitäten des erfahrenen Kommunalpolitikers, der in zahlreichen Gremien und Vereinen aktiv war, hervorgehoben.

Zu dieser beantragten Ehrung durch den Bundespräsidenten konnte es nicht mehr

kommen, da Dr. Beuermann am 3. Juni 1963 nach schwerer Krankheit verstarb.⁹⁹

Am 16. März 1963 empfahl der Geschäftsordnungsausschuss, „Dr. Beuermann zum Ehrenbürger zu ernennen“ und bat die Fraktionen vertraulich, „sich mit dieser Frage zu beschäftigen“. Außerdem empfahl der Ausschuss, „ein Ölbild von Dr. B. malen zu lassen und im Stadtverordneten-Sitzungssaal aufzuhängen“.¹⁰⁰

Als der Geschäftsordnungsausschuss am 14. Mai 1963 die Frage der Ehrung des ausscheidenden Stadtrats Dr. Beuermann erneut beriet, hatten die Fraktionen reagiert. Die Meinungen waren geteilt:

„Die Angelegenheit sollte noch innerhalb der Fraktionen beraten werden. Stv. Gischler und Stv. Dr. Meyer berichten, dass sich ihre Fraktionen gegen die Ernennung von StR. Dr. Beuermann zum Ehrenbürger ausgesprochen hätten. Sie seien auch gegen die Benennung einer Straße nach Stadtrat Dr. Beuermann, weil ihrer Meinung nach grundsätzlich keine Straßen nach lebenden Personen benannt werden sollten. Die Fraktionen der SPD und des GB/BHE sind dafür, Stadtrat Dr. Beuermann durch Verleihung einer goldenen Plakette zu ehren. Stv. Huschenbeth erklärte, die ÜWG-Fraktion sei mit der Ernennung von Stadtrat Dr. Beuermann zum Ehrenbürger einverstanden; die Frage der Straßenbenennung habe man deswegen nicht erörtert.“¹⁰¹

Die beiden stärksten Fraktionen, SPD und GB/BHE, hatten sich mithin für die Verleihung einer goldenen Plakette ausgesprochen und waren in der Frage des Straßennamens eher zurückhaltend. Lediglich in der Frage des anzufertigenden Ölbildes waren sich alle Fraktionen einig.

In der Sitzung dieses Ausschusses am 28. Mai wurden die Fraktionen erneut zur Beratung in der Frage, wie Beuermann zu ehren sei, aufgefordert. Fünf Tage später, am 3. Juni 1963, verstarb Beuermann. Angesichts dieser neuen Situation, die alle bisherigen Beratun-

gen seines feierlichen Abschieds aus dem Amt gegenstandslos machten, entschlossen sich Dr. Thom und der Magistrat zum Handeln. Bei den Beratungen im Magistrat am folgenden Tag, dem 4. Juni 1963, entschied man Beuermann mit einem Straßennamen zu ehren. Der Geschäftsordnungsausschuss schloss sich an: Man beabsichtige, den Stadtverordneten vorzuschlagen, eine Straße nach Dr. Beuermann zu benennen, und schuf dadurch vollendete Tatsachen, dass man den Bürgermeister ermächtigte, „dies schon in seiner Rede bei der Trauerfeier bekannt zu geben.“¹⁰² So geschah es wenige Tage später: „Die allgemeine Verehrung, die Dr. Beuermann in Eschwege genoss, wurde noch unterstrichen durch die Mitteilung Bürgermeister Dr. Thoms, dass man auf Beschluss der Stadtverordneten die Goldbachstraße zwischen oberen Anlagen und Luisenstraße in Dr.-Alex-Beuermann-Straße umbenennen werde.“¹⁰³

Mit diesem Vorgehen Dr. Thoms, des Magistrats und des Geschäftsordnungsausschusses war die bis dahin offene Frage der Ehrung Dr. Beuermanns entschieden – Ehrenbürgerrecht? Straßennamen? Plakette? –, bevor die Beratungen der Stadtverordneten hierüber stattgefunden hatten. Die Stadtverordnetenversammlung selbst entschied erst am 21. Juni 1963 und schloss sich ohne Debatte („Wortmeldungen liegen nicht vor“) der Namensverleihung an.¹⁰⁴

Die Ehrung mit dem Straßennamen hatte noch ein Nachspiel. Da die Witwe Bedenken gegen die vorgesehene Gegend geltend machte und es stattdessen „begrüßen würde, wenn eine Straße in einem Viertel gewählt würde, in dem auch andere Bürger der Stadt durch eine Benennung einer Straße nach ihnen geehrt worden sind“, beschloss die Stadtverordnetenversammlung am 28. November 1963 die „südlich der Gartenstraße geplante Straße“ als „Dr.-Alex-Beuermann-Straße“ vorzusehen.¹⁰⁵

Zusammenfassung

Dr. Beuermanns Amtsübernahme 1934 stand im Zeichen der Amtsenthebung nicht parteitreuer Bürgermeister, an deren Stelle zuverlässige Mitglieder der NSDAP von der NS-Gauleitung in Kassel eingesetzt wurden. Dr. Beuermann hatte selbst aus nächster Nähe erlebt, wie sein Vorgesetzter, Bürgermeister Dr. Stolzenberg, aus seinem Amt gedrängt worden war. Er war bereit, sich unter diesen Umständen der NSDAP-Politik zur Verfügung zu stellen. Er hatte sich am 1. Mai 1933 aus eigenem Entschluss in Eschwege der Nazibewegung angeschlossen und damit seine Bereitschaft zur politischen Einordnung in den „Führerstaat“ dokumentiert. In den Akten fand sich kein Anhaltspunkt dafür, dass es zwischen Dr. Beuermann auf der einen Seite und NSDAP-Ortsgruppenleiter Edmund Hüther (Eschwege) bzw. NSDAP-Kreisleiter Eduard Weiß auf der anderen Seite Meinungsverschiedenheiten, kritische Diskussionen, Differenzen oder Einspruch bzw. Widerspruch, gar Konflikte gab. Als Leiter der Ortspolizeibehörde war Dr. Beuermann in das überwiegend geheim operierende Verfolgungssystem einbezogen. Er lieferte Berichte, erteilte personenbezogene Auskünfte, führte Registrierungen durch und wirkte organisatorisch mit, z. B. bei den Deportationen jüdischer Bürger und Bürgerinnen. Im Fall Isidor Cahn wurde er selbst polizeilich tätig. Er erwarb im Februar 1939 zum Einheitswert für die Stadt das Wohnhaus Reichensächser Straße 29, das Ludwig Goldschmidt wenige Tage vor der Emigration hatte verkaufen müssen. Dort richtete er die Dienstwohnung des Bürgermeisters ein. Als Stadtrechtsrat führte er ab 1948 für die Stadt die Verhandlungen mit der Witwe um Rückerstattung. Dr. Beuermann zeigte große Anstrengungen, um zunächst die Rückgabe zu verhindern, dann die Höhe der Nachzahlung zu mindern und schließlich den im Vergleich vorgeschlagenen Betrag nochmals um 2500 DM herabzusetzen. Schließlich erstritt er im Jahre 1960 für die Stadt den überwie-

genden Teil des ursprünglichen Kaufpreis zurück, der aus öffentlichen Mitteln gezahlt wurde. Der Vorgang der Schließung und Umwidmung jüdischer Friedhöfe im Landkreis Eschwege wurde vom Kasseler Regierungspräsidenten, vom Landrat und später von den hier zuständigen Finanzbehörden anscheinend nicht vorangetrieben. Demgegenüber betrieb Bürgermeister Dr. Beuermann initiativ diese zweckorientierte Verwertung des Grundstücks und der Grabdenkmale in der Stadt Eschwege kontinuierlich mit Nachdruck. Drei weitere Entscheidungen Dr. Beuermanns sind nachweisbar, bei denen er teils in vorausseilendem Gehorsam (Räumung der „arischen“ Wohnungen von Juden), teils in bürokratischer Unerbittlichkeit (gegenüber Frau Bertha Kahn) oder in religionsferner Zweckorientierung (gegenüber dem Abriss der Synagoge) handelte, ohne dass jeweils hier eine Anordnung oder Weisung ihn dazu veranlasst hatte. Dr. Beuermanns Rolle bei der sogenannten „Aktion Gitter“ wurde von der Spruchkammer Eschwege und der Berufungskammer Kassel als „Widerstandshandlung“ eingestuft. Strategisch führte diese Einstufung zu seiner „Nicht-Belastung“. Ein Widerstand gegen diese Aktion seitens Dr. Beuermann konnte jedoch nicht nachgewiesen werden, da nach mehreren übereinstimmenden Aussagen die tatsächliche Weigerung von der Kreispolizeibehörde, dem Landrat Dr. Schultz, ausging, der im ganzen Kreis (nicht nur in der Stadt Eschwege) die angeordneten Verhaftungen nicht durchführte. Von Widerstand kann auch insofern nicht die Rede sein, da zahlreiche Gau- und Kreisleitungen ebenfalls die Durchführung dieser Anordnung in Frage gestellt haben bzw. sie verweigerten. Dr. Beuermanns telefonischer Anruf im April 1945 bei General Schellert wegen der Aufgabe der Stadt Eschwege traf sich mit der Lagebeurteilung und Entscheidung des Kampfkommandanten, die Stadt nicht mehr militärisch zu verteidigen. Der General und der Bürgermeister stimmten in der Sache überein, so

dass es keiner gegenseitigen Überzeugungsarbeit bedurfte.

Bürgermeister Dr. Beuermann hat den Erwartungen der NSDAP entsprochen und Anordnungen von oben glatt umgesetzt. In sechs Fällen, die einzelne Bürger und Bürgerinnen und religiöse Kultstätten betrafen, ist er selbst gegen Juden initiativ und aktiv geworden, ohne dass hierfür eine Weisung von vorgesetzter Behörde vorlag. Für die von Dr. Beuermann nach dem Krieg behauptete negativerische Haltung haben sich in den erhaltenen Akten und Unterlagen keine Belege finden lassen.

Quellen und Literatur*Stadtarchiv Eschwege*

- Personalakte Dr. Alex Beuermann.
- Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 1 und 2.
- Ratsherrenberatungen 1933–1939.
- Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730. Reichensächser Straße 29.
- Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) FD 44, 683/6 Judenfriedhof.
- Otto Schellert, Besetzung von Eschwege durch die Amerikaner am 3.4.1945 (Aus der Erinnerung aufgeschrieben).
- Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 16.3.1963 / am 14.5.1963.
- Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 6.6.1963.
- Auszug aus der Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung am 21.6.1963.
- Der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung am 28.11.1963.

Hessisches Staatsarchiv Marburg

- RP Kassel 165/7785.
- LR 180 Eschwege Nr. 70/153/1281/1523/1718/1760/2162/2600.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

- 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann.
- 520/KS-Z Nr. 4.642. Spruchkammerakte Dr. Walter Schultz (zit. n. J. Schweitzer).
- 483/4975.

Archiv des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, Kassel

- Breitenau 2, Nr. 5024. Schutzhaftakte Anna Baum.

Tageszeitungen

- Eschweger Tageblatt 1933, 1934.
- Werra-Rundschau 1963.
- Frankenberger Zeitung 1934.
- Kurhessische Landzeitung 1935.
- Kasseler Post 1934.

Fachliteratur

- André Bouwman, Das Land Hessen und seine jüdischen Friedhöfe von 1933 bis heute. In: Der Jüdische Friedhof in Hanau. Hanau/Wiesbaden 2005, S. 17–22.

Eva Grulms, Bern Kleibl, Jüdische Friedhöfe in Nordhessen. Bestand und Sicherung. Kassel 1984.

Ulrike Hett / Johannes Tuchel, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch des 20. Juli 1944. In: P. Steinbach / J. Tuchel (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 377 ff.

York-Egbert König, Jubiläen und Jahrestage 2009. In: Das Werraland. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Werratalvereins 1883 e.V. 61 (2009), Heft 1, S. 18.

Karl Kollmann, In Sachen: Dr. Alex Beuermann. In: Eschweger Geschichtsblätter 14/2003, S. 3–9.

Karl Kollmann, Thomas Wiegand, Spuren einer Minderheit. Jüdische Friedhöfe und Synagogen im Werra-Meißner-Kreis. Kassel 1996.

Horst Matzerath, Die Zeit des Nationalsozialismus. In: Thomas Mann, Günter Püttner, Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Band 1. Dritte, völlig neue bearbeitete Auflage. Heidelberg 2007, S. 119–132.

Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften Berlin e.V., 29) Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1970.

Joseph Walk (Hg.), Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung. Karlsruhe 1981. [Die aktualisierte bei UTB erschienene Ausgabe von 1989 bzw. 1996 war mir nicht zugänglich]

Falk Wiesemann, Sepulcra judaica. Bibliographie zu jüdischen Friedhöfen und zu Sterben, Begräbnis und Trauer bei den Juden von der Zeit des Hellenismus bis zur Gegenwart. Essen 2005 [zu Hessen S. 441–461].

Andreas Wirsching, Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1933 bis 1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 1–40.

Anna Maria Zimmer, Juden in Eschwege. Entwicklung und Zerstörung der Jüdischen Gemeinde – von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eschwege 1993.

Anmerkungen

^a Vor allem Herr Dr. Kollmann und Herr König (Stadtarchiv Eschwege) sowie Herr Dr. Eichler (Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden) standen mir kontinuierlich und hilfreich mit Informationen zur Verfügung. Frau Maria Zimmer (Eschwege) ließ mich Einblick in zeitgeschichtlich wertvolle Interviews, die sie mit ehemaligen Eschweger Juden führte, nehmen. Herr Gerd Strauß stellte mir den Text seines am 9.11.2008 in der Volkshochschule in Eschwege gehaltenen Vortrags zur Verfügung und wies mich auf eine Rede Beuermanns im Mai 1944 hin. Herr Baurat i. R. Ernst gab mir einen sehr wichtigen Hinweis auf die bislang wissenschaftlich noch nicht erschlossene Akte zum Totenhof der Jüdischen Gemeinde Eschwege. Herr Jochen Schweitzer wies mich auf die Spruchkammerakte zu Dr. Walter Schultz hin. Frau Susanne Schneider (Historikerin in Kassel) hat das Manuskript kritisch durchgesehen. Allen diesen Personen bin ich mit großem Dank verbunden; ohne ihre Hilfe wäre mein Auftrag nur unvollkommen zu erledigen gewesen.

^b Im Rahmen der redaktionellen Durchsicht erfolgte eine Umstellung: das Ergebnis des Gutachtens wurde an den Schluss der Darstellung gerückt und die Vorbemerkung wurde geringfügig gekürzt und aktualisiert.

¹ York-Egbert König, Jubiläen und Jahrestage 2009. In: Das Werraland. Herausgegeben vom Hauptvorstand des Werratalvereins 1883 e.V. 61 (2009), Heft 1, S. 18. – HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 112. Der damalige Bürgermeister Lasch in einer schriftlichen Stellungnahme vom 5. März 1947 gegenüber der Spruchkammer: „Der damalige Bürgermeister Dr. Stolzenberg wurde ultimativ zur Einreichung seiner Pensionierung aufgefordert und musste abdanken.“

² StA Eschwege. Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 2, Bl. 237. Abschrift. Das Gesuch ist dem RP durch den LR am 3.2.1934 weitergereicht worden. Stolzenberg verweist auf einen Bericht an den LR „vom gestrigen Tage“, der nicht bei den Akten ist.

³ Eschweger Tageblatt vom 3.2.1934.

⁴ StA Eschwege. Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 2, Bl. 241.

⁵ StA Eschwege. Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 2, Bl. 242. – Der Passus in diesem Brief, der davon spricht, dass Stolzenberg „bekannt ist, dass nach meinem Ausscheiden Herr Beigeordneter Döhle auf längere Zeit die Geschäfte des Bürgermeisters führen soll“, lässt den Schluss zu, dass die Übergangszeit mit Döhle „auf längere Zeit“ von oben vorgesehen war. Tatsächlich wahrte sie sechs Monate (vom 1. Mai an gerechnet) und achteinhalb Monate (vom 19. Februar an gerechnet).

⁶ StA Eschwege. Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 2, Bl. 243.

⁷ StA Eschwege. Personalakte Dr. Fritz Stolzenberg. Band 2, Bl. 244.

⁸ Eschweger Tageblatt Nr. 93 (86. Jg.) vom 21.4.1934.

⁹ Karl Kollmann, In Sachen: Dr. Alex Beuermann. In: Eschweger Geschichtsblätter 14/2003, Werra-Rundschau Nr. 131 vom 8.6.1963, S. 3.

¹⁰ Karl Ockershausen trat dann seinerseits am 1. Oktober 1934 wieder die Nachfolge Beuermanns in Frankenberg an, wo er bis 1939 als Bürgermeister tätig blieb.

¹¹ Horst Matzerath, Die Zeit des Nationalsozialismus. In: Thomas Mann, Günter Püttner, Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis. Band 1. Dritte, völlig neue bearbeitete Auflage. Heidelberg 2007, S. 123f. – ders., Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung. Stuttgart et al. 1970, S. 122.

¹² Horst Matzerath, Die Zeit des Nationalsozialismus, a.a.O., S. 124.

¹³ Frankfurter Zeitung vom 23. März 1934. „Feierliche Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Beuermann in Frankenberg“.

¹⁴ HHStA Mbg 165/ A 458. Dr. Donnevert formuliert in einem Schreiben an Gauleiter Weinrich vom 14. September 1934: „Ihre heutige Veröffentlichung in der Kasseler Post“. Vgl. Kasseler Post Nr. 252 vom 14.9.1934: „Dr. Beuermann Bürgermeister von Eschwege“. Dort ist die Rede davon, dass Beuermann bereits „mit Wirkung vom 1. Oktober“ zum Bürgermeister von Eschwege ernannt worden sei. Dass die Stadt „seit dem Tode des Bürgermeisters Dr. Stolzenberg durch den Beigeordneten Erich Döhle kommissarisch verwaltet“ worden sei, ist un-

wahr; auf diese Weise konnte das Herausdrängen Stolzenbergs aus dem Amt (s.o.) umgangen werden.

¹⁵ Eschweger Tageblatt Nr. 257 vom 2.11.1934. Einführung des Bürgermeisters Dr. Beuermann durch Regierungspräsident von Monbart.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ HHStA Mbg 165/7785. Stadt Eschwege. Magistrat 1908–1944; hier der Eid des Beigeordneten Döhle gegenüber dem Landrat Deichmann vom 27.8.1934.

¹⁸ HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 60 f.

¹⁹ HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 60 R.

²⁰ HHStA Mbg 165/7785. Stadt Eschwege. Magistrat 1908–1944. Schreiben der NSDAP-Kreisleiters Weiß an Beuermann vom 20. November 1936.

²¹ HHStA Mbg 180 Eschwege Nr. 1718.

²² HHStA Wbdn 483/4975.

²³ HHStA Mbg 180 Eschwege/2600. Schreiben der NSDAP-Kreisleitung Eschwege an die NSDAP, Gau Kurhessen, Amt für Kommunalpolitik vom 16.1.1936.

²⁴ Beide Schreiben befinden sich ohne Nachweise in der Spruchkammerakte Beuermann. Sie erscheinen authentisch. Vgl. HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 65f. (alt 52f.)

²⁵ HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 54 R.

²⁶ HHStA Mbg 180 Eschwege Nr. 1281. Band 3 1934–1935. Schreiben Beuermanns an den Landrat vom 14.11.1934. – Das Verzeichnis selbst ließ sich nicht ermitteln.

²⁷ „Wir bauen das Reich. Programmatistische Rede des Gauleiters Staatsrat Weinrich zum 5. Hestag“, in: Kurhessische Landzeitung vom 18./19. Mai 1935. – Weinrich griff hier die kurhessische Pfarrerschaft pauschal (nicht die Bekenkende Kirche im besonderen!) als intellektuelle Zersetzer an. Die NSDAP sei „in der Lage und willens, die Brut der Zersetzung zu vernichten“. Das Volk habe kein Verständnis für „Pastorengezänk“; den Pfarrern gehe es nur um ihre Pfründe usw.

- ²⁸ HStA Mbg 180 Eschwege 2162.
- ²⁹ Anna Maria Zimmer, Juden in Eschwege. Entwicklung und Zerstörung der jüdischen Gemeinde – von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eschwege 1993, S. 168–172.
- ³⁰ HStA Mbg 180 Eschwege Nr. 153.
- ³¹ Z. B. in: HStA Mbg 180 Eschwege Nr. 1523/70, 123f.; 1718/ 320 ff.; 1760/ 295 ff.
- ³² HStA Mbg 180 Eschwege Nr. 1760.
- ³³ HHStA WbDn 483/ 4975.
- ³⁴ LWV-Archiv: Breitenau 2, Nr. 5024. Schutzhaftakte Anna Baum.
- ³⁵ A. M. Zimmer, a.a.O., S. 206.
- ³⁶ HHStA WbDn Abt. 618 Pak. 1924 Nr. 18 Bd. 1 u. 2. Laufzeit 1950–1966. Die Durchsicht dieser Akte kann möglicherweise Aufschluss über die Rolle der Ortspolizeibehörde geben; aus Zeitgründen war sie mir leider nicht mehr möglich.
- ³⁷ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 56 R.
- ³⁸ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 57.
- ³⁹ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 57.
- ⁴⁰ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 68.
- ⁴¹ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 68 R.
- ⁴² HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 146.
- ⁴³ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 146.
- ⁴⁴ Dort ist zu Isidor Cahn eine Vermögenskontrollakte (Abt. 519/V Nr. 3123–344 Bd. 1 und 2), eine Rückerstattungsakte (Abt. 519/A Nr. Esch 25181) und eine Prozessakte der Wiedergutmachungskammer des Landgerichts Kassel (Abz. Z 460 Nr. KJ 241) erhalten. Die Akten betreffen das Hausgrundstück Forstgasse bzw. Horst-Wessel-Str. 15, das durch Kaufvertrag vom 11.2.1937 veräußert wurde.
- ⁴⁵ ITS Bad Arolsen. Stadtkreis Kassel Ordner 2240, S. 144; 2241, S. 6; 2242, S. 94. Landkreis Eschwege Ordner 1876, S. 265. Gestapo Transporte Ordner 14, S. 30. – Mitteilung von D. Schadow (Juli 2009).
- ⁴⁶ Bundesarchiv Berlin. Online-Version des Gedenkbuchs „Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945.“
- ⁴⁷ Stadtarchiv Eschwege. Ratsherrenberatungen 1933–1939. Datum: 2.2.1939.
- ⁴⁸ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Schreiben Beuermanns an LR vom 16.2.1939.
- ⁴⁹ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Beuermann an RP vom 3.2.1939; Beuermann an LR vom 16.2.1939.

- ⁵⁰ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Band 1. § 2 des Kaufvertrags vom 1.2.1939
- ⁵¹ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Schreiben Ernst Cahns (New York) an Bgmstr. Eschwege vom 9.8.1948.
- ⁵² Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Schreiben Cahns an Magistrat der Stadt Eschwege vom 23.9.1948.
- ⁵³ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Magistratsbeschluss vom 5.10.1948.
- ⁵⁴ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Schreiben Dr. Kugelmanns (Tel Aviv) an Bgmstr vom 19.4.1949.
- ⁵⁵ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Dr. Thom und Dr. Beuermann legten den Vergleichsvorschlag am 2.12.1949 der Stadtverordnetenversammlung vor. Der letzte Satz lautete: „Die Kosten des Verfahrens werden sich etwa mit dem Bestand des Sperrkontos, welches der Stadt zufallen würde, decken.“
- ⁵⁶ Dieser Passus oder eine sinngemäß ähnliche Bestimmung findet sich im Vergleichsvorschlag des Amts für Vermögenskontrolle und Wiedergutmachung nicht. Er findet sich ausschließlich in einem Schriftstück der Stadt, das von Beuermanns Paraphe, nicht jedoch von Frau Goldschmidt unterzeichnet ist; es handelt sich vermutlich um einen Durchschlag oder Entwurf Beuermanns. Das Original des von beiden Parteien unterzeichneten Vergleichs ist in der Akte nicht enthalten.
- ⁵⁷ Stadt Eschwege. Liegenschaftsamt FD 44, 683. Goldschmidt, Ludwig. Dort die entsprechende Korrespondenz soweit erhalten.
- ⁵⁸ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. Im September 1942 erklärte das Reichsbauamt Kassel, dass es beabsichtige, auf dem Gelände des jüdischen Totenhofes eine „Krankenbaracke für Ostarbeiter“ zu errichten. Dies ist nachweislich in der Folgezeit auch geschehen. Im Mai 1944 ersuchte Beuermann den Regierungspräsidenten darum, den Friedhof wieder zu öffnen, um verstorbene Ostarbeiter beisetzen zu können.
- ⁵⁹ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6. Schreiben Beuermanns an Frau Doernberg vom 1.8.1941.

- ⁶⁰ Andreas Wirsching, Jüdische Friedhöfe in Deutschland 1933–1957. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 50 (2002), S. 2f.
- ⁶¹ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. RP an LR Eschwege vom 18.12.1940.
- ⁶² Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. LR an Bgmstr Eschwege am 20.1.1941.
- ⁶³ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. Bgmstr Beuermann an LR am 6.2.1941.
- ⁶⁴ Bürgermeister am 10.2.1941 an Landrat als Antwort auf dessen Verfügung vom 20.1.1941.
- ⁶⁵ noch keine Entscheidung 20.4.1941; W. v. 20.5. ; 20.3.41; 20.9.41; W. v. 15.7.43.
- ⁶⁶ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6. RP Kassel an LR Eschwege betr. Jüdische Totenhöfe vom 18.4.1942.
- ⁶⁷ Auf der Rückseite die sich wiederholenden Vermerke Beuermanns auf Wiedervorlage: „WV 1.4.43/1.7.43/1.10.43/1.4.44“ mit Paraphe B. Das Schreiben der Reichsvereinigung vom 23.9. ist nicht vorhanden. Die Antwort der Stadt vom 3.10.42 enthielt erneut ein „Angebot“, im Ton allerdings fordernd.
- ⁶⁸ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6. Finanzamt Eschwege an Bürgermeister von Eschwege vom 22.2.1944.
- ⁶⁹ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. Beuermann an Finanzamt Eschwege am 2.3.1944.
- ⁷⁰ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6 Judenfriedhof. Beuermann an RP über LR am 19.8.1944.
- ⁷¹ Vgl. die Abbildungen in: Eva Grulms, Bern Kleibl, Jüdische Friedhöfe in Nordhessen. Bestand und Sicherung. Kassel 1984, S. 225–230; Karl Kollmann, Thomas Wiegand, Spuren einer Minderheit. Jüdische Friedhöfe und Synagogen im Werra-Meißner-Kreis. Kassel 1996, S. 81–85.
- ⁷² HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 70.
- ⁷³ Stadtarchiv Eschwege. Meldekartei.
- ⁷⁴ Stadtarchiv Eschwege. Meldekartei.
- ⁷⁵ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 91. Schreiben Beuermanns an Dr. Lucas vom 25.1.1947.
- ⁷⁶ Josef Walk, Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Karlsruhe 1981, S. 338 (Dok. IV, 182).
- ⁷⁷ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785, Bl. 63.
- ⁷⁸ Stadtarchiv Eschwege. Meldekartei.
- ⁷⁹ Stadt Eschwege Flächenmanagement (vormals Liegenschaftsamt) 730/6. Schreiben Beuermanns an die Bezirksstelle Sachsen/ Thüringen der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland in Leipzig vom 3.10.1942.
- ⁸⁰ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 15f. Dr. Beuermann an die Spruchkammer Eschwege am 25.09.1946. Das Dokument erscheint glaubwürdig, obgleich ein Nachweis der Provenienz nicht vorgelegt wurde.
- ⁸¹ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 116 (Nachweis des Schreibens nicht vorhanden).
- ⁸² Der Berliner Historiker Johannes Tuchel hierzu (in: Die Zeit Nr. 51 vom 9.12.2004 u. d. T. „Die Rache des Regimes“): „In der Bevölkerung stießen die Verhaftungen – immerhin wurden 5000 Menschen in die Konzentrationslager eingeliefert – auf Unverständnis. Sogar höhere NS-Funktionäre beschwerten sich. Bereits am 28. August stellte Gestapo-Chef Heinrich Müller fest, dass die »Aktion Gewitter« nicht die gewünschte Wirkung erzielt habe: »Bei der Festnahme der kommunistischen, sozialistischen und schwarzen Funktionäre wurde offenbar verschiedentlich recht formal vorgegangen, ohne dass die seitherige Haltung des Festgenommenen und seines Familienkreises in Betracht gezogen war. Aus sehr vielen Gauen sind lebhaftige Klagen hierüber eingegangen, die das tatsächlich erkennen lassen.“ Vgl. auch U. Hett / J. Tuchel, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch des 20. Juli 1944. In: P. Steinbach / J. Tuchel, Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Bonn 1994, S. 382 (zur „Aktion Gewitter“).
- ⁸³ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 58.
- ⁸⁴ Hier muss dem protokollierenden Ermittler Schabacker ein Schreibfehler unterlaufen sein. Der Ortsgruppenleiter der NSDAP konnte nicht der Chef des Wanfrieder Bürgermeisters sein. Sinn ergibt der Einschub jedoch, wenn er sich auf Dr. Schultz bezieht, der in der Tat als „Chef“ von Dr. Braun bezeichnet werden konnte.
- ⁸⁵ HHStA WbDn 520/Es Nr. 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 72.

- ⁸⁶ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 120.
- ⁸⁷ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 119.
- ⁸⁸ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 143 R.
- ⁸⁹ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 144.
- ⁹⁰ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 144 R.
- ⁹¹ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 101.
- ⁹² HHStA Wbdn 520/KS-Z Nr. 4.642. Spruchkammerakte Dr. Walter Schultz.
- ⁹³ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 151 R.
- ⁹⁴ HHStA Wbdn 520/Es Nr, 785 Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 157 R.
- ⁹⁵ Karl Kollmann, In Sachen: Dr. Alex Beuermann. In: Eschweger Geschichtsblätter 14/2003, S. 3 ff., hier S. 7.
- ⁹⁶ Stadtarchiv Eschwege. Schellert, Besetzung von Eschwege durch die Amerikaner am 3.4.1945 (Aus der Erinnerung aufgeschrieben). Eschwege, den 25.5.1951.
- ⁹⁷ Sämtliche Zitate in: HHStA Wiesbaden 520/Es Nr. 785. Spruchkammerakte Dr. Alexander Beuermann, Eschwege, Bl. 15–17.
- ⁹⁸ Stadtarchiv Eschwege. Bürgermeister Dr. Thom an den Hess. Ministerpräsidenten vom 6.3.1963. – Die Rolle B.s im Rahmen der „Aktion Gitter“ tauchte in dieser Laudatio allerdings nicht mehr auf; die Gründe hierfür ließen sich nicht ermitteln.
- ⁹⁹ Einer früheren Initiative in dieser Richtung wurde nicht entsprochen. Unterlagen hierzu liegen nach Auskunft von Herrn Dr. V. Eichler (Hess. Hauptstaatsarchiv) nicht vor.
- ¹⁰⁰ Stadtarchiv Eschwege. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsausschusses am 16.3.1963.

¹⁰¹ Stadtarchiv Eschwege. Auszug aus der Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsausschusses am 14.5.1963.

¹⁰² Stadtarchiv Eschwege. Niederschrift über die Sitzung des Geschäftsausschusses am 6.6.1963.

¹⁰³ Werra-Rundschau Nr. 131 vom 8.6.1963.

¹⁰⁴ Stadtarchiv Eschwege. Auszug aus der Niederschrift über die Stadtverordnetenversammlung am 21.6.1963.

¹⁰⁵ Stadtarchiv Eschwege. Der Magistrat an die Stadtverordnetenversammlung am 28.11.1963.

Hexengedenken in Eschwege

von Hartmut Hegeler und Ursula Vaupel

Die Hexenverfolgung gehört zu einem der dunkelsten Kapitel der mitteleuropäischen Geschichte. In über 200 hessischen Orten wurden Frauen, Männer und Kinder als „Hexen“ angeklagt, gefoltert und verbrannt. Die Gesamtzahl der Opfer kann im heutigen Bundesland Hessen mit etwa 2.000 Personen angegeben werden,¹ davon waren 8,4 % Männer.²

In den meisten Städten sind die Leiden der Opfer in Vergessenheit geraten. Nur in wenigen Ortschaften wird an das Schicksal der unschuldig hingerichteten Menschen erinnert. In diesem Artikel wird das Hexengedenken in der Stadt Eschwege vorgestellt. In einem kurzen Überblick wird über die lokale Hexenverfolgung informiert und das Schicksal der Angeklagten skizziert, die in die Fänge der Hexenjustiz gerieten.

Aus heutiger Sicht sind die wegen Hexerei verurteilten Frauen und Männer im Sinne der Anklage für unschuldig zu erklären. In Zeiten der modernen Naturwissenschaften ist jedem einsichtig, dass ein Mensch nicht auf einem Besenstiel zum Hexensabbat fliegen oder mit Zauberei Wetterkatastrophen und Krankheiten bewirken kann. Bisher sind die Opfer der Hexenprozesse jedoch nicht rehabilitiert worden, sie gelten bis heute als schuldig im Sinne der Anklage: sie hätten sich dem Teufel verschrieben, Gott verleugnet und durch Zauberei Schaden über die Menschheit und die Natur bewirkt. Es muss deutlich gesagt werden: es gab keine „Hexen“, sondern Menschen wurden durch die Folter zu „Hexen“ gemacht. Trotz schlimmster Martern haben etliche angeklagte Frauen und Männer bis zuletzt an ihrem Glauben an Gott festgehalten.

Denkmäler, die an das Unrecht in den Hexenprozessen erinnern, motivieren zur Spurensuche vor Ort und stellen einen wichtigen Gesprächsimpuls für den Dialog mit der Jugend und interessierten Erwachsenen dar. Gedenktafeln und Gedenksteine können zum Erzählort werden, um die schrecklichen Ereignisse der Vergangenheit lebendig werden zu lassen, um auch den Blick für Unrecht heute zu schärfen. Damals wurden die Angeklagten beschuldigt, sie wären durch Hexerei für Krankheiten und Wetterkatastrophen verantwortlich. Dieser Sündenbockmechanismus durchzieht die menschliche Geschichte bis zur jüngsten Vergangenheit und ist auch heute von brennender Aktualität.

Denkmäler erinnern uns daran, wie Menschen in der Vergangenheit gelebt und gelitten haben, und prägen das Bewusstsein der Menschen und ihre Einstellung zu Gegenwart und Zukunft. „Die unschuldigen Opfer eines gnadenlosen Systems verdienen auch nach bald 350 Jahren unsere Achtung, jeder Name ein ehrenvolles Andenken. Darin liegt die Verpflichtung, sich der Gefahren totalitärer Systeme bewusst zu werden und die Würde jedes Menschen zu verteidigen.“³

Hexengedenken in Eschwege

Aus Eschwege und Umgebung sind nur wenige Hexenprozesse dokumentiert.⁴ Nach Quellenlage führten nur die hier berichteten beiden Prozesse 1657 zu Hinrichtungen. 1671/1672 wurden drei angeklagte Frauen und ein „besessenes“ Mädchen freigesprochen,⁵ von einem weiteren Prozess ist eine Bittschrift der Schwiegersöhne an den Landgrafen erhalten.⁶ Bemerkenswert ist die Tatsache, dass die Eschweger Hexenprozesse 1657 und 1671/72 mit einer Häufung von Prozessen zur gleichen Zeit in Marburg und Umgebung korrespondieren.

Die geringe Zahl von Hexenprozessen in Eschwege, eigentlich für ganz Hessen-Kassel, erklärt sich aus der Tradition von Landgraf Wilhelm IV. von Hessen-Kassel (1567–1592), der für sein Herrschaftsgebiet größt-

mögliche Zurückhaltung bei Anklagen wegen Zauberei anordnete.⁷ Es ist nicht eine hohe Zahl der wegen Schadenzauber verurteilten Menschen der Grund dafür, dass in Eschwege den „Hexen“ ein besonderes Andenken gewidmet wurde, sondern die vorbildliche Haltung der beiden angeklagten Frauen (Tochter und Mutter).

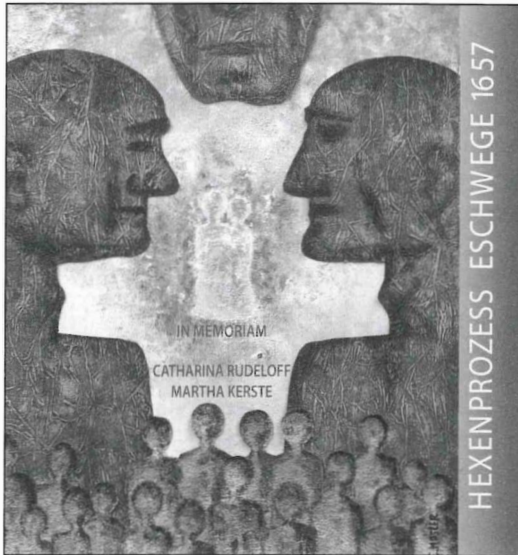


Abb. 1 Eschwege
Programm der Gedenktage 2007
(Christiane Mosler, Duderstadt).

Catharina Rudeloff⁸ wurde 1617 als dritte Tochter von Martha Kerste und dem Dachdeckermeister und Ratsherren Curt Rudeloff geboren. Von 1622 bis 1645 bezogen im Dreißigjährigen Krieg fast jedes Jahr marodierende Truppen in Eschwege Quartier. So wurde Catharinas Großmutter, deren Ruf im Hexenprozess eine entscheidende Rolle spielte, von Soldaten „totgeschmissen“.

Catharina heiratete Jakob Hochapfel 1638, ein Jahr nach dem sogenannten Kroatienbrand, als viele Häuser Eschweges einem Feuer zum Opfer fielen. Jakob Hochapfel, ein Leineweber, war Witwer mit drei Kindern zwischen vier und zehn Jahren. Seine erste Frau starb im Jahr davor wahrscheinlich im

Zusammenhang mit Kriegseignissen. In dem Großen Brand von 1637 war auch das Haus Jakob Hochapfels in Schutt und Asche gefallen. 1639 gebar Catharina ihre Tochter Anna, sechs Jahre später Anna Christina. Anna starb im Alter von 16 Jahren, Anna Christina starb 1657 mit 12 Jahren.

Der Tod dieses Mädchens wurde Catharina zum Verhängnis. Der Nachbar Jakob Mell, Leineweber wie Catharinas Mann, der selbst acht Kinder zu versorgen hatte, bezichtigte Catharina zwei Monate nach dem Tod von Anna des Giftmordes. Sie habe ihr Kind und seine Tochter Maria und deren Freundin mit Butter vergiftet. Catharina besaß eine Kuh und machte aus der Milch Butter. Sie hätte ihrer Tochter Butter auf ihre „Wecke“ geschmiert und diese hätte in der Schule [eine Art Konfirmationsunterricht] ihren Freundinnen davon zu kosten gegeben. Bald danach wurde ihre sowieso kränkliche Tochter Anna Christina bettlägerig krank und starb. Die Zeugenaussagen deuten auf Symptome der Schwindsucht [Tuberkulose] hin, die von Kühen auf Menschen übertragen werden kann. Beide Mitschülerinnen bekamen zwei Monate später heftige Krämpfe. Für Jakob Mell lag der Verdacht nahe, dass diese Krämpfe von Catharina Rudeloff angehext seien. Schon vier Jahre vor ihrer Bezichtigung durch Jakob Mell hatte zwischen ihm und Catharina ein heftiger Streit stattgefunden.

Die erkrankten Kinder wurden am 10. April 1657 von einer hohen Kommission befragt, einem Geistlichen und zwei Ratsmitgliedern. Dann wurde Catharina Rudeloff im Rathaus von den Ratsherren verhört. Sie leugnete, dass sie ihrer Tochter Butter auf das Schulbrot gestrichen habe, musste dann aber wegen der Aussagen der beiden Mädchen diese „Untat“ gestehen. Natürlich erklärte sie, dass sie keine Hexe sei. Am 1. Mai wurden zehn angesehene Männer über den Ruf der Familie befragt. Sie sagten aus, Catharinas Großmutter Anna Knieriem, genannt die „Hospächerin“, habe den Ruf gehabt, eine

Hexe zu sein. Alle erwähnten, dass sie mit einem „Welschen“, einem Garnhändler aus Brabant, dem sie als Witwe den Haushalt führte, „großes Gefress und Gesauf“ gehabt habe. Einige verdächtigten sie sogar, ein Verhältnis („fleischliche Vermischung“) mit diesem Mann gehabt zu haben. Andere Zeugenaussagen sprachen zugunsten Catharinas.

Am 8. Mai wurde Catharina verhaftet und im Keller des Stadtturmes „Blobach“⁹ inhaftiert. Ihr Mann bat den Landgrafen in einem Schreiben um Freilassung seiner Frau gegen Kautions- oder wenigstens um Verlegung aus dem „bösen Gefängnis in leidliche Verwahrung“. Sie habe ein „ehrbares, stilles, frommes und friedliches Leben“ geführt. Er habe nichts „als Liebes und Gutes“ von ihr erfahren. Als Catharina vom Peinlichen Gericht verhört wurde, war kein Verteidiger anwesend, obwohl dies nach der Hessischen Halsgerichtsordnung vorgeschrieben war. Catharina musste sich allein vor 16 hochgestellten Herren gegen 100 Anklagepunkte verteidigen. Sie beteuerte ihre Unschuld und vermutete, dass die Anschuldigungen der Kinder aus „Hass oder Neid“ erfolgt seien.

Schließlich wurde Catharina durch Aufziehen ihrer hinter dem Rücken zusammengebundenen Hände qualvoll gefoltert, bis sie einige Anklagepunkte „bekannte“. So bezichtigte sie ihre Mutter, sie das Hexen gelehrt zu haben. Nach der Folter bat sie den Stadtdiener, ihrer Mutter von ihrem Bekenntnis zu berichten, damit diese aus der Stadt fliehe. Der Stadtdiener verriet ihre Bitte jedoch dem Schultheiß, der dem Diener befahl, Catharina auszurichten, dass Mutter und Schwester aus der Stadt geflohen seien. Nun glaubte Catharina ihre Mutter in Sicherheit und bekannte unter der Folter alles, was ihr zur Last gelegt wurde, außer Unzucht mit dem Teufel.

Am 2. Juni wurde Martha Kerste, Catharinas fünfundsechzigjährige Mutter, verhört. Sie bestritt, Catharinas Hexenmeisterin gewesen zu sein, und wurde im „Diebesturm“ in der Mauerstraße inhaftiert. Nach dem Be-

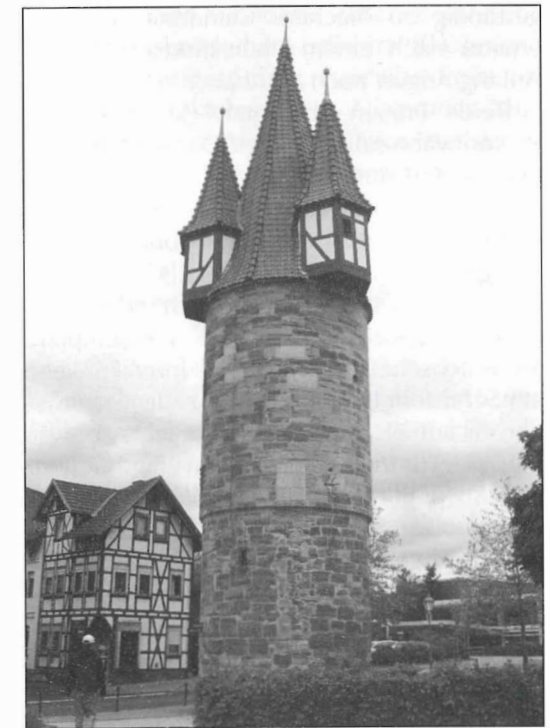


Abb. 2 Eschwege
Dünzabacher Torturm (Stadtturm Blobach)
(Foto Ulrike U. Born, Eschwege).

kenntnis von Catharina und der Inhaftierung Marthas sagten sich ihre Ehemänner von ihnen los. Der Richter versprach Martha, dass „die Fürsten und Herren Gnade walten lassen“, wenn sie freiwillig bekennen würde, und dass er noch nie gehört habe, dass jemand wegen Zauberei verbrannt worden wäre. Da legte Martha ein Geständnis ab. Catharina wurde nach dem Bekenntnis ihrer Mutter in den Kerker in der Stützmauer des Cyriakusberges verlegt.

Erst dann wurde ein Verteidiger herangezogen. Drei Wochen später widerrief Catharina ihr Bekenntnis und bei einer Gegenüberstellung widerrief auch Martha. Die Juristenfakultät in Marburg drang darauf, den Prozess ohne Folterdrohung neu aufzurollen. Die Rotenburger Räte dagegen befahlen, die angeklagten Frauen mit Verschärfung der Gefängnisstrafe und Androhung von Folter

geständig zu machen. Catharina bekannte erneut, nach einem neunstündigen Verhör Anfang August auch Martha.

Beide Frauen „besagten“ keine einzige Person während der Folter. Damit verhinderten sie eine Ausbreitung der Verfolgung. Ein Bekenntnis der Buhlschaft mit dem Teufel war ihnen nicht zu entreißen, außerdem verteidigte Catharina ihre ebenfalls angeklagte jüngere Schwester. Nach ihrem neuen Bekenntnis entwickelte sie einen Fluchtplan. Sie durchscheuerte ein Glied ihrer Fußkette am Sandstein ihres Kerkers. Als der Stadtdiener ihr am 21. August Essen brachte, bat sie ihn, die Tür zum Kerker ein wenig offen zu lassen, damit sie „etwas Luft schöpfen“ konnte. Der Stadtdiener, der annahm, dass sie fest angekettet sei, tat ihr den Gefallen: Während er ihr im Stadtkeller im Hochzeitshaus, nur wenige Schritte vom Kerker entfernt, einen Trunk holte, floh Catharina. In einer Scheune bat sie den zu Tode erschro-

ckenen Bauern um ein Stück Käse und Brot für ihre Flucht aus der Stadt. Der verwies sie auf seine Frau und eilte zum Rathaus. Bald darauf wurde Catharina von Bürgern mit Mistgabeln aus dem Heu geholt und wieder in den Kerker gebracht. Ihre Flucht bekräftigte den Verdacht gegen sie.

Zwei Tage nach der missglückten Flucht Catharinas nahm Jakob Mell vor Gericht seine Hexenbezeichnung zurück. Das Gericht nahm diesen Widerruf nicht auf. Vielmehr wurden alle Akten an die Gießener Juristenfakultät übergeben. Am 18. September schickten die Gießener Professoren die erwünschten Todesurteile. Die Vollstreckung des Urteils zog sich noch bis zum 30. Oktober hin. Doch vorher wurde die alte Martha gefoltert, weil sie am 10. Oktober noch einmal widerrufen hatte.¹⁰ Während der Folter bekannte sie wieder.

Am 30. Oktober wurden die Urteile auf dem Marktplatz verlesen. Danach wurde

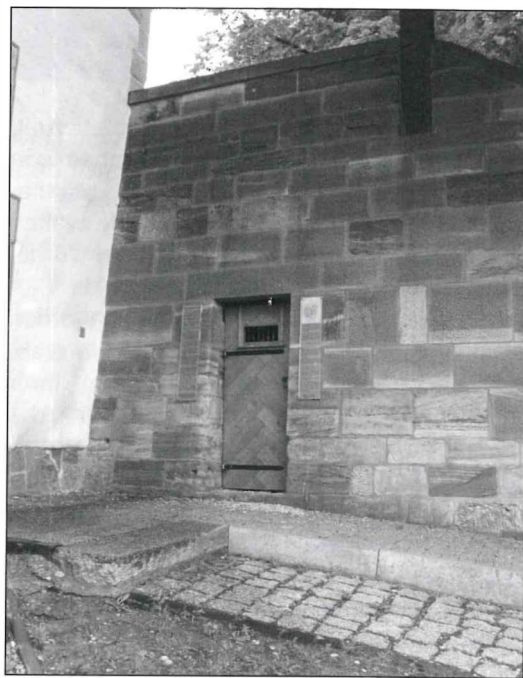


Abb. 3 Eschwege, Kerker (Foto Ulrike Born, Eschwege) mit Informationstafeln zum Kerker und zu den Hexenprozessen.

Martha in einem Karren zum Hinrichtungsplatz auf einer Anhöhe außerhalb der Stadt gezogen.¹¹ Martha wurde „aus Gnade“ enthauptet. Catharina wollte zu Fuß zur Hinrichtungsstätte gehen. Dort wurde sie „aus Gnade“ erwürgt. Sie rief vor ihrem Tode noch etliche Male „Herr Jesus“. Danach wurden die Körper verbrannt. Der Kanzleirektor, Berater des Landgrafen, der die Hinrichtung überwachte, beendete seinen Bericht: „... ist ein miserables und formidables Spektakul [elendes und großartiges Schauspiel] gewesen.“

Hinter diesem Hexenprozess sind neben Neid und Vorurteilen gegen Zugezogene (die Großmutter Catharinas kam aus einem nahe gelegenen Dorf) auch politische Gründe zu vermuten. Ratsherr Curt Rudeloff, Catharinas Vater, war als Dachdecker kein zünftiger Handwerker und im Rat der Stadt nicht gern gesehen. Wegen der Prozesse gegen seine Frau und Tochter verlor er seine Ratstätigkeit, sein Ansehen und sogar seine Existenzgrundlage. Er musste die Kautions für seine jüngste Tochter Maria zahlen, die nach der Hinrichtung von Mutter und Schwester freigelassen wurde. Diese Kautions von 200 Rheinischen Talern war dreimal so hoch wie der Wert seines Hauses und seine Äcker zusammen.

Rehabilitation der beiden „Hexen“ am 30. Oktober 2007

Ulrike Born und die Autorin, Redakteurin des Rundfunks Meißner, bemühten sich seit 2006, zum 350. Todestag der beiden Frauen Gedenkveranstaltungen zu initiieren. Vertreter wichtiger Institutionen erklärten sich zur Mitwirkung der Gedenktage bereit: die Stadt, der evangelische Kirchenkreis, der Gesamtverband der Eschweger Kirchengemeinden, die katholischen Pfarrgemeinden, die Volkshochschule, der Verein Frauen für Frauen – Frauen für Kinder im Werra-Meißner-Kreis, die evangelische Familienbildungsstätte-Mehrgenerationenhaus, die Eschweger Gruppe von amnesty international und der Rundfunk Meißner. Die Initiatorinnen verfassten

eine 34-seitige bebilderte Zusammenfassung des Prozessgeschehens, die im Klassensatz an die Eschweger Schulen verteilt wurde.

Vom 25. Oktober bis 2. November 2007 fanden mehrere Veranstaltungen statt unter dem Motto „Erinnern – Namen nennen – dem Unrecht widerstehen“: eine Kunstausstellung der Grafikerin Christiane Mosler, einer ehemaligen Eschwegerin; eine Ausstellung „Hexenverfolgung in Thüringen, Hessen und Eschwege“, ein Gedenkgottesdienst und Diskussionsabende. Vorträge zur Rehabilitierung der beiden Frauen bildeten den Höhepunkt am 30. Oktober, dem Hinrichtungstag. Die Vorträge hielten die beiden Initiatorinnen, der Bürgermeister Jürgen Zick und Dekan Dr. Martin Arnold. Die letzten beiden sprachen eine Rehabilitation der als Hexen hingerichteten Eschwegerinnen aus.

Der Bürgermeister sagte im Namen der Stadt: „Zwei unschuldige Frauen wurden aus der städtischen Gemeinschaft ausgegrenzt und umgebracht. Wir können dies nicht ungeschehen, sondern nur unvergessen machen. Wir können die Täter für ihr schreckliches Handeln nicht mehr zur Verantwortung ziehen. Aber eines können wir tun: Wir können Catharina Rudeloff und ihre Mutter Martha Kerste, die vor 350 Jahren aus der Eschweger Bürgerschaft ausgestoßen wurden, posthum wieder in unsere Stadtgemeinschaft aufnehmen. Sie sind unsere Eschweger Mitbürgerinnen, sie gehören zu uns. Ich darf dies heute aus Anlass der 350. Wiederkehr ihres Todestages als amtierender Bürgermeister ausdrücklich erklären. Wiedergutmachung ist unmöglich, aber Rehabilitation muss sein.“

Die Synode des Kirchenkreises Eschwege gab folgende Stellungnahme ab: „Die Mitwirkung an der Hexenverfolgung in Eschwege ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der hiesigen Kirche. Aus heutiger Perspektive erfüllen uns die damaligen Geschehnisse mit Erschrecken und Scham. Die unschuldig Verurteilten Catharina Rudeloff und Martha Kerste können Rehabilitation



Abb. 4 Gottesdienst zur Rehabilitation der Opfer der Hexenprozesse
Evangelische Stadtkirche Eschwege, 28. Oktober 2007 (Foto Kristin Weber).

erfahren, wenn wir ihre Namen nennen und ihnen ihre Ehre als Christinnen in unseren Gemeinden wiedergeben.“¹² Diese Rehabilitation von sogenannten Hexen ist in Deutschland einmalig. Die Landessynode der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck begrüßte auf der Sitzung am 29. November 2006 in Hofgeismar „die Erinnerungsarbeit in Bezug auf die Hexenverfolgung, die in Gemeinden und Kirchenkreisen geschieht. Sie ist dankbar für bereits durchgeführte Initiativen und Gedenkveranstaltungen.“¹³

Die Gedenktafel in der Kirche trägt folgende Inschrift: „Catharina Rudeloff und Martha Kerste wurden am 30. Oktober 1657 in Eschwege unter dem Vorwand der Hexerei hingerichtet. Wir sind mit ihnen verbunden im christlichen Glauben. Im Gedenkgot-

tesdienst am 28. Oktober 2007 haben wir sie rehabilitiert. Catharina Rudeloff und Martha Kerste wohnten im Bereich der heutigen Stadtkirchengemeinde. In den Verhören haben die angeklagten Frauen immer wieder ihren christlichen Glauben bezeugt. Martha Kerste bat in ihrem letzten Verhör „Gott, den Allmächtigen, aller Menschen Kinder vor dergleichen Unglück zu behüten.“ Catharina Rudeloff bekannte: „Ich weiß, dass Jesus Christus mein Erlöser ist.“ Sie rief unmittelbar vor ihrem Tod mehrere Male laut „Herr Jesus!“ Unter Folter wurden beide gezwungen, Christus zu verleugnen.“

Theaterstück und Denkmal

Ein sieben Jahre vorher gestellter Antrag, in einem Neubaugebiet je eine Straße nach den beiden „Hexen“ zu benennen, wurde

Catharina Rudeloff und Martha Kerste

wurden am 30. Oktober 1657 in Eschwege
unter dem Vorwand der Hexerei hingerichtet.

Wir sind mit ihnen verbunden
im christlichen Glauben.

Im Gedenkgottesdienst am 28. Oktober 2007 haben wir sie rehabilitiert.

Catharina Rudeloff und Martha Kerste wohnten im Bereich der heutigen Stadtkirchengemeinde. In den Verhören haben die angeklagten Frauen immer wieder ihren christlichen Glauben bezeugt. Martha Kerste bat in ihrem letzten Verhör „Gott, den Allmächtigen, aller Menschen Kinder vor dergleichen Unglück zu behüten.“ Catharina Rudeloff bekannte: „Ich weiß, dass Jesus Christus mein Erlöser ist.“ Sie rief unmittelbar vor ihrem Tod mehrere Male laut „Herr Jesus!“ Unter Folter wurden beide gezwungen, Christus zu verleugnen.

Abb. 5 Gedenktafel zur Rehabilitation,
Evangelische Stadtkirche Eschwege
(Foto Ulrike Born).

von der Stadt abgelehnt. Ebenso scheiterte ein mit den Hexengedenktagen verbundenes Projekt: die Aufführung eines auf den Prozessakten von 1657 basierenden dokumentarischen Theaterstückes von Ulrike Born „Sie wollen die Hexen brennen“. Heftige Berührungsängste zeigte auch der Magistrat der Stadt Eschwege gegenüber dem Plan der Initiatorinnen, ein bleibendes Mahnmal aufzustellen, das die Würde und die ausweglose Lage der angeklagten Frauen darstellt. Der Verein Frauen für Frauen – Frauen für Kinder im Werra-Meißner-Kreis fand eine Bildhauerin, deren Entwurf den Vorstellungen der Jury entsprach. Der Magistrat versagte der Errichtung der Skulptur auf städtischem Gelände seine Zustimmung. Eine Ausnahme machte der Bürgermeister, der sich nach anfänglicher Skepsis von dem Modell der Skulptur von Christa K. Bayer aus Witzenhausen überzeugen ließ. Wegen der ablehnenden Haltung des Magistrats gingen den Trägern des Projektes erhebliche Stiftungsgelder zur Finanzierung der Skulptur verloren, sodass zunächst alle Hoffnungen begraben werden mussten. Jedoch regte die Ablehnung eine lebhaft Diskussion an. In Zusammenarbeit mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Rotermund-Capar und dem „Runden Tisch gegen Gewalt“ erklärte sich der Kreisausschuss des Werra-Meißner-Kreises bereit, die

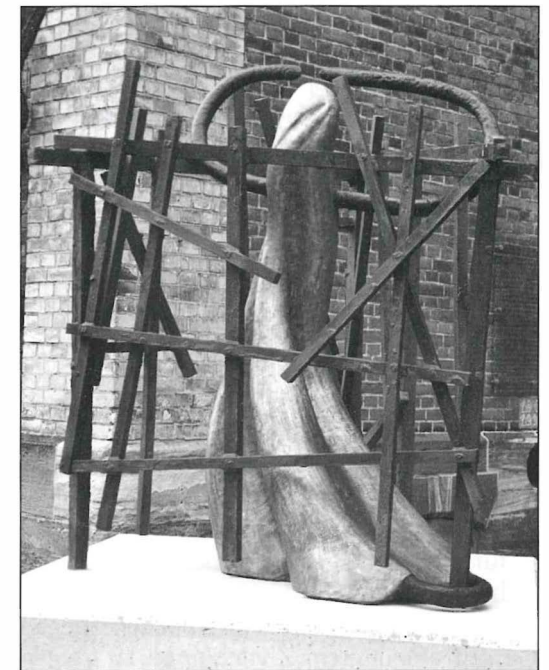


Abb. 6 Eschwege, Skulptur Denkmal gegen
Gewalt (Foto Christa K. Bayer, Witzenhausen).

Skulptur auf dem kreiseigenen Gelände der Volkshochschule auf eigene Kosten aufstellen zu lassen mit der Auflage, ihre Bedeutung zu erweitern. Die Skulptur steht nun zwischen dem ehemaligen Kerker von Catharina Rudeloff (Abstand ca. 50 m), der ehemaligen Synagoge (Abstand ca. 30 m) und der Volkshochschule. Das inspirierte die Künstlerin zu einer neuen Gestaltung der Gitterstäbe um die Figur. Der Sockel enthält nun neben den Namen der Spenderinnen und Spender folgenden Text:

**Erinnern – Widerstehen –
für Menschenwürde
Denkmal gegen Gewalt**

von Christa K. Bayer, 2008, Bronze

„Die Skulptur erinnert an alle Menschen, die in der Vergangenheit unter Demütigungen, Verachtung, Misshandlungen und Folter litten, und an alle, die in der Gegenwart alltäglicher Ausgrenzung und Gewalt ausge-

setzt sind. Die Skulptur lässt die 1657 als Hexe verbrannte Eschwegerin Catharina Rudeloff als ein Beispiel für Widerstand und Würde erkennen. Sie durchscheuerte ein Glied ihrer Gefängniskette, um sich aus dem Kerker zu befreien. Ihre Bewegung und die Ausrichtung des dreiseitigen Käfigs hat Symbolgehalt:

- von der Seite zum Kerker am Hochzeitshaus windet sich die Figur aus der Gefangenschaft und Ausweglosigkeit;
- die Ausrichtung auf die ehemalige Synagoge zeigt Glaube, Kraft und Würde und klagt damit staatlichen und kirchlichen Missbrauch von Macht an;
- die offenste Seite in Richtung Schulgebäude steht für Hoffnung auf Freiheit und für alle, die nach Selbstbestimmung streben.

Das Denkmal soll Mut machen, gegen Gewalt einzutreten, Zivilcourage zu zeigen und sich aktiv für Selbstbestimmung, Freiheit und Menschenwürde einzusetzen.

Verein Frauen für Frauen – Frauen für Kinder im Werra-Meissner-Kreis e.V. mit freundlicher Unterstützung des Werra-Meissner-Kreises und zahlreicher Sponsorinnen und Sponsoren.“

Die Künstlerin Christa K. Bayer erklärte, dass die dargestellte Figur von einem durchgescheuerten Kettenring durchbohrt wird. Dieses Kettenglied, Symbol der Gefangenschaft und Flucht, findet sein Gegenstück am Boden, als Fußfessel, die den Menschen in seiner Gefangenschaft festhält. Der Mensch – so Christa K. Bayer – erhebt sich aus der Dunkelheit des Kerkers und versucht zu entkommen. Jede Seite des dreieckigen Gefängnisses symbolisiert einen anderen Aspekt. Rechts befindet sich in Richtung des ehemaligen Hexenkerkers die geschlossenste Seite des Käfigs. In Richtung des VHS-Gebäudes erscheint der am weitesten geöffnete Teil: Die Gestalt versucht durch drehende Bewegung aus der Gefangenschaft zu entfliehen. Die ganze Dynamik zielt zu der Frontseite, die ein Kreuz erkennen lässt, ein religiöses



Abb. 7 Eschwege, Enthüllung des Denkmals gegen Gewalt (Foto Christa K. Bayer).

Symbol, aus der Menschen Kraft schöpfen können, das aber gleichzeitig auch missbraucht werden konnte und kann. Diese Seite weist zur früheren Synagoge hin. Verfolgung von Andersgläubigen ist ein immer brennenderes Thema unserer Zeit. Dargestellt ist der unschuldig gefangen genommene, Freiheit suchende Mensch in all seiner Hilflosigkeit, aber auch seiner Würde.

Die Enthüllung des Denkmals gegen Gewalt

Am 27. Mai 2008 wurde in einem feierlichen Akt das Denkmal gegen Gewalt enthüllt. Der Landrat des Kreises Stefan G. Reuß würdigte in bewegenden Worten sowohl die beiden sogenannten Hexen als auch den Einsatz der Initiatorinnen und des Vereins Frauen für Frauen – Frauen für Kinder für die Aufstellung dieses Denkmals. Sein Vertreter, der erste Kreisbeigeordnete, Henry Thiele, zitierte erschütternde Beispiele von Gewalt in Vergangenheit und Gegenwart der Stadt Eschwege.



Abb. 8 Eschwege, Enthüllung des Denkmals gegen Gewalt (Foto Christa K. Bayer).

Der Eschweger Chor „Gospelcross“ und der abschließende Kreistanz um die Skulptur machten die Enthüllung zu einem besonders feierlichen und bewegenden Erlebnis. Hingewiesen sei auf einen besonderen Gottesdienst zum Gedenken an die Opfer der Hexenprozesse auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München am 15. Mai 2010, 16 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche, Lachnerstraße 8, München.

Anhang

Die evangelische Kirche in Eschwege hat sich intensiv mit der Rolle der Geistlichen/Kirchen in den örtlichen Hexenverfolgungen beschäftigt, und Dekan Martin Arnold sprach im Namen der Kreissynode eine religiöse Rehabilitation der zwei als „Hexen“ angeklagten Frauen aus.¹⁴

Wortlaut der Erklärung der Synode des Evangelischen Kirchenkreises Eschwege

Erinnern – die Namen nennen – dem Unrecht widerstehen

Aus Anlass der 350. Wiederkehr des Todesstages von Catharina Rudeloff und Martha Kerste hat sich die Kreissynode des Evangelischen Kirchenkreises Eschwege mit der „Hexen“-verfolgung in Eschwege beschäftigt und dazu folgende Stellungnahme verabschiedet:

Unter der Beschuldigung der „Zauberei“ wurden in Eschwege im Jahr 1657 zwei Frauen, die vierzigjährige Catharina Rudeloff und ihre fünfundsechzigjährige Mutter Martha Kerste, gefoltert, zum Tode verurteilt, getötet und verbrannt. Catharina, der Hauptangeklagten, war vorgeworfen worden, dass sie Butter verhext und damit bei zwei dreizehnjährigen Mädchen lebensgefährliche Krämpfe hervorgerufen habe. Ihrer Mutter Martha wurde unterstellt, sie habe Catharina das Hexen gelehrt.

Die Durchführung des Prozesses oblag der weltlichen Gerichtsbarkeit. Aber nicht nur der Landesherr, die Bürgermeister und der Rat wollten „die Hexen brennen“ sehen, auch viele Bürgerinnen und Bürger schauten zu, beteiligten sich an Gerüchten und Denunziationen.

Auch die Kirche und ihre damaligen Amtsträger teilten den Vorwurf der Hexerei und wirkten daran mit, dass den Frauen der Prozess eröffnet wurde. Die Prozessakten vermitteln den Eindruck, dass Obrigkeit und Kirche im Einvernehmen handelten. Die Seelsorge an den bereits zum Tode Verurteilten zielte darauf ab, sie zur Anerkennung

ihrer „Sünde“ (d. h. der „Hexerei“) zu bringen.

In den Verhören haben die angeklagten Frauen immer wieder ihren christlichen Glauben bezeugt. Martha Kerste bat in ihrem letzten Verhör „Gott, den Allmächtigen, aller Menschen Kinder vor dergleichen Unglück zu behüten“. Catharina Rudeloff bekannte: „Ich weiß, dass Jesus Christus mein Erlöser ist.“ Sie rief unmittelbar vor ihrem Tod mehrere Male laut „Herr Jesus!“ Unter Folter wurden beide gezwungen, Christus zu verleugnen.

Die Synode des Kirchenkreises Eschwege in der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck erklärt:

- Die Mitwirkung an den Hexenverfolgungen in Eschwege ist ein dunkles Kapitel in der Geschichte der hiesigen Kirche.
- Aus heutiger Perspektive erfüllen uns die damaligen Geschehnisse mit Erschrecken und Scham.
- Die unschuldig Verurteilten Catharina Rudeloff und Martha Kerste können Rehabilitation erfahren, wenn wir ihre Namen nennen und ihnen ihre Ehre als Christinnen in unseren Gemeinden wieder geben.

Wir wollen auch heute alle Bemühungen unterstützen, dem Unrecht zu widerstehen, insbesondere, wenn Menschen zu „Sündenböcken“ gemacht werden.

Reichensachsen, am 24. Februar 2007

Anmerkungen

¹ Übersichtskarte Hexenprozesse in Hessen, Ausstellung der Hessischen Staatsarchive, 1994, <http://www.hstad-online.de/ausstellungen/online/webhexen/Hexenverfolgung/Tafel09/Tabelle2.htm> [7.7.2009]

² Thomas Lange, Hexenverfolgung in Hessen, in: http://www.historicum.net/themen/hexenforschung/lexikon/alphabetisch/h-o/art/hex_lex_hessen/html/artikel/6733/ca/c262ba8d1c [7.7.2009]

³ Alfred Bruns, in: Hexen-Gerichtsbarkeit im kurkölnischen Sauerland, hg. vom Schieferbergbau-Heimatsmuseum Schmallenberg, Holt-Hausen 1984, S. 12.

⁴ Beim großen „Kroatenbrand“ 1637 zündeten kaiserliche Truppen die Stadt an, weil die geforderte Kontribution nicht bezahlt werden konnte. Mit der Zerstörung des Rathauses sind möglicherweise Prozessakten verbrannt. Daher gilt die These geringer Prozessdichte eindeutig nur für die Zeit nach 1637.

⁵ Hexenprozess zu Eschwege 1671, Staatsarchiv Marburg (StAMR), Bestand 260, Nr. 488.

⁶ Prozess gegen Anna Burckhardt, StAMR, Bestand 17 I, Nr. 5271. StAMR Rechnungen II, Eschwege Nr.10

⁷ Christian Roos, Hexenverfolgung und Hexenprozesse im alten Hessen. Marburg 2008, S. 57; Sabine Schleichert, Hexenprozesse in der Landgrafschaft Hessen-Kassel. Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 43, 1993, S. 50

⁸ Ursula Vaupel, „Sie wollen die Hexen brennen“ – Hexenprozesse 1657. Kassel, 2. Auflage 1999 mit ausführlichem Quellen- und Literaturverzeichnis.

Prozeß gegen Catharina Rudeloff, verheiratete Hochapfel. StAMR, Bestand 70, Eschwege, 1043

Prozeß gegen Martha Kerste, verheiratete Rudeloff, StAMR, Bestand 260, Bde. 429, 430, 431

Daneben: Amtsrechnungen, Türkensteuerrechnung der Stadt Eschwege aus dem Jahr 1606, Steuerstock von 1652, Kirchenbücher, Diensttagebuch des Superintendenten Johannes Hütterodt, Bittschrift des Eschweyer Rates an den Landgrafen, Einwohnerverzeichnis aus dem Jahre 1657

⁹ Heute „Dünzebacher Torturm“

¹⁰ Das Folterprotokoll ist das einzige, das in den Akten nicht zu finden ist. Aber aus den nachfolgenden Protokollen geht hervor, dass Martha gefoltert wurde.

¹¹ Der Hinrichtungsplatz war in der Nähe des Neubaugebietes „südlich des Höhrgrabens“, südlich der Stadt.

¹² Dekan Dr. Martin Arnold, Zauberei und Hexerei, Theologische, kirchliche und rechtliche Hintergründe des Eschweyer Hexenprozesses von 1657, Aufsatz in den Eschweyer Geschichtsblättern 19 (2008), S. 31–42

¹³ Kirchenrätin Ute Heinemann, Präses der Landessynode der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck, E-Mail vom 22. Juli 2009

¹⁴ wie Anm. 12

Die private „höhere Töchterschule“ in Eschwege von ihrer Gründung 1846 bis zu ihrer Aufnahme in die städtische Mädchen-Gesamtschule 1864

von Hans Isenberg

1838 beschrieb der damalige Metropolit Hochhuth die Situation des Eschweger Mädchenschulwesens auf folgende Weise:

„Bis zum Jahre 1825 hatte Eschwege zwei Mädchenschulen, eine für die Altstadt und die andere für die Neustadt. Die Altstadt besaß kein städtisches Schullocal; der Mädchenlehrer mußte dasselbe auf seine Kosten stellen. Die Neustadt benutzte zu diesem Zweck das Haus des dasigen Kirchners, der auch Mädchenlehrer war. Dieser, ein alter Soldat, der den amerikanischen Krieg mitgemacht, wurde in den Ruhestand versetzt, als der Altstädter Mädchenlehrer Fiedler starb, und beide bisher getrennte Schulen wurden durch hohen Regierungs-Beschluß im Einverständnisse mit dem Schulvorstand der Stadt in eine Schulanstalt vereinigt, welche zwei Lehrer erhielt.“

In Ermangelung eines besseren Schullocals wurde die vereinigte Mädchenschule in die alte Knabenschule verlegt; weil aber diese höchst baufällig und keiner Reparatur mehr werth war: so wurde von Kurfürstlicher Regierung der Neubau einer Mädchenschule beschlossen, die jetzt, eine Zierde der Stadt, an der Stelle genannter Knabenschule steht. Im Erdgeschoß sind 4 geräumige, freundliche Lehrzimmer; das 2. Stock enthält zwei, freilich etwas beschränkte, Wohnungen für die Lehrer.“¹

Als am 19. April 1830 die Mädchenschule nach knapp zweijähriger Bauzeit ihrer Bestimmung übergeben wurde, verfügte man in Eschwege nicht nur an exponierter Stelle über ein Bauwerk, in dem man zu Recht eine „Zierde der Stadt“ sah, die Behörden hofften vor allem, dass das leidige Mädchenschulwesen endlich dauerhaft zufriedenstellend gelöst sein würde. Leider entwickelte sich aber im Laufe der Jahre aus der Mädchenschule keine Musteranstalt, sondern eher das Gegenteil. Ursache dafür war das starke Bevölkerungswachstum, aber auch die mangelnde Bereitschaft der städtischen Gremien, weitere Klassen und Lehrerstellen einzurichten. Gehandelt wurde erst dann, wenn es sich nicht mehr vermeiden ließ und die Provinzialregierung Druck ausübte. In den Klassen mit teilweise über 100 Schülerinnen war an sinnvollen Unterricht kaum zu denken.²

Bereits bevor die städtische Mädchenschule 1825 gegründet wurde, zogen es die „gebildeten Stände“ vor, ihre Töchter nicht in eine der beiden Schulen an Alt- und Neustädter Kirche zu schicken, sondern sie ließen sie privat unterrichten. Allerdings wurde von ihnen verlangt, dass sie den festgesetzten Betrag an Schul- und Holzgeld an die Mädchenlehrer zahlten, deren Einkommen sonst zu sehr geschmälert worden wäre. Nachdem aber die städtische Schule eingerichtet war, versuchte Kreisrat Schmitten, die Schulpflicht rigoros durchzusetzen. Er duldet keine Ausnahme und ging mit rechtlichen Mitteln gegen alle vor, die ihre Kinder nicht in die öffentliche Schule schickten. Er scheute sich weder, Rechtsmittel gegen einen der beiden Bürgermeister, noch seinen Kollegen im Schulvorstand, den Pfarrer Collmann, oder andere Honoratioren anzudrohen und einzuleiten. Auch die Hinweise der sogenannten „Schriftsässigen“ auf ihren besonderen Rechtsstatus ließ er nicht gelten, ja sogar der Staatsbeamte, der die Angelegenheit zu untersuchen hatte, fand seinen Namen auf der Liste, da auch er seine Toch-

ter privat unterrichten ließ. Alle „Verweigerer“ wurden zu einer Stellungnahme aufgefordert und ihre Erklärungen machen deutlich, dass es Vorbehalte gab, die eigenen Kinder mit denen aus den unteren sozialen Schichten gemeinsam unterrichten zu lassen. Einer der Befragten teilte mit, er wünsche

„nur, daß die Schule für Mädchen so eingerichtet werde, daß man ein Kind ohne Gefahr hineinschicken könne, denn unter die schmutzigen und unreinlichen Kinder der geringsten Klasse werde er sein Kind nicht geben, und so lange, bis in dieser Hinsicht nicht eine andere Einrichtung getroffen worden, halte er sich noch nicht einmal verbunden, das Schulgeld zu bezahlen.“

Ein anderer äußerte:

„Hierbei kann ich für mich und mehrere Honoratioren die Bemerkung nicht unterlassen, daß wir sogar recht gern unsere Töchter an dem öffentlichen Unterrichte in der Mädchenschule Antheil nehmen lassen würden, wenn selbigen eine besondere Classe, abgesondert von dem großen Haufen, angewiesen werden könnte.“³

Diese Aussagen machen deutlich, dass in den oberen Ständen das Bewusstsein vorhanden war, sich deutlich von den unteren zu unterscheiden. Während die Kinder der letzteren mit negativen Attributen versehen wurden (großer Haufen, geringste Klasse, schmutzig, unreinlich), reklamierte man offenkundig die entgegengesetzten positiven für sich selbst und verlangte eine Trennung der eigenen Kinder von denen der unteren Stände in der Schule. Solange Kreisrat Schmitten lebte, setzte er die allgemeine Schulpflicht konsequent durch. Nach seinem Tode im September 1829 kehrten unter seinem Nachfolger Rohde aber praktisch wieder Zustände ein, wie sie vor der Errichtung der städtischen Mädchenschule bestanden hatten: Die Honoratioren der Stadt, das gehobene Bürgertum, ließen ihre Töchter privat unterrichten, zahlten aber auch Schul- und Holzgeld in die Mädchenschulkasse. Damit

war nicht nur das Ziel erreicht, dass die eigenen Kinder getrennt von denen aus den unteren sozialen Schichten unterrichtet wurden, sondern auch dass sie einen anspruchsvollen Unterricht erhielten, da sich das Niveau in der städtischen Mädchenschule auf unterstem Niveau bewegte.

Als 1840 die Realschule mit angegliederter Progymnasium gegründet wurde und damit eine Einrichtung vorhanden war, die den Interessen der „oberen Stände“ Rechnung trug, entwickelte der Stadtschulvorstand auch Vorstellungen im Hinblick auf eine entsprechende Umgestaltung des Mädchenschulwesens der Stadt. Die Verhandlungen zwischen dem Schulvorstand auf der einen und dem Stadtrat sowie dem Bürgerausschuss auf der anderen Seite begannen im März 1844.⁴ Zunächst standen alle Beteiligten der Umgestaltung der Mädchenschule in eine Institution mit 3 Abteilungen (höhere Töchterschule, Bürgerschule, Armenschule) positiv gegenüber. Bezüglich der Abteilung „höhere Töchterschule“ wurde die Auffassung vertreten:

„Was die Realschule für die Knaben, soll diese Anstalt für Mädchen sein.“

Als sich allerdings im Verlaufe der Verhandlungen immer mehr abzeichnete, dass die Errichtung einer höheren Töchterschule die Stadtkasse finanziell belasten würde, wandelte sich die Einstellung von Stadtrat und Bürgerausschuss. Sie gelangten schließlich zu der Auffassung, die Gründung einer höheren Töchterschule sei überflüssig, es genügten zwei Abteilungen, nämlich eine Bürger- sowie eine Armenschule. Die Eltern – so behauptete der Stadtrat – würden eine höhere Töchterschule

„um so mehr für unnöthig halten, als sie den jetzt in der Mädchen-Schule dahier ertheilt werdenden Unterricht für die Mädchen völlig zureichend erachten, und da dieser Unterricht in den gewöhnlichen Schul-Kenntnissen für die Mädchen auch wirklich und um so mehr dann ausreichen dürfte, wenn durch Errichtung einer

Armen-Schule ein bedeutendes Hinderniß größerer Fortschritte derjenigen Mädchen, für welche eine vermehrte Ausbildung gewünscht wird, beseitigt würde, indem dadurch nicht blos der jetzigen Ueberfüllung der Mädchen-Klassen abgeholfen, sondern auch diejenigen Kinder, wenigstens viele davon, geschieden werden würden, welche wegen mangelhaften und öfters unterbrochenen Schul-Besuchs, so wie wegen mangelnden oder ungenügenden häuslichen Fleißes und weil sie der Nachhülfe und des Antriebs zu Hause entbehren, zurückbleiben und damit auch die Fortschritte der Anderen hemmen.“

Nach dem Scheitern der Verhandlungen zu einer Neuorganisation des Mädchenschulwesens 1844 kann man von Gewinnern und Verlierern sprechen. Als Gewinner durften sich die städtischen Behörden betrachten, denn die Einrichtung von drei Abteilungen innerhalb einer Mädchen-Gesamtschule hätte sicherlich erhebliche Gelder verschlungen, deren Ausgabe nun entfiel. Zwar wurde eine Zeitlang noch das Projekt der Gründung einer Armenschule verfolgt, doch ließ man es bald fallen, so dass alles blieb wie bisher. Verlierer waren diejenigen, die ihre Töchter nicht gemeinsam mit denen der unteren Stände unterrichten lassen wollten. Die „Konfliktlinie“ verlief also nicht zwischen „oben“ und „unten“, sondern innerhalb der oberen Stände, die einerseits Stadtrat, Bürgerausschuss und Bürgermeister wählten, aus deren Reihen aber auch die Forderung nach Gründung einer höheren Töchterschule hervorgegangen war.

Als sich herausgestellt hatte, dass von Seiten der Stadt die Einrichtung einer öffentlichen höheren Töchterschule nicht zu erwarten war, reifte bei interessierten Eltern der Gedanke der Gründung einer Privatschule. Man traf sich sicherlich wiederholt, diskutierte, entwickelte Pläne und stellte Überlegungen an, wie das Ziel zu erreichen sei. Diese Gruppe war anfangs klein, zeichnete sich aber durch Entschlossenheit aus, die vor

allem von dem Landbaumeister Spangenberg als treibender Kraft ausging. Um die Jahresmitte 1845 war man so weit, dass man über den Schulvorstand bei der Regierung der Provinz Niederhessen um die Genehmigung zur Gründung einer privaten Töchterschule nachsuchte. In dem Schreiben vom 29. Juni heißt es:

„In einem Orte, der nach der Häuserzahl der größte nach den Provinzial-Hauptstädten ist, welcher die Kultur des Bodens auf den möglich höchsten Ertrag gebracht hat, und als Folge der Zunahme seiner Bevölkerung in Ansehung industrieller Unternehmungen täglich fortschreitet, findet sich aber auch eine nicht geringe Zahl von Bewohnern, denen sehr daran gelegen seyn muß, ihren Töchtern eine größere Ausbildung zu verschaffen, als eine Volksschule, auch bei der besten Einrichtung, ihrem Zwecke nach zu geben vermag. Dieselben Gründe, welche mit Rücksicht auf häusliche Erziehung und Bedürfniß für eine Absonderung nach unten sprechen, gelten aber auch konsequenter Weise für eine Trennung nach oben, und es kann also, wenn die Gründung einer Privatschule vermieden werden soll, solches nur durch Absonderung einer höhern, mittlern und niedern Lehranstalt erzielt werden.“⁵

Obwohl der Eschweger Schulvorstand, der von der Regierung um eine Stellungnahme gebeten wurde, die Gründung einer privaten Töchterschule ablehnte, wurde der Antrag von der Regierung durch Beschluss vom 6. August 1845 genehmigt. Allerdings kam man dabei den städtischen Behörden dadurch entgegen, indem festgelegt wurde,

„daß die Stellung eines Unterrichtslokals für diese Privatschule von Seiten der Stadt, bezwse. Befreiung der dieselbe besuchenden Mädchen von Entrichtung des herkömmlichen Schulgelds zur öffentlichen Schule nicht zu gewähren stehe.“⁶

Die Situation hatte sich jetzt grundlegend geändert, die Möglichkeit der Gründung

einer privaten Mädchenschule war gegeben und dies führte dazu, dass weitere Interessierte zu den Antragstellern stießen, so dass bald eine für die Realisierung erforderliche Anzahl vorhanden war. Dieser jetzt größere Interessentenkreis organisierte sich, gab sich einen Vorstand, ein „Direktorium“, und stellte Überlegungen an, nach welchen Grundsätzen die zu gründende Schule zu organisieren sei.

Diese Vorgänge liefen selbstverständlich nicht im Geheimen ab, sondern waren der interessierten Öffentlichkeit bekannt, auch Stadtratsmitgliedern und Bürgermeister Arnold. Für das nach Ostern 1846 beginnende Schuljahr zeichneten sich zwei Möglichkeiten ab: Einmal konnten sich Stadtrat und Bürgermeister taub stellen, abwarten, was geschieht und so tun, als ginge sie das nichts an. Sie hätten sich in diesem Falle darauf verlassen, dass keine Einbuße an Schulgeld entstehen würde. Eine solche Lösung hätte der Stadt noch weitere Vorteile beschert: Da die private Töchterschule sich selbst um Schulräume kümmern müsste, also weniger Mädchen die öffentliche Schule besuchen würden, wäre dem Raumproblem in der Mädchenschule – zumindest für einige Zeit – die Schärfe genommen. Schließlich würden an der privaten Schule Lehrer gebraucht und dadurch könnten nach der Gründung der Realschule mit Progymnasium 1840 weitere Nebenstellen entstehen, auf die man die Lehrer der beiden städtischen Bürgerschulen verweisen könnte, wenn sie Gehaltserhöhungen forderten.

Andererseits konnte es geschehen, dass sich die städtischen Behörden durch die offenkundige Entschlossenheit des Direktoriums zum Handeln aufgerufen gefühlt, die Initiative ergriffen und versucht hätten, die drohende Spaltung des Mädchenschulwesens der Stadt zu verhindern. Viel spricht dafür, dass sich das Direktorium einen Schritt des Stadtrats in diese Richtung erhoffte. Bewegung in die ganze Angelegenheit kam durch Pfarrer Heuser, den Rektor der Bürger-

knabenschule. Er wandte sich in einem Schreiben am 28. Februar 1846 an den Stadtrat, erklärte zunächst seine Neutralität in der Frage und betonte,

„daß er als Bürger der Stadt für seine Schuldigkeit gehalten habe, zur Beförderung des allgemeinen Wohles sein Scherflein beizutragen.“

Er appellierte an den „wohlloblichen Stadtrath“, die Initiative zu ergreifen, da eine Änderung der Mädchenschule in ihrer derzeitigen Form unerlässlich sei, und bemerkte am Schluss,

„daß ... keine Zeit versäumt werden darf, damit nicht durch ein vorher entstandenes Privatinstitut ... neue Schwierigkeiten in den Weg treten.“⁷

Das Schreiben verfehlte die beabsichtigte Wirkung nicht: Der Stadtrat beschloss, dass eine Kommission die Problematik erörtern und Vorschläge zur Lösung erarbeiten solle. Dieses Gremium trat am 27. März 1846 zusammen. Neben Bürgermeister Arnold gehörten ihm je zwei Mitglieder von Stadtrat und Bürgerausschuss sowie – gewissermaßen von der Gegenseite – Dr. Schreiber und Landbaumeister Spangenberg an. Über die Kernfrage wurde man sich – wie das Protokoll ausweist – überraschend schnell einig:

„Zunächst wurde das Bedürfnis einer durchgreifenden Veränderung der hiesigen Mädchenschule anerkannt, und zwar in der Weise, daß dieselbe in drei verschiedene Abtheilungen zerfalle.“

Im weiteren Verlauf der Sitzung konnte die Kommission schon dazu übergehen, sich mit organisatorischen Einzelfragen zu beschäftigen und am Schluss der offenbar in großer Harmonie verlaufenen Zusammenkunft wurde festgestellt,

„daß ... die neue Einrichtung für alle Betheiligte einen besseren Zustand herbeiführen und als wahre Wohlthat für sämtliche Bewohner hiesiger Stadt zu betrachten seyn wird.“

Lediglich Stadtrat Holzapfel trübte die Stimmung, indem er im Gegensatz zu den

übrigen Kommissionsmitgliedern dagegen stimmte, Stadtrat und Bürgerausschuss entsprechende Beschlüsse zu empfehlen. Nun war der Weg frei zur Bildung von drei Abteilungen innerhalb der städtischen Mädchenschule und die Gründung einer privaten Töchterschule schien erledigt zu sein.

Entscheidend für den weiteren Ablauf waren Vorschläge von Bürgermeister Arnold vom 24. Mai 1846

„zu einer besseren Entwicklung der Knabenschule und Mädchenschule zu Eschwege, in Rücksicht auf die zu bestreitenden Kosten.“

Letzterer Gesichtspunkt war wohl maßgebend dafür, dass von einer höheren Töchterschule nun nicht mehr die Rede war. Es ist weiter zu vermuten, dass man seitens des Direktoriums diese Kehrtwendung des Bürgermeisters als Aufforderung betrachtete, die bereits genehmigte Gründung der privaten Töchterschule nun auch vorzunehmen. Wann genau sie erfolgte, konnte bisher nicht ermittelt werden. Der erste Beleg ihrer Existenz findet sich in einem Schreiben des Bürgermeisters an „die Herren Mitglieder des Stadtraths hieselbst“ vom 1. Juli 1846, in dem es heißt:

„Inmittelst hat sich hieselbst eine höhere Privatschule gebildet.“

Da auch auf die vollmundige Ankündigung des Bürgermeisters in dem Schreiben, *„daß die Gründung einer Armenschule für die Mädchen hiesiger Bürgerschule als ein Bedürfnis erkannt und baldigst, längstens zu Michaelis d. J. ins Leben gerufen werde,“*

keine Taten folgten, blieb an der Bürgermädchenschule alles, wie es war.

Die höhere Töchterschule sollte nach dem Willen der Initiatoren etwas völlig anderes darstellen als die bisherigen sogenannten Privatschulen: Sie sollte keine bloße Ergänzung, sondern eine anerkannte Alternative zur städtischen Mädchenschule sein. Aufsicht und Kontrolle über die höhere Töchterschule übertrug die Regierung dem städti-

schen Schulvorstand und für die anzustellen- den Lehrer war ein Ministerialausschreiben bindend, das die Qualifikation von Lehrern in Privatschulen regelte. Die Lehr- und Stundenpläne der privaten Töchterschule wurden infolgedessen in gleicher Weise beim Schulvorstand eingereicht und zur Genehmigung vorgelegt wie die der städtischen Schulen, die Leistungen der Lehrer ebenso bei Visitationen durch Schulinspektoren überprüft.

Freitag den 30. März, von Morgens 9 bis 12 Uhr und Nachmittags 2 bis 5 Uhr, wird die öffentliche Prüfung der hiesigen Privat-Töchterschule abgehalten, wozu die Theilnehmenden so wie Schulfreunde eingeladen werden.
Der Schulunterricht beginnt wieder am 16. April.
Anmeldungen zur Aufnahme in dieselbe können bei den Vorstehern oder dem Hauptlehrer Herrn Meckor Eichler gemacht werden.
Zur Wahl eines neuen Vorstandes und Ausschusses der Gesellschaft wird hiermit statutenmäßig eine Generalversammlung auf Sonntag den 1. April d. J. M. 3 Uhr in dem Schullokal einberufen.
Eschwege, am 14. März 1860.
Die Vorsteher der Schule
J. C. Mensing, Mertz, Grosse.

Über Aufbau und Organisation dieser privaten höheren Töchterschule gibt es nur wenige authentische Informationen. Die wichtigste und ausführlichste stammt von einem der Initiatoren, dem Stadtbaumeister und Ehrenbürger Spangenberg, dessen Töchter die Schule besuchten und der selbst im Direktorium mitarbeitete. Er trat in einem umfangreichen Schreiben vom 16. September 1847 an den Stadtrat als vehementer Befürworter auf.⁸ Aus diesem Text geht hervor, dass die höhere Mädchenschule sich sehr von den anderen damaligen Anstalten unterschied, z. T. überraschend moderne Strukturmerkmale aufwies: Die Eltern der Schülerinnen wählten aus ihrer Mitte ein Direktorium, dessen Aufgabe darin bestand, „die äußere Geschäftsleitung“ wahrzunehmen, d. h. dafür zu sorgen, dass Räumlichkeiten, Unterrichtsmaterialien und Lehrpersonal vorhanden waren und finanziert wurden. Die an der höheren Töchterschule beschäftigten Lehrer wählten „aus ihrer Mitte“ einen „Dirigenten“, der gegenüber seinen Kollegen nicht weisungsbefugt war. Als „primus inter pares“ konnte er mit ihnen „die Einrichtung, die Vertheilung der Unterrichts-Gegenstände und Stun-

den u. dergl. verabreden; darüber, wie ein Jeder seine Aufgabe löst, zu wachen, liegt ihm nicht ob.“ Innerhalb des Kollegiums wurde also weniger auf hierarchische Strukturen als auf Eigenverantwortung Wert gelegt. Dass eine solche Einrichtung funktionieren kann, ist für Menschen, die nur in autoritären Strukturen zu denken gelernt haben, schwer vorstellbar. Auch Metropolitan Gonnermann konnte sich für eine derart organisierte Schule nicht erwärmen, für ihn war eine klare Hierarchie unerlässlich: Der eine bestimmte, die anderen hatten lediglich den Status von „Gehülfen“.

Die private höhere Töchterschule hatte von Anfang an mit Problemen zu kämpfen. So gab es wiederholt Auseinandersetzungen zwischen dem Direktorium und dem Schulvorstand wegen des Ausmaßes der Einflussnahme und der Kontrolle.⁹ Ein Nachteil war sicherlich, dass relativ viele Lehrer unterrichteten, Fluktuation nicht vermieden werden konnte, so dass die Beständigkeit des Unterrichts nicht immer gewährleistet war. Auch hatten bis auf die allein an der Töchterschule angestellten Lehrer die übrigen ihren Unterricht zunächst in der öffentlichen und erst danach in der Töchterschule zu halten, so dass ihre Kräfte zum Teil verbraucht waren, wenn sie dort zur Arbeit erschienen. Dennoch unterrichteten die Lehrer offenbar engagiert und erfolgreich, bei den Visitationen wurden ihnen gute Leistungen bescheinigt.

13. Die Mitglieder der Gesellschaft zur Unterhaltung der hiesigen Privat-Mädchenschule werden hierdurch zur Generalversammlung auf Sonnabend den 11. Juni d. J. Nachmittags 4 Uhr in das Schullokal eingeladen, um nach §. 6 der Statuten die Mitglieder des Ausschusses zu wählen.
Eschwege, am 25. Juni 1853.
Die Vorsteher:
Schreiber, Göttschke, J. C. Mensing.

Für die private Töchterschule musste nicht nur ein deutlich höheres Schulgeld als für die Bürgermädchenschule gezahlt werden, der Betrag für letztere musste noch zusätzlich entrichtet werden, in dieser Beziehung ließ die Stadt sich auf keinerlei Kompromiss ein. Wohlhabenden Eltern machte es nichts aus, zweimal Schulgeld zu bezahlen, doch

weniger bemittelte konnten sich dadurch den Schulbesuch ihrer Töchter in der privaten Schule nicht leisten.

In den ersten Jahren fand der Unterricht in einem Privathaus statt, in dem der Vorstand Räume angemietet hatte. Als der Vermieter 1850 den Vertrag kündigte, sah sich der Vorstand der privaten Töchterschule genötigt, eine andere, möglichst langfristige Lösung zu suchen. Er beantragte daher bei der Stadt, die Wohnung des Lehrers Adolph im zweiten Stock des Mädchenschulgebäudes zu mieten, um sie nach entsprechenden Umbauarbeiten als Unterrichtsräume zu benutzen. Die Verhandlungen zogen sich bis Juni 1851 hin und vom 1. August dieses Jahres an fand der Unterricht der privaten Töchterschule wie der der städtischen Mädchenschule in dem Gebäude auf dem Schulberg statt. Anfangs mussten 90, später 100 Taler Jahresmiete gezahlt werden. Der jeweils auf drei Jahre abgeschlossene Mietvertrag bildete eine ständige Bedrohung, denn er beinhaltete die jederzeitige Möglichkeit der Kündigung bei Eigenbedarf der Stadt für die öffentliche Schule. Aber andererseits waren die 90 bzw. 100 Taler für die Stadtkasse ein beachtenswerter Betrag.¹⁰

Wie entwickelte sich das Mädchenschulwesen in den 1850-er Jahren?

In dem Mädchenschulhaus auf dem Cyriacusberg waren also zwei Schulen untergebracht, die Bürgermädchenschule als öffentliche städtische Volksschule und die private höhere Töchterschule. Die 3 Klassen der Töchterschule besuchten etwa 60 bis 70 Mädchen¹¹, die durchschnittliche Klassenstärke lag demnach bei knapp 25, sie verminderte sich später, als bei etwa gleicher Gesamtschülerzahl vier Klassen gebildet wurden. In den 5 Klassen der Bürgermädchenschule herrschte dagegen drangvolle Enge, hier betrug die durchschnittliche Klassenstärke zeitweise über 90 Schülerinnen. Außerdem fand auch noch Unterricht der Knaben- sowie der Realschule in dem Ge-

bäude statt, da die Räumlichkeiten im Hochzeitshaus nicht ausreichten.

Die öffentliche Prüfung der hiesigen Privat-Mädchenschule, findet Mittwoch, am 5. April, Morgens von 9 bis 12, und Nachmittags von 2 bis 6 Uhr, im Schullocale statt, wozu die Eltern der Kinder und alle Schulfreunde eingeladen werden.
Anmeldungen neuer Schülerinnen geschehen beim Herrn Dr. Miß, welcher nach vorläufiger Prüfung, bezüglich der Aufnahme, das Weitere besorgt.
Eschwege, am 21. März, 1861.
Der Vorsteher der Schule:
Schreiber, Hofgärtel, G. Meunier.

Die Überbelegung der Bürgermädchenschule durch jährlich wachsende Schülerzahlen und das dürftige Niveau wurden zum Normalzustand, an den man sich gewöhnte. Das äußere Bild der ehemaligen „Zierde der Stadt“ passte sich diesem Zustand an. 1859 beschrieb der damalige Schulinspektor die Umgebung der Schule:

„Bei meinem Besuche der dritten Klasse der Mädchenschule dahier machte mich der Lehrer Liese auf die Umgebung des Schulzimmers nach außen hin aufmerksam, und diese war oder ist perpetuirlich so abscheulich, daß ich es für Pflicht halte, Kurfürstlichem Schulvorstande davon Anzeige zu machen.

Das Klassenzimmer liegt nach Nord-West, hat nach Nord vier Fenster und ist hier durch einen mit einer Bretterwand eingefassten Hof begrenzt; nach West geht ein Fenster, durch welches man nichts als den etwa 20 Fuß entfernten Thurm sieht.

Auf jenem Hofe fanden sich:

- 1) Zwei ausgemauerte Miststätten, in welche der Thurmwächter bezw. Schuldiener Gottschalk den Mist von seiner Wiese bringen läßt.
- 2) Ein Aschenhaufen, wenigstens zwei Fuder stark, in welchen die Excremente aus den Schulabtritten gemengt werden, um sich damit zu vermischen und zu faulen und der deswegen einen pestialischen Geruch sowohl bei Sonnenschein als bei Regen oder wenn er von Neuem angerührt wird, verbreitet.
- 3) Ein Faß zum Transport der Excremente.

- 4) Desgleichen eine Bütte, ein alter Eimer, ein hölzernes Gefäß mit einem langen Seile und zwei irdene Gefäße.
- 5) Ein offen stehendes bis zum Ueberfließen mit Excrementen gefülltes Reservoir bei den Abtritten.
- 6) Ein Schiebkarren zum Transport des Mistes aus dem Stalle des Thurmwächters und ein altes Schiebkarren-gestelle.
- 7) Ein alter halb verfallener Spreukorb.
- 8) Eine alte hölzerne Krippe.
- 9) Eine ziemlich große Parthie altes, faules Holz zum Theil auf dem Erdboden unter den Fenstern liegend, zum Theil neben diese an das Schulgebäude angelehnt.
- 10) Ein Vorrath altes Blech, z. B. eine alte Gießkanne, alte Ofenrohre u.s.w.
- 11) Zwei Haufen Mist unter den Fenstern zur Verwahrung der Kellerlöcher. Nach Westen in dem Gange zwischen Schulhaus und Thurm liegt gleichfalls eine große Quantität Mist zu demselben Zwecke.¹²

Aus dieser eher trostlosen Zeit ist aber auch eine Innovation zu vermelden: In der städtischen Mädchenschule wurde Unterricht in weiblichen Handarbeiten eingeführt!¹³ Der Schulvorstand beabsichtigte damit der Tatsache entgegenzuwirken, dass die meisten Mädchen zerlumpte und verdreckte Kleidung trugen, und hoffte, neben den Techniken des Stopfens und Strickens könnte auch der Sinn für Reinlichkeit und Ordnung vermittelt werden. Bei den Eltern war der Unterricht heftig umstritten, einmal weil sie nunmehr 7 statt 4 ½ Sgr. Schulgeld im Monat zu zahlen hatten, andererseits aber auch, weil sie befürchteten, die Arbeitskräfte ihrer Töchter noch mehr entbehren zu müssen. – In der höheren Töchterschule gab es schon längst Unterricht in weiblichen Handarbeiten, allerdings mit völlig anderer Zielsetzung: Die Mädchen der oberen Stände übten sich in englischer und französischer Plattstickerei, im Blumenmachen mit Haa-

ren, in der Perlenstickerei, aber auch im Strümpfestopfen, allerdings „auf feinere Art“. Diese feinere Art drückte sich auch in der Forderung des Lehrplanes aus, dass sich

„bei dem Unterricht in den weiblichen Handarbeiten ..., soviel als thunlich ..., der französischen Sprache zu bedienen ist.“¹⁴

4. Die öffentliche Prüfung in hiesiger Privat-Töchterschule findet am 27. März d. J., Vormittags von 9 bis 12 Uhr und Nachmittags von 2 bis 5 Uhr, statt, wozu die Vertheiligten und Freunde des Schulwesens hierdurch eingeladen werden.
Am 13. April d. J. beginnt ein neues Schuljahr.
Anmeldungen zur Vertheiligung nimmt Herr Rector Gieseler entgegen.
Die Aufnahme-Prüfung wird am festgedachten Tage Nachmittags 1 Uhr, im Schullocale vorgenommen.
Eschwege, den 26. Februar 1863.
Der Vorstand:
G. W. Grosse. J. F. Gebhard. R. C. Döhle.

Wie kam es zur Neuorganisation des Mädchenschulwesens?

Der Anstoß zur Aufnahme der privaten Töchterschule in den städtischen Schulverband und die Bildung von 3 Abteilungen erfolgte schließlich weder durch den Schulvorstand noch durch die städtischen Behörden. Vielmehr bat das Direktorium der höheren Töchterschule in einem Schreiben vom 6. Juli 1860 den Stadtrat selbst darum, „diese Schulanstalt ... zu übernehmen.“ Die Bitte wurde auch begründet, und zwar wurden 5 Punkte angeführt:

1. Wegen der Verteilung des Kassenüberschusses unter den Lehrern habe es Konflikte zwischen dem Vorstand und den Lehrern gegeben, was sich wiederholen könnte.
2. Da Lehrer in einer Privatschule jederzeit kündigen könnten, sei kontinuierliches Unterrichten gefährdet.
3. Die Schülerinnen müssten zweimal Schulgeld bezahlen, was sich nur wohlhabende Eltern leisten könnten.
4. Bei einer Übernahme der Schule durch die Stadt könnten eher auch Kinder ärmerer Eltern gefördert werden.

5. Es könnten Aufgaben auf die private Töchterschule zukommen, die sie nicht finanzieren könnte.¹⁵

Die Stadt reagierte positiv auf diesen Antrag, es wurden Überlegungen angestellt, wie er umzusetzen sei. Metropolitan Gonnemann entwickelte einen umfangreichen und detaillierten Plan, man rechnete hin und her, um dem für die Stadt wichtigsten Grundsatz nicht entgegenzustehen, und der lautete: Kostenneutralität! Die Stadt stimmte jeder Reform zu, wenn sie nichts kostete, belastete sie dagegen die Stadtkasse, wurde mit Entschiedenheit abgelehnt. In diesem Sinne galt es auch, einen Leiter für die Mädchen-Gesamtschule zu finden, und hier erschien es als preiswerteste Lösung, Konrektor Pfarrer Hochhuth von der Knabenschule mit diesem Amt zu beauftragen. Als die vorbereitenden Planungsarbeiten und das Genehmigungsverfahren abgeschlossen waren, wandte man sich – wie man glaubte: pro forma – an den Konrektor, um dessen Einverständnis zu erbitten. Die Antwort fiel jedoch anders als erwartet aus, denn Hochhuth schrieb:

„So gern ich auch unter entsprechenden Bedingungen bereit wäre, ... das Rectorat an der Mädchenschule ... zu übernehmen, ... so bin ich doch hierzu um so mehr außer Stande, als die Uebernahme des Rectorats unter den mitgetheilten Bedingungen ... mir hinsichtlich meiner langjährigen Dienstzeit zu geringe Verbesserung gewähren würde.“¹⁶

Die Bedingungen, unter denen er dazu bereit wäre, nannte er anschließend. Da sie aber die Stadtkasse nach Ansicht der Behörden zu stark belastet hätten, wurde die ganze Neugestaltung vorerst auf Eis gelegt. Der Schulvorstand war von Konrektor Hochhuth enttäuscht und bat die Regierung, dass sie

„durch Communication mit Kurf. Consistorium ... hochgeneigt dahin wirken wolle, daß dem Pfarrer Hochhuth, der sich fleißig um vacante Pfarrstellen bewirbt, eine solche sobald als thunlich übertragen werde.“¹⁷

Der Wunsch wurde erhört, Pfarrer Hochhuth trat zunächst eine Stelle in Frankenberg an, wurde später Pfarrer und Schulinspizient in Kassel, um 1883 nach Eschwege zurückzukehren und das Amt des Metropolitans zu bekleiden, das bereits sein Vater inne hatte. Später wurde er sogar Superintendent.

Im Laufe des Jahres 1862 erhielt die Knabenschule einen neuen Konrektor, der ohne weitere Bedingungen bereit war, das Amt des Leiters der Mädchenschule zu übernehmen. Es handelte sich dabei um Pfarrer Karl Otto Ludwig Gonnermann, den Sohn des Metropolitans. Die Angelegenheit verzögerte sich aber weiter, erst am 9. Januar 1864 wurde die Öffentlichkeit durch das „Wochenblatt für den Landraths-Bezirk Eschwege“ über die Neugestaltung informiert und nach den Osterferien trat sie Kraft. Das Raumproblem milderte sich dadurch keineswegs, denn alle drei Abteilungen wurden nach wie vor in dem Mädchenschulhaus auf dem Schulberg unterrichtet. Erst im Herbst 1869 trat eine gewisse Entspannung ein, als die höhere Töchterschule in das ehemalige Torwärterhaus am Leimentor umzog.¹⁸ Im Sommer dieses Jahres hatte man dem Totengräber, der bis dahin dieses Haus bewohnt hatte, eine andere Wohnung zugeteilt, ihn angewiesen, die „Utensilien zur Wiedererweckung Scheintoter und aufgefundenen Leichen“ an anderer Stelle unterzubringen,¹⁹ und das Gebäude im Eilverfahren als Schulhaus hergerichtet.

Am 22. Juni 1864, also rund zwei Monate nach erfolgter Umgestaltung, erstattete der Schulvorstand der Kurfürstlichen Regierung – nicht ohne Stolz und Genugtuung – Bericht.²⁰ In der ersten Abteilung, der höheren Töchterschule, glaubte man bereits eine positive Entwicklung registrieren zu können und sprach davon, dass sie „in Beziehung sowohl auf Disciplin als auf den Unterricht durch die ihr gegebene Qualität“ gewonnen habe. In Bezug auf die zweite Abteilung, die Bürgermädchenschule, wurden zwar noch keine Erfolge vermeldet, aber doch in Aussicht gestellt, denn sie sei „durch das Aus-

scheiden von 82 Freischülerinnen auf eine entsprechende Schülerzahl zurückgeführt und von Elementen befreit worden, welche einem ununterbrochenen Fortgang des Unterrichts theils durch häufige Urlaubgesuche theils durch Mangel an häuslichem Fleiße hinderlich waren.“ „Die dritte Abtheilung, die Mädchen-Freischule“, heißt es in dem Bericht weiter, „hatte anfänglich mancherlei Vorurtheile der Armen gegen sich; seitdem diese aber erkannt haben, daß mit der neuen Einrichtung für ihre Kinder weder ein Nachtheil im Unterrichte noch eine sonstige Zurücksetzung eintrete, dagegen in Folge der Beschränkung des Unterrichts auf die Vormittagsstunden eine freiere Disposition über die Kräfte ihrer Kinder zu ihren Privatarbeiten gewährt sei, haben jene Vorurtheile sich verloren.“ Besonderes Lob erhielt der Lehrer der Armenschule: „Wir dürfen annehmen, daß hierzu auch insbesondere der Lehrer dieser Abtheilung, Hempfing, beigetragen habe, der durch sein maaßvolles Auftreten, seine freundliche und doch consequente Behandlung der Kinder sich als vollkommen geeignet für diese Stelle bewährt.“

Wer profitierte von der Mädchen-Gesamtschule?

Die fast euphorische Einschätzung der Neugestaltung des Eschweger Mädchenschulwesens durch den Schulvorstand darf nicht einfach übernommen werden, es ist vielmehr zu fragen, ob nicht auch kritische Anmerkungen zu machen sind. Insbesondere ist dabei die Auffassung, dass die Schülerinnen aller drei Abteilungen durch die Reorganisation Vorteile gehabt hätten, zu überprüfen.

Betrachtet man die finanzielle Ebene, so registriert man bereits dort unterschiedliche Auswirkungen: Den Eltern der Kinder, die die dritte Abteilung, die Frei- bzw. Armenschule besuchten, brachte die Neugestaltung finanziell insofern keinen Vorteil, als sie in der Regel auch bereits vorher von der Zahlung von Schulgeld befreit waren. Für den Besuch der zweiten Abteilung, der Bürger-

mädchenschule, musste Schulgeld bezahlt werden, dessen Betrag gegenüber dem früheren angehoben worden war. Vor allem für Eltern aus der Neustadt war dies eine erhebliche zusätzliche Belastung, denn für sie fiel die Erhöhung drastischer aus, da sie nun den gleichen Betrag zu zahlen hatten wie die Eltern, die in der Altstadt wohnten. Für die Mädchen, die die erste Abteilung, die höhere Töchterschule, besuchten, musste auch Schulgeld bezahlt werden, dessen Betrag jedoch gegenüber dem vorher an der Privatschule zu entrichtenden nicht erhöht worden war. Gegenüber dem vorherigen Zustand bedeutete dies eine deutliche Verbesserung, da neben der Schulgeldzahlung für den Besuch der privaten Töchterschule noch die Verpflichtung bestanden hatte, Schul- und Holzgeld für die öffentliche Schule zu bezahlen, und genau um diesen Betrag verminderte sich für sie jetzt das Schulgeld.

Ein unzweideutiger Vorteil durch die Neuorganisation ist nur bei der höheren Töchterschule festzustellen: Die von dem Direktorium empfundenen Unwägbarkeiten, die zur Bitte um Übernahme durch die Stadt geführt hatten, waren beseitigt, auch die finanzielle Belastung war geringer geworden. Und während in der Armenschule der Lehrer gleichzeitig die über 80 Kinder aller Jahrgänge zu unterrichten hatte und in der Bürgermädchenschule die durchschnittliche Klassengröße bei 70 lag, betrug sie in der höheren Töchterschule gerade einmal knapp 20.

Was war eigentlich eine „höhere Töchterschule“?

Die Neuordnung des Eschweger Mädchenschulwesens verfestigte gesellschaftliche Unterschiede in Form von privilegierten bzw. unterprivilegierten Bildungschancen und hob soziale Unterschiede deutlich hervor. Darüber kann auch nicht der Begriff „Mädchen-Gesamtschule“ hinwegtäuschen, der etwas völlig anderes meinte als das, was man heute unter einer Gesamtschule versteht.

„Höhere Töchterschule“ kann ebenfalls zwei verschiedene Bedeutungen haben: Einmal kann damit eine höhere Schule für Mädchen gemeint sein, eine Art Mittelschule oder gar Gymnasium. Es kann mit diesem Begriff aber auch eine Schule für höhere Töchter, Mädchen der oberen sozialen Schichten, beschrieben werden. Im ersten Fall geht es um einen Leistungsanspruch, im zweiten um soziale Zuordnung. Betrachtet man nun Organisation, Lehrpläne und Herkunft der Schülerinnen der privaten höheren Töchterschule zwischen 1846 und 1864 und der Abteilung der höheren Töchterschule ab 1864, so wird deutlich, dass es sich bei beiden um Schulen für die Mädchen aus den oberen sozialen Schichten der Stadt und nicht um Schulen mit erhöhten Leistungsanforderungen handelte: Die Zahl der Schuljahre entsprach der in Bürger- und Freischule, auch der Abschluss stellte keine weitere Qualifikation dar. Einen Unterschied bildete freilich der Französischunterricht, der nach den Beobachtungen von Rektor Gonnermann aber nur zu äußerst dürftigen Ergebnissen führte.²¹ Doch kam es letztlich auch gar nicht darauf an, besondere Sprachkompetenzen zu erwerben, wichtig war eher, dass man zu denen gehörte, die daran teilnahmen – Fremdsprache als Statussymbol. Dass die Förderung geistiger Fähigkeiten nicht unbedingt zentrales Anliegen war, geht auch daraus hervor, dass nach dem Lehrplan für das Fach „Handarbeiten“ in den beiden oberen Klassen ein gutes Viertel der Wochenstunden vorgesehen war.²²

Die Mädchen-Gesamt-Schule bestand bis 1911. Die Armenschule war schon vorher aufgelöst worden, ihre Schülerinnen besuchten die Bürgermädchenschule. Aus der höheren Töchter- bzw. Mittelschule entwickelte sich die Leuchtbergschule als Mädchengymnasium. Die Bürgermädchenschule blieb als solche bestehen bis 1955. In diesem Jahr wurde in den Eschweger Volksschulen die Koedukation eingeführt und die Schule in Brüder-Grimm-Schule umbenannt.

I. Quellen

1. Ungedruckte Quellen des Stadtarchivs Eschwege (StAE)

- 2010/01 Acta, die Erbauung einer Mädchenschule zu Eschwege, die Vereinigung der beyden Mädchenschulen daselbst und deren Einrichtung betreffend
StAE Vereinigung
- 2011/56 Verhandlungen, die Erledigung der Mädchenschullehrer- und Organistenstelle durch den Tod des Lehrers Fiedler und die Wiederbesetzung derselben betreffend
StAE Wiederbesetzung
- 2016/16 Verhandlungen, die Erbauung eines neuen Mädchenschulhauses zu Eschwege, auch nachherige Reparaturen daran betreffend
StAE Bauverhandlungen
- 2016/15 Manual-Acten, den Neubau der Mädchenschule betreffend
StAE Mädchenschulbau
- 2013/04 Polizey-Protokoll gegen Krebaum & Consorten wegen versäumten Schulunterrichts ihrer Kinder
StAE Consorten
- 2013/05 Verhandlungen, betr. die Verbindlichkeit der Eltern, ihre Kinder in die öffentliche Schule zu schicken
StAE Verbindlichkeit
- 19/294 Acta, betr. die Umgestaltung der Mädchenschule
StAE Umgestaltung
- 48/659 Akten, betr. die Reorganisation der höheren Mädchenschule
StAE Reorganisation
- 2016/27 Acta, die Umgebung des Mädchenschul-Gebäudes zu Eschwege betreffend
StAE Umgebung
- 2011/20 Acta, das Einkommen und die Competenzen der Stellen der Knaben-Bürger- und der Mädchen-Schule zu Eschwege betreffend
StAE Einkommen und Competenzen
- 240/02 Acta, die zu Eschwege bestehende Privatmädchenschule und die darauf bezüglichen Angelegenheiten betr.
StAE Angelegenheiten

- 240/01 Acta, die in der Stadt Eschwege bestehenden Privat- und Hauslehrer-Schulen betr.
StAE Privatschulen
- 52/719 Acta, betr. die Einführung des Handarbeitsunterrichts bei der Mädchenschule zu Eschwege und Bestellung von Handarbeits-Lehrerinnen
StAE Handarbeit
- 2016/31 Acta, Beschaffung und Einrichtung von Schulzimmern für neugebildete Klassen der Volksschule zu Eschwege; Wechselungen in Benutzung solcher Zimmer Seitens verschiedener Klassen
StAE Beschaffung

2. Ungedruckte Quellen des Staatsarchivs Marburg (StAMR)

- StAMR 17 h Nr. 698 II: Schul-Acten, die Knaben- und Mädchenschulen zu Eschwege und die dabei angestellten Lehrer betr.
- StAMR 17 h Nr. 698 V: Schul-Acten, die Knaben- und Mädchenschulen zu Eschwege und die dabei angestellten Lehrer betr.
- StAMR 17 h Nr. 241: Die Privatschulen außerhalb Kassels, auch Prüfungen der Rektoren an den Stadtschule, Privatschulen im Allgemeinen

Anmerkungen

- ¹ Anlage zur Competenz des 1. Lehrers an der Mädchenschule, in: StAE Einkommen und Competenzen. Zur Vereinigung der beiden Mädchenschulen an Altstädter und Neustädter Kirche und Erbauung einer Mädchenschule auf dem Cyriacusberg:
- StAE Vereinigung
 - StAE Bauverhandlungen
 - StAE Mädchenschulbau
 - StAMR 17 h Nr. 698 I
- ² Über den dürftigen Stand insbesondere des Mädchenschulwesens in Eschwege:
- Regierungsprotokoll vom 28.11.1838, in: StAMR 17 h Nr. 698 II
 - „Bemerkungen des Landrats v. Ende in Betreff der im November 1840 geprüften Stadtschulen zu Eschwege“, in: ebd.
 - Regierungsbeschluss vom 13. Januar 1841, ebd. Darin heißt es: „Die bisherige Einrichtung der Mädchenschule zu Eschwege kann, als völlig unzureichend, nicht länger nachgesehen werden.“
- ³ Vgl. StAE Consorten und StAE Verbindlichkeit
- ⁴ Die Verhandlungen sind dokumentiert in: StAE Reorganisation
- ⁵ StAMR 17 h Nr. 241: Die Privatschulen außerhalb Kassels, auch Prüfungen der Rektoren an den Stadtschule, Privatschulen im Allgemeinen
- ⁶ Ebd.
- ⁷ StAE Reorganisation
- ⁸ Landbaumeister Spangenberg weigerte sich, neben dem Schulgeld für die private Töchterschule zusätzlich auch noch einen Beitrag für die städtische Schule zu bezahlen. In diesem Zusammenhang verfasste er – auch in seiner Eigenschaft als Vorsteher der höheren Töchterschule – ein Schreiben an den Stadtrat, in dem er nicht nur seine Weigerung zu begründen versuchte, sondern darüber hinaus auch noch das Konzept der privaten Schule darlegte. Vgl. StAMR 17 h Nr. 689 V. Der Streit zwischen der Stadt und ihrem Ehrenbürger zog sich bis in die 1850-er Jahre hin.
- ⁹ Vgl. StAE Angelegenheiten
- ¹⁰ Vgl. Stadtratsprotokolle 1851, Nr. 257 v. 5. Juni
- ¹¹ 1850 wurde die Schule von 59 Mädchen besucht. Vgl. StAE Privatschulen. 1860 waren es 72. Vgl. Relation von Metropolitan Gonnermann vom 15.11.1860, in: StAE Reorganisation

- ¹² StAE Umgebung
- ¹³ Vgl. StAE Handarbeit
- ¹⁴ Vgl. den Lehrplan für das Fach Handarbeiten, in: StAE Privatschulen
- ¹⁵ StAE Reorganisation
- ¹⁶ Schreiben Hochhuths an den Schulvorstand vom 9.9.1861, in: StAE Umgestaltung
- ¹⁷ Schreiben des Schulvorstandes an die Regierung vom 16.10.1961, in: StAE Umgestaltung
- ¹⁸ Vgl. StAE Beschaffung
- ¹⁹ Stadtratsprotokoll 1869, Nr. 665 v. 16. April
- ²⁰ StAE Umgestaltung
- ²¹ Vgl. das Schreiben des Rektors an den Schulvorstand vom 3. März 1866, in: StAE Reorganisation. Darin brachte er die Überzeugung zum Ausdruck, „das mühsam Eingequälte (werde) binnen weniger Jahre vergessen werden.“ Sein Antrag, den Französischunterricht um eine Wochenstunde zu kürzen, dafür eine Stunde mehr Religionsunterricht zu erteilen, wurde von Schulvorstand abgelehnt.
- ²² Vgl. die Relation des Metropoliten Gonnermann vom 15. November 1860, in: StAE Reorganisation

Mädchenschulreform im Kontext der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsreform zu Beginn des 20. Jahrhunderts

von Renate Tobies

Dieser Beitrag gibt einen Überblick über den Zugang von Mädchen und Frauen zu mathematisch-naturwissenschaftlicher Bildung seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Ausgehend von einer Diskussion über Ansichten bedeutender Fachvertreter zur akademischen Frauenbildung wird die mathematisch-naturwissenschaftliche Unterrichtsreform (Merauer Reform, Kleinsche Reform) und deren Zusammenfallen mit der Reform von Mädchenschulen und Frauenbildung thematisiert. Die Darstellung basiert auf Ergebnissen umfangreicher Forschungsprojekte zu Einflussfaktoren auf die Karrieren von Frauen in Mathematik und Naturwissenschaften (vgl. Tobies 2008) sowie zur vergleichenden Analyse der Berufswege von Frauen und Männern im mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehramt (vgl. Abele/Neunzert/Tobies 2004).

Ansichten zur Mädchen- und Frauenbildung

Es war ein weiter Weg, bis es als Normalität galt, *alle* Mädchen in Mathematik und Naturwissenschaften zu bilden. Im 19. Jahrhundert war eine *unterschiedliche* Bildung von Knaben und Mädchen eine *normale* Gepflogenheit. Den Zeitgeist charakterisiert ein Auszug aus der Volksschulverfassung des Königreichs Bayern:

„§ 23. Hinsichtlich des Mädchenunterrichtes finden zwar alle hier aufgestellten Grun[d]sätze und Vorschriften in betreffs des

Lehrstoffes und der Lehrmethode im Allgemeinen ebenfalls ihre volle Anwendung. Nur in einzelnen Gegenständen und deren Behandlungsweise finden im Bezug auf das weibliche Geschlecht mehr oder minder bedeutende Abweichungen vom allgemeinen Lehrplane statt; so z. B. bei der Lehre von der Bestimmung des Menschen auf dieser Erde, bei der Lehre von der Erhaltung der Gesundheit, bei der Sitten- und Wohlstandigkeitslehre, bei der Wirtschaftslehre, beim Kopfrechnen u.s.w. Der verständige Lehrer wird bei dem Unterrichte über alle diese Gegenstände den Hauptgesichtspunkt, die verschiedene natürliche und körperliche Bestimmung des Knaben, der zum Manne, zum Bürger des Staates, zum Haus- und Familienvater heran wächst, und des Mädchens, das zur Magd oder Hausfrau, zum Eheweibe, zur Mutter, zur Pflegerin und ersten Erzieherin ihrer Kinder bestimmt ist, – nie aus dem Auge verlieren ...“ (Volksschulverfassung 1816).¹

Auch der Unterricht an öffentlichen höheren Mädchenschulen verfolgte das hier ausgesprochene Ziel. Höhere Töchter Schulen führten nicht zur Hochschulreife. Sie vermittelten keine wissenschaftlichen Kenntnisse in Mathematik und Naturwissenschaften. Zwar gab es durchaus Hochschullehrer, die den Mangel an weiblichem Nachwuchs bedauerten. Als sich in den 1890er Jahren preußische Universitäten für Hörerinnen öffneten, beklagte zum Beispiel der Breslauer Mathematikprofessor Rudolf Sturm (1841–1919) den Zustand:

„... unsere Mädchenschulen vernachlässigen ja – sehr zum Schaden der logischen Ausbildung der Frauen – unser Fach vollständig, und solange das so bleibt, werden wir Mathematiker nur selten weibliche Zuhörer erwarten dürfen, da ja unter den jetzigen Verhältnissen noch *eine besondere Vorbereitung für das Studium unseres Fachs erforderlich ist.*“ (Kirchhoff 1897, S. 242)

Im Allgemeinen galt es als „unweiblich“, sich diesem Fach oder sich überhaupt der

Wissenschaft zu widmen. Den Zeitgeist charakterisiert ein Spruch des Leipziger Neurologen Paul Möbius (1853–1907) in einem in zahlreichen Auflagen erschienenen Buch *Über die Anlage zur Mathematik*:

„Man kann also sagen, daß ein mathematisches Weib wider die Natur sei, im gewissen Sinne ein Zwitter. Gelehrte und künstlerische Frauen sind Ergebnisse der Entartung. Nur durch Abweichung von der Art, durch krankhafte Veränderung, kann das Weib andere Talente, als die zur Geliebten und Mutter befähigenden, erwerben.“ (Möbius 1900, S. 85)

Derartige Ansichten waren historisch gewachsen und reichten bis in die Antike zurück. In der Mathematik hatte es allerdings bereits herausragende Frauen gegeben, so dass es nicht verwundert, wenn es Mathematiker waren, die ausnahmslos für das Frauenstudium plädierten, während Vertreter der anderen Wissenschaften mit skeptischen und ablehnenden Positionen hervortraten (vgl. Kirchhoff 1897). Mathematiker setzten sich nicht nur in der Göttinger philosophischen Fakultät mit Geisteswissenschaftlern auseinander (vgl. Tobies 1999), sondern traten auch allgemein der verbreiteten Auffassung entgegen, dass Frauen dieses Gebiet nicht liege. So hatte der Göttinger Mathematiker Felix Klein (1849–1925) bereits 1897 sehr deutlich auf die Frage, was er vom Frauenstudium halte, formuliert:

„Ich antworte um so lieber auf die Frage, als die in Deutschland noch immer herrschende Ansicht, dass jedenfalls die *mathematischen* Studien den Damen so gut wie unzugänglich sein müssen, ein wesentliches Hemmnis aller auf die Entwicklung des höheren weiblichen Unterrichts gerichteten Bestrebungen sein dürfte. Dabei beziehe ich mich nicht auf außerordentliche Fälle, die als solche nicht viel beweisen, sondern auf den *Durchschnitt* unserer Göttinger Erfahrungen. Ich will auch hier nicht weit ausholen, sondern nur anführen, dass beispielsweise in diesem Semester nicht weniger als sechs

Damen an unseren höheren mathematischen Kursen und Übungen teilnahmen und sich dabei fortgesetzt ihren männlichen Konkurrenten in jeder Hinsicht als gleichwertig erwiesen. Der Natur der Sache nach sind dies einstweilen noch ausschließlich Ausländerinnen: zwei Amerikanerinnen, eine Engländerin, drei Russinnen; – dass aber die fremden Nationen von Hause aus eine spezifische Begabung haben sollten, die uns abgeht, dass also unsere deutschen Damen bei geeigneter Vorbereitung nicht sollten dasselbe leisten können, wird wohl kaum jemand behaupten wollen.“ (Kirchhoff 1897, S. 241)

Geeignete Vorbereitung bedeutete, Mädchen zur Hochschulreife zu führen, dies nicht nur in privaten Kursen, sondern an öffentlichen Schulen. So setzte sich Felix Klein für eine Reform des Mädchenschulwesens ein, die in Preußen, dem größten deutschen Land, begann. Die Mädchenschulreform war zugleich Bestandteil einer maßgeblich von Klein getragenen mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsreform.

Mathematisch-naturwissenschaftliche Unterrichtsreform

Realbildung besaß um 1890 nicht denselben Stellenwert wie klassische humanistische Bildung. Insbesondere waren die Abschlüsse der bestehenden höheren Knabenschulen, Humanistisches Gymnasium, Realgymnasium und Oberrealschule, nicht in vollem Maße gleichberechtigt. Dies widersprach einerseits den zunehmenden Anforderungen der sich im 19. Jahrhundert auf wissenschaftlicher Basis rasch entwickelnden Produktionszweige (Chemie, Elektrotechnik). Andererseits waren die in den Schulen vermittelten Kenntnisse hinter den Fortschritten, die in Mathematik und Naturwissenschaften erreicht worden waren, zum Teil mehrere Jahrhunderte zurückgeblieben. Am 27. Mai 1888 hatte Felix Klein an den einflussreichen preußischen Ministerialdirektor Friedrich Althoff (1839–1908) geschrieben:

„Es handelt sich in jetziger Zeit darum, den überkommenen Zwiespalt zwischen humanistischer und realistischer Bildung zu überwinden und womöglich in eine höhere Einheit, die wahre moderne Bildung überzuführen.“ [STA, Nr. 92]

Zu gleicher Zeit erstarkte die Frauenbewegung international. Ausländerinnen strebten zunehmend zum Studium nach Deutschland. Als Felix Klein im Jahre 1891 die US-Amerikanerin Ruth Gentry (1862–1917) zu seinen Vorlesungen zulassen wollte, verhinderte dies der konservative Kurator der Universität Göttingen noch mit den Worten: „Das ist schlimmer als die Sozialdemokratie, die nur den Unterschied des Besitzes abschaffen will. Sie wollen den Unterschied der Geschlechter abschaffen.“ (Zitiert in Tobies 2008a, S. 102) Zwei Jahre später umging Klein den Kurator und erreichte beim Ministerium, dass in Göttingen (Preußen) die ersten drei Frauen aus den USA und Großbritannien Mathematik, Physik und Astronomie studieren und auch kurze Zeit später promovieren konnten. (Vgl. Tobies 1991/92) Dieses Beispiel deutet auf den engen Kontext der Bestrebungen, die Stellung von Realbildung und die Position von Frauen an Universitäten zu verbessern, und kann erklären helfen, warum sich gerade Mathematiker früh in diesem Feld engagierten. So wie Mathematik, Naturwissenschaften und Technik um ihren Platz im Rahmen der *Kultur der Gegenwart* erst ringen mussten (vgl. Tobies 2008b), waren Frauen gerade dabei, in Männerdomänen einzudringen.

Um eine angemessene Position von Realbildung zu erreichen, schlossen sich im Jahre 1890 nicht nur Lehrer höherer Schulen in einem Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts zusammen (vgl. Tobies 2000). Hochschullehrer der Mathematik und Naturwissenschaften etablierten seit Beginn der 1890-er Jahre Ferienkurse zur Fortbildung bereits in der Praxis stehender Lehrer, um neue mathematisch-naturwissenschaftliche

Erkenntnisse schneller zu verbreiten. Vertreter der Praxis, Industrielle, Ingenieure, Chemiker, Techniker klagten ein höheres theoretisches Niveau und eine stärkere praxisbezogene Ausbildung in Mathematik und Naturwissenschaften ein. An den Technischen Hochschulen, wo dominant sogenannte „reine“ Mathematiker auf Lehrstühle berufen worden waren, entstand eine „antimathematische“ Bewegung, die darauf zielte, die „reine“ anwendungsferne mathematische Lehre durch eine praxisnahe Ausbildung zu ersetzen bzw. zu ergänzen. (Vgl. Hensel et al. 1989) Auch das an den Schulen gelehrt praxisferne Wissen entsprach nicht mehr den aufstrebenden Zweigen von Industrie und Wirtschaft.

Wenn wir das besondere Interesse wissenschaftlich-technisch gebildeter industrieller Kreise an diesen Entwicklungen beurteilen wollen, so ist zu berücksichtigen, dass in den 70-er und 80-er Jahren des 19. Jahrhunderts die Wachstumsraten der Produktion langsamer gestiegen und die Profitraten gesunken waren. Das war eine internationale Erscheinung, welche das Streben nach einer zunehmend wissenschaftlichen Fundierung des Produktionsprozesses und einer höheren Allgemeinbildung erklärt. International entstand eine reformpädagogische Bewegung, die von breiten Kreisen getragen wurde und danach strebte, den Anteil mathematisch-naturwissenschaftlicher Fächer im Rahmen der Allgemeinbildung zu erhöhen.

Von Zeit zu Zeit wird es immer wieder notwendig sein, das Wissen zu prüfen, das zum Bestand der Allgemeinbildung gehört. So wie aktuell, insbesondere aufgrund eines mangelnden Bestandes gut ausgebildeter Ingenieure, eine verbesserte mathematisch-naturwissenschaftliche Bildung in den Blick gerät, so waren es um 1900 die einflussreichsten Industriellen ganz Deutschlands, die nachdrücklich das Niveau der Allgemeinbildung zu ändern trachteten. An der Universität Göttingen, die sich seit dieser Zeit zu dem internationalen Zentrum von

Mathematik und Naturwissenschaften entwickelte (Tobies 2002), schlossen sich deutschlandweit erstmals Wissenschaftler und Industrielle in einer „Göttinger Vereinigung zur Förderung der angewandten Physik und Mathematik“ zusammen,² um private finanzielle Mittel für Entwicklungen zu nutzen, die bisher aus dem Staatshaushalt ungenügend gefördert wurden. Dabei ist hervorhebenswert, dass die bessere Ausbildung von Lehramtskandidaten zum vorrangigen Ziel der Vereinigung erklärt wurde.³ Das Gründungsmitglied Anton von Rieppel (1852–1926), Brücken-, Maschinenbauer und Industrieller, erläuterte:

„Die aus der Industrie beteiligten Gründer der Vereinigung waren neben Herrn v. Böttinger⁴ Ingenieure, nämlich Director Schmitz von der Firma Krupp, Professor von Linde⁵, Kommerzienrat Kraus⁶, Kommerzienrat Kuhn⁷ und ich selbst. Geheimrat Klein⁸ stellte uns seinerzeit in seinen Vorträgen als Ziel unseres Vorgehens auf:

1. vor allen Dingen auf eine bessere Ausbildung der künftigen Lehrer hinzuwirken;
2. auch für die gesteigerte Forschung in der Richtung der angewandten Wissenschaften einzutreten und
3. die Universitätspolitik wieder in Bahnen zu lenken, die mehr mit dem praktischen Leben in Verbindung ständen, als es damals der Fall war.

Wir einigten uns vor allen Dingen auf den ersten Punkt als den wichtigsten, weil uns immer wieder entgegengetreten war, daß die jungen Ingenieure durch ihre unzulängliche, dem Praktischen abgewandte Vorbildung auf der Hochschule ihre Zeit verlieren mußten, um das nachzuholen, was ihnen die Schule nach unserer Meinung sehr gut hätte mitgeben können. Bei diesem System kommen die Ingenieure viel zu spät in ausreichende Lebensstellungen, und diese Zustände verbessern zu helfen, war für uns die Begründungs-idee der Göttinger Vereinigung.“ [UBG, Bl. 20f]

Dies führte nicht nur zu einer neuen Prüfungsordnung für Lehramtskandidaten, die

erstmalig eine Fakultät für angewandte Mathematik ermöglichte,⁹ sondern auch zum Ausbau von Universitätseinrichtungen hinsichtlich Physikalischer Chemie und Materialforschung, Mechanik, Hydro- und Aerodynamik, Elektrizitätslehre, Universitätssternwarten u. a. Industrielle verfügten finanzielle Zuwendungen für Aus- und Weiterbildungskurse, wozu nicht nur Kurse für Lehrkräfte höherer Schulen, sondern auch für Arbeiter mechanischer Berufe und technische Fortbildungskurse für Verwaltungsbeamte gehörten.¹⁰

Die Entwicklung in den fortgeschrittenen Industriestaaten warf notwendig den Blick auf neue Inhalte der Bildung für alle Staatsbürger. Im Jahre 1899 erhielten die Technischen Hochschulen das Promotionsrecht. Auf der Berliner Schulkonferenz im Juni 1900 wurde nicht nur die Forderung erhoben, die drei Arten höherer Schulen gleichzustellen, was mit einem Kaiserlichen Erlass vom 26. November 1900 geregelt wurde. Es stand auch die Einführung neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Lehrpläne zur Debatte. Felix Klein, der als einziger Mathematik-Professor zu dieser Schulkonferenz eingeladen worden war, führte aus:

„Jeder Sachverständige wird bestätigen, daß man selbst die Grundlinien der wissenschaftlichen Naturerklärung nur verstehen kann, wenn man wenigstens die Anfangsgründe der Differential- und Integralrechnung sowie der analytischen Geometrie, – also den sogenannten niederen Teil der höheren Mathematik – kennt. Es hat denn auch immer Lehrer, selbst an humanistischen Gymnasien, gegeben, welche ihre Schüler in einem gewissen Maße in diese Anfangsgründe einführten. Die Frage müßte sein, ob man hierfür nicht allgemein im Lehrplan wenigstens der Realanstalten ausreichenden Raum vorbehalten könnte.“ (Verhandlungen 1901, S. 154)

Die Unzufriedenheit mit neuen preußischen Lehrplänen von 1901, welche die erhobenen Forderungen nicht realisierten,

mündete in eine breite Reformbewegung von unten, die schließlich alle Schularten betraf. Die Reform verlief in den hoch entwickelten Industriestaaten ähnlich, wobei sich Mathematiker international zusammenschlossen, um die Entwicklungen zu koordinieren. Felix Klein wurde nicht nur Initiator der 1904 in Breslau gegründeten Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte, sondern auch Vorsitzender einer Internationalen Mathematischen Unterrichtskommission, die auf dem IV. Internationalen Mathematiker-Kongress in Rom 1908 ins Leben trat. Kleins Engagement in diesem Gebiet hatte einen derartigen Ruf erreicht, dass er in Abwesenheit zum Vorsitzenden gewählt wurde.

Im Mathematik-Lehrgang wurde der Funktionsbegriff international zu einem durchgängigen Prinzip. Analytische Geometrie sowie Grundbegriffe der Differential- und Integralrechnung sollten in den höheren Klassen gelehrt werden. Das waren Gebiete, die seit der Zeit der Aufklärung ausgearbeitet vorlagen und für das Erfassen etwa von Bewegungsvorgängen in den Naturwissenschaften eine wichtige Basis bildeten (und noch immer bilden). In der Physik hatten sich gerade seit den 1890er Jahren grundlegende neue Erkenntnisse ergeben, die bereits wenige Jahre später in die Diskussionen um den Bestand der naturwissenschaftlichen Allgemeinbildung einfließen. In einem Hauptvortrag im Rahmen der Unterrichtskommission der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte betonte Felix Klein:

„Jedes Jahr bringt neue Entdeckungen nach praktischer wie nach theoretischer Seite, welche zu ignorieren unmöglich ist. Ich nenne nur elektrische Kraftübertragung, Röntgenstrahlen, Radioaktivität. Wollten Sie von diesen Dingen in der Schule schweigen, die Schüler selbst würden mit unbequemen Fragen an Sie herantreten. Und gleichzeitig wächst die Physik immer mehr mit den Nachbarwissenschaften zusammen. In erster Linie mit der Chemie; man wird im physika-

lischen Unterricht eine gewisse Berücksichtigung der physikalisch-chemischen Fragen nicht mehr abweisen können.“ (Klein 1905, S. 139)

Diese Forderungen mündeten zwar in Reformlehrpläne, die an zahlreichen Schulen erprobt wurden. Die Pläne blieben jedoch zunächst weitgehend unverbindlich. Das historische Beispiel dokumentiert, dass es offensichtlich schwierig war, neu festzulegen, was zur Allgemeinbildung gehört. Friedrich Pietzker (1844–1916)¹¹, der lange Zeit führende Positionen im 1890 gegründeten Verein zur Förderung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts einnahm und als dessen Repräsentant in der Unterrichtskommission der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte saß, gehörte zu der älteren Generation einflussreicher Lehrer höherer Schulen, die sich mit dem Vermitteln neuer Stoffgebiete schwer anzufreunden vermochten. Wegen des Vetos von Pietzker enthielt der neue mathematische Reformlehrplan (Meran 1905) eine Formulierung, die es dem Lehrer überließ, Elemente der Differential- und Integralrechnung im Unterricht zu behandeln. Pietzker betrachtete diese Gebiete als Bestandteil der *Fachbildung* und polemisierte auch später noch öffentlich gegen die neuen Intentionen der *Allgemeinbildung*. In einer Rede am 4. Mai 1914 führte er als Abgeordneter der fortschrittlichen Volkspartei in der Ersten Kammer des preußischen Landtages aus:

„Ich bin aber schließlich, nachdem an die Stelle der Kommission ein *Ausschuß*¹² getreten war, für meine Person ausgeschieden, weil ich nicht damit einverstanden war, daß unter dem Einfluß einzelner allerdings als Gelehrte und Dozenten sehr hochstehende Leute die Forderung der Einführung der *Infinitesimalanalysis* in den Schulunterricht aufgenommen würde. Ich möchte das auch an dieser Stelle bekunden. Ich bin ein Feind davon, daß die Schule in der Berufsausbildung mit den Hochschulen, welche die Berufsbildung zu geben haben, konkurriert,

und daß sie sich auf ein gewisses Mindermaß beschränken soll.“¹³

Er polemisierte damit gegen Felix Klein, und es dauerte bis zu den Richertschen Reformen (Richert 1925), bis die modernen Stoffgebiete Differential- und Integralrechnung tatsächlich verbindlich in den Mathematiklehrplan aufgenommen wurden, wenngleich es bereits zuvor zahlreiche Reformlehrer/innen gab, die dies in ihrem Unterricht vermittelten.

Felix Klein, der seit 1908 als Vertreter der Universität Göttingen im preußischen Herrenhaus (erste Kammer des preußischen Abgeordnetenhauses) saß¹⁴ und auch dort eine Unterrichtskommission initiierte, agierte für einen verbesserten Unterricht in allen Schularten, einschließlich Volks-, Berufs- und Mädchenschulwesen. Damit entsprach er letztlich Forderungen, die breite Kreise der Wirtschaft formuliert hatten, deren Umsetzung jedoch Geld verlangte. Industrie und Wirtschaft förderten zwar die Bestrebungen durchaus mit eigenen Mitteln, wollten die Kosten jedoch nicht allein tragen und erwarteten großenteils Zuschüsse aus dem Staatshaushalt dafür.¹⁵ Klein trat seit der Session 1908/09 mehrfach als Referent bei den Etatverhandlungen auf, wobei er im Namen der etablierten Unterrichtskommission und des 1908 gebildeten Deutschen Ausschusses für mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht sprach.

Die historischen Bestrebungen im parlamentarischen Raum liefen parallel mit zahlreichen weiteren Reformen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften, in der Ausarbeitung neuer Lehrbücher und in dem Bemühen, Experimentalunterricht einzuführen. Sie umfassten auch das Stärken moderner Sprachen sowie eine Abstimmung über die neue Stundentafel im gesamten Kreise der „Philologen und Schulmänner“.¹⁶ Es war eine von Repräsentanten des mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Bildungsbürgertums getragene Bewegung, die ein höheres Niveau der Bildung vom Kindergarten bis

zur Hochschule, einschließlich der Bildung für Mädchen, anstrebte. Felix Klein erklärte dazu in der Debatte zum Kultusetat, beim Spezialpunkt „Elementarunterrichtswesen“, am 7. April 1911:

„Wir Universitätsprofessoren haben allgemein für die Wissenschaft einzutreten, nicht nur für ihre Weiterentwicklung, sondern auch für ihre Geltung, so gut wir es vermögen, und das Ideal, welches mir vorschwebt, ist, dass wir das Unterrichtswesen als eine große Einheit, als einen Organismus betrachten, vom Kindergarten mit seinen eigentümlichen hochinteressanten Problemen beginnend, bis hoch hinaus zum Hochschulbetrieb.“ (Stenographische Berichte 1911, S. 169)¹⁷

Wenn auch das Umsetzen der Gesamtintentionen zunächst schwierig war und anderer sozialer Verhältnisse bedurfte, so darf nicht übersehen werden, dass einige Ansätze realisiert wurden. Insbesondere erlangten Mädchen und Frauen erstmals offiziell Zugang zu höherer Bildung in Mathematik und Naturwissenschaften.

Reform des Höheren Mädchenschulwesens und der Frauenbildung

In Deutschland geborene Frauen konnten bis 1908 die Hochschulreife nur auf Sonderwegen erhalten. Sie besuchten private realgymnasiale Kurse, die seit den 1890-er Jahren zunehmend eingerichtet worden waren, und legten das Abitur extern an einem Knabengymnasium ab. Humanistische Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen mit fundiertem mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht waren im 19. Jahrhundert nur für Knaben eingerichtet worden. Dort unterrichteten nur Männer.

Nach der „Ordnung der Wissenschaftlichen Prüfung der Lehrerinnen (Oberlehrerinnenprüfung)“ vom 31. Mai 1894 konnten Frauen, die nach einer Prüfung als Lehrerin für Volks-, mittlere und höhere Mädchenschulen bereits mehrere Jahre in der Praxis tätig gewesen waren, jetzt Vorlesungen an

den Universitäten besuchen, d.h. an den philosophischen Fakultäten – die in Preußen Mathematik und Naturwissenschaften noch mit umfassten. Danach konnten sie die Oberlehrerinnen-Prüfung ablegen. Mit dieser Prüfung sollte die Position von Lehrerinnen an den Mädchenschulen gestärkt werden, wo bisher in der Mehrzahl Männer unterrichteten. Mit dem Argument einer Erziehung zu „echter Weiblichkeit“ sollten Frauen nun Oberlehrerinnen und Direktorinnen werden können. Bis 1912 gab es schließlich an den höheren Mädchenschulen Preußens 336 Oberlehrerinnen, davon 49 mit einer Lehrbefähigung in Mathematik (Schröder 1913). Die Bestimmungen der Oberlehrerinnenprüfung unterschieden sich jedoch von denen des Lehramts-Staatsexamens, das zunächst den Männern vorbehalten war. Zum Beispiel konnte die Fachkombination nicht frei gewählt werden, insbesondere konnte Mathematik nicht mit naturwissenschaftlichen Fächern kombiniert werden. Die erste Frau wurde – nach hartnäckigem Ringen – im Jahre 1905 zu diesem Lehramtsstaatsexamen in Mathematik zugelassen (Tobies 2008, S. 25).

Das Kultusministerium des Landes Preußen verfügte schließlich am 18. August 1908 einen Erlass¹⁸, der zwei wichtige Aspekte gleichzeitig regelte:

Erstens wurden öffentliche Studienanstalten gymnasialer, realgymnasialer und Oberrealschul-Richtung für Mädchen eingerichtet, die sich am System der Knabenschulen orientierten und zur Hochschulreife führten. Damit erhielten Mädchen auch zum ersten Mal an öffentlichen Schulen wissenschaftlichen Unterricht in Mathematik und Naturwissenschaften. Bayern folgte mit einer entsprechenden Regelung als nächstes Land im Jahre 1910 (vgl. Schröder 1913).

Zweitens verfügte dieser Erlass, dass Frauen an den preußischen Universitäten regulär immatrikuliert werden konnten, ab Wintersemester 1908/09. Zuvor konnten sie nur mit dem Hörerinnenstatus die Univer-

sitäten besuchen, d.h. jeder Professor musste einzeln um Erlaubnis gefragt werden; noch zahlreiche Professoren verweigerten die Teilnahme von Frauen. Hinsichtlich der Verfügung über die Zulassung von Frauen zur Immatrikulation war Baden im Jahre 1900 das erste deutsche Land, Preußen mit den meisten Universitäten und Schulen das vorletzte (vgl. Tobies 2008, S. 25f).

Die nachfolgende Entwicklung zeigt, dass Frauen, nachdem sie regulär studieren durften, in größerer Zahl in diese Fächer strebten. Vom preußischen Kultusministerium geführte Statistiken widerlegen das Klischee, dass sich Frauen nicht für Mathematik und Naturwissenschaften interessieren. Vielmehr waren dies von Beginn an beliebte Studienfächer (vgl. Tobies 2008, S. 26ff). Der Hamburger Gymnasialprofessor Johannes Schröder berichtete zum Beispiel, dass bei manchen Abschlussklassen der ersten Jahrgänge ca. ein Drittel der Abiturientinnen Mathematik und Naturwissenschaften als Studienfächer gewählt hatte und Lehrkräfte an Schulen größere Lehrerfolge erreichten, wenn sie von Mädchen nicht weniger erwarteten als von Jungen. (Schröder 1913)¹⁹ Die neu etablierten Studienanstalten benötigten neue Lehrkräfte für Mathematik und Naturwissenschaften. Damit eröffneten sich neue neuen Berufschancen auch für weibliche Studierende.

Um den unmittelbaren Bedarf an Lehrkräften zu decken, wurden seminaristisch gebildete Personen durch einen Ministerialerlass vom 3. April 1909 mit rückwirkender Kraft zum vollen Examen pro facultate docendi zugelassen, und nach früherem Schema geprüfte Oberlehrerinnen erhielten die volle Anstellungsfähigkeit an den höheren Mädchenschulen. Deren unzureichende mathematisch-naturwissenschaftliche Vorbildung wurde allerdings heftig kritisiert. Im Herrenhaus warb Klein in einer Rede vom 21. Mai 1909 dafür, nach den ersten Schwierigkeiten nicht aufzugeben, betonte, dass die Reform überhaupt erstmals Mathematik und Natur-

wissenschaften eingehend berücksichtige und schlug vor, „dass zuerst die bestehenden Oberlehrerinnenkurse nach der Seite des mathematischen-naturwissenschaftlichen Unterrichts ausgebaut werden, und dass für diejenigen Lehrkräfte, die schon in der Praxis stehen, die Ausbildung durch geeignete Ferienkurse erleichtert werden ...“ solle. (Stenographische Berichte 1909, S. 227) Der erste entsprechende Kurs fand bereits im Oktober 1909 an der Universität Göttingen statt.

Über einen längeren historischen Zeitraum gesehen, in den ersten vierzig Jahren des 20. Jahrhunderts, betrug der Frauenanteil unter den Personen mit Staatsexamen im Hauptfach Mathematik und weiteren Fächern durchschnittlich 15 Prozent.

Frauen und Männer im mathematisch-naturwissenschaftlichen Lehramt

Der Beruf des Gymnasiallehrers für Mathematik und naturwissenschaftliche Fächer war zu Beginn des 19. Jahrhunderts entstanden, als die philosophischen Fakultäten der Universitäten mit der Lehrerausbildung betraut worden waren (Schubring 1991). Ein entsprechendes Studium schloss mit dem wissenschaftlichen Staatsexamen für das Lehramt an höheren Schulen ab. Der Beruf des Studienrates / der Studienrätin an einer höheren Schule war noch um 1930 das Hauptziel, wenn jemand Mathematik studierte (vgl. Böttcher/Gross/Knauer 1994).

Unsere Analyse der Wege einer repräsentativen Stichprobe von 3040 Personen (462 weiblich) preußischer Lehrer/innen, die im Zeitraum von 1902 bis 1942 einen Hochschulabschluss in Mathematik erwarben, ergab, dass bis zum Studienabschluss nur marginale Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestanden. Sie stimmten im Studieverhalten, in der Studiendauer wie auch in den Leistungsmerkmalen überein. Es gab keine signifikanten Differenzen bei den Abschlussnoten und die bevorzugte gewählte Fachkombination war Mathematik, Physik und Chemie – unabhängig vom Geschlecht.

Auch der Berufseinstieg erfolgte noch übereinstimmend. Nach dem wissenschaftlichen Lehramtsstaatsexamen mussten in Preußen zwei Jahre absolviert werden, die auf eine Tätigkeit im höheren Schuldienst vorbereiteten und mit einer pädagogischen Prüfung abschlossen. 84,2 Prozent der Frauen (mit Staatsexamen in Mathematik und weiteren Fächern) und 85,7 Prozent der Männer absolvierten diese Prüfung. D.h. Frauen wählten den Beruf nach ihrem Interesse und aufgrund bestehender Berufschancen. Sie kümmerten sich wenig um bestehende Klischees.

Erst der Weg nach den absolvierten Prüfungen brachte Unterschiede im Berufsverlauf. Für 36 Prozent der Frauen endete der Berufsweg auf der Stufe der Studienassessorin, während nur 16,3 Prozent der Männer nicht weiter kamen. Eine feste Position als Studienrat/-rätin im höheren Schuldienst erhielten 59 Prozent der Frauen und 72 Prozent der Männer. Die Ursachen sind allerdings nicht in der Befähigung für das Fach bzw. dem Beruf zu suchen, sondern beruhten auf dem generellen Problem, dass Frauen durch Verordnungen beim weiteren Aufstieg behindert wurden. Die Analyse der in den Personalbögen²⁰ eingetragenen Gründe für das Ausscheiden aus dem Schuldienst erbrachte, dass die Eheschließung für Frauen der hauptsächliche Grund für die Aufgabe des Berufes war. Männer schieden in erster Linie krankheits- (oder todes-) bedingt aus. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie stand nicht zur Diskussion. Als Frauen das akademische Studium ermöglicht wurde, war nur an die Existenzsicherung von unverheiratet bleibenden Frauen gedacht. Deshalb bestand auch bis zur Weimarer Reichsverfassung 1919 das sog. *Beamtenzölibat* und auch nachfolgend wurden entsprechende Gesetze erlassen, die es erlaubten, schon verbeamtete verheiratete Lehrerinnen zu entlassen. (Vgl. Tobies 2008, S. 43)

Im Verlaufe der Weimarer Republik erreichten einige Frauen auch Leitungspositio-

nen. Sie hatten 1919 das Wahlrecht erkämpft und wurden 1920 zur Habilitation zugelassen. Im Jahre 1925 gab es in Preußen vier Oberschulrätinnen (neben 52 Oberschulräten), davon eine mit einer Lehrbefähigung in Mathematik. Der Orientalist und parteilose preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker (1876–1933) wies am 4. Oktober 1927 die Schulverwaltungen an, „die Berufung von Frauen in Schulleiterinnenstellen möglichst zu fördern und im Schulaufsichtsdienst geeignete Schulleiterinnen und Lehrerinnen mehr als bisher zu berücksichtigen.“²¹ Bis zum Jahre 1930 waren es sechs Oberschulrätinnen, davon zwei mit mathematisch-naturwissenschaftlicher Ausbildung. Die Dienstaltersliste der Direktorinnen an den anerkannten öffentlichen höheren Lehranstalten Preußens mit Stand vom 29. Juni 1933 umfasste 22 Oberstudiendirektorinnen. Diese waren mit einer Ausnahme vor dem 1. April 1933 ernannt worden.²² Darunter befanden sich elf mit einer Lehrbefähigung für mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer.²³

Auf die Rücknahme der erzielten Errungenschaften bei der wissenschaftlichen Mädchen- und Frauenbildung und entsprechenden Karrieren während der NS-Diktatur und die nachfolgende unterschiedliche Entwicklung auf deutschem Boden kann an dieser Stelle nur verwiesen werden.

Frauen promovieren in Mathematik

Mit der Möglichkeit, Mathematik und Naturwissenschaften zu studieren, eröffneten sich für Frauen auch Wege in wissenschaftliche Karrieren. Erste Voraussetzung dafür war, den Doktorgrad zu erwerben.

Felix Klein hatte 1897 erwähnt, dass ausschließlich Ausländerinnen in Göttingen studierten. Somit waren die ersten Frauen, die einen Dokortitel mit einer mathematischen Dissertation an einer deutschen Universität erwarben, Frauen, die aus anderen Ländern zum Studium nach Göttingen gekommen waren. Sie hatten im Ausland die Hochschulreife erlangt und wählten Göttingen,

weil dieser Ort damals als *das* internationale Zentrum der Mathematik galt.

Die Ausländerinnen ebneten deutschen Frauen den Weg. Als erste hatte die Russin Sofja Kowalewskaja, Schülerin des bedeutenden Berliner Mathematikers Karl Weierstraß (1815–1897), die Hürde genommen. Nachdem sie drei verschiedene herausragende Dissertationsschriften eingereicht hatte, war ihr die beste Note (*summa cum laude*) erteilt worden, ohne dass sie selbst nach Göttingen reisen musste. In Berlin wäre das zu dieser Zeit noch nicht möglich gewesen, dort durfte eine Frau die Universität nicht betreten. In Berlin, der größten deutschen Universität, promovierte schließlich 1899 die erste Frau, in Physik. Dagegen konnten in Göttingen bereits 1895 weitere Ausländerinnen promovieren, unter dem Mathematiker Felix Klein die Engländerin Grace Chisholm (1868–1944) und die US-Amerikanerin Mary F. Winston (1869–1959); außerdem eine US-Amerikanerin in Physik. Es folgten weitere Mathematikerinnen unter Hilbert: die US-Amerikanerin Anne Lucy Bosworth (1868–1907) im Jahre 1899 und drei Russinnen Ljubowa Sapolsky (* 1871) im Jahre 1900, Nadjeschda N. von Gernet (1877–1943) 1901 und Wera Lebedjewa²⁴ (1880–1970) 1906 (vgl. hierzu Tobies 1999). Die in Eschwege geborene Margarethe Kahn (1880–1942) gehörte schließlich zu den ersten in Deutschland geborenen Frauen, die in Mathematik promovierten.²⁵ Sie schrieb ihre Dissertation ebenfalls unter Hilbert und zwar in dem relativ jungen Gebiet der Topologie. Ihre mündliche Doktorprüfung fand am 30. Juni 1909 statt und ein Jahr später, am 22. Juli 1910 absolvierte sie die wissenschaftliche Prüfung in den Fächern Mathematik, Physik und philosophische Propädeutik im Rahmen der Prüfungen für das höhere Lehramt.

Inzwischen sind alle Personen, die im Zeitraum von Wintersemester 1907/08 bis Wintersemester 1944/45 an einer deutschen Hochschuleinrichtung eine mathematische

Dissertation erfolgreich verteidigten, mit Kurzbiographien in einem Buch erfasst worden (vgl. Tobies 2006)²⁶. Das sind insgesamt 1347 Männer, davon 131 aus dem Ausland, sowie 120 Frauen, davon vier aus dem Ausland.

Quellen und Literatur

- [BBF] Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin, Personalblätter preußischer Lehrer und Lehrerinnen.
- [STA] Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin, Bestand Merseburg, Rep. 92, Althoff A I, Nr. 139.
- [UBG] Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Handschriftenabteilung, Mathematiker-Archiv, Nr. 50²⁹.
- Abele, Andrea/Neunzert, Helmut/Tobies, Renate: *Traumjob Mathematik! Berufswege von Frauen und Männern in der Mathematik*. Basel 2004.
- Böttcher, M./Gross, E. E./Knauer, U.: *Materialien zur Entstehung der mathematischen Berufe. Daten aus Hochschulstatistiken sowie Volks- und Berufszählungen von 1800 bis 1990* (Algorismus, Studien zur Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften, 12). München 1994.
- Costas, Ilse: „Diskurse und gesellschaftliche Strukturen im Spannungsfeld von Geschlecht, Macht und Wissenschaft. Ein Erklärungsmodell für den Zugang von Frauen zu akademischen Karrieren im internationalen Vergleich“. *Frau Macht Wissenschaft. Wissenschaftlerinnen gestern und heute*, hrsg. v. Immacolata Amodeo. Königstein/Taunus 2003, S. 157–181.
- Hensel, Susann; Ihmig, Karl-Norbert; Otte, Michael: *Mathematik und Technik im 19. Jahrhundert in Deutschland* (Studien zur Wissenschafts-, Sozial- und Bildungsgeschichte, Bd. 6). Vandenhoeck & Ruprecht: Göttingen 1989, S. 1–111.
- Kirchhoff, Arthur (Hrsg.): *Die Akademische Frau. Gutachten hervorragender Universitätsprofessoren, Frauenlehrer und Schriftsteller über die Befähigung der Frau zum wissenschaftlichen Studium und Berufe*. Steinitz: Berlin 1897.
- Klein, Felix: „Bemerkungen zum mathematischen und physikalischen Unterricht“. *Verhandlungen der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Breslau 1904*, Teil 1. B. G. Teubner: Leipzig 1905.
- Klein, Felix (Hg.): *Abhandlungen über den mathematischen Unterricht, veranlasst durch die Internationale Mathematische Unterrichtskommission*, 5 Bde. B.G. Teubner: Leipzig und Berlin 1909–1916.
- Kleinau, Elke / Opitz, Claudia (Hrsg.): *Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung*. Bd. 2: vom

- Vormärz bis zur Gegenwart. Campus: Frankfurt am Main / New York 1996.
- Kunze-Kalender. *Jahrbuch deutscher Philologen und Schulmänner*, Breslau u.a. Jge. 1908 bis 1942.
- Möbius, Paul J.: *Ueber die Anlage zur Mathematik*. Leipzig 1900.
- Richert, Hans (Hrsg.): *Richtlinien für die Lehrpläne der höheren Schulen Preußens*. Berlin 1925.
- Rosenthal, Robert; Jacobsson, Leonore: *Pygmalion im Unterricht*. Weinheim 1971.
- Schröder, Johannes: *Die neuzeitliche Entwicklung des mathematischen Unterrichts an den höheren Mädchenschulen Deutschlands* (Abhandlungen über den mathematischen Unterricht in Deutschland, Bd. I. Die höheren Schulen in Norddeutschland, H. 5. Hrsg. von Felix Klein). B. G. Teubner: Leipzig/Berlin 1913.
- Schubring, Gert: *Die Entstehung des Mathematik-lehrerberufs im 19. Jahrhundert. Studien und Materialien zum Prozeß der Professionalisierung in Preußen (1810–1870)*. Weinheim 21991.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses, 1907/08 bis 1911.
- Tobies, Renate: „Felix Klein als Mitglied des preußischen ‚Herrenhauses‘. Wissenschaftlicher Mathematikunterricht für alle Schüler – auch für Mädchen und Frauen“. *Der Mathematikunterricht* 35 (1989) 1, S. 4–12.
- Tobies, Renate: „Zum Beginn des mathematischen Frauenstudiums in Preußen“. *NTM-Schriftenreihe für Geschichte der Naturwissenschaften, Technik und Medizin* 28 (1991/92) 2, S. 151–172.
- Tobies, Renate: „Felix Klein und David Hilbert als Förderer von Frauen in der Mathematik“. *Prague Studies in the History of Science and Technology, N.S.* 3 (1999), S. 69–101.
- Tobies, Renate: „Felix Klein und der Verein zur Förderung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts“. *Der Mathematikunterricht* 46 (2000), H. 3, 22–40.
- Tobies, Renate: „The Development of Göttingen into the Prussian Centre of Mathematics and the Exact Sciences“. *Göttingen and the Development of the Natural Sciences*, edited by Nicolaas Rupke. Wallstein: Göttingen 2002, S. 116–142.

- Tobies, Renate: „Margarete Kahn (1880–1942)“. *Jewish Women. A Comprehensive Historical Encyclopedia*. Shalvi Publishing Ltd.: Jerusalem, Israel, CD-ROM 2005.
- Tobies, Renate: *Biographisches Lexikon in Mathematik promovierter Personen* (Algorismus, 58). Dr. Erwin Rauner Verlag: Augsburg 2006.
- Tobies, Renate (Hg.): „*Aller Männerkultur zum Trotz*“. *Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik*. Campus: Frankfurt am Main, New York 2008a.
- Tobies, Renate: „Mathematik, Naturwissenschaften und Technik als Bestandteile der Kultur der Gegenwart“. *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 31 (2008b), H. 1, S. 29–43.
- Tobies, Renate: „Elisabeth Staiger – Oberstudien-direktorin in Hildesheim“. *Hildesheimer Jahrbuch für Stadt und Stift Hildesheim*, Bd. 80. Verlag Lax: Hildesheim 2008c, S. 51–68.

Anmerkungen

- ¹ Das Dokument ist abgedruckt in Tobies (2008a), S. 11.
- ² Gegründet am 26. Februar 1898 für angewandte Physik, erweitert am 17. Dezember 1900 auf angewandte Mathematik, vgl. Tobies 2002.
- ³ Dies im Unterschied zu nachfolgend ebenfalls maßgeblich mit industriellen Mitteln etablierten Forschungsinstitutionen, wie der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911 (heutige Max-Planck-Gesellschaft) und der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft 1920 (heutige Deutsche Forschungsgemeinschaft).
- ⁴ Henry Th. von Böttinger (1848–1920), promovierter Chemiker, Chemieindustrieller, Abgeordneter der nationalliberalen Partei, Erster Vorsitzender der Göttinger Vereinigung von 1898 bis 1920.
- ⁵ Carl von Linde (1842–1934), Ingenieur, Erfinder (Luftverflüssigung) und Industrieller.
- ⁶ Georg Ritter von Krauss (1826–1906), Industrieller, Lokomotivfabrikant.
- ⁷ Ernst Kuhn († 1903), Firma G. Kuhn, Stuttgart, Vorsitzender des Württembergischen Ingenieurvereins 1893–1894.
- ⁸ Der Mathematikprofessor Felix Klein, seit 1886 an der Universität Göttingen, der als zweiter Vorsitzender dieser Göttinger Vereinigung fungierte.
- ⁹ Ordnung der Prüfung für das höhere Lehramt an höheren Schulen in Preußen vom 12. September 1898. Berlin 1898. Entsprechende neue Prüfungsordnungen wurden nachfolgend auch in anderen deutschen Ländern etabliert.
- ¹⁰ [STA] Rep. 92, Althoff A I, Nr. 139.
- ¹¹ Friedrich Pietzker war Oberlehrer am Gymnasium in Nordhausen und besaß seit 1873 die Lehrbefähigung für die Fächer Mathematik, Physik für die erste Stufe sowie für Chemie, Mineralogie, Geschichte, Erdkunde, Französisch und Latein für die zweite Stufe. Er publizierte zahlreiche Arbeiten, war Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Nordhausen und wurde zum Mitglied der Wissenschaftlichen Akademie Leopoldina in Halle gewählt (1906), vgl. BBF, Personalblatt.
- ¹² Damit ist der Deutsche Ausschuss für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht (DAMNU) gemeint, der im Jahre

1908 gegründet worden war, um die Reformpläne durchzusetzen. Felix Klein leitete den Ausschuss für Lehrerbildung des DAMNU.

- ¹³ Vgl. hier und im Folgenden Tobies 2000.
- ¹⁴ In der 5. Sitzung der Session 1907/08 wurde am Mittwoch, dem 26.2.1908, mitgeteilt: „Des Königs Majestät haben geruht, durch Allerhöchsten Erlaß vom 17. d. Mts. den von der Universität Göttingen präsentierten Geheimen Regierungsrat, Professor Felix Klein daselbst in Gemäßheit des § 4 Nr. 5 der Verordnung vom 12. Oktober 1854 als Mitglied des Herrenhauses zu berufen.“ (Stenographische Berichte 1907/08, S. 46) Das hieß konkret, Klein war Mitglied vom 17.3.1908 bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches.
- ¹⁵ Vgl. den Briefwechsel Felix Kleins mit Friedrich Althoff, [STA], Rep. 92, Althoff B, Nr. 92, Bl. 225ff.
- ¹⁶ Vgl. z.B. Unterrichtsblätter für Mathematik und Naturwissenschaften, 23 (1917), H. 3, S. 44; und Tobies 2000.
- ¹⁷ Erstmals zitiert in Tobies 1989, S. 8.
- ¹⁸ Bestimmungen über die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens vom 18. August 1908; Ausführungsbestimmungen zu dem Erlasse vom 18. August 1908, vom 12. Dezember 1908. Berlin 1908.
- ¹⁹ Auch Mathilde Vaerting (1884–1977), die als Mathematiklehrerin tätig war und an der Universität Jena 1923 eine ordentliche Professur für Erziehungswissenschaften erhielt, berichtete aufgrund ihrer Erfahrungen, dass Mädchen gute Leistungen bei Lehrkräften erbringen, die es von ihnen erwarten und schlechte Fachleistungen bei denjenigen, die Mädchen weniger zutrauen. Sie beschrieb damit einen Effekt, der als Pygmalion-Effekt in die Literatur einging, das Lernen im Kontext sozialer Erwartungen, vgl. Rosenthal/Jacobsson 1971.
- ²⁰ BBF, die Personalbögen sind aufbewahrt im Archiv der Bibliothek für Bildungsgeschichtliche Forschung in Berlin.
- ²¹ Die badische Lehrerin, 9 (1927), S. 193.
- ²² Kunze-Kalender 40 (1933/34).
- ²³ Zu diesen gehörte z.B. Elisabeth Staiger (1888–1968), jüngste Tochter des Mathematikers Felix Kleins, vgl. Tobies 2008c.
- ²⁴ Sie lernte beim Studium in Göttingen den rumänischen Mathematiker Alexandru Myller kennen, der ebenfalls bei Hilbert promovierte.

Sie heirateten und erhielten Professuren an der rumänischen Universität Iasi, wo sie eine bedeutende mathematische Schule schufen. Wera Myller-Lebedjewa war mit ihrer Berufung 1918 die zweite ordentliche Mathematik-Professorin in Europa, nach Sofja Kowalewskaja (Professur 1884 in Stockholm).

²⁵ Die erste in Deutschland geborene promovierte Mathematikerin ist Marie Gernet (1865–1924), sie erwarb den Titel 1895 in Heidelberg.

²⁶ Die Biographien sind seit dem Jahr der Mathematik (2008) auf der homepage der Deutschen Mathematiker-Vereinigung verfügbar und werden regelmäßig ergänzt.

Ein Leben für die Mathematik ...

Dr. Margarethe Kahn (1880–1942) aus Eschwege¹

von York-Egbert König

Als Grete Kahn am 30.6.1909 in Göttingen bei Prof. David Hilbert mit einer mathematischen Arbeit zum Dr. phil. promoviert wurde, war sie die erste Frau aus Eschwege², die diesen akademischen Titel erlangte;³ darüber hinaus gehörte sie auch zu den ersten in diesem Fachgebiet promovierten Frauen in ganz Deutschland.

Margarethe Kahn wurde am 27. August 1880 in Eschwege als Tochter des jüdischen Kaufmanns und Fabrikanten (Manufakturwaren) Albert Kahn (1853–1905) und dessen

Ehefrau Johanne geb. Plaut (1857–1882) geboren. Sie hatte einen älteren Bruder Otto (* 1879) und noch eine jüngere Halbschwester Martha (* 1888), da Albert nach dem frühen Tod seiner ersten Frau deren jüngere Schwester Julie (1860–1934) im Jahre 1884 geheiratet hatte. Die Familie lebte zur Zeit von Gretes Geburt im Haus am Stad 29, später auch in der Friedrich-Wilhelm-Straße, am Hospitalplatz 3, an den Anlagen 8 b und zuletzt in der Bahnhofstraße 17 bzw. Reichen-sächser Straße 29.

Grete Kahn besuchte ab 1887 zunächst die Volksschule und dann von 1889 bis 1896 die Höhere Töchterschule. Weil es finanziell möglich war, konnte zwischen 1901 und 1904 zusätzlich Privatunterricht erteilt werden. Am Königlichen Gymnasium⁴ in Hersfeld⁵, damals noch eine reine Jungenschule, legte sie im September 1904 als Externe die Reifeprüfung ab. Im Oktober desselben Jahres nahm sie in Berlin ihr Studium der Mathematik, Physik und Philosophie auf.⁶



Wohnhaus der Familie Kahn in Eschwege (Stad) auf einer Ansichtskarte, um 1910.

Hier lernte sie auch ihre langjährige Freundin Klara Löbenstein (*1883) aus Hil-desheim kennen, die mit ihr Fächerwahl und Studienverlauf teilte. Nach drei Semestern wechselte sie nach Göttingen, ging aber nach einem Semester bereits wieder nach Berlin zurück. Dort beschloss sie allerdings nach nur einem weiteren Semester, für die letzten vier Semester wieder nach Göttingen zurückzukehren. Vermutlich waren die Möglichkeiten bei den bekannten Professoren Felix Klein (1849–1925) und David Hilbert (1862–1943) doch überzeugender, da gerade diese beiden Professoren den Ambitionen von weiblichen Studierenden aufgeschlossen und wohlwollend gegenüber standen und sie stets förderten. Denn nachdem sich an deutschen Universitäten die Tore für Frauen geöffnet hatten, wählten diese bevorzugt Mathematik und Naturwissenschaften und erwarben in diesen Fächern auch die ersten Dokortitel.

Grete Kahn schrieb ihre Dissertation zum Thema „Eine allgemeine Methode zur Untersuchung der Gestalten algebraischer Kurven“ und konnte damit einen Beitrag zur Lösung der von Hilbert aufgeworfenen Fragestellung

leisten. Die Mathematik war damals noch Teil der philosophischen Fakultät und es bedurfte nicht weniger Anstrengungen, um die Arbeiten Kahns und ihrer Freundin Klara durchzusetzen. Am 2.6.1909 beantragte Kahn die Zulassung zur Promotion⁷, sie bat um Prüfung in den Fächern Mathematik (Hauptfach) sowie Physik und Psychologie (Nebenfächer). In ihrem beigegefügtten Lebenslauf führte sie aus:

Ich, Grete Kahn, bin am 27. August 1880 in Eschwege geboren. Im Herbst 1904 legte ich die Reifeprüfung am Königlichen Gymnasium zu Hersfeld ab. In den hinter mir liegenden 9 Semestern, von denen ich die 3 ersten in Berlin, das darauf folgende in Göttingen, das 5. abermals in Berlin und die letzten wieder in Göttingen zubrachte, widmete ich mich dem Studium der Mathematik, Physik und Philosophie. An der Universität Berlin hörte ich die Professoren Paul Drude und H[ermann] A[mandus] Schwarz, in Göttingen nahm ich an den Vorlesungen und Übungen der Herren Professoren Hilbert, Klein, Müller und Voigt teil. Allen meinen verehrten Lehrern, besonders Herrn Geheimrat Hilbert, spreche ich meinen herzlichen Dank aus.⁸



Friedrich-Wilhelm-Platz (Ständeplatz) in Kassel, links die Höhere Mädchenschule.

Ihre schriftliche Arbeit wurde Hilbert dann am 4.6. vorgelegt und als „opus valde laudabile“ (II) bewertet. Die Zulassung zur Prüfung wurde am 12.6. erteilt und die mündliche Prüfung auf den 30.6. um 18 Uhr in der Kleinen Aula⁹ festgesetzt. Grete Kahn hatte insgesamt 300 Mark an Promotionsgebühren zu entrichten. Die Prüfung dauerte zwei Stunden, davon 45 Minuten im Hauptfach und jeweils 30 Minuten in den Nebenfächern. Anwesend waren der Dekan der Philosophischen Fakultät Prof. Carl Runge sowie die Professoren Hilbert, Voigt und Müller; die Prüfungsgegenstände waren u. a.: Theorie der analytischen Funktion, Partielle Differentialgleichungen, Flächenkrümmung, Schwingende Elektronen, verschiedene Formen der Farbenblindheit, Lernen in Komplexen, Selbstbeobachtung. Im Ergebnis erhielt die Prüfung das Prädikat „cum laude“.

Die Genehmigung zur Veröffentlichung der schriftlichen Arbeit wurde am 20.12. 1909 erteilt. Den Druck¹⁰ besorgte die (Die-trichsche Universitäts-)Druckerei von W. Fr. Kaestner in Göttingen, Weender Straße 5.

An die Fortsetzung einer wissenschaftlichen Karriere an der Universität war aber in jener Zeit noch nicht zu denken, da sich Frauen in Deutschland erst ab 1920 habilitieren konnten. Deshalb war abgesehen von einer eventuellen Anstellung in der Industrie nur eine schulische Laufbahn möglich. Dazu legte Kahn dann am 22. Juli 1910 auch noch die staatliche Prüfung für das höhere Lehramt ab.¹¹

Die notwendige praktische Ausbildung von zwei Jahren verbrachte Kahn ab Oktober 1910 in Kassel. Zuständig waren das Königliche Pädagogische Seminar am Wilhelmshöher Platz¹² und die Städtische Höhere Mädchenschule¹³ am Ständeplatz 1. Während dieser Zeit wohnte sie, abgesehen von wenigen Wochen am Ständeplatz und in der Wolfsschlucht, bei der Witwe des Bürgermeisters Umbach am Königstor 23.¹⁴

Am 21.10.1912 meldete sich die nunmehrige Oberlehrerin Kahn ins oberschlesische



Schillerlyzeum-Oberrealschule, Hoher Wall, um 1937.

Kattowitz ab, um am dortigen Gymnasium ihre erste Stelle anzutreten.¹⁵ 1917 wechselte sie zum Schiller-Gymnasium nach Dortmund. Eine zwischenzeitlich angestrebte Anstellung am Lyzeum in Eschwege war nicht zustande gekommen.¹⁶ Von Dortmund aus studierte sie vom Wintersemester 1926/27 an zusätzlich Biologie in Münster, zunächst mit einer Beurlaubung von ihrer Lehrertätigkeit, dann nebenberuflich. Zum Sommerhalbjahr 1929 ergab sich die Möglichkeit eines Wechsels nach Berlin an das Lyzeum¹⁷ in Tegel, Steinbergstraße 39 und zum Winterhalbjahr schließlich an die 1. Städtische Studienanstalt in der Frankfurter Allee 37.¹⁸ Aus dieser Zeit ist unter dem 20.3.1932 ein handschriftliches Gutachten Kahns zu einer von ihr mit „gut“ benoteten Arbeit der Studienreferendarin Rose Gadebusch über die „Einführung in die Trigonometrie in einer Obersekunda einer realgymnasialen Studienanstalt“ erhalten:

„Die Ausführungen zeigen, daß die Probleme, die einerseits im Stoff liegen u. die andererseits durch die Arbeit in einer bestimmten Klasse erwachsen sind, von der Verfasserin klar erfaßt u. folgerichtig behandelt wurden.“¹⁹

Ab 1933 musste Grete Kahn dann das Schicksal aller von der NS-Regierung Verfolgten teilen. Zunächst wurde sie aufgrund des Gesetzes über das Berufsbeamtentum ab 1.4.1933 in den Zwangsurlaub geschickt und sollte mit dem 30.9.1933 ganz aus dem preußischen Schuldienst ausscheiden. Da sie



Oberlyzeum in Berlin-Pankow, um 1920.

aber schon vor dem Ersten Weltkrieg als Lehrerin tätig gewesen war, konnte sie noch einmal als Klassenlehrerin an ein Oberlyzeum²⁰ in Pankow, Görschstraße 42/44²¹ zurückkehren, um ab dem 28.10.1933 die Vertretung für einen plötzlich verstorbenen Kollegen zu übernehmen. Aber dann wurde „die volljüdische Studienrätin Kahn“ aufgrund des Reichsbürgergesetzes zum 30.10.1935 erneut beurlaubt und mit Wirkung vom 1. Januar 1936 in den Ruhestand versetzt. Damit begnügten sich die NS-Machthaber jedoch noch längst nicht, sondern wiesen der bald 60-jährigen eine Zwangsarbeit in der Firma „Nordland Schneeketten“²² an. Am 28. März 1942 wurde sie aus dem Sammellager in der Levetzowstraße²³ ins polnische Piaski²⁴ deportiert. Seither gilt sie als „verschollen“. Ihre

Schwester Martha, seit 1913²⁵ verheiratete Ursell, war ebenfalls auf diesem Transport in den Tod dabei. Keine Nachrichten gibt es bisher über den Verbleib von Bruder Otto und Schwager Julius Ursell (*1882 Attendorf).

Auf Veranlassung von Fachkollegen wurde am 13. September 2008 durch den Künstler Gunter Demnig vor dem Haus Rudolstädter Straße 127 in Berlin-Wilmersdorf als letztem freiwilligen Wohnsitz ein Stolperstein zur Erinnerung an Dr. Grete Kahn gesetzt. Auch in ihrer Heimatstadt Eschwege wird vor dem ehemaligen Elternhaus am Stad demnächst ein Stolperstein an das erste „Fräulein Doktor“ aus Eschwege erinnern.

Ich danke allen, die zur Aufhellung des Schicksals von Grete Kahn beigetragen



Wohnhaus von Dr. Margarethe Kahn in Berlin (Rudolstädter Straße 127), 2009.



Stolperstein für Dr. Margarethe Kahn in Berlin, verlegt am 13.9.2008.

haben, besonders Dr. Renate Tobies und Prof. Martin Grötschel, beide Berlin, sowie Dr. Ulrich Hunger vom Universitätsarchiv Göttingen, und den MitarbeiterInnen der Stadtarchive Göttingen, Kassel, Dortmund und Attendorf, des Landesarchivs Berlin und der BBF/DIPF Berlin.

Literatur:

- Broschüre zur Verlegung der Stolpersteine in Berlin am 13.9.2008, hg.v. DFG-Forschungszentrum MATHEON an der TU Berlin im Oktober 2008
- Claudia Huerkamp: Frauen in akademischen Berufen, Jb. f. hist. Bildungsforschung 3, 1996, S. 209–240
- Claudia Huerkamp: Bildungsbürgerinnen. Frauen in Studium und akademischen Berufen 1900–1945, Göttingen 1996
- Renate Tobies: Margarete Kahn, in: Jewish Women. A comprehensive historical Encyclopedia, auf CD-Rom hg.v. Paula E. Hyman u.a., Jerusalem 2006
- Renate Tobies: Felix Klein und David Hilbert als Förderer von Frauen in der Mathematik, in: Prague Studies in the History of Science and Technology, N.S. Volume 3, 1999, S. 69–101

Anmerkungen

- ¹ Der Beitrag beschränkt sich auf die Schilderung des Lebensweges. Zum wissenschaftlichen und bildungsgeschichtlichen Umfeld s. den Beitrag von Renate Tobies in diesem Heft.
- ² Diese Tatsache war dem Eschweger Tageblatt am 2.7.1909 eine Meldung wert.
- ³ Aus der Region zwischen Kassel, Rotenburg, Hann.Münden und Mühlhausen gingen zwischen 1909 und 1945 neben Kahn nur noch fünf weitere promovierte Mathematiker hervor; vgl. Renate Tobies, Biographisches Lexikon in Mathematik promovierter Personen, Augsburg 2006 (= Algorismus. Studien zur Geschichte der Mathematik und der Naturwissenschaften 58).
- ⁴ heute Konrad-Duden-Schule
- ⁵ Die Stadt wurde erst 1949 zum „Bad“ erhoben
- ⁶ zunächst als Gasthörerin, eine offizielle Immatrikulation war in Preußen erst zum WS 1908/09 möglich, vgl. Akte Frauenstudium Univ.Arch.Göttingen, UAG.Phil.II.55
- ⁷ Promotionsakte im Universitätsarchiv Göttingen, UAG.Phil.Prom.Spec.K.II
- ⁸ wie Anm. 7
- ⁹ Vorraum des Festsaals im Aulagebäude am Wilhelmsplatz
- ¹⁰ 44 Seiten; eine Kopie befindet sich im Stadtarchiv Eschwege.
- ¹¹ Archiv DIPF Berlin, Personalblatt
- ¹² heute Brüder Grimm Platz
- ¹³ mit Höherem Lehrerinnenseminar; ab 1913 dann als Lyzeum mit Oberlyzeum bezeichnet
- ¹⁴ lt. Meldekartei, Stadtarchiv Kassel
- ¹⁵ Die schulische Laufbahn wird lückenlos dokumentiert in dem von Karl Kunze begründeten „Kalender bzw. Philologen-Jahrbuch für das höhere Schulwesen Preußens und einiger anderer deutscher Staaten“, Breslau 1910ff.
- ¹⁶ Ihre Bewerbung wurde 1915 lt. Stadtratsprotokoll zur Kenntnis genommen, weitere Einzelheiten sind jedoch leider nicht überliefert.
- ¹⁷ 1890 gegründet, 1912 Lyzeum, heute Gabriele-von-Bülow-Oberschule, Bezirk Reinickendorf
- ¹⁸ 1906 gegründet, seit 1935 Händelschule, heute in der Frankfurter Allee 6a, Bezirk Friedrichshain
- ¹⁹ Archiv DIPF Berlin, GUT.Ass.359
- ²⁰ 1909 gegründet, heute Carl-von-Ossietzky-Gymnasium
- ²¹ Die Tätigkeit in Berlin erschließt sich aus den Jahresberichten der entsprechenden Schulen im DIPF Berlin.
- ²² im Bezirk Schöneberg, Lützowstraße 105
- ²³ im Stadtteil Moabit, damals Bezirk Tiergarten, jetzt Mitte
- ²⁴ im Landkreis Swidnik in der Woiwodschaft Lublin; andere Quellen nennen auch den Ort Trawniki im selben Landkreis
- ²⁵ am 24.12. vor dem Standesamt Eschwege

Grete Körner (1907–1983)

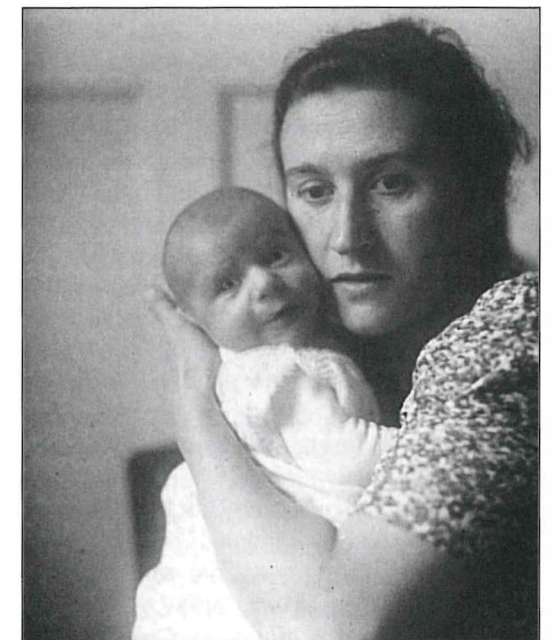
Eine Jenaer Glaskünstlerin aus Eschwege¹

von Gisela Horn

Welch schweres Leid Grete Körner ertragen musste, wird einem vielleicht am eindringlichsten bewusst, wenn man sich das Foto anschaut, das im Sommer 1942 von ihr und ihrem kleinen Sohn Friedrich angefertigt wurde. Das Foto zeigt eine Mutter mit ihrem Sohn auf dem Arm, doch das, was gemeinhin ein solches Bild ausstrahlt – Ruhe, Stolz, Glück – fehlt hier. Das Gesicht Grete Körners scheint erstarrt, die Augen sind schreckgeweitert, und man spürt: Diese Frau hat große Angst. Diese Angst muss ihr Leben in Jena geprägt haben, sie war nicht abzuschütteln in einer Zeit, da Verwandte, Freunde, Bekannte einfach verschwanden, da man selbst tagtäglich Demütigungen ausgesetzt war und die Deportation in ein Todeslager befürchten musste. Und die Angst wuchs mit dem Kind auf dem Arm, um das sie bangte. Sie wird sich von ihrem Sohn trennen müssen, um ihn zu schützen, sie kann ihm nicht Mutter sein. Friedrich Körner wird die ersten drei Jahre seines Lebens bei einer Pflegefamilie in einem abgelegenen Ort verbringen. Man kann nur ahnen, wie schwer Grete Körner diese notgedrungene Entscheidung gefallen ist. Als Jüdin konnte sie nicht leben, wie sie es wollte.

Dabei hatte der Lebensweg Grete Körners eigentlich sehr vielversprechend begonnen. Geboren wurde sie als Tochter des Vieh- und Pferdehändlers Ferdinand Heilbrunn und dessen Frau Klara am 10. Dezember 1907 in der Wallgasse 18 in Eschwege. Gemeinsam mit den Brüdern Viktor und Erich verbrachte

sie dort eine glückliche Kindheit. Ihre jüdische Herkunft spielte für sie kaum eine Rolle, mehr beschäftigten sie die Grenzen, die einem Mädchen in jener Zeit gesetzt waren und dieses auf Ehe und Familie, nicht aber auf eine selbständige Tätigkeit verwiesen. Zum Glück erkannten die Eltern die Begabung der Tochter. Grete besuchte zunächst die Volksschule, konnte dann aber 1925 sogar den Abschluss des Lyzeums erreichen. Im gleichen Jahr unternahm sie ihre ersten Schritte ins Berufsleben, sie begann in einem jüdischen Kindergarten zu arbeiten. Die bürgerliche Versorgung der Tochter war den Eltern gleichwohl wichtig. Der angebahnten Eheschließung mit dem Sohn einer Kaufmannsfamilie entzog sich Grete Heilbrunn jedoch, indem sie sich mutig auf ihre eigenen Stärken und Begabungen besann. Die Tätigkeit in dem Kindergarten war vielleicht beglückend gewesen, erfüllend war sie nicht, denn die junge Frau spürte ihr kreatives Talent und hatte künstlerische Interessen. Mutig und zukunfts-gewiss machte sie sich 1926 gegen den Willen ihrer Eltern auf den



Grete Körner mit ihrem Sohn Friedrich, 1942.

Weg nach München. Dort stellte sie sich in der Staatlichen Kunstgewerbeschule vor, bestand kurz darauf mit Bravour die Aufnahmeprüfung und belegte in den folgenden drei Semestern die Ausbildung in Stoffdruck und Batik in der Abteilung von Professor Lübbers.

In Idar-Oberstein erhielt sie dann ihre erste Anstellung als Schmuckgestalterin. Sie stand nun zum ersten Mal auf eigenen Füßen. In diese Zeit fiel eine zweite Entscheidung, die den unabhängigen, nach Selbstverwirklichung strebenden Geist dieser jungen Frau zeigt. Um sie warb ein junger Mann, Andreas Kübele, Besitzer einer großen Glaswerkstatt in St. Gallen. Die beiden mochten sich, doch Grete Heilbrunn wollte und konnte sich nicht in das strenge katholische Milieu einfügen, aus dem Andreas Kübele stammte und das er nicht missen mochte. Sie wollte ihn nicht heiraten und ihre geistige Freiheit einbüßen, es blieb eine lebenslange Freundschaft. Durch Andreas Kübele lernte sie schließlich den Künstler Fritz Körner kennen. Mit ihm ging sie nach Jena, am 18. Oktober 1932 heirateten beide. Eine beglückende, gleichberechtigte Lebens- und Schaffensgemeinschaft begann. Sie wohnten in der Erfurter Straße 14 und konnten für die gemeinsame Arbeit ein kleines Atelier im Volkshaus nutzen, in dem sie an Aufträgen für Glasfenster, Glasschliff und Hohlglasgravuren arbeiteten.

Bis zu diesem Punkt liest sich die Biographie von Grete Heilbrunn, nun Grete Körner, wie eine Emanzipationsgeschichte, und das war sie auch. Wir sehen um 1932 eine junge Frau in Jena, die sich aus den Begrenzungen des Landjudentums, der kleinbürgerlichen Lebensweise, der geistigen Enge und insbesondere den Beschränkungen einer weiblichen Existenz herausgearbeitet und sich zukunftsgerichtet in einer glücklichen Ehe als Künstlerin zu verwirklichen versucht hatte. Mit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur im März 1933 zerschlugen sich alle weiteren Hoffnungen. Grete Körner, die sich selbst nie in erster Linie als Jüdin

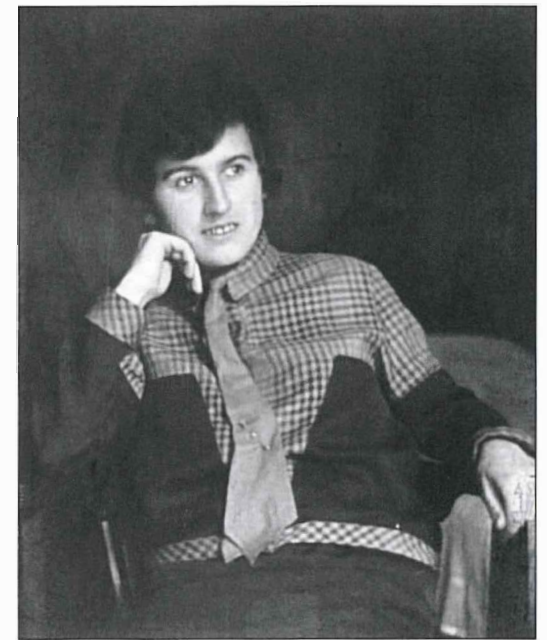


Gretes Eltern Ferdinand und Klara Heilbrunn, Eschwege, um 1910.

verstanden hatte, wurde Opfer der unmenschlichen Rassegesetze.

Es ist schwer vorstellbar, dass sich ein Leben von einem Tag auf den anderen ändert – und doch muss es so oder so ähnlich gewesen sein. Die Körners wohnten in Jena in einer eher bürgerlichen Gegend, in der Erfurter Straße 14. Sie gehörten als Hausbesitzer zu den wohlhabenden Bewohnern dieses Viertels, hatten viele Bekanntschaften, wurden geschätzt und genossen als Künstler und Intellektuelle hohes Ansehen. Doch nun waren sie die Ausgegrenzten – und der Riss ging zunächst mitten durch die Familie. Fritz Körner war der Sohn eines wohlhabenden Rittergutsbesitzers mit deutschnationaler Gesinnung. Sein Bruder Hans-Theodor war Berufsoffizier, ein überzeugter Nazi, Leiter des

Reichsarbeitsdienstes von Franken. Dessen Tochter Lotte war mit einem SS-Mann verheiratet. Die Eheschließung Fritz Körners mit Grete Heilbrunn war jenen sicher immer schon suspekt erschienen, nun ließen sie ihrem Antisemitismus freien Lauf. Ihre Abneigung richtete sich in erster Linie gegen Grete Körner, aber natürlich wurde auch Fritz Körner angegriffen, der vermeintlich Schande über die Familie gebracht hatte. Es muss manches Mal die Hölle für Grete und Fritz Körner gewesen sein, denn man konnte sich nicht immer aus dem Weg gehen, wohnte sogar zeitweilig zusammen in der Erfurter Straße 14, hatte also keinen eigenen Freiraum. Und die Gegenseite nutzte ihre Überlegenheit aus. Fritz Körner wurde das Erbe abgesprochen, im Januar 1945 wurde ihm schließlich durch seine eigene Familie eine Dachkammer zugewiesen, seine ehemalige Wohnung wurde neu vermietet. Und er konnte sich nicht wehren, musste schweigen und dulden, um nicht seine Frau, sich selbst und ab 1942 sein Kind zu gefährden. Fritz Körner war ein redlicher Mensch, vor allem ein liebender Mann und Vater. Trotz des großen Drucks durch seine Familie ließ er sich keinen Moment beirren und stand seiner Frau treu zur Seite. Dies rettete Grete Körner wahrscheinlich das Leben, denn in einer „privilegierten Mischehe“ hatte man zumindest eine Überlebenschance. Dennoch müssen die alltäglichen Einschränkungen und Demütigungen für sie nahezu unerträglich gewesen sein. So wurde ihr das eigene Konto durch eine Anordnung des Oberfinanzpräsidenten gesperrt. Die „Sicherungsanordnung“ sah vor: „Ohne Genehmigung dürfen Sie (...) auf Ihrem beschränkt verfügbaren Sicherungskonto bis zu einem Freibetrag von vorläufig 200,- RM je Kalendermonat verfügen“. Vorgesehen wurden für den Lebensunterhalt 100,- RM, für ärztliche und zahnärztliche Behandlung 15,- RM monatlich². Das selbst erarbeitete und ersparte Geld war damit im Wesentlichen dahin. Seit dem Inkrafttreten der Nürnberger Gesetze



Grete Heilbrunn als Studentin, um 1927.

1935 durfte Grete Körner, wie die anderen Juden auch, nicht mehr ins Konzert oder Kino ausgehen. Sie durfte keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen, konnte nur noch in den Juden zugewiesenen Geschäften einkaufen. Versuche, sich dagegen zu behaupten, waren gefährlich und zumeist zwecklos. Da gab es nur wenige Meter von dem Wohnhaus entfernt das Lebensmittelgeschäft in der Sedanstraße 1. Der Besitzer war ein strammer Nazi, Hauptkassierer der NSDAP und fanatischer Antisemit. Als Grete Körner einmal an der Tür erschien, wurde sie rüde angepöbelt, beschimpft und schließlich hinausgeschmissen. Auch ihr Berufsalltag änderte sich schlagartig. Sie und auch ihr Mann erhielten 1935 Berufsverbot. Heimlich und dank der Unterstützung beherzter Freunde und Kollegen konnten sie sich dennoch an die eine oder andere künstlerische Arbeit setzen. So halfen ihnen etwa Aufträge, die offiziell und damit getarnt über das Architekturbüro Schirrmeister liefen, tatsächlich aber von ihnen ausgeführt wurden. In einem klei-



Friedrich und Grete Körner,
Anfang der 1950-er Jahre.

nen gemeinsamen Atelier versuchten sie, ihr Leben mit Arbeit zu füllen und dadurch noch etwas Normalität zu erhalten, doch dass der Boden, auf dem sie sich bewegten, vermint war, war ihnen von Anfang an deutlich. Sie wussten beide spätestens seit dem 9. November 1938, dass es nicht nur um die bürgerliche Existenz, sondern um das nackte Leben ging. In der so genannten Reichskristallnacht wurden auch die Juden und Jüdinnen in Jena verhaftet. Grete Körner wurde ins Gefängnis gebracht. Hier lernte sie andere Menschen kennen, die ebenfalls den Rassegesetzen zum Opfer gefallen waren. In einer Zeit, da sich die früheren Nachbarn zurückzogen und sie gemieden wurde, war es wichtig, neue Kontakte zu finden, um die Einsamkeit zu überwinden und Zuspruch zu erfahren. Zu ihren engsten Freunden und Leidensgefährten gehörten Erna Schrade und Klara Griefahn, Susel Kühn und Fanny Möhring, die Familien Straubel, Prüssing, Wolf, König, Gaudig, Koch und Kühnhold. Neben den Gefühlen von Freundschaft und Solida-

rität dominierte in dieser Zeit jedoch vor allem die Verzweiflung darüber, dass sie menschenunwürdig behandelt wurde. Kurze Zeit nach ihrer Entlassung musste Grete Körner einen weiteren Schock verarbeiten. Ihr Vater Ferdinand Heilbrunn stand plötzlich verängstigt und erschöpft vor der Tür. Auch ihn hatte man im Herbst 1938 verhaftet und von Eschwege in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Ihm war es nach einer Woche gelungen zu entkommen³, und er hatte sich zu Fuß von Buchenwald bis nach Jena geschleppt. Grete Körner litt darunter, dass sie ihren alten Eltern nicht helfen konnte. Der Abschied vom Vater, den es zurück zu seiner Familie nach Eschwege zog, muss herzerreißend gewesen sein. Sie wird ihn nicht wiedersehen, ihre Mutter nicht und auch nicht den Bruder Victor. Der Bruder wird Opfer der Euthanasie in der Nervenheilanstalt Haina in Nordhessen⁴, die Mutter und der Vater werden am 8. Dezember 1941 in ein Sammellager in Kassel verbracht, dann in Richtung Osten deportiert. Die Namen von Ferdinand und Klara Heilbrunn sind wiederzufinden in dem *Gedenkbuch Riga*⁵, das an die unmenschlichen Leiden und das trostlose Sterben vieler Juden erinnert und die Namen der Opfer nennt. Über 31.000 Juden wurden aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei vom November 1941 bis zum Dezember 1942 nach Riga verschleppt, der größte Teil von ihnen wurde kurz nach ihrer Ankunft bei Erschießungsmassakern im Wald von Bikernieki brutal ermordet. Dass dieses furchtbare Schicksal auch ihre Eltern am 26. März 1942 erleiden mussten, erfuhr Grete Körner erst 1946 durch einen Brief ihrer Großcousine Therese Steinhard, die damals gemeinsam mit den Eltern deportiert worden war und deren trauriges Ende während einer sogenannten Aktion mit ansehen musste.⁶ Und die Eltern waren nicht die einzigen, um die sie trauern musste: Mehr als 50 Menschen aus der Familie Heilbrunn wurden Opfer des Holocaust, einzig ihr Bruder Erich konnte sich durch

Flucht – 1933 nach England, dann nach Palästina – retten.

Das Leben in Jena wurde für Grete Körner immer unerträglicher, aushalten konnte sie es nur, weil ihr Mann sie unterstützte und auch andere Menschen aus der Stadt an ihrem Schicksal Anteil nahmen. Manchmal war es nur eine kleine menschliche Geste, die sie erreichte und ihr wieder Mut machte. Da war Frau Bein, die eine Drogerie in der Katharinenstraße 1 führte und ihre Kundin Grete Körner trotz des Verkaufsverbots an Juden weiterhin bediente. Heimlich brachte sie ihr Seife oder Waschpulver. Eine Nachbarin aus dem Haus Erfurter Straße 9 warnte sie vor den Bspitzelungen durch ihren Untermieter, einen Studenten. In dem Geschäftsgebäude des Kunstverlags Oppel und Hess konnten die Körners die wenigen ihnen verbliebenen Wertsachen verbergen. Ein Polizist warnte sie, als der letzte Deportationszug in Jena im Januar 1945 zusammengestellt wurde. Zu den Freunden und Unterstützern gehörten u. a. die Künstler Hermann Schäfer-Kirchberg, Oswald Baer und Frida Mentz-Kessel. Kontakte bestanden auch zum Büro von Pfarrer Heinrich Grüber in Berlin. Es wurde ihr auch Hilfe zuteil, als die nun 35-jährige Grete Körner ihr erstes Kind erwartete. Man kann sich kaum vorstellen, was Grete Körner auf sich nahm, als sie sich für eine Schwangerschaft und die Geburt eines Kindes entschied. Ihrem Mann drohte eine Anklage wegen Rassenschande, sie selbst befand sich dadurch in höchster Gefahr. Und auch eine medizinische Betreuung war zunächst undenkbar; der Besuch von „arischen“ Ärzten war ihr verwehrt, und praktizierende jüdische Ärzte gab es 1942 in Jena nicht mehr. Der März 1942 war kalt. Als die Wehen einsetzten, machten sich Grete und Fritz Körner im Schneetreiben zu Fuß auf den Weg; sie durften keine Straßenbahn benutzen, kein Taxi rufen. Doch sie hatten ein Ziel: die Privatklinik von Dr. Erich Bergmann am Löbdergraben 27, für die seit 1936 dessen Frau, die Ärztin Dr. Marita Bergmann,



Wohnhaus Erfurter Straße 14 in Jena, 2009.

eine Konzession besaß. Dort wurde sie entgegen der Verordnung aufgenommen, hier brachte am 22. März Grete Körner ihren Sohn Friedrich auf die Welt. Der Lebensweg des Kindes wurde von Beginn an durch mutige Menschen begleitet. Am 11. Juni 1942 taufte ihn der Pfarrer Heinrich Otto Elle, dem Fritz Körner durch sein Engagement in der Bekennenden Kirche verbunden war. Die Patenschaft übernahmen Dr. Arthur König, Leiter der Astronomieabteilung bei Zeiss, der selber mit einer Jüdin, Leonore König, verheiratet war, Gottfried Gessner, der zum Vorstand der Fuchsturmgesellschaft gehörte, Susel Kühn, eine alte Freundin aus Augsburg, und Friedel Lemser, die Tochter der Familie Schmidt, die eine Kunsthandlung am Engelplatz führte. Für die nächsten Jahre wurde vor allem die Familie Lemser wichtig. Hermann Lemser war Studienrat am Gymnasium von Greiz und lebte gemeinsam mit seiner Frau und seinen drei kleinen Kindern in Neumühle. Als sie erlebten, in welche Not Grete Körner geriet, als das Kind da war und

sie nicht so für es sorgen konnte, wie sie wollte, boten sie ihr ganz selbstverständlich an, den Kleinen bei sich aufzunehmen. In Neumühle wuchs der kleine Friedrich Körner gemeinsam mit den anderen Kindern auf. Erst im Sommer 1945 konnte er zu seiner Mutter nach Jena zurückkehren.

Die letzten Kriegsmonate waren die wohl dramatischsten Monate im Leben Grete Körners. Wie anderen Jüdinnen und Juden von Jena auch, die bisher in „Mischehen“ überleben konnten, wurde ihr am 29. Januar 1945 der Deportationsbescheid nach Theresienstadt zugestellt. Sie hatte nicht mehr genügend Kraft, dies so kurz vor dem sich abzeichnenden Ende der Nazizeit durchzustehen und versuchte, ihrem Leben ein Ende zu setzen. Auf einer Krankentrage wurde sie zum Westbahnhof transportiert und in einen der bereitstehenden Züge geschoben. Sehr viel später hat Grete Körner ihrem Sohn Friedrich von der schlimmen Zeit in Theresienstadt erzählt. Von ihm wissen wir, was sie dort ertragen musste: Als die Jenaer Jüdinnen und Juden in Theresienstadt ankamen, war das Lager schon fast vollständig geräumt. Dennoch wurden sie hier nun unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten und zur Arbeit getrieben. Grete Körner wurde zunächst beim Räumen der Waggon eingesetzt, die aus Auschwitz in Theresienstadt eingetroffen waren. Öffnete man deren Tür, fielen furchtbar entstellte Leichen heraus, die Grete Körner und andere wegbringen mussten. Als diese Transporte weniger wurden – Auschwitz war am 27. Januar von Soldaten der sowjetischen Armee befreit worden –, gingen die Kommandanten und die Wachmannschaft des Lagers daran, ihr eigenes Fluchtgepäck zusammenzustellen. Auch dafür wurde Grete Körner herangezogen. Sie musste den Nazischergen die Koffer packen, nicht wissend, was aus ihr und den anderen Häftlingen werden würde. In der Nacht vom 7. zum 8. Mai kamen schließlich die sowjetischen Befreier und vertrieben die letzten SS-Bewacher. Die Heimfahrt verzögerte

sich noch um zwei Monate, dann konnte auch Grete Körner mit dem von Hugo Schrader organisierten Rücktransport wieder nach Jena kommen.

Das Leben lief für sie nach ihrer Rückkehr äußerlich fast unverändert weiter; Grete Körner lebte mit ihrem Mann Fritz, nun auch mit dem kleinen Sohn Friedrich in dem Haus, mit den Nachbarn und in der Umgebung, die sie einige Monate vorher gezwungen war zu verlassen.

Sie eröffnete gemeinsam mit ihrem Mann eine kunsthandwerkliche Werkstatt für Glas Schleiferei mit zwei Angestellten. Beide traten der LDPD bei, um auch einen neuen politischen Handlungsraum zu finden. Fritz Körner beteiligte sich an der Gründung des Verbandes bildender Künstler (VBK) in Thüringen. Sie hatten Hoffnung auf ein neues anderes Leben und sie gewannen dafür vor allem durch den kleinen Sohn Friedrich Kraft und Stärke, dem sie ein besseres Leben ermöglichen wollten. Die sich allmählich normalisierenden Lebensverhältnisse, der beglückende Alltag mit der Familie und die Bestätigung der künstlerischen Ambitionen können aber nicht verdecken, dass Grete Körner auch gezeichnet war von den schrecklichen Ereignissen, die ihr Leben bis 1945 bestimmt hatten. Wie schwer mochte es gewesen sein, den Brief von Therese Steinhard zu öffnen und den Bericht über den Tod der Eltern zu lesen. Nach und nach wurde das ganze Ausmaß der Judenverfolgung bekannt, auch von der Familie Heilbrunn hatten nur zwei, Grete Körner und ihr Bruder Erich, überlebt. Zu dem Schmerz über den Verlust so vieler geliebter Menschen kam auch ein Gefühl der Ohnmacht und des Zorns. Zehn Jahre dauerte es, bis die „Arisierung“ des Vermögens der Familie Heilbrunn wieder rückgängig gemacht wurde. Teils hatte dem die Rechtsprechung der DDR entgegengestanden, teils konnte sich die Behauptung des neuen Besitzers, dass die „Arisierung“ legal gewesen sei, durchsetzen. Im Zusammenhang mit dem Prozess gegen Adolf Eichmann reiste Grete

Körner 1961 mit ihrem Sohn Friedrich nach Israel. Zu diesem Zeitpunkt lebte ihr Mann Fritz schon nicht mehr. 1947 an Lungentuberkulose schwer erkrankt, verstarb er schon 1955. Die Werkstatt und das Atelier wurden aufgelöst, Grete Körner verwirklichte nun nur noch gelegentliche Aufträge. 1972 verließ sie das Haus in der Erfurter Straße, in dem ihr so viel Leid widerfahren war, in dem sie aber auch nach 1945 einen Neubeginn versucht hatte. 1978 zog sie in das Altenheim der Jüdischen Gemeinde in Berlin-Pankow. Dort verstarb sie am 10. August 1983.

Grete Körners Sohn Friedrich berichtete darüber, wie schwer bis zuletzt die Erinnerungen an die eigene Verfolgung, an das Leid ihrer Familie und das Schicksal der Juden sie noch im hohen Alter beschäftigt, ja belastet haben.

Vor dem ehemaligen Wohnhaus in der Wallgasse 18 in Eschwege wurden am 10.8.2009 zur Erinnerung an Grete Körners Eltern Ferdinand und Klara Heilbrunn Stolpersteine verlegt.

Anmerkungen

- ¹ Der Beitrag wurde bereits abgedruckt in: Anpassung-Verfolgung-Widerstand. Frauen in Jena 1933–1945, hg.v. Cornelia Amlacher, Dietmer Ebert und Gisela Horn, Jena 2007, S. 66–72.
- ² ThHStAW, Der Oberfinanzpräsident Thüringen, Nr. 719, Bl. 69
- ³ nach Auskunft von Friedrich Körner war er nach einer Woche unvermittelt entlassen worden.
- ⁴ Viktor Heilbrunn wurde schließlich am 1. Oktober 1940 in Brandenburg ermordet.
- ⁵ Scheffler, Wolfgang und Schulle, Diana (Bearb.): Gedenkbuch Riga, München 2003
- ⁶ Der Brief befindet sich im Privatbesitz von Friedrich Körner.

Durch Briefwechsel mit Rilke unvergessen

**Lisa Heise (1893–1969) verbrachte ihre Jugend in Eschwege
Eine Erinnerung zum 40. Todestag**

von York-Egbert König

„Gnädigste Frau, wissen Sie denn völlig, wie gut das ist, was Sie erzählen?“¹ – „Ihnen schreiben zu dürfen, ist eine Freude (und) ein Brief von Ihnen bereitet mir immer leidenschaftlich bewegte Stunden“.²

Wer war diese „gnädigste Frau“, die sich in einer heiklen persönlichen Situation an den Dichter Rainer Maria Rilke (1875–1926) gewandt hatte und durch seine freudig aufgenommenen „Briefe an eine junge Frau“ in die Literaturgeschichte eingegangen ist, die ihre Jugend in Eschwege verbrachte und an die hier anlässlich ihres Todes vor 40 Jahren erinnert werden soll?

Lisa Heise wurde am 10.2.1893 als Tochter des aus Schmalkalden stammenden Landkrankenhausverwalters Wilhelm Schmidt (1863–1947) und dessen Ehefrau Margarethe, geb. Kranz (1869–1938), einer Müllers-tochter aus Queck bei Schlitz, in Hersfeld³ geboren. 1896 kam dort auch noch der Bruder Karl Hugo († 1921) zur Welt. Im Frühjahr des folgenden Jahres zieht die Familie nach Eschwege um, wo Wilhelm Schmidt in die Leitung des Krankenhauses in der Luisenstraße eintritt.⁴ Neben seinen Aufgaben als Verwalter ist er auch bei Visiten und Operationen anwesend. Margarethe Schmidt besorgt das große Hauswesen, ihre beiden ledigen Schwestern Anna und Eva und wenige Angestellte helfen ihr dabei. Die Privatwohnung befindet sich über dem Totenkeller, für ein empfindsames kleines Mädchen sicher eine belastende Umgebung, zumal Krankheit



Lisa Schmidt mit ihren Brüdern Kurt und Karl (von links), 1904.

und Tod allgegenwärtig sind. Und „obgleich diese in einem Krankenhaus verbrachte Kindheit auch ihre Schatten in das Kinder-gemüt warf, sollten diese Jahre dennoch die lebendigste, unvergänglichs-te, dem Herzen einprägsamste Zeit“ bleiben.

Lisa fühlt sich von den Eltern ungeliebt und in der Schule ausgestoßen. Dafür liebt sie die Natur und besonders den zum Krankenhaus gehörenden Park mit seinem Springbrunnen und seinen verwunschenen Winkeln umso mehr.⁵ Zu ihrer Traumwelt gehören Spuk- und Gespenstergeschichten ebenso wie die sichere Überzeugung, dass dereinst ein Traumprinz zu ihrer Erlösung kommen werde. Das sollte aber noch einige Jahre dauern, und so kümmert sie sich vorerst liebevoll um ihren im Jahre 1904 geborenen Bruder Kurt Wilhelm († 1978), dessen Ankunft sie zunächst mit sehr gemischten Gefühlen entgegengesehen hatte.

Im Frühjahr 1910 erhält der Vater seine Versetzung nach Kassel an das Landkranken-



Lisas Eltern Wilhelm und Margarethe Schmidt in Eschwege, um 1900/1910.

haus in der Mönchebergstraße. Dies bedeutet nach seiner Meinung „den Verlust aller guten Dinge“. Man bezieht eine Wohnung in der Gutenbergstraße. Der Abschied von Eschwege und der Aufbruch ins Neue und Ungewisse fallen Lisa zwar ebenfalls nicht leicht, aber sehr schnell ist sie auch voller Erwartung all des Schönen, das ihr die große Stadt bieten wird: Bauten, Schaufenster, Theater und Bibliotheken. Vor allen Dingen aber die Möglichkeit, endlich einmal unerkannt durch die Straßen streifen zu können.

Nach langen Diskussionen wird Lisa der Besuch des Konservatoriums gestattet, wo sie eine Ausbildung zur Klavierlehrerin erhält. Wissenshungrig saugt sie nicht nur die Vorlesungen⁶ in den theoretischen Fächern auf, war doch zuhause Lesen immer nur heimlich möglich gewesen. Hier schließt sie auch Freundschaft mit der sehr selbstbewussten Carola Schönherr (1890–1936), die der bereits vom Elternhaus fortstrebenden Lisa Mut zu eigenen Entscheidungen macht. Carola ist

mit dem Maler Gerhard Sy (1886–1936) befreundet. In diesem Umfeld lernt Lisa den angehenden Künstler Wilhelm Heise (1892–1965)⁷ kennen, der später zu einem Vertreter der Neuen Sachlichkeit werden sollte.⁸ Lisa erliegt seinem Charme und verliebt sich in ihn. Da kommt ihr eine erneute familiäre Ortsveränderung natürlich ungelegen, noch dazu kurz vor dem Examen. Aber Vater Schmidt hatte 1913 nach Erreichen der Gehaltshöchststufe die Pensionierung beantragt und beschlossen, seinen Lebensabend in Meiningen zu verbringen. Ein Bruder wohnt bereits dort, und der ursprüngliche Heimatort Schmalkalden liegt auch nicht weit entfernt. Notgedrungen muss sich Lisa vorerst fügen, aber in einer emanzipatorischen Aufwallung kommt es zu einer heftigen Auseinandersetzung mit den Eltern, in deren Folge sie heimlich ihren Koffer packt und zu allem entschlossen nach Kassel zurückfährt.

Vorläufig kann sie abwechselnd bei Carola und Sy wohnen, bis sie ein eigenes Zimmer findet,⁹ die Miete wird durch Klavierstunden für die Kinder der Wirtin abgegolten. Darüber hinaus gibt es gelegentlich Arbeit bei Bauern rund um Kassel.

Lisa Schmidt und Wilhelm Heise lassen sich im Mai 1916 in Kassel standesamtlich trauen und siedeln über nach Hofgeismar. Mit Unterstützung des Vaters, der sich schließlich mit der Heirat abgefunden hatte, kann ein Häuschen am Altstädter Kirchplatz erworben werden, das nun hergerichtet werden muss. Die finanzielle Lage bleibt stets prekär, Klavierspiel und künstlerisch gestaltete Bucheinbände helfen über die größte Not hinweg. Bald kündigt sich Nachwuchs an. Doch dem aufstrebenden Künstler werden die angeblich altmodischen Vorstellungen seiner Frau von Liebe und Familienleben schnell zu viel, er setzt sich immer öfter nach Süddeutschland ab und überlässt Lisa ihrem Schicksal. Die Geburt des gemeinsamen Sohnes Michael im Juni 1917 († 2000) verändert die Situation nicht zum Besseren. Lisa ist hin und her gerissen, vieles könnte



Lisa als junge Frau in Kassel, um 1915.

sie dem Künstler nachsehen, wenn er sie und das Kind nur nicht völlig im Stich ließe. Doch er wendet sich einer anderen Partnerin zu, strebt 1919 die Scheidung an, betreibt den Verkauf des Hauses und läßt Lisa mit Michael unversorgt und mittellos als Untermieterin bei Fremden zurück.

Angeregt durch die Lektüre von Rilkes „Buch der Bilder“¹⁰ wendet sich Lisa in ihrer Verzweiflung noch von Hofgeismar aus Rat und Hilfe suchend an den berühmten Dichter. Wider Erwarten entwickelt sich daraus ein bis ins Jahr 1924 andauernder Briefwechsel. Durch die Veröffentlichung der Briefe Rilkes unter dem Titel *Briefe an eine junge Frau* 1930 im Insel-Verlag zu Leipzig¹¹ geht die Empfängerin in die Literaturgeschichte ein. Als man sie einige Jahre später bittet, doch auch *ihre Briefe an Rainer Maria Rilke* herauszugeben, willigt sie gern ein (Rabepresse, Berlin 1934¹²).

Anfang der 1920-er Jahre finden wir Lisa Heise in Tiefurt bei Weimar wieder. Durch



Lisa mit Sohn Michael Heise, ca. 1919.

ein Zeitungsinserat hatte sie in Thekla Mulert (1883–1973) eine Mitstreiterin zum Betreiben einer Gärtnerei in der Nähe des Eisenbahn-Viadukts gefunden. Ohne rechten Wasseranschluss und Elektrizität mühen sich die beiden Frauen unter harten Bedingungen ab, kümmern sich um Bestellung und Ernte, verkaufen Gemüse und Blumen auf dem nahen Wochenmarkt. Lisa erteilt zusätzlich Klavierunterricht und Thekla lehrt Gemüseanbau am Bauhaus, wo sie auch den Garten betreut, aber nie reichen die Mittel wirklich aus. Zwischen den täglichen Sorgen wächst der kleine Michael trotzdem recht unbeschwert auf; als er in die Schule kommt, kennt er bereits die lateinischen Namen von Blumen und Pflanzen.

Arbeit und Leben der beiden Frauen sprechen sich herum, und aus der Stadt wandern immer wieder Gäste herbei, u.a. auch Walter Gropius (1883–1969).

Klar erkennt Lisa die politischen Übel der Zeit. Bei der Liga für Menschenrechte lernt sie Elisabeth Neubauer kennen und dann auch deren Mann Theodor, den 1890 in Ermschwerd¹³ geborenen und 1945 ermordeten kommunistischen Parlamentarier. Die Familien bleiben über viele Jahre freundschaftlich verbunden.

Als der Grundeigentümer den Pachtvertrag in Tiefurt eines Tages zum Ende des Jahres 1923 kündigt, steht man wieder vor dem Nichts. Thekla findet bald Arbeit als Gartenbaulehrerin in einem Landschulheim¹⁴ und nimmt Michael mit, der dort eine Freistelle erhält. Lisa pachtet ein Bauernhaus in Oberweimar, das sie aber nicht lange halten kann. Schließlich findet sie in Jena eine Stelle als Sekretärin, nachdem sie sich Maschineschreiben und Stenographie selbst beigebracht hatte. Erst arbeitet sie in der naturheilkundlichen Klinik von Prof. Emil Klein, dann in einer HNO-Klinik. Zwölf Jahre hält sie bei kargen Verdienstmöglichkeiten durch, bis man ihr 1938 kündigt. In jenem Jahr wird ihr unerwartet ein mehrmonatiger, nahezu kostenloser Aufenthalt am Lago Maggiore zuteil, vermittelt von einer Schweizer Verehrerin ihres Briefwechsels mit Rilke. Gern macht sie sich auch dort im Garten nützlich.

Auf der Rückreise von Italien passiert sie Bebra und springt dort einer Eingebung des Augenblicks folgend in einen Zug Richtung Eschwege: Erstmals nach über zwanzig Jahren kehrt sie nun zurück, ist dann aber sehr enttäuscht, als sie bei ihrem Rundgang durch die vertrauten Straßen den Zauber der Jugendjahre nicht wiederfindet.

Inzwischen war in Meiningen die Mutter gestorben, und so entschließt sich Lisa Heise 1938 zu einem weiteren Ortswechsel, um ihrem alten Vater beizustehen. Auch gibt es dadurch endlich einmal keine finanziellen Sorgen mehr, da dieser über eine auskömmliche Pension verfügt. Später pachtet sie auch hier etwas Land, um vom Verkauf der Erzeugnisse zu leben. Außerdem dürfte sie wieder Klavierstunden gegeben haben.



Lisa im Alter von 40 Jahren, um 1933.

Nach Meiningen war 1945 auch der Sohn Michael aus dem Krieg zurückgekehrt. Der studierte Ingenieur und leidenschaftliche Motorradmechaniker schlägt sich zunächst mit Nachhilfestunden durch. Er arbeitet auf der Kfz-Stelle des Kreises und leitet das Arbeitsamt. Als die Werksberufsschule des Reichsbahn-Ausbesserungswerks einen Lehrer sucht, nimmt er auch diese Stelle an. 1946 wird er dann an die Kreisberufsschule in Schmalkalden im Frühjahr 1950 eine Dozentur für Kraftmaschinen und Mathematik anbietet. Nebenbei schreibt er Handbücher und Artikel für Fachzeitschriften, die ihn in der Fachwelt bekannt machen und bei Kennern bis heute in guter Erinnerung sind. Nicht zuletzt dadurch wird man auf ihn aufmerksam und ruft ihn 1951 nach Suhl, um ihm die Leitung der Motorradversuchsabteilung bei den Simson- bzw. AWO-Werken¹⁵ zu übertragen. Als Wohnung bietet man ihm später die Villa des ehemaligen Firmeneigentümers an.



Lisa in den 1950-er/1960-er Jahren.

In Meiningen hatte Michael Heise auch seine spätere Ehefrau Brigitte Herzer (1925–2002), eine Krankenschwester und Sprechstundenhilfe, kennengelernt und 1947 geheiratet. Bald machen zwei Kinder die Familie komplett.

1955 bereitet Heise die Übersiedlung nach Westdeutschland vor. Über Eisenach und Herleshausen fährt er zunächst nach Eschwege und hält sich vorübergehend bei Friederike Hartje (1892–1961), einer Schulfreundin seiner Mutter Lisa, auf, um von hier aus die „Lage“ und die Bedingungen für einen Neuanfang in der Motorradindustrie zu erkunden. Eine Anstellung als Kraftfahrer bei der Brotfabrik¹⁶ in Niederhone¹⁷ kommt nicht zustande, weil die Firma vermutet, dass er langfristig etwas anderes anstrebt. Nach weiteren Stationen in Dortmund, Frankfurt und Tübingen, dorthin hatte er inzwischen seine Familie nachkommen lassen, gelangt er 1956 zu Fichtel & Sachs nach Schweinfurt.

Lisa folgt ihm bei Erreichen des Rentenalters 1959 zunächst nach Schweinfurt und dann, als er sich erneut beruflich verändert, auch nach Ravensburg, wo sie ihrem Leben am 17.4.1969 ein Ende setzt.

Zurückgeblieben sind Gedichte und Erzählungen¹⁸ sowie eine Erzählung in Briefform, die 1952 unter dem Titel *Der Brunnen* im Rupert Verlag, Leipzig erschienen ist. Darüber hinaus hat Lisa Heise wiederholt in der Werra-Rundschau über ihre Eschweger Jahre berichtet: über einen Besuch in der Stadt (WR 22.5.54)¹⁹; über das Krankenhaus (WR 12.12.64)²⁰; über ihre Schulzeit (WR 5.6.65)²¹.

Ich danke Lisa Heises Enkeln, Christoph Heise und Bettina Schwarzkopf, herzlich für die großzügige Überlassung von Materialien und manches anregende Gespräch, sowie den MitarbeiterInnen der Stadtarchive und Stadtverwaltungen in Bad Hersfeld, Erfurt, Eschwege, Hofgeismar, Jena, Kassel, Meiningen, Ravensburg, Schweinfurt und Weimar für stets freundliche Unterstützung bei der Beschaffung von Daten und Unterlagen zum Leben Lisa Heises, außerdem Prof. Horst Nalewski und nicht zuletzt Kristin Doepfner für Hinweise und Anregungen.

Anmerkungen

¹ Rilke an Lisa Heise am 19.5.1922

² Lisa Heise an Rilke am 29.1.1920

³ Hersfeld wurde erst 1949 zum „Bad“ erhoben

⁴ Chefarzt war zu der Zeit Sanitätsrat Dr. Wilhelm Heinemann (1866–1957), wohnhaft Breite Straße 2

⁵ Gebäude und Park aus der Zeit sind nicht mehr erhalten, das Krankenhaus wurde in den 1930-er und 1960-er Jahren durch Aus- und Umbauten vollkommen verändert

⁶ u. a. bei Hans Altmüller (1865–1932)

⁷ Er erhält in den 1930-er Jahren eine Professur in Königsberg; 1946/47 baut er die Frankfurter Städelschule wieder auf

⁸ Kunstströmung 1918–1933, Begriff 1925 durch eine Ausstellung in Mannheim geprägt

⁹ bei Emma Wille in der Albrecht-/Heckerstraße 12

¹⁰ erschienen 1902, überarbeitete Zweitfassung 1906

¹¹ Insel Bücherei Nr. 409, wiederholte Auflagen bis in die jüngste Zeit

¹² 1950 erneut im Hans E. Günther Verlag, Stuttgart; eine weitere Ausgabe des Briefwechsels in einem Band wurde von Horst Nalewski besorgt unter dem Titel: Briefwechsel mit einer jungen Frau, Frankfurt/Main: Insel-Verlag 2003; die Originalbriefe befinden sich innerhalb des Rilke-Nachlasses im Deutschen Literaturarchiv zu Marbach

¹³ seit 1974 Teil der Stadt Witzzenhausen

¹⁴ Hermann Lietz-Schule Schloss Gebesee, Kreis Sömmerda

¹⁵ 1856 durch die Brüder Löh und Moses Simson gegründet, 1935 auf den thüringischen NS-Gauleiter Fritz Sauckel (1894–1946) übertragen, nach dem II. Weltkrieg demontiert, aber aus den Resten von den Sowjets wiederbegründet, 2002 insolvent

¹⁶ Mitteldeutsche Simonsbrot-Fabrik, ehemals in Kassel, 1945–2004 in Niederhone

¹⁷ bereits seit 1936 Teil der Stadt Eschwege

¹⁸ Das Geheimnis; Spuk am Nachmittag; beide erscheinen 1939 in der Kölnischen Zeitung und spielen auf die Eschweger Jahre an

¹⁹ Wiederabdruck in: Eschwege – ein Lesebuch, hg. v. York-Egbert König und Karl Kollmann, Husum 1996, S. 65ff.

²⁰ Wiederabdruck in diesem Heft

²¹ Wiederabdruck in: Eschwege – ein Lesebuch, S. 67–70

Das Eschweger Krankenhaus um die Jahrhundertwende¹

von Lisa Heise (1893–1969)

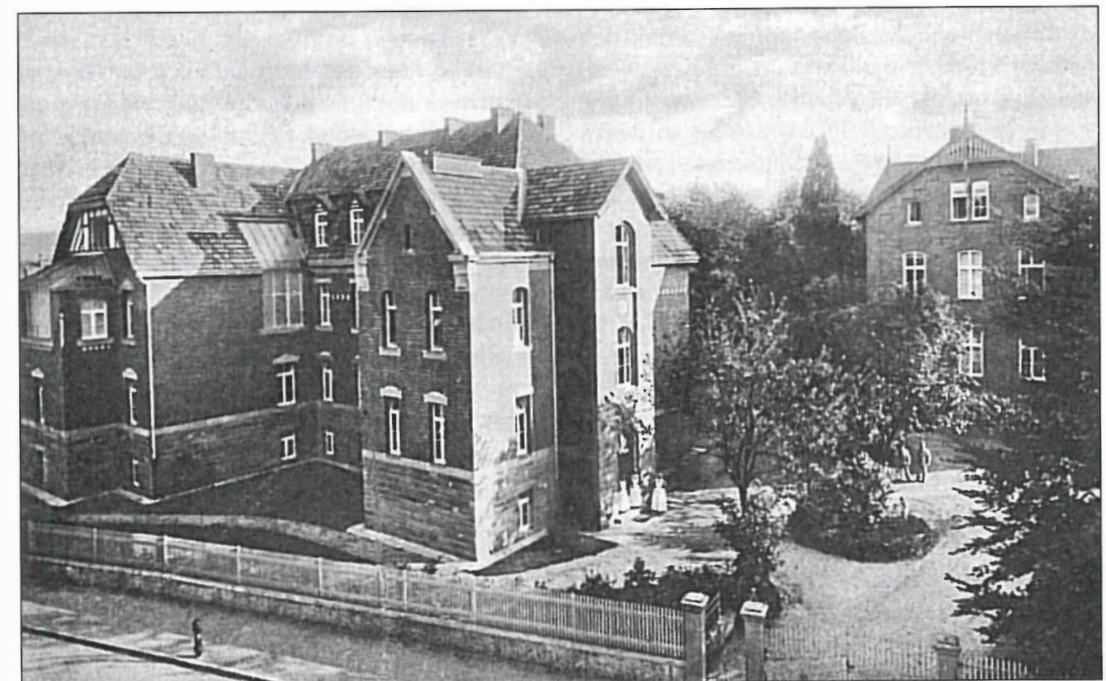
Kürzlich erreichte mich die Nachricht, dass die Stadt Eschwege ein neues modernes Krankenhaus erhalten wird. Vielleicht interessiert es manche Leser, wie es um die Jahrhundertwende in dem nun zum Abbruch bestimmten Krankenhaus zugeht, dem Haus, in dem ich meine Kindheit verbrachte und von dem ich glaubte, dass ich einst, wenn alle kranken Menschen gesund gemacht worden seien, allein in den weiten Sälen und Fluren herumtoben könne. Seitdem sind leider die Krankenhäuser nur verschwunden, um neuen größeren Platz zu machen – ein Schicksal, das nun auch mein Heimathaus betroffen hat.

Damals lag das Haus noch am Rand der Stadt, viel später erst wurde die Straße gebaut. Mit seinen hohen kahlen Fenstern lag es inmitten eines viel älteren Parks und gerade hoch genug, um aus den Fenstern des oberen Stockwerks die fernen blauen Berge zu sehen: den Meißner, die Silberklippe und den Schlierbachswald, hinter denen die Welt lag mit ihrem Glanz und ihrer Gloria. Denn irgendwo musste sich ja alles Herrliche der Welt begeben, so wie hier aller Jammer zusammenkam. Der ohne Zweifel hässliche rote Backsteinbau wurde von den Vorübergehenden nur mit scheuen und neugierigen Blicken gestreift. Es haftete ihm ein Gemisch von Grauen und Furcht an, ähnlich dem Schinderhaus draußen am Fluss, und doch war es mein Zuhause, glühend geliebt, das mir, außer jenen viel zu frühen Einblicken in die Dunkelheiten des Lebens, auch die Freuden gab, an denen ein Menschenherz wächst.

Die heutigen Menschen werden sich kaum vorstellen können, dass es in jenem Krankenhaus weder elektrisches Licht noch ein Telefon gab. Auch jene komplizierten Apparaturen und kniffligen Untersuchungsmethoden gab es noch nicht, keinen Röntgenapparat, keine Wände voll Karteikarten oder ganze Bibliotheken von Krankengeschichten. Damals hat sich der Arzt noch mehr an Intuition und Tatkraft bewähren müssen, sich mehr seiner geschärften Augen und Ohren bedient und auf das Feingefühl seiner Finger verlassen, auch wohl mehr auf jene innere Weisung gehört, die ihn erst eigentlich zum Arztum befähigte und die inzwischen mehr und mehr von mechanischen Apparaten verdrängt wurde.

Die Wärter und Wärterinnen, denn ausgebildete Krankenschwestern gab es hier auch noch nicht, waren einfache bäuerliche Menschen, die sich ihre pflegerischen Handgriffe erst während ihrer Tätigkeit aneigneten. Und wenn vielleicht anfangs ein Verband nicht gleich vorschriftsmäßig saß, so trug doch ein anderer Umstand nicht minder zur Genesung bei. Nie kam hier jene kalte unpersönliche Atmosphäre auf, die einen Krankensaal heute vielleicht einem Fabriksaal so peinlich ähnlich macht. Hier war der Kranke noch nicht ein „Fall“, nach einer Diagnose benannt: der Tumor, das Ulkus. Hier lagen Willi Schäfer aus Schwebda oder Berta Holzappel aus Neuerode, und ihre Sorgen und Ängste waren nicht nur den nächsten Bettnachbarn bekannt. Meine Eltern erfuhren durch das Pflegepersonal davon, und dann bekam eine ledige Mutter Wäsche und Windeln, ein alter Mann erhielt einen Platz im Siechenhaus, das zehnte Kind einer Tagelöhnerfamilie wurde mit durchgefüttert, ein Bauernmädchen auf Staatskosten zur Hebamme ausgebildet.

Der linke Flügel des Hauses war mit etwa 40 Betten belegt. Im Souterrain befanden sich außer den Kellern die große Küche und ein Ungetüm von Dampfkessel für die Warmwasserversorgung, in dessen Feuerung



Landkrankenhaus Eschwege, um 1910 bzw. zur Zeit des 1. Weltkrieges.

nicht nur unvorstellbare Mengen von Kohlen, sondern auch menschliche Organe und amputierte Glieder verschwanden. Im rechten Flügel war unten der Desinfektionsraum und der Totenkeller. Darüber – nicht sehr anheimelnd – unsere Wohnräume. Im zweiten Stock das Büro meines Vaters, das Doktorzimmer und der Operationsraum. Nur im Winter waren die 40 Betten voll belegt. Im Sommer hatte das Landvolk, aus dem sich der Krankenstand hauptsächlich zusammensetzte, keine Zeit zum Kranksein, es sei denn, dass einer in eine Dreschmaschine geriet, von der Tenne stürzte oder vom Huf eines Pferdes getroffen wurde. Im Winter dagegen musste noch das dritte Stockwerk in Betrieb genommen werden. Da kamen die Rheuma-Gepлагten, die mit Influenza oder Bluthusten, mit schwärenden Ausschlägen und Magengeschwüren. Es kamen Kinder, die den Erstickungstod kämpften, und Männer, die in Zellen tobten.

Vor allem kamen aber die fahrenden Ritter der Landstraße, die Tippelbrüder und Hausierer, die für den Winter Nahrung und Obdach suchten. Manche kamen alljährlich wieder wie Zugvögel, um im Frühjahr beim ersten Amselruf ihre nackten Zehen in die Sonne zu halten: „Bale is's widder so wiet“. Der Vater brummte etwas von „arbeits-scheuen Elementen, die dem Staat auf der Tasche liegen und immer an einer schwer nachweisbaren Krankheit leiden“. Aber wer wie sie, jedem Wetter preisgegeben, auf den Straßen umherirren musste, warum sollte der nicht wirklich krank sein? Und wer so aussah wie diese mit ihren zerzausten Bärten, den erloschenen Augen, wem die morschen Kleider so um die Glieder schlotterten, die nackten Zehen aus den Schuhen schielten – war der nicht tausendfach leidend und bedürftig?

Vater und Mutter teilten sich in die Führung des Betriebes, wobei meiner Mutter die weitaus größere Last zufiel. Mein Vater verbrachte täglich ein paar Stunden in seinem Büro mit der Führung der Journale. Er begleitete morgens den Arzt zur Visite und setzte

bei Operationen dem Patienten die Chloroformmaske auf. Seine Freizeit verbrachte er mit Gärtnerarbeit, der Aufzucht von Schweinen und Hühnern und dem täglichen Verdauungsspaziergang. Meine Mutter besorgte das große Hauswesen mit Hilfe von zwei Schwestern, zwei Mädchen und dem Hausburschen. Sie war für das Essen verantwortlich, für die wöchentliche Wäsche, die bei gelegentlichen Revisionen auf ein Taschentuch genau stimmen musste, und natürlich war ihr das Säen und Ernten in den großen Gärten unterstellt, wenn auch bei besonderem Arbeitsanfall, wie Frühjahrsbestellung, Erntezeit, Schlachten, Muskochen und Einmachen, alles, was einigermaßen gesunde Glieder hatte, zur Hilfe beigezogen wurde.

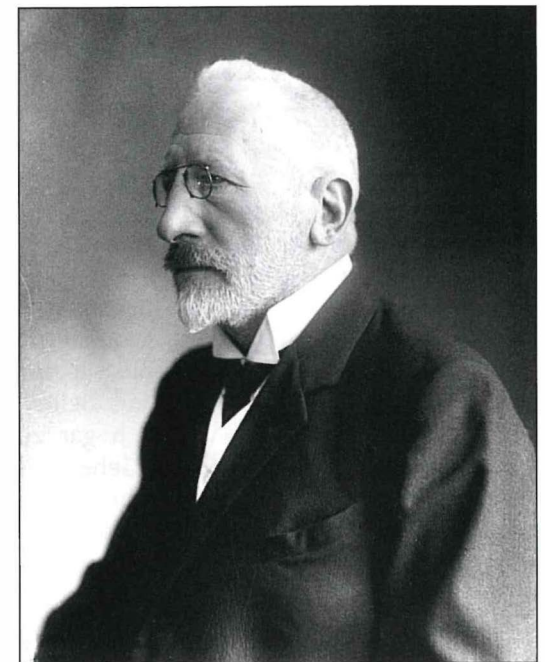
Wie ein nie versiegender Strom zogen die Kranken durch die Tage und Jahre der Kindheit. Sie waren freundlich zu mir, viel freundlicher als sie aussahen. Sie fertigten Drachen, schnitzten Spatenklappen und Flöten aus Holunderholz, lehrten mich auf einem Kamm blasen und hielten geduldig ihre Hände zu Fadenspielen hin. Sie saßen in den Lauben und Grotten des Parks, sahen auf den Kies zu ihren Füßen oder in das Blattwerk über sich. Ihre Augen waren groß, und doch schienen sie nichts zu sehen. Sie lehnten aus den Fenstern und schauten nach den Bergen, hinter denen ihr Heimatdorf lag, und dachten wohl der Dinge, die ihr Leben ausgemacht hätten. Dieses Stück ihres Lebens war Brachland, das viel Dornen und Disteln trug. So lebten sie wie auf einer Insel, an der die Wogen des Lebens leise verebbten. Mochte draußen in der Welt auch manches passieren: die Russen und Japaner sich bekriegen, der Kaiser nach Palästina wallfahren, ein Komet am Himmel auftauchen, der den Untergang der Welt verhieß – dieses Haus hatte seine eigenen Kämpfe und Siege, seine Wallfahrten und Untergänge.

Neben seinen traurigen Seiten hatte das Haus aber auch unbestreitbar fröhliche. Besonders abends in der Küche ging es lustig zu. Hier fanden sich alle zusammen, um

noch die letzten Arbeiten des Tages zu tun, zu schwatzen, zu singen und nicht selten zu tanzen. Und wie im Sommer aus den geöffneten Krankensaalfenstern, so stiegen jetzt die Lieder zur niedrigen Decke, die für alle Zeiten mit dem Haus verbunden schienen: das vom Mariechen, das weinend im Garten saß, vom Ritter Ewald und seiner Minna, von Lieschen der Räuberbraut und ähnlichen. Fritz, der Hausbursche, klopfte seine Mundharmonika auf dem Knie aus und stimmte an: „Siehste nit, da kimmt er, lange Schritte nimmt er ...“

Man formte sich zu einem Kontertanz in zwei Reihen und schmetterte den Text, bis oben im Haus eine Tür ging und alle erschrocken mit dem Alarmruf „Er kommt!“ an ihre Arbeit flüchteten. Kam dann mein Vater mit dem finsternen Gesicht und fuchtelte drohend mit seiner langen Pfeife, ein Donnerwetter auf den Lippen, so fand er lauter emsig schaffende stille Leute und verschwand wieder brummend. In dieser plötzlich einfallenden Stille hörte man das Surren der Gasflammen, das Zirpen der Heimchen, roch den Duft vieler Brotlaibe aus dem Wandschrank, und durch die unverhüllten ebenerdigen Fenster glubschte drohend die Nacht. Am wallenden Wasserdampf, der dem großen Kessel entströmte, formten sich Gestalten und zerflossen wieder. Aus dem Park kam das „Kiwitt, kiwitt“ des Käuzchens, und dann sagte jemand: „Heute stirbt wieder einer“. Das war der Augenblick für Gespenstergeschichten. Sie zogen einem die Kopfhaut zusammen, und kaltes Grausen rieselte über den Rücken: von Scheintoten und Lebendigbegrabensein, vom Spuk am Tillyhäuschen. Ludwig, der Wärter, prahlte mit seinen Erlebnissen aus dem Totenkeller, wie er statt Herz oder Lunge Werg in den Körper gestopft oder von Toten, die nicht in den Sarg gepasst und wie er sich da geholfen habe ...

In dem ewigen Kommen und Gehen, dem Auftauchen immer neuer Gesichter waren die von Kathrine und Fritz, von Luise, Mar-



Sanitätsrat Dr. Wilhelm Heinemann
(1866–1957), Chefarzt des Eschweger
Krankenhauses.

lies und Ludwig die bleibenden. Die öfter wechselnden Mägde hinterließen nur die Erinnerung an lachende, singende und Unfug treibende weibliche Wesen, die fast alle Kathrine hießen. Zur alten Wärterin Kathrine ging man mit seinen Nöten: Sie zog Splitter aus den Fingern, verband Wunden, massierte Beulen und verstauchte Gelenke.

Die rothaarige Luise, Herrscherin des Isolierhauses, erinnerte immer an ein Segelschiff in voller Fahrt, denn alles an ihr bauchte und blähte sich, wenn sie vom Isolierhaus heranwehte: die riesige weiße Schürze, die langen Röcke und auch die umfangreichen Wölbungen ihres Körpers schienen von einer unsichtbaren Macht geschwellt. Ihr Gesicht glühte, ihre Haare flammten, ihr schnaufender Atem verstärkte vollends den Eindruck von Wind und Wogen. Immer in Eile überrannte sie alles, was ihren Weg kreuzte. War einer ihrer

Pfleglinge dem Tode nahe, so war es, als risse ein Strudel das stolze Schiff in den Abgrund. Ließ sich der Kranke dadurch nicht in seinem Tun beirren, starb er trotzdem, „mir zum Tort“, wie sie dann sagte, so glich sie nun einem armseligen Wrack, das in einer seichten Traurigkeit dahindümpelte.

Die Zwergin Marlies kam nur in Notzeiten zur Aushilfe. Sie hatte das Auftreten eines Phantoms. Wie das „bucklige Männchen“ tauchte sie immer gerade da auf, wo man sie am wenigsten erwartete. Bestand sie aus einem Körper ohne Beine oder aus Beinen und Kopf ohne Körper? Wenn ich gar zu selbstvergessen ihre langen, das Geheimnis verbergenden Röcke musterte, so beförderte mich eine Kopfnuss und ein wütend gezeichnetes „Friss mich nur nicht auf mit deinen grünen Augen, du Hexenbalg“ wieder in die Grenzen des Schicklichen.

Ludwig, den starken Mann, der ein eisernes Bett samt dem Patienten in den Garten tragen konnte, mochte ich am wenigsten aus der ganzen Schar. Nicht nur, weil er manchmal versuchte, mich in eine dunkle Ecke zu drängen. Er hatte kleine, verkniifene Augen, einen zusammengepressten Mund und dicke sommersprossige Arme. Kam er mit seinem blutverschmierten Kittel aus dem Totenkeller, so blinzelte er ins Licht und steckte sich eine Zigarette an. Mutter zog schauernd die Schultern hoch: „Sie sollten sich erst die Hände waschen!“ Ludwig lachte – ein ungutes Lachen.

Was aber wäre die Kindheit ohne Fritz gewesen! Er war als kranker Waisenjunge in das Haus gekommen und nach seiner Genesung dageblieben. Klein und schwächling, mit einer etwas windschiefen Gestalt, hatte er weder Farbe noch Alter. Er besorgte die täglichen Stadtwege, spülte Geschirr, schaufelte Kohlen, schnitt Sträucher und Hecken. Er nagelte Stelzen, leimte Zerbrochenes, setzte havarierte Puppenwagen in Gang, holte die ersten Kirschen vom Baum und schob im Winter den Schneepflug bis in die hintersten Gartenwinkel.

Sie alle taten in redlicher Treue Tag und Nacht ihren schweren Dienst für einen sehr geringen Lohn, den aufzubessern sich mein Vater Jahr um Jahr bemühte.

Ach, ich käme nicht zu Ende, wollte ich von allem aussagen, was dieses Haus in meiner Erinnerung unvergänglich macht. Müsste ich nicht auch den Zeitgeist, die Weltstimmung aufzeichnen, den wundersamen Frieden, der die damalige Welt behütete, die heitere Würde, die über dem Dasein lag und die mir heute in der Erinnerung wie der Abglanz der Antike erscheint! Eine Atmosphäre, die für immer dahin ist, die letzte ihrer Art, die die leidgequälte Menschheit vor dem Einbruch unerhörter Katastrophen genoss. Es waren schwerelose Jahre, die leicht wogen im Leben der Menschheit, Klio verzeichnete sie nicht.

Und obwohl alles für uns von ewiger Dauer schien, kam doch eines Tages die große Veränderung. Im vorderen Garten wurde ein Neubau errichtet, und in ihn zog eine Oberin und eine Schar Schwestern mit weißen Häubchen. Das Land Hessen führte (die) Selbstverwaltung ein und mein Vater erhielt seine Versetzung nach Kassel.

Anmerkung

¹ zuvor in der Werra-Rundschau vom 12.12.64

Ein Narr aus Hessen

von Eveline Grönke und Edgar Weinlich

*Der ist ein Narr, der sich verkeht
In seinem Geist, so man anfährt
Und mit Gewalt ihn zwingen will,
Daß er von Wahrheit schweige still
Und Weisheit unterwegs lasse
Und wandeln soll der Thorheit Gasse,
Auf welcher ohne Zweifel fährt,
Wer sich an solche Drohung kehrt.*

*Denn Gott ist doch auf seiner Seiten
Und schirmt den zu allen Zeiten,
Der von der Wahrheit sich nicht scheidet,
So daß zu keiner Frist ausgleitet
Sein Fuß. Wer in der Wahrheit bleibt,
Bald alle Feinde von sich treibt.*

*Ein Weiser stimmt der Wahrheit zu,
Selbst wenn er sähe Phalaris' Kuh.
Wer nicht kann bei der Wahrheit stehn,
Der muß den Weg der Thorheit gehn.*

*(Sebastian Brant, Das Narrenschiff, 104.
Wahrheit verschweigen ([Basel 1494])*

Im Frühjahr 2009 wurden wir von Klaus Sippel, Bezirksarchäologe des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen, Außenstelle Marburg, auf eine kleine Tonfigur aus dem Museum Eschwege (Inventarnummer E 497) aufmerksam gemacht, die sich bereits nach einer ersten Autopsie in das ausgehende Spätmittelalter datieren ließ (**Abb. 1–3**). Unserer Bitte, einen Kontakt zum Museum Eschwege herzustellen, kam K. Sippel sogleich nach, wofür wir ihm an dieser Stelle herzlich danken. Der Leiter des Museums Karl Kollmann war dann in kollegialster Weise sofort bereit, uns die Figur zur Publikation zur Verfügung zu stellen. Auch ihm sei dafür an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön gesagt.¹

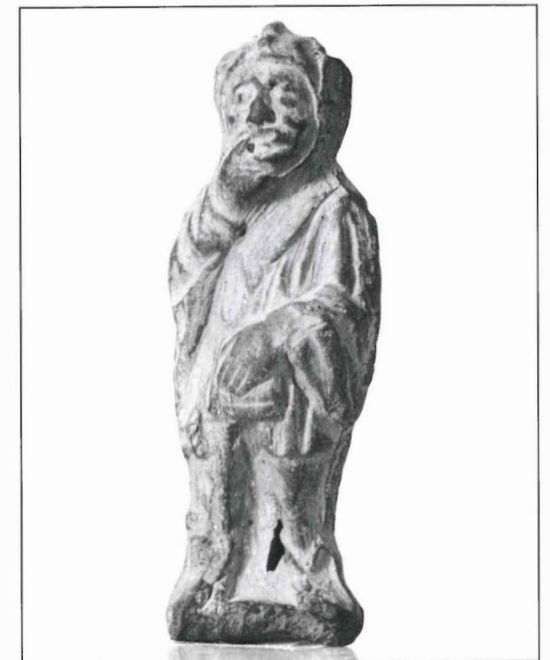


Abb. 1 Tönerne Narrenfigur aus Eschwege, Vorderseite (Foto Heinz Ripka, Hilpoltstein/Mfr.).

Die Kleidung, die Attribute und der Ausdruck der Figur zeigen, dass es sich um die Darstellung eines Narren handelt. Bei der weiteren Bearbeitung dieses auf den ersten Blick zunächst einfach nur kurios anzuschauende Figürchens zeigte sich dann recht schnell, dass auch kleinste dargestellte Details des Narren hohe Symbolik enthalten, die tief in die Erfahrungs- und Glaubenswelt der Menschen des ausgehenden Mittelalters führen.

Fundumstände

Die kleine Narrenfigur wurde bereits 1928 bei Kanalarbeiten in Eschwege, im Friedhof des ehemaligen Benediktinerinnenstiftes St. Cyriakus auf dem Schulberg (Cyriakusberg oder Karlsberg) bei einem Skelett gefunden. Das Stift (zuletzt Kloster) wurde 1527 säkularisiert², und es ist davon auszugehen, dass ab dieser Zeit der Friedhof nicht mehr belegt wurde, die Bestattung daher spätestens bis zu diesem Zeitpunkt erfolgt sein musste.

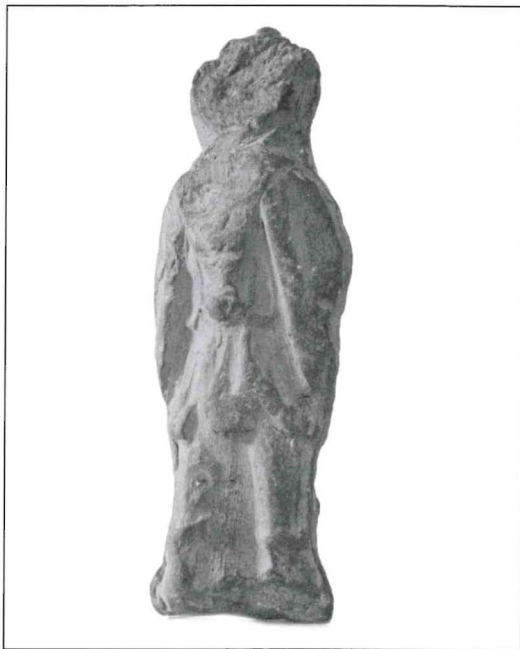


Abb. 2 Tönerne Narrenfigur aus Eschwege, Rückseite (Foto Heinz Ripka, Hilpoltstein/Mfr.).

Herstellungstechnik

Die Figur hat eine Höhe von 9,2 cm, eine Breite von 3,2 cm und eine Dicke von 2,0 cm. Die Dicke des Standfußes beträgt 1,6 cm.

Der Narr wurde aus hellbraunem, fein gemagertem Ton mit vereinzelt gröberen Magerungsanteilen hergestellt. Die Magerung besteht aus Kalkgrus sowie wenigen, größeren schwarzen und hellgraubraunen Steinen. Auf der Rückseite befindet sich in Höhe der Schulter ein größerer ovaler Einschluss (0,7 x 0,5 cm) aus orangebraunem Ton. Im Beinbereich sind kleinste Reste von weißer Engobe zu sehen.

Vorder- und Rückseite der Figur sind jeweils aus einem Model geformt und über einem Formstock zusammengesetzt. Dazu legte man beide Seiten um eine vertikale Stütze, einen Holz- oder Metallstab. Der Hohlraum, den der Formstock, der vor dem Brand entfernt wurde, hinterließ, ist in der Figur als schmales, 1,6 cm tiefes Röhrchen



Abb. 3 Tönerne Narrenfigur aus Eschwege, Seitenansicht (Foto Heinz Ripka, Hilpoltstein/Mfr.).

auf der Unterseite des Standfußes zu erkennen. Auf der Vorderseite hat der Formstock zwischen den Beinen die Tonoberfläche durchstoßen. Die Seitennähte, die durch das Aufeinanderlegen von Vorder- und Rückseite entstanden sind, sind z. T. grob abgeschnitten. Vorder- und Rückseite sind unorganisch zusammengesetzt.

Im Gegensatz zu frei mit der Hand modellierten Tonfiguren des Hochmittelalters bedeutete die Verwendung von Modellen eine technische Verbesserung der Herstellungsweise, die – so unbedeutend sie uns heute erscheinen mag – jedoch entscheidende Auswirkungen hatte. Da sich in das ungebrannte Model ein feines Relief ritzen ließ, war es überhaupt erst möglich, Figuren im Ausdruck, ihrer Kleidung und ihren Attributen subtil zu gestalten und damit auf aktuelle Details in der realen Welt zu reagieren. Zum anderen gelang es nun, die Figuren in Massenproduktion herzustellen, eine Technik, die zuletzt in der Antike für unzählige Votiv-

figürchen sorgte. Durch die Senkung des Arbeitsaufwandes wurde eine schnellere Reproduktion der Figuren und damit eine Stückkostensenkung ermöglicht. Dies hat sich zweifellos auf ihren Preis und damit auf ihre soziale wie geographische Verbreitung günstig ausgewirkt. Die zunehmende Verwendung von zwei Modellen zur Herstellung von Tonfigürchen lässt sich seit Anfang des 15. Jh. feststellen.

Die Eschweger Figur wurde im lederharten Zustand nachgearbeitet, wie zahlreiche Schnittpuren belegen. So sind die Finger eingeritzt, der Großteil der großen Gewandfalten aber sicher bereits in den Modellen angelegt. Sehr feine Linien scheinen von den Modeloberflächen herzurühren und sind nicht als Gewandfalten zu interpretieren, wie z. B. die Riefelung zwischen den Beinen auf der Vorderseite. Eher könnte es sich hierbei um Faserspuren einer hölzernen Patzize (positive Ausgangsform) handeln.

Das Relief der Rückseite ist deutlich flacher als das der Vorderseite ausgeführt. Auf der Rückseite lässt sich eine Druckstelle im unteren mittleren Gewandzipfel erkennen. Diese entstand wahrscheinlich als die Figur im lederharten Zustand vor dem Brand auf den Rücken abgelegt und beim Nacharbeiten auf den Untergrund gedrückt wurde.

Die Rückseite ist ab dem Toneinschluss im oberen Schulterbereich bis einschließlich des Hinterkopfes abgeschnitten. Vermutlich ist der ovale Einschluss aus orangebraunem Ton die Erklärung für die „missglückte“ Schnittstelle am Hinterkopf.

Es scheint, als hätte der Töpfer versucht, den Einschluss im lederharten Zustand mit einem Messer zu entfernen, ist dabei abgerutscht und hat auch den Hinterkopf bis zur Mitte hin mit abgeschnitten. Der verbleibende Rest des oberen Hinterkopfes scheint dabei abgerissen zu sein. An dieser oberen Kopfstelle ist nur mehr die gemodelte Vorderseite erhalten.

Aufgrund der vielen Schnittpuren, vor allem aber des Durchstiches des Formsto-

ckes auf der Vorderseite lässt sich die Figur von der Herstellung her als „2. Wahl“ bezeichnen.

Von anderen mittelalterlichen Tonfiguren ist bekannt, dass sie farbig gefasst waren.³ Dabei diente die weiße Engobe als Grundierung. Daher ist dies auch für die Eschweger Figur anzunehmen und es ist zu vermuten, dass mit den Farben die mangelnde Ausführung kaschiert werden konnte.

Beschreibung und Bedeutung

Aufgrund ihrer Kleidung⁴, ihren Attributen und ihrer Gestik lässt sich die Figur eindeutig als Darstellung eines Narren ansprechen (Abb. 4).

Die Figur trägt auf dem Kopf eine Gugel, die durch ihre langen Zipfel und die im Folgenden beschriebenen Attribute als Narrenkugel⁵ zu bezeichnen ist. Gugel, von lateinisch *cucullus*, „Kapuze“, ist die Bezeichnung der vom 12. bis 14. Jh. von Männern getragenen Kapuze mit Schulterkragen.⁶ Die Narrenkugel weist auf der Brust und dem Rücken jeweils einen langen Zipfel auf. Am Kapuzenzipfel der Rückseite befindet sich eine kugelförmige Verzierung, wohl eine Schelle. An den Seiten der Gugel sind etwas undeutlich verpresst Eselsohren zu erkennen. Auf dem Scheitel der Gugel zwischen den Eselsohren befindet sich ein Hahnenkamm.

Die Narrenkappe entwickelte sich im 14. Jh. aus der seinerzeit üblichen kapuzenartigen Kopfbedeckung, der Gugel. Im

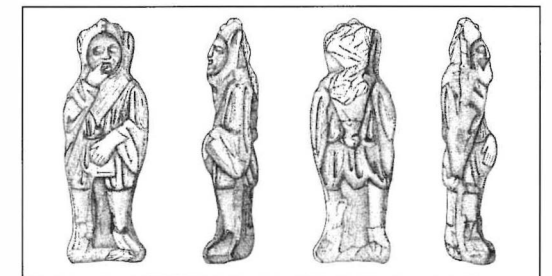


Abb. 4 Tönerne Narrenfigur aus Eschwege (Zeichnung Nicole Riedel, Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Außenstelle Nürnberg).

Gegensatz zur normalen Gugel, die auch von Mönchen getragen wurde, weist die Narrengugel einen deutlich exzentrischeren Schnitt mit überdimensionierten, langen Zipfeln auf. Damit gab sie den Träger – den Narren – der Lächerlichkeit preis bzw. wurde als Provokation empfunden, da diese Art nicht der Mode der Zeit entsprach. Der Narr zeigt sich damit als gottesferner Frevler, der mit seiner Kopfbedeckung bewusst die schlichten Kapuzen der Ordensmönche verhöhnt.⁷

Bis zum 15. Jh. konnte die Narrenkappe durch weitere lächerliche Attribute wie Eselsohren, Schellen und einen Hahnenkamm ergänzt werden (s. z. B. Abb. 5 u. 6).

Spätestens zwischen 1350 bis 1370 lässt sich die eselsohrige Narrengugel nachweisen⁸. Die Darstellung von Lächerlichkeit und Narrheit, ausgedrückt durch die Eselsohren bzw. den Esel, lässt sich bis in die Antike zurückverfolgen und war im Mittelalter somit auch den einfachen Menschen geläufig. Der Esel galt auch im Mittelalter als dumm und unwissend und damit als ein Beispiel für einen Gottesleugner, was ihn in die Nähe des Teufels rückte. Zudem symbolisierte er die Sünden der Trägheit (*acedia*) und als Verkörperung der fleischlichen Begierde die der Wollust (*luxuria*). Ende des 15. Jh. erreicht die Darstellung der eselsohrigen Narrengugel ihren Höhepunkt, wie sich z. B. bei Holzschnitten von Albrecht Dürer in Sebastian Brants „Narrenschiff“ nachweisen lässt.⁹

Ab dem frühen 14. Jh. lassen sich vor allem in Illustrationen und dort in den bebilderten Anfangsinitialen des Psalms 52 in Psalterhandschriften Schellen an Narrenkappen nachweisen.¹⁰

Das Verziern der Kleidung mit Gewandglöckchen war im Hochmittelalter alleine dem Kaiser als positives Symbol vorbehalten gewesen. Ab dem 11. Jh. wurden die Glöckchen vom höheren Adel übernommen und fanden bis zum 14. Jh. schließlich Eingang in die Mode der gehobenen Bürgerschicht und führten dort zu einer regelrechten Schellenflut. Gegen Ende des 15. Jh. überholte sich

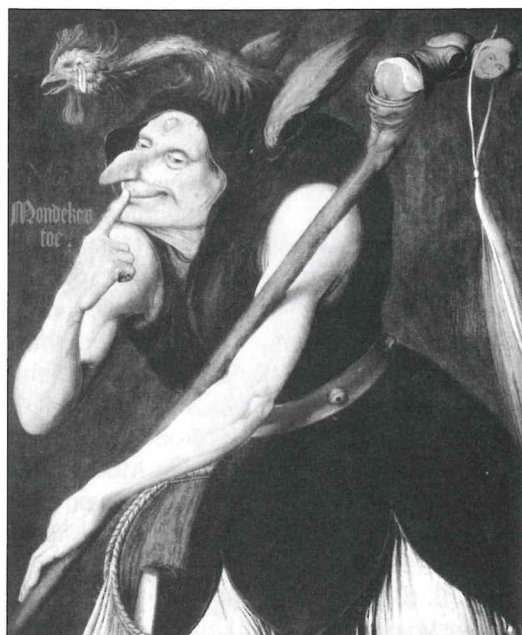


Abb. 5 Allegorie der Narrheit, Gemälde von Quinten Massys (?) zwischen 1510 und 1520, New York, Dr. Julius S. Held Collection (Mezger, Narrenidee Abb. 164).

diese vulgär gewordene Schellenmode, so dass sich die vornehme Welt vollständig davon distanzierte, während die Narren den Glöckchenschmuck weiter trugen und somit um so lächerlicher wirkten. Damit schlug das einst positive Attribut ins Negative um.

Schellen stehen im Spätmittelalter für Verführung, Ausgelassenheit, Scherz, Hohlheit sowie Geschwätzigkeit und wurden mit der Hauptsünde Genussucht und Ausschweifung (*luxuria*) in Verbindung gebracht. Diese negative Bedeutung lässt sich bereits in dem bekannten Pauluswort: „Wenn ich mit Menschen und Engelszungen redete, hätte aber die Liebe nicht, so wäre ich wie tönendes Erz oder eine klingende Schelle“¹¹ erkennen. Der Narr steht also für Lieblosigkeit und selbstgefälliges, hohles Geschwätz, Nächstenliebe kennt er nicht.

Entsprechend ihrer Bedeutung wurden die Schellen in den mittelalterlichen Narrendarstellungen immer mehr betont.



Abb. 6 Narr und König David, Initial zum Psalm 52 aus einer Psalterhandschrift Karls VIII., spätes 15. Jh., Paris, Bibliothèque nationale, lat. 774, fol. 63 v. (Mezger, Narrenidee Abb. 24).

Der Hahnenkamm bzw. Hahnenkopf, als Stellvertreter für das ganze Tier, fügt sich ebenfalls in die Reihe der Negativkennzeichnungen ein. Er saß stets auf dem Scheitel der Gugel zwischen den Eselsohren. Der Hahn symbolisiert die sexuelle Begierde und gottlose Triebhaftigkeit der Menschen und somit die Hauptsünde *luxuria*. Der Narr steht damit für den der fleischlichen Liebe und Geilheit verfallenen Menschen, der sich von der christlichen Nächstenliebe entfernt hat.¹²

Die Eschweger Narrenfigur ist mit einem kurzen, mehrzipfligen, sehr faltigen, gegürten Obergewand bekleidet. Die langen Ärmel sind im Ellbogenbereich zipflig aufgeweitet. An den Füßen trägt die Figur kürzere, nach oben aufgeweitete Schnabelschuhe.¹³ Ob die Beine nackt sind oder mit einer dünnen, eng anliegenden Hose bekleidet sind, lässt sich nicht entscheiden. Möglicherweise war die Hose auch aufgemalt.

Gelappte und gezaddelte Kleidung stellt ein weiteres Kennzeichen des Narren dar. Daneben zeichnet sich das Narrengewand durch Buntheit und die Verwendung von Mi-Parti aus.

Mi-Parti (franz.-lat.: halb-geteilt) bezeichnet die Teilung eines Gewandstückes in verschiedenen Farben (s. z. B. Abb. 6).

Die zunehmende Farbigkeit der Kleidung im Mittelalter ist auf den Einfluss der byzantinischen Mode durch die Heirat Kaiser Ottos II. mit der byzantinischen Prinzessin Theophanu im 10. Jh. zurückzuführen. Daraus entwickelte sich das Mi-Parti, das Zusammensetzen der Kleidung aus verschiedenfarbigen Stoffen, das vermutlich zunächst das Abhängigkeitsverhältnis des Trägers als Bediensteter anzeigte. Gegen Ende des 16. Jh. verschwand das Mi-Parti aus der Mode; blieb allerdings als Narrenattribut erhalten.¹⁴

Das kurze, bunte Kleid des Narren symbolisiert daher das unstete Leben, das Vagabundieren sowie die Dienerschaft und damit den Kontakt zu niedrigen und unehrenhaften Berufen.

Die bunten Farben und die Glöckchen rücken den Träger zudem in die Nähe der Geisteskranken und der Aussätzigen, die mit Klappern und farbigem Gewand auf sich aufmerksam machen mussten. Die Standardkleidung des Narren seit Anfang des 15. Jh. lässt also die Kennzeichen des Gewandes natürlicher Narren, vermischt mit den Kleidungselementen künstlicher Narren erkennen.

Die hellen Engeobereste auf dem Eschweger Narren lassen vermuten, dass seine Kleidung ebenfalls in Mi-Parti angelegt war.

Mit dem Tragen von Schnabelschuhen macht sich der Narr, im Gegensatz zu den im Sinne der Askese und Demut barfuß auftretenden Mönchen, einer weiteren Hauptsünde, der *superbia*, der Hoffart und Eitelkeit, schuldig.

Auffällig im Gesicht der Eschweger Figur sind die aufgerissenen großen, dicken

Augen, die breite Knollennase und der deutlich weit offene Mund. Diese Darstellung des Gesichtes entspricht dem gängigen physiognomischen Topoi des missgebildeten Narren im Mittelalter.¹⁵

Auf dem Mund liegt der erhobenen Zeigefinger der rechten Hand. Die linke Hand liegt über einem rechteckigen Geldbeutel, der am nicht sichtbaren Gürtel in der Bauchmitte befestigt ist.

Der Geldbeutel steht für Habgier und die Versessenheit auf Reichtum und irdischen Besitz.

Nach Ansicht mittelalterlicher Zeitkritiker hatte der Kampf um finanziellen Reichtum die Menschen zu törichten Narren deformiert und musste daher die Auflösung des bestehenden Werte- und Gesellschaftssystems zu Folge haben.¹⁶

Unterstrichen wird diese Bedeutung beim Eschweger Narren von der deutlichen, Besitz ergreifenden Geste der linken Hand des Figürchens. Die linke Hand (mittelhochdeutsch *slegg* für lahm und schwankend) steht für falsche und unehrenhafte Bedeutung. Im Gegensatz dazu steht die rechte Hand (indogermanisch *reg* = geradeaus, aufrichten, geraderichten) für das Gute, Wahre und Vollkommene.

Bei dem Eschweger Figürchen verschließt der Zeigefinger der rechten Hand den geöffneten Mund und symbolisiert damit das Verschweigen der göttlichen Wahrheit – die Gottesleugnung – die schwerste Sünde überhaupt (vgl. Abb. 5 u. 12).

Sünden entstehen nach der klassischen Theologie aus sieben schlechten Charaktereigenschaften (Hauptlaster):¹⁷

superbia: Hochmut (Übermut, Eitelkeit, Ruhmsucht)

avaritia: Geiz (Habgier, Habsucht)

luxuria: Genusssucht, Ausschweifung (Wollust)

ira: Zorn (Wut, Vergeltung, Rachsucht)

gula: Völlerei (Gefräßigkeit, Unmäßigkeit, Maßlosigkeit, Selbstsucht)

invidia: Neid (Missgunst, Eifersucht)

acedia: Trägheit des Herzens/des Geistes (Faulheit, Feigheit, Ignoranz)

Betrachtet man nun die Eschweger Narrenfigur, so symbolisiert sie die Laster Wollust, Hochmut, Hoffart, Eitelkeit, Trägheit, Habgier und die Gottesleugnung.

Die Figur ist damit in eine Reihe mit dem gottesfernen Frevler, ja den Gottesleugner und somit den Antichristen zu stellen.

Bedeutung des Narren in der Alltags- und Glaubenswelt des späten Mittelalters¹⁸

Im Mittelalter unterschied man zwei Arten von Narren¹⁹, die natürlichen und die künstlichen Narren. Als natürliche Narren galten Menschen mit körperlichen oder geistigen Defekten.²⁰

Künstliche Narren waren Menschen mit abweichenden Verhaltensformen oder die sich dumm und tölpelhaft stellten. Der Narr als ein Mensch ohne Geist – natürlich behindert oder künstlich gespielt – galt als ein Mensch, der Gott nicht erkennt (aufgrund seines mangelnden Geistes nicht erkennen kann!), Gott leugnet und damit als Gottesfrevler. Und sowohl ein Gottesleugner wie auch ein missgebildeter Mensch konnten nicht dem Ebenbild Gottes entsprechen.

Außerhalb der natürlichen Narren resultierte Narrheit nach mittelalterlicher Vorstellung in den allermeisten Fällen aus Normverstößen verschiedenster Art und mangelnder Erkenntnis des richtigen Weges. Damit erweist sich die Definition des Narren zwangsläufig als unendlich. Narrheit wurde von den Zeitgenossen als ein allgegenwärtiges Problem wahrgenommen, von dem jeder betroffen sein konnte – und letztendlich auch war, denn jeder konnte sich in allen persönlichen Bereichen seiner eigenen Lasterhaftigkeit bewusst werden.

Dem Thema Narrheit wurde bereits im 13. und 14. Jh. Bedeutung zugemessen. Die Beschäftigung damit erreichte ihren Höhepunkt an der Wende vom 15. zum 16. Jh.

Dies war nicht weiter verwunderlich, denn die Menschen waren von den sozialen, geis-

tigen und ökonomischen Veränderungen in der Welt am Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit zutiefst beunruhigt und verunsichert.

Die Expansion über See durch spanische und portugiesische Seefahrer wie z. B. 1492 die Entdeckung Amerikas durch Cristoph Columbus, die Entdeckung des Seeweges nach Indien 1498 durch Vasco da Gama oder 1499 die Expedition des Amerigo Vespucci nach Südamerika sprengten das bis dahin bekannte mittelalterliche Weltbild.

Seit dem 12. Jahrhundert lassen sich Expansionsbewegungen in allen Lebensbereichen sowie ein Wandel der Welt und im Selbstbewusstsein der Menschen²¹ feststellen – so auch in der Arbeitswelt, der Technik und der Produktionsfähigkeit.²² Technische Innovationen sowie Produktnovitäten prägten das 12.–15. Jahrhundert.²³ Dazu gehörten auch tiefgreifende Erfindungen wie der Buchdruck um 1455 in Mainz²⁴, der für rasche und geografische weite Verbreitung von Informationen und neuen Gedankengutes sorgte.

Ein wachsender Fernhandel in einer Zeit sich verdichtender Markt- und Handelsbeziehungen konfrontierte die Menschen mit einem ökonomischen Aufbruch und sich daraus ergebenden drastischen sozialen Veränderungen.²⁵

Nicht mehr Herkunft bestimmte den Stand, sondern materielle Größen wie Reichtum und Besitz, was als zerstörerischer Einfluss des Geldes auf die mittelalterliche Ordnung gewertet wurde.²⁶

Eine kollektive Empfindung von Machtlosigkeit, Untergang und Unglück ließ viele Menschen glauben, in einer Endzeit zu leben, was zu einem tief empfundenen, düsteren Pessimismus und ausgeprägter Verunsicherung führte. Krankheiten, Seuchen und das Vordringen der Osmanen nach dem Fall von Konstantinopel 1453 ins christlich geprägte europäische Abendland²⁷ verstärkten diesen Eindruck.

Die letzte große Pest (1347–50) des Spätmittelalters führte zu einem neuen Körperbe-

wusstsein, die Periode danach führte zu Wohlstand Einzelner und damit auch zu Konsumfreudigkeit und überbordenden, sittlich verwerflichen Ausschweifungen der Hinterbliebenen in Mode und Lebensstil.²⁸

In diesen gewaltigen, den damaligen Vorstellungen nicht erkläraren Veränderungen des vertrauten Weltbildes versagten altbekannte Erklärungsmodelle.²⁹ Im Klerus sah man darin die Auflösung der göttlichen Ordnung hervorgerufen durch die massenhafte Abwendung der Menschen von Gott. Diese Gottesferne war ohne Zweifel eine Folge der zunehmenden Hauptsünden, denen sich die Menschen in diesen verwirrenden Zeiten offenbar hingaben.

Vorherrschend war der Eindruck einer dauerhaften Sündhaftigkeit der Welt.

Als Außenseiter und Mensch, der die göttliche Heilslehre ignoriert, hatte der Narr schon immer im Widerspruch zum Schöpfer und zu dessen weiser Ordnung gestanden. Nun wirkte der Narr als Vorreiter aller Verhaltensformen, die jetzt im Großen zu beobachten waren. Und am Ende des 15. Jahrhunderts galt es dann als sicher, dass die zunehmende Missachtung der göttlichen Gesetze und die unaufhaltbare Auflösung der Wertmaßstäbe des christlichen Mittelalters nichts anderes als eine Folge der rasch um sich greifenden Narrheit seien.

Zwangsläufig musste daher jede vermeintliche Auflösungserscheinung der vertrauten, althergebrachten Weltordnung des Mittelalters um 1500 mit dem Phänomen Narrheit in Verbindung gebracht werden.

Damit geriet der Narr in den Mittelpunkt der alltäglichen Vorstellungswelt. Dies führte zu einem immer stärkeren Erkennen des Narren im Nächsten und dann folgerichtig der Menschen in sich selbst. Denn wer konnte sich schon frei von einem Laster fühlen?

Narrheit wurde als Epidemie aufgefasst, welche die ganze Welt befallen hatte. Damit war es schließlich nur noch ein kleiner Schritt, die ganze Welt als einen Narren zu erkennen. Dieser allumfassende Anspruch

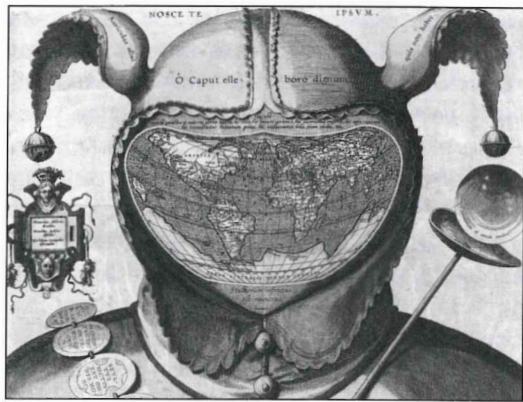


Abb. 7 Welt als Narrenkopf, kolorierter Kupferstich, Ende 16. Jh., Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Kupferstichkabinett, La 213 (Mezger, Narrenidee Abb. 22).

zeigt sich wohl am plakativsten im kurz vor 1600 entstandenen Kupferstich „Welt als Narrenkopf“³⁰ (Abb. 7).

Eindeutige Sprüche lassen keinen Zweifel an der Aussage der Darstellung. Auf der Stirn des Narrenkopfes ist zu lesen „O caput elle boro dignum“ – „O du des Nieswurz würdiges Haupt“ (Nieswurz galt seit der Antike als Heilmittel gegen Narrheit). Auf den langen Ohren steht: „Auriculas asini, quius non habet?“ – „Eselsohren, wer hat sie nicht?“ Am Kinn erscheint ein Spruch Salomons: „Stultorum infinitus est numerus“ – „Unermeßlich ist die Zahl der Narren“. In der stilisierten Blase rechts ist schließlich der entscheidende Satz zu lesen, der das Wesen aller Narrheit aufzeigt und alles Irdische als Nichtigkeit entlarvt: „Vanitas vanitatum et omnia vanitas“ – „alles ist nichtig und eitel“.

Der Narr wurde zu einer apokalyptischen Figur, die Heimsuchung der Welt durch Torheit und Verblendung ließ im Endzeitgefühl in Glaubensfragen das jüngste Gericht nahe scheinen.³¹

Diese Vorstellungen manifestierten sich in Literatur und Darstellung. Nach dem Entstehen einer speziellen Narrenliteratur mit entsprechender bildlicher Gestaltung kam es nördlich der Alpen in kürzester Zeit im 15.

und 16. Jh. zu einer regelrechten Explosion der Narrenthematik in Wort und Bild.

Erste Narrendarstellungen lassen sich bereits im 13. Jh. in den Illustrationen der Psalmen nachweisen (Abb. 8). In den im 13. Jh. für Klerus und Adel zunehmend reich ausgestatteten Psalmbüchern (Psalterien)³² fügte man den Texten keine großen und figurenreichen Kompositionen mehr bei, sondern beschränkte sich darauf, die Initialen ausgewählter Psalmen mit überschaubaren Szenen zu dekorieren, die dem Betrachter eine eindeutige Aussage vermitteln sollten.

Die äußere Entwicklung der Narrenfigur lässt sich in den entsprechenden Initialminiaturen in verschiedenen Psalterien vom 12. bis 16. Jahrhundert verfolgen.

Im Falle des Narren handelt es sich um die Ausgestaltung des 52. Psalms, der mit den Worten beginnt: „Dixit insipiens in cordo suo: non est Deus“ – „Der Tor sprach in seinem Herzen: es gibt keinen Gott“ – ein Satz von enormer Brisanz. In den D-Initialen von *dixit* erscheint dort fast immer das Bild eines Narren, der meist vor dem thronenden König David steht (David und der Tor). Die Narrenfigur soll einen Unweisen (*insipiens*)



Abb. 8 Narr und König David, Initial zum Psalm 52 aus einer französischen Psalterhandschrift des frühen 13. Jh., Kassel, Landesbibliothek, theol. qu. 8 (Mezger, Narrenidee Abb. 86).

im Sinne mangelnder Gotteserkenntnis darstellen, der den weisen König David verhöhnt, der für Glauben steht.

Zunächst nackt und mit Keule oder Dreschflegel und weiteren Attributen versehen, entwickelt sich dieser nach und nach zum standardisierten Bild des Narren am Ende des 15. Jh. Er trägt dann einfarbiges Gewand oder ein Mi-Parti, das mit Schellen behängt ist sowie eine zipflige Mütze oder Kappe, ebenfalls mit Schellen versehen. Die Keule hatte sich zur Marotte oder zum Spiegel³³ entwickelt, ein Zeichen, dass der Narr in sich selbst verliebt war und Gott nicht erkannte. Mit dem Verneinen der Existenz Gottes und damit dem Verschweigen der göttlichen Wahrheit stellt sich der Narr auf die Stufe des Antichristen. Der Narr wurde also durch den Teufel gelenkt.³⁴ Schon in den Illustrationen der Psalterhandschriften kann



Abb. 9 Narr und Tod im Narrengewand, aus dem Großbaseler Totentanz, 15. Jh., Kupferstichkopie von Matthias Merian, 1621, in: *Todten Tantz ...*, Frankfurt/M. 1725 (Mezger, Narrenidee Abb. 231).

deshalb anstelle des Narren der Teufel vor dem König David erscheinen.³⁵

Der Narr als Gottesleugner und Antichrist war in der mittelalterlichen Glaubensvorstellung also keineswegs eine Figur, die nur Späße machte, sondern eine negative Gestalt.

Durch seine Gottesferne und seine Nähe zum Teufel stand der Narr vom 14. bis 16. Jh. für *vanitas*, die Vergänglichkeit und den Tod.

Die Definition des Narren als Negativfigur und die von Psalm 52 zugeordnete Aussage: *non est Deus* – es gibt keinen Gott – stilisierte ihn zum Inbegriff der Gottesferne, der Sündhaftigkeit, der Erbsünde schlechthin. Und wenn durch die Erbsünde der Tod in die Welt kam, so wurde die Narrenfigur zur Metapher für irdische Vergänglichkeit und damit der Nichtigkeit und Hinfälligkeit der Welt. Und wenn der Mensch in seiner Narrheit dies nicht erkennt, dann erwartet ihn über den irdischen Tod hinaus die ewige Verdammnis.

Tatsächlich findet sich in zahllosen Darstellungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts der Narr mit der Figur des Todes gleichgesetzt³⁶ (so z. B. in Abb. 9 u. 13).

Als Identifikationsobjekt führte der Narr zu Betroffenheit, konnte (und kann!) doch jedermann närrische Züge in sich entdecken. Ursprünglich als Inbegriff der Abkehr des Menschen von Gott gesehen, avancierte die Narrenidee in Literatur und Kunst zum wichtigsten Erklärungsmodell der Zeitsituation. Der Narr ist an der Wende vom Mittelalter zu Neuzeit zum weit verbreiteten Bedeutungsträger geworden. Er mahnt die Menschen, sich ihrer Torheit, ihrer Sünden und des daraus folgenden Todes bewusst zu sein.

Das Narrenmotiv in Literatur und Darstellender Kunst³⁷

Mit Narrenliteratur³⁸ werden in der heutigen Forschung literarische Werke bezeichnet, die sich – ähnlich wie die Ikonographie in mittelalterlichen Psalterhandschriften des



Abb. 10 Titelbild des Narrenschiffs von Sebastian Brant (Manfred Lemmer, *Die Holzschnitte zu Sebastian Brants „Narrenschiff“*³ (Leipzig 1994).



Abb. 11 Holzschnitt Nr. 17 „Von Nutzlosem Reichtum“ (Manfred Lemmer, *Die Holzschnitte zu Sebastian Brants „Narrenschiff“*³ (Leipzig 1994).

Psalmes 52 – inhaltlich mit der Gegenüberstellung eines weisen Königs mit einem weltlichen Gegenpart beschäftigen und damit sowohl die Weisheit wie auch die Narrheit visualisieren. Während in den Psaltermalereien der König durch David verkörpert wird, entspricht die weltliche Figur ab dem späten 12. Jahrhundert dem Narren in seiner ganzen „Vielfalt“ als gottverneinder, ungläubiger Mensch.

Schlagartig bekannt – und damit zur wichtigsten Symbolgestalt des ausgehenden Mittelalters – wird die Figur des Narren durch das Buch „Das Narrenschiff“ von Sebastian Brant³⁹, das in der ersten Auflage 1494 in Basel erschien (Abb. 10). Es handelt sich um eine spätmittelalterliche Moralsatire, in der über 100 Narren auf einem Schiff gegen Narragonien segeln und den Lesern

und Betrachtern deren Laster deutlich vor Augen führen. Das Werk wurde 1497 ins Lateinische übersetzt und durch Weiterübersetzungen in verschiedene Landessprachen in ganz Europa verbreitet. Das Buch fand Eingang in die Predigten in der Kirche und erreichte damit auch die leseunkundige Bevölkerung.

Das Bild des Schiffes in der moralsatirischen Literatur jener Zeit hatte zentrale Bedeutung. Denn in der damaligen christlichen Weltdeutung galt die christliche Kirche als Schiff, und Christus als ihr Steuermann, der das Schiff der Kirche durch das Meer der Welt lenkte. Die Darstellung eines Schiffes voller Narren musste daher dieses christliche Schiff, das alleine den heilsverheißenden Kurs fuhr, bewusst pervertieren – auf dem Narrenschiff gab es für die Passagiere keine Rettung.⁴⁰

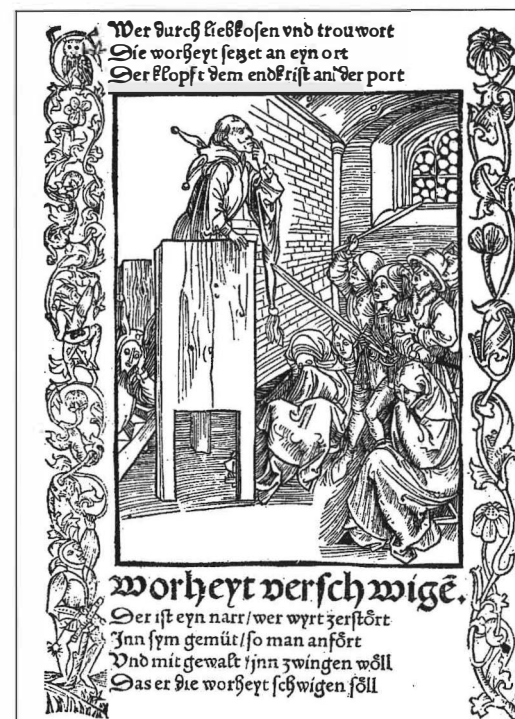


Abb. 12 Holzschnitt Nr. 104 „Die Wahrheit verschweigen“ (Manfred Lemmer, *Die Holzschnitte zu Sebastian Brants „Narrenschiff“*³ (Leipzig 1994).

In den 112 Kapiteln des Buches wird in den meisten Fällen jeweils ein typisches tägliches menschliches Fehlverhalten oder Laster beschrieben und als Auswuchs närrischer Unvernunft präsentiert (z. B. Abb. 11 u. 12). Jedermann ist ein Narr und wird als solcher im Bild gezeigt. Das Schlusskapitel stellt dieser Narrenversammlung den Weisen als Ideal vernünftiger Lebensführung gegenüber.

Brant lässt keinen Bereich des Lebens und des Wissens aus, dem nicht eine Kategorie der Narretei zugeordnet werden könnte:

„Ja wird alle Schrift und Lehre verachtet; [dann] lebt die Welt in finsterner Nacht; Und verharret blind in Sündigkeit; Alle Straßen, Gassen sind voller Narren.“⁴¹

Zum Erfolg des Narrenschiffs und seiner Folgepublikationen trugen nicht zuletzt die naturalistischen Illustrationen bei. Für den

Druck 1494 fertigte der junge Albrecht Dürer⁴², der sich zwischen 1490 und 1494 auf seiner Wanderschaft zuletzt in Basel aufhielt, als Hauptmeister 73 Holzschnitte an (von insgesamt 103); 15 weitere werden dem dem sog. Haintz-nar-Meister und 3 dem gad-her-Meister zugeschrieben; 11 weitere stammen von unbekannter Hand.

Das „Narrenschiff“ Brants wurde anschließend in Predigten, insbesondere Johann Geilers von Kaysersberg⁴³ von 1498 bis 1499 benutzt, um vor der Lasterhaftigkeit und der Gottesferne zu warnen. Thomas Murner⁴⁴, der bereits im ersten Jahrzehnt des 16. Jahrhunderts einige Narrenschriften verfasste, führte den Narren in die Reformation ein, indem er Martin Luther⁴⁵ als großen Lutherischen Narren geißelt und damit ausdrückt, dass die Anhänger Luthers allesamt dem *insipiens*, dem ungläubigen Narren des Psalms 52 entsprechen.

Für Beispiele weiterer Narrenliteratur sei hier auf Erasmus von Rotterdam⁴⁶ „*Moriae Encomium sive Stultiae Laus* („Lob der Torheit“) von 1509⁴⁷ oder die zur Zeit des Narrenschiffs entstandene bekannteste Fassung des Till Eulenspiegel⁴⁸ verwiesen.

Einen Abschluss und Höhepunkt bildet der nach dem 30-jährigen Krieg 1668/69 veröffentlichte Schelmen- und Kriegsroman *Der abenteuerliche Simplicissimus Teutsch* von Hans Jacob Christoffel von Grimmelshausen.⁴⁹ Sein Thema: Die Welt – ein Narr (vgl. Anm. 30 und hier Abb. 7) wird durch die seltsamen Erlebnisse des Titelhelden, eines Toren mit dem kennzeichnenden Namen Simplicius, in zeitloser Aktualität vor dem Leser ausgebreitet.

Um die Mitte des 15. Jh. nehmen die Darstellungen von Narren in bebilderten Handschriften, in den Drucken, in Altarmalereien und im Bereich der Bauplastik sowohl an Sakral- und Profanbauten deutlich zu.⁵⁰

Gegen die Jahrhundertwende vermehren sich die Darstellungen vor allem in der Malerei⁵¹ insbesondere in der niederländischen rasant, um dann in den apokalyptischen



Abb. 13 Vor dem Tod fliehender Narr und Tod im Narren-gewand. Detail aus „Triumph des Todes“ von Pieter Bruegel, kurz nach 1560, Madrid, Museum del Prado (Mezger, Narren-idee Abb. 233).

Schreckensbildern des Hieronymus Bosch⁵², der damit in seiner Malerei alle Stände einer Kritik unterzieht, und in den Bildern von Pieter Bruegel⁵³ vollends ihren Höhepunkt zu finden (Abb. 13).

Narrendarstellungen fanden auch Eingang auf unzählige Alltagsgegenstände wie Kacheln, Trinkgefäße, Spielkarten (z. B. Abb. 14) und natürlich als kleine Tonfiguren.⁵⁴

Bei der Bearbeitung von spätmittelalterlichen Kruselerfiguren aus dem Germanischen Nationalmuseum Nürnberg⁵⁵ waren aus der großen Gruppe spätmittelalterlicher und frühneuzeitlicher Tonfigürchen auch sechs Narrenfigürchen bekannt geworden. Vier davon, ein stehender Narr mit Marotte⁵⁶ in der rechten Hand⁵⁷ und drei Kopffragmente musizierender Narren⁵⁸ stammen aus Köln. Ein Figürchen aus dem Landesmuseum Mainz mit unbekanntem Fundort scheint dem Marottenträger aus Köln sehr ähnlich wenn nicht sogar modelgleich zu sein. Er weist ebenso wie sein Kölner Pendant mit dem ausgestreckten Zeigefinger der linken Hand auf den Kopf seines Ebenbildes. Ein weiterer, Dudelsack blasender Narr im Württembergischen Landesmuseum in Stuttgart stammt vom Lorcher Ortsteil Reichenhof im Ostalbkreis. Zeitlich lassen sich die Figür-

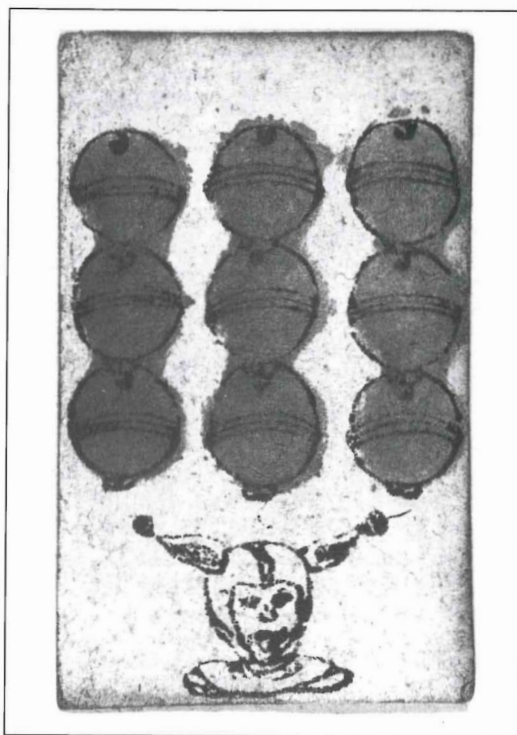


Abb. 14 Spielkarte, 1555 Germanisches Nationalmuseum Nürnberg, Kupferstichkabinett, Sp. 5731, 515 (Mezger, Narrenidee Abb. 112).

chen ins ausgehende 15. bzw. beginnende 16. Jh. einordnen. Lediglich das deutlich altertümlicher wirkende Exemplar aus Reichenhof scheint von seiner Machart her eine Datierung in die erste Hälfte des 15. Jh. zu rechtfertigen. Das hier vorgestellte und behandelte Figürchen aus Eschwege lässt sich am ehesten in die Reihe der beiden modelgleichen Exemplare aus Köln und dem Mainzer Landesmuseum stellen.

Die geografische Verbreitung der Narrendarstellungen sowohl in der Literatur wie auch in der Kunst erstreckt sich auf das Gebiet nördlich der Alpen mit Schwerpunkten am Oberrhein und in den Niederlanden eingrenzen. Südlich des Hauptalpenkammes, in Italien und Spanien, war das Bild des Standardnarren zwar bekannt, konnte sich aber nicht in gleicher Verbreitung durchsetzen wie im Norden.⁵⁹

Die Eschweger Narrenfigur

Das umfassende Standardwerk von W. Mezger zur Narrenidee lässt keinen Zweifel daran, dass die Sinnzusammenhänge der Narrendarstellungen den spätmittelalterlichen Menschen sehr wohl bewusst waren und der Narr daher in seiner Symbolik als Epochensignum für den Umbruch vom Mittelalter zur Neuzeit zu verstehen ist.

Die hier vorgestellte Eschweger Narrenfigur steht am Ende der ikonografischen Entwicklung des Narrenbildes im 15. Jh., dessen bildliche Symbolik um diese Zeit abgeschlossen war.

Tatsächlich kann die Figur nur nach 1494, nach der Erscheinung des Narrenschiffes von Sebastian Brant angefertigt worden sein. Obwohl aufgrund der technischen Vorgaben nicht alle seinerzeit bekannten Narrenattribute an der kleinen Figur abgebildet sein können, sind doch Narrenkugel mit Schelle, Eselsohren und Hahnenkamm, Narrenkleidung, Geldbeutel und die Allegorie des Verschweigens der göttlichen Wahrheit an der Figur zu finden. Dieser Detailreichtum zeigt, dass dem Töpfer die zeitgenössischen Narrendarstellungen bekannt gewesen sein müssen.

Zudem spricht die technische Ausführung mittels zwei Model ebenfalls nicht gegen ein Entstehungsdatum um 1500. Da das Kanonissenstift in Eschwege 1527 säkularisiert und der Friedhof ab dieser Zeit nicht mehr benutzt wurde, lässt sich die Entstehungszeit der Figur in die Jahre zwischen 1494 und 1527 eingrenzen.

An der Eschweger Figur ist fast die gesamte Bandbreite der Hauptsünden dargestellt. Der Eschweger Narr personifizierte damit das diesseitige sündenbefrachtete Leben des gottesfernen Menschen, ja den Gottesfrevler und damit im Sinne des Vanitasgedanken den Tod. Als Metapher für diese Bedeutung – alles Irdische ist vergänglich und nichtig – wurde die Figur offenbar der Bestattung beigelegt.

Interessanterweise lassen sich die tönernen Narrenfiguren nicht in den gleichen zah-

lenmäßig großen Serien wie z. B. Christkin-der, Reiter- oder Kruselerfiguren nachweisen, die zeitgleich auftreten. Vielleicht wurden tönernen Narrenfiguren nur für einen bestimmten Zweck verwendet. Sollte es sich dabei – als Symbol für den Tod – auch um Grabbeigaben handeln, dann hätte man der Darstellung in Ton als langlebigem Material in der Erde gegenüber einer Druckgrafik sicher den Vorzug gegeben.

Auch heute berührt die kleine Figur in ihrer tiefen Symbolik den Betrachter existentiell und scheint uns nahe – vielleicht weil sie an der Wiege der Neuzeit steht, einer Epoche, der wir heute angehören und die in unserer Gegenwart angesichts ökonomischer Unsicherheiten, globaler Klimaveränderungen, Migrationsproblematiken und zunehmender Gewalterscheinungen in der Gesellschaft für viele Anzeichen einer Endzeit aufweist.

Der tönernen Narr scheint für uns eine zeitlose Figur zu sein, deren Narrenattribute auch in unserer Zeit nichts von ihrer Aktualität verloren zu haben scheinen. Die Verfasser dieser Untersuchung sehen sich beim Anblick der Handhaltung der Figur jedenfalls spontan an das gegenwartsbezogene russische Sprichwort erinnert: „Wo das Geld spricht, schweigt die Wahrheit.“

Abkürzungsverzeichnis

Brant, Narrenschiff

Sebastian Brant, Das Narrenschiff (Stuttgart 2005).

Grönke/Weinlich, Mode

E. Grönke/E. Weinlich, Mode aus Modeln. Kruseler- und andere Tonfiguren des 14. bis 16. Jahrhunderts aus dem Germanischen Nationalmuseum und anderen Sammlungen. Wissenschaftliche Beibände zum Anzeiger des Germanischen Nationalmuseums Bd. 14 (Nürnberg 1998).

LMA

Lexikon des Mittelalters (Stuttgart/Weimar 1999).

Mezger, Narren

W. Mezger (Hrsg.), Narren, Schellen und Marotten. Elf Beiträge zur Narrenidee (Remscheid 1984).

Mezger, Narrenidee

W. Mezger, Narrenidee und Fastnachtsbrauch. Studien zum Fortleben des Mittelalters in der europäischen Festkultur. Konstanzer Bibliothek Bd. 15 (Konstanz 1991).

Anmerkungen

¹ Für das Zeichnen der Figur erfuhren wir Unterstützung von Martin Nadler M. A. und der Zeichnerin der Figur Nicole Riedel, beide Bayerisches Landesamt für Denkmalpflege, Dienststelle Nürnberg. Das Foto fertigte Heinz Ripka, Hilpoltstein/Mfr. Für das zur Verfügung stellen von Literatur danken wir Clemens Bertram, M. A., LfDH Wiesbaden, und Dr. Birgit Friedel, Feucht.

² Zum Stift St. Cyriakus: Kulturdenkmäler in Hessen. Werra-Meißner-Kreis II. Stadt Eschwege. Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Hrsg. Landesamt für Denkmalpflege Hessen (Wiesbaden 1992) 31.

³ Grönke/Weinlich, Mode 18f.

⁴ Zur mittelalterlichen Kleidung LMA V 1198ff. s. v. Kleidung (R. Schmitz).

⁵ Mezger, Narrenidee 237ff.

⁶ LMA V 1143 s. v. Kopfbedeckung (E. Vavra).

⁷ Mezger, Narrenidee 237f.

⁸ Mezger, Narrenidee 239ff.

⁹ Brant, Narrenschiff.

¹⁰ Mezger, Narrenidee 214ff.

¹¹ 1 Kor. 13,1.

¹² Mezger, Narrenidee 268ff.

¹³ LMA VII 1573f. s. v. Schuh (E. Vavra).

¹⁴ Veronika Mertens, Mi-Parti als Zeichen. Zur Bedeutung von geteiltem Kleid und geteilter Gestalt in der Ständetracht, in literarischen und bildnerischen Quellen sowie im Fastnachtsbrauch vom Mittelalter bis zur Gegenwart. In: Dietz-Rüdiger Moser (Hrsg.), Kulturgeschichtliche Forschungen 1 (Remscheid 1983). – LMA VI 655 s. v. Mi-parti (E. Vavra).

¹⁵ Mezger, Narrenidee 31ff.

¹⁶ Mezger, Narrenidee 54.

¹⁷ Horst Herrmann: Die sieben Todsünden der Kirche (München 1992). – Diese Charakterisierung lässt sich bis ins 4. Jh. n. Chr. zurückverfolgen. – LMA VIII 1085ff. s. v. Laster (M. J. Tracey). – Ebd. 315ff. s. v. Sünde (L. Scheffzyk, B. Henstschel, J. Engemann, B. Schmitz). Es ist nicht verwunderlich, dass bildliche Umsetzungen der Sieben Todsünden auch im Oeuvre der niederländischen Maler Hieronymus Bosch (W. Bosing, Hieronymus Bosch um 1450–1516. Zwischen Himmel und Erde (Köln 2004) S. 24 Abb.) und Pieter Bruegel (R. H. Marijnissen, Bruegel. Das vollständige Werk (Antwerpen 2003) S. 84ff.) auftauchen (vgl. hier S. 98).

¹⁸ Zusammenfassend dazu LMA VI 1023ff. s. v. Narr (W. Mezger).

¹⁹ Die Herkunft des Wortes Narr (mittelhochdeutsch: narre; althochdeutsch: narro) ist nicht geklärt. Eine Erklärung leitet das Wort vom spätlateinischen „nario“ (Nasenrüpfer, Spötter) ab, eine andere die Herleitung von dem lateinischen Wort „narrator“ (Erzähler). Eine weitere Herleitung des Begriffs von verkümmerten Früchten, die gelegentlich ebenfalls „Narren“ genannt werden, wäre ebenfalls denkbar. Sie stünde mit dem Verständnis der mittelalterlichen Welt, verkrüppelte und geistig zurückgebliebene Menschen (= Narren) entsprechen nicht der Ebenbildlichkeit Gottes, in Verbindung.

Die Begriffe töre (Tor) und narre erscheinen ab dem 13. Jahrhundert im deutschen Sprachgebrauch. Töre ist bereits ab 12. Jh. nachweisbar und wurde von Beginn an auf Menschen mit körperlichen Anomalien und geistigen Störungen bezogen. Narre lässt sich erstmals zu Beginn des 13. Jh. nachweisen und bezeichnete ursprünglich nur Personen mit geistigen Defekten. Beide Bezeichnungen wurden dann später synonym verwendet.

²⁰ Mezger, Narrenidee 31ff. E. Barwig/R. Schmitz, Narren. Geistesranke und Hofleute. In: B.-U. Hegemöller, Randgruppen der spätmittelalterlichen Gesellschaft (Warendorf 2001) 238ff.

²¹ F. Seibt (Hrsg.) Europa im Hoch- und Spätmittelalter. Handbuch der Europäischen Geschichte 2 (Stuttgart 1987) 96ff.

²² Seibt (Anm. 21) 35; 115ff.

²³ F. Feldhaus, Die Technik der Antike und des Mittelalters (Leipzig 1931) 308ff. – A. Timm, Technologie und Technik im Übergang zwischen Mittelalter und Neuzeit. Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 46, 1959, 350–360. – L. White jr., Die mittelalterliche Technik und der Wandel der Gesellschaft (München 1968). – J. Gimpel, Die industrielle Revolution des Mittelalters (Zürich, München 1980). – G. Zinn, Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert (Opladen 1989) 55f. 64ff. 191ff.

²⁴ LMA II 815ff. s. v. Buchdruck (H. Schmid).

²⁵ B. Moeller, Deutschland im Zeitalter der Reformation³. J. Leuschner (Hrsg.), Deutsche Geschichte Bd. 4 (Göttingen 1988) 32ff. – Seibt (Anm. 20) 28ff. 118; 126f.

²⁶ Mezger, Narrenidee 51f.

²⁷ Seibt (Anm. 21) 276ff. 1161ff.

²⁸ Seibt (Anm. 21) 140f.

²⁹ Zu spätmittelalterlichen Krisen Seibt (Anm. 21) 34ff. 137ff.

³⁰ Mezger, Narrenidee Abb. 22.

³¹ Seibt (Anm. 21) 151.

³² Ein Psalter (Psalterium) ist ein Buch (Handschrift oder Druck), das allein oder im Kern die biblischen Psalmen enthält, entweder in der hebräischen Originalsprache oder in einer der vielen Übersetzungen. Als Psalterium bezeichnet man ein mittelalterliches, häufig liturgisches Textbuch, welches den Text der 150 Psalmen in lateinischer Sprache enthält.

Der Psalter hatte im Mittelalter eine große Bedeutung im religiösen Alltag, da eine Andachtsübung mit täglichem Rezitieren von Psalmen außerhalb des Gottesdienstes sowohl beim Klerus als auch bei den Laien üblich war. Viele Psalterien sind nicht nur für Geistliche angefertigt worden, sondern auch als prächtig illuminierte Handschriften für Adlige. – LM VII 296ff. s. v. Psalm, Psalter (A. Gier).

³³ Mezger, Narrenidee 183ff.

³⁴ Mezger, Narrenidee 102ff.

³⁵ Mezger, Narren 514 Abb. 68. – Mezger, Narrenidee 103.

³⁶ Mezger, Narrenidee 419.

³⁷ H. Meier, Die Figur des Narren in der christlichen Ikonographie des Mittelalters. Das Münster. Zeitschr. Christliche Kunst und Kunstwissenschaft 8, 1955 1ff. – Mezger, Narrenidee.

³⁸ Zusammenfassend dazu LMA VI 1027f. (W. Mezger).

³⁹ Sebastian Brant (* 1457 oder 1458 in Straßburg † 10. Mai 1521 ebd.) war ein deutscher Jurist, Professor für beide Rechte an der Universität Basel (1489–1500) und von 1502 bis zu seinem Tod 1521 Stadtschreiber und Kanzler der Freien Reichsstadt Straßburg. – LMA II 574f. s. v. Brant (D. Wuttke).

⁴⁰ Mezger, Narrenidee 311ff.

⁴¹ Brant, Narrenschiff 2.

⁴² Albrecht Dürer: * 1471 in Nürnberg † 1528 ebd.; LMA III 1473ff. s. v. Dürer (C. H. Klemm).

⁴³ Johann Geiler von Kaysersberg: * 16. März 1445 in Schaffhausen † 10. März 1510 in Straßburg; einer der bedeutendsten deutschen Prediger des ausgehenden Mittelalters.

- ⁴⁴ Thomas Murner: * 1475 in Oberehnheim † 1537 ebd., katholischer Publizist und Dichter, literarisch bedeutendster Gegenspieler Martin Luthers.
- ⁴⁵ Martin Luther: * 1483 in Eisleben † 1546 ebd., theologischer Urheber und Lehrer der Reformation.
- ⁴⁶ LMA III 2096ff. s. v. Erasmus von Rotterdam (O. Heding).
- ⁴⁷ Erasmus von Rotterdam: Lob der Narrheit (Leipzig 2005).
- ⁴⁸ Till Eulenspiegel war ein Schalksnarr (Gaukler) und Titelheld eines mittelniederdeutschen Volksbuches. Das Buch „Ein kurzweilig Lesen von Dyl Ulenpiegel, geboren uß dem Land zu Brunßwick, wie er sein leben volbracht hat...“ wurde anonym veröffentlicht. Die älteste erhaltene Fassung stammt aus dem Jahr 1510/1511. Nach dem genannten Volksbuch wurde Till Eulenspiegel im Jahr 1300 in Kneitlingen am Elm geboren und starb nach Angaben auf einem Gedenkstein 1350 in Mölln. – LMA IV 94ff. s. v. Eulenspiegel (B. U. Hucke).
- ⁴⁹ Hans Jacob Christoffel von Grimmelshausen, Der abenteuerliche Simplicissimus. Aus dem Deutschen des 17. Jahrhunderts von R. Kaiser (Frankfurt a. M. 2009).
- ⁵⁰ Mezger, Narrenidee Abb. VI, VII, XXXVIII, 23, 24, 35, 37, 42, 79, 86, 88, 93 a–b, 98–100, 110, 111, 122, 126–129, 137, 138, 140, 156, 157, 255 (Buchmalerei, Illustrierte Handschriften); LIV, 5–8, 10–12, 14–17, 21, 22, 25–27, 32, 36, 38, 43, 48, 53–59, 62–65, 67, 68, 70–75, 78, 82, 85, 89, 90, 92, 94, 996, 97, 105, 107, 108, 113, 115, 116–119, 121, 123, 124, 131, 135, 136, 142, 143, 145, 155, 161, 170–172, 174, 175, 179, 180, 182, 200, 206, 212, 222, 225, 228–232, 234, 235, 238, 240, 248, 249, 252, 254 (Druckgrafik); 18, 40, 60, 69, 91, 130, 162, 163, 176, 177, 242, 245a, 256, 257 (Plastik, Bauplastik).
- ⁵¹ Mezger, Narrenidee Abb. 4, 106, 109, 119, 124, 146, 164, 173, 177, 190, 201, 223, 233, 243, 244, 246. 247.
- ⁵² Hieronymus Bosch: * 1450 in s'Hertogenbosch † 1516 ebd.
- ⁵³ Pieter Brueghel der Ältere: * um 1525 in Breda † 1569 in Brüssel.
- ⁵⁴ Mezger, Narrenidee Abb. 13, 61, 80, 81, 95, 104, 112, 120, 133, 139, 147, 151, 191; Detlef Hoffmann, Altdeutsche Spielkarten 1500–

1650, Nürnberg 1993, Kat.Nr. 3, 5, 7, 15c, 15d, 55b, 56a, 61, 80, 82, 83–86, 100–111, 115b.

⁵⁵ Grönke/Weinlich, Mode.

⁵⁶ H. Meininghaus, Narrenzepter oder Marotten. Weltkunst 72, 2002, 2031ff.: Das Narrenzepter bzw. die Marotte entwickelte sich aus dem ursprünglicheren Narrenattribut der Keule, wie sie auf frühen Psalterdarstellungen zu erkennen ist. Sein offensichtlichste Kennzeichen ist die Umwandlung der Keulenspitze in einen Kopf, der ein Abbild des eigenen Narrenkopfes darstellt. Somit erkennt der Narr in seiner Selbstverliebtheit nur sich und ist unfähig zur Nächsten- und Gottesliebe, was wiederum seine negative Einordnung unterstreicht.

⁵⁷ H. Wilm, Gotische Tonplastik in Deutschland (Augsburg 1929) 118 Abb. 192 oben Mitte links.

⁵⁸ R. Neu-Kock, Heilige & Gaukler. Kölner Statuetten aus Pfeifenton – eine volkstümliche Kunstgattung aus dem Spätmittelalter. Beiträge zur Keramik 4 (Düsseldorf 1992) 27 oben links.

⁵⁹ Mezger, Narrenidee 29.

Veröffentlichungen aus dem Werra-Meißner-Kreis im Jahre 2009

Martin Arnold, Karl Kollmann (Hg.): Alltag reformierter Kirchenleitung. Das Diensttagebuch des Eschweger Superintendents Johannes Hütterodt (1599–1672). Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen 46. Kleine Schriften 10, Marburg: Elwert 2009 (ISBN 978-3-7708-1328-5), 132 S. + CD-Rom, geb., 15,00 €

Für den 8. Mai 1643 trug Johannes Hütterodt nach einem Amtsbesuch in Harmuthsachsen in sein Diensttagebuch ein: „Erstens ist es dem Pfarrer untersagt, sich in politische Händel einzumischen und soll er sich der Zecherei enthalten. Zweitens ist den Kastenmeistern anbefohlen, an der Kirche zu machen, was notwendig ist, und den Adel dafür um Hilfe anzuhalten. Drittens gesteht Reutze Mühlhausen, er habe, als er im vergangenen Herbst nachts um 1 Uhr von der Hochzeit seiner Tochter heimkam, in die Kammer des Knechts geleuchtet, und ihm sei von dessen Bett die Magd entgegen gekommen. Morgens habe er ihr den Dienst gekündigt, aber weil er sie nicht bei der Hurerei erwischt habe und nichts beweisen könne, habe er sie nicht rügen können.“

Allein diese kurze Stelle aus dem 1761 Seiten starken handschriftlichen Protokollbuch des Superintendents Johannes Hütterodt, der von 1638 bis 1660 akribisch Buch über seinen Dienst führte, zeigt, wie vielfältig die Aufgaben waren, um die sich der hochrangige kirchliche Amtsinhaber zu kümmern hatte. Kaum eine andere erhaltene Quelle gibt in dieser Detailfülle Informationen über das tägliche Leben und die regionale Geschichte im 17. Jahrhundert. Für Harald Griebinger, Mitarbeiter des Stadtarchivs

Eschwege, und Dr. Karl Kollmann bedeutete es einige Jahre harter Arbeit, die verschnörkelte Handschrift zu erfassen und zu transkribieren, so dass der Text nun mit der Unterstützung von Dr. Martin Arnold in der Reihe der Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen herausgegeben werden konnte.

Bei der Publikation beschränkten die Herausgeber technisch neue Wege, denn während das Buch eine Einführung zur Person Hütterodts und dessen Amtes sowie der politischen Situation Hessens im 17. Jh. gibt, befindet sich die Textedition selbst auf einer beiliegenden CD-Rom. Elektronisch kann man nun im Text nach Stichworten suchen. Gleichzeitig stellt das Hessische Landesamt für geschichtliche Landeskunde den Text online zur Verfügung. Unter <http://lagis.online.uni-marburg.de/de/huetterodt> kann jeder Internetbenutzer im Text suchen und stöbern.

Im Textband gibt zu Beginn Karl Kollmann einen knappen Überblick über die Biografie Hütterodts und seiner Familie. Günter Hollenberg fasst die politische Geschichte Hessens-Kassels zur Zeit Hütterodts zusammen. Martin Arnold untersucht das Amt des Superintendents im Rahmen der hessischen Kirchenverfassung des 17. Jh. Susanne Rappe-Weber stellt das Diensttagebuch als Instrument der kirchlichen Amtsführung dar. Jochen Ebert, Thomas Diehl und Ingrid Rogmann beleuchten kirchliche Amtsträger und adlige Herren zwischen Kooperation und Konflikt. (Kristin Weber)

Eschwege – Ein kunst- und kulturgeschichtlicher Stadtführer, herausgegeben vom Geschichtsverein Eschwege, 96 Seiten, viele Schwarz-weiß-Fotos, ISBN 978-3-928172-33-2, 5,00 €

Nach 2000 wurde der kunst- und kulturgeschichtliche Stadtführer für Eschwege Ende 2009 zum zweiten Mal aktualisiert und

bei der Gelegenheit um ein weiteres Kapitel erweitert. York-Egbert König trug 14 Seiten über hiesige Persönlichkeiten bei. Dabei stellt er auf den Rundgang zu Wohn- und Wirkungsstätten mehr und weniger bekannte, teilweise inzwischen auch bereits vergessene Persönlichkeiten vor, über 40 an der Zahl. Auf den 36 Stationen lernt der Leser Heinrich Heines Entdeckerin Elise von Hohenhausen und ihre Tochter Elise Friederike Rüdiger ebenso kennen wie unter anderem den Lützower Jäger Jacob Christoph Heinemann und den Komponisten und Sänger G.G. Anderson, den Grafiker und Kunstmaler Alfred Lomnitz und den kaiserlichen Hoffotografen Oscar Tellgmann, die Kunstfliegerin Vera von Bissing und die Schauspielerin Rita Russek.

Ansonsten sind in dem Stadtführer, der die Lücke zwischen oberflächlichen Reiseführern und der ausführlichen, aber meist unhandlichen Spezialliteratur schließen soll, alle Kapitel beibehalten. Da werden der Naturraum Eschweger Becken und die geschichtliche Entwicklung der Stadt ebenso wie die Kulturdenkmale beschrieben. Rundgänge befassen sich mit der Siedlungsgeschichte, den Spuren des Judentums, dem Fachwerk sowie der Wirtschafts- und Industriegeschichte, eine Rundfahrt geht über die eingemeindeten Dörfer. Auch besonders erwähnenswerten Frauen der Eschweger Geschichte war schon ein Kapitel gewidmet. Da war es nur konsequent, endlich auch viele andere Persönlichkeiten der Stadt – darunter auch noch Frauen – vorzustellen.

Wer nicht nur mal schnell durch Eschweger huschen will, sondern mehr über Geschichte und Denkmäler der über 1000-jährigen Stadt erfahren möchte, sollte mit diesem Büchlein beginnen. Das sei insbesondere auch den Einheimischen empfohlen. Vom Format her nach wie vor handlich, ist die Neuausgabe in einem Detail weniger praktisch geraten: Die Klammerheftung gewährte ein leichteres Blättern als die jetzige Klebung. (Stefan Forbert)

Chronik Breittau 1260–2010. Hg. vom Festausschuss, Sontra-Breittau 2009. 485 S., brosch., mit zahlreichen, meist s/w-Abb., 16,95 €

Das runde Ortsjubiläum, das im Juli 2010 feierlich begangen werden soll, gab Anlass zur Erstellung dieser umfangreichen Ortschronik, die noch kurz vor Weihnachten 2009 heraus gekommen ist. Als Eigenleistung vom Festausschuss erstellt und über eine Online-Druckerei vervielfältigt, bietet sie eine Fülle von Wissenswerten über das Dorf im Ulfetal, und gewiss fiel es schwer, das umfangreiche Material zu ordnen; das Inhaltsverzeichnis ist hier sehr hilfreich. Auf alle Aspekte der Ortsgeschichte im Einzelnen einzugehen, würde hier zu weit führen; daher nur einige Randbemerkungen: Man sieht dem Buch die jahrelange Vorbereitung an, denn so etwas kann man nicht in kurzer Zeit zusammenstellen. Allen Autoren und weiteren Helfern ist daher ein großes Lob zu zollen. Dass man die einzelnen Beiträge nicht ihren Autoren zuweisen kann, ist allerdings etwas schade. Nicht schlecht ist die Idee, alte Originaltexte in einer computergenerierten Frakturschrift abzdrukken; ob vor allem die jüngeren Leser damit klar kommen, wird sich zeigen. Die Literaturnachweise sind etwas unübersichtlich gestaltet. Sehr positiv fällt die ausführliche Kommentierung der Kastervorbeschreibung von 1766 ins Auge. Auch sonst sind viele Originalquellen benutzt, zum Teil im Wortlaut abgedruckt und entsprechend kommentiert worden. Wohl alle Aspekte des dörflichen Lebens der vergangenen 750 Jahre haben in der Chronik ihre Berücksichtigung gefunden, und man mag dem Buch eine gute Verbreitung wünschen, vor allem im Jubiläumsort selbst. (Karl Kollmann)

Diemerode. Chronik. Erinnerungen an die 700-jährige Geschichte eines Dorfes und seiner Bewohner. Sontra-Diemerode: Selbst-

verlag 2009, 391 S., zahlreiche s/w-Abb., geb., 25,00 €

Anlässlich der urkundlichen Ersterwähnung vor über 700 Jahren – der Name Diemerode erscheint erstmals mit der Nennung eines Eschweger Ratsherren „Conradus von Dymmarod“ im Jahre 1308 – beging der Sontraer Stadtteil (seit 1971) im Sommer 2009 sein Ortsjubiläum und der Festausschuss legte diese umfangreiche Chronik des Dorfes vor. Man konnte dabei auf bereits vorliegende Sammlungen von fast allem Wissens- und Erwähnenswerten zurück greifen, die von den Lehrern Emil Winkelmann und Wilhelm Reidt sowie dem ehemaligen Bürgermeister Otto Oschmann angelegt worden waren. Die Redakteure Uwe Schmidt, Udo Göbel und Reinhard Brandau haben dieses Material gesichtet, geordnet und bearbeitet sowie zahlreiche Aspekte der jüngeren Ortsgeschichte hinzugefügt und – nicht zuletzt – eine große Zahl historischer Fotos gesammelt. So spannt sich der Bogen beginnend mit über 80 Seiten chronologischer Ortsgeschichte über Beiträge zur Gemarkung, zur Gemeindeverwaltung, zur Kirchen- und Schulgeschichte bis hin zum Handwerk und der Landwirtschaft und schließlich zu den sechs örtlichen Vereinen. Ein Kernstück stellt das Hausbuch dar, das auf über 100 Seiten die Diemeröder Häuser vorstellt. Erwähnenswert ist ferner ein Beitrag über die ehemalige jüdische Gemeinde in Diemerode, der allerdings in seinen Anfangszitaten eine Überarbeitung nötig gehabt hätte. (Karl Kollmann)

700 Jahre Diemerode, 125 Jahre Freiwillige Feuerwehr, 30 Jahre Landfrauenverein. Diemerode: Selbstverlag 2009, 36 (ungez.) S., brosch.

Man nutzte anlässlich des Ortsjubiläums den Synergieeffekt der Einbeziehung von zwei weiteren Jubiläen, nämlich dem der

Feuerwehr (125 Jahre) und des Landfrauenvereins (30 Jahre). Am 14. Juni 2009 gab es einen beachtlichen stehenden Festzug, der offenbar fast alle Einwohner des Dorfes einbezog, denn für den laufenden Festzug blieb nicht mehr viel übrig. In der Festschrift finden sich neben den obligatorischen Grußworten zahlreiche Anzeigen zur Finanzierung des Festes sowie eine Kurzfassung der Ortsgeschichte für eilige Leser. (Karl Kollmann)

800 Jahre Retterode 1209–2009. Hess. Lichtenau-Retterode: Selbstverlag 2009, 307 S., zahlreiche überwiegend s/w-Abb., geb., 18,00 €

Retterode nutzte bereits vor 25 Jahren die Gelegenheit und beging damals das 775-jährige Ortsjubiläum mit der Erstellung einer Chronik und dem Feiern eines Festes. Schon sind 25 Jahre verflogen, und nun stand das runde Jubiläum an. Was die Forschung zur Dorfgeschichte betrifft, so konnte man auf die damalige Publikation zurückgreifen und hat einige Beiträge nahezu unverändert übernommen. Aber auch viel Neues wurde erforscht und zu Papier gebracht. Es ist fast unmöglich, auf die einzelnen Beiträge einzugehen, denn es wurde kein Aspekt der Ortsgeschichte ausgelassen. Beim nächsten Jubiläum in 25 Jahren kann man sich dann wohl auf das letzte Vierteljahrhundert beschränken. Diesmal kann man dem Festausschuss jedenfalls zu dem gelungenen und ansprechenden Werk gratulieren. Eine Reihe guter Kenner der Regionalgeschichte haben ebenso daran mitgearbeitet wie die örtlichen Vertreter der Vereine und der Verwaltung. (Karl Kollmann)

Chronik Rommerode. Großalmerode-Rommerode: Magistrat 2009 (ISBN 978-3-00-027930-0), 651 S., zahlreiche s/w-Abb., geb., 15,00 €

Der Anlass zum Ortsjubiläum taucht im Buchtitel gar nicht auf: 900 Jahre ist es her, seit Rommerode zum ersten Mal urkundlich genannt wurde, und zwar anlässlich einer Besitzübertragung an das Kloster Kaufungen in „Rodemanerode“. Auf der Urkunde steht zwar das Jahr 1009, aber das ist leider ein Schreibfehler, darüber sind sich alle Historiker einig, und so darf Rommerode auf die Tausendjahrfeier noch ein Jahrhundert warten. Dank der jahrelangen Vorarbeiten des Hauptautors Hermann Nobel und einer Finanzierung aus Mitteln der Dorferneuerung konnte dies wahrhaft epochale Werk herausgegeben werden. Das Buch ist klar gegliedert in Einleitung, Geologie, Ortsgeschichte, Kultur (mit Kirche und Schule), Gewerbe mit Industrie und Verkehr (darin auch der Bergbau), Dorfgeschichten und Sonstiges sowie einen Anhang, der aus einer Häuserbeschreibung des alten Dorfkerns besteht. Entstanden ist eine beispielhafte Ortsgeschichte, die sich andere Orte zum Vorbild nehmen können, und auch ein Nachschlagewerk für alle Rommeröder und die an Geschichte interessierten Nachbarn. (Karl Kollmann)

Thilo F. Warneke: Industriekultur in Großalmerode. Führer durch das Glas- und Keramikmuseum. Großalmerode 2009, 120 S., zahlreiche z. T. farbige Abb.; 10,00 €

Das Glas- und Keramikmuseum Großalmerode weist sich schon durch seinen Namen als ein Spezialmuseum aus. Begründet auf das Vorkommen spezieller hochwertiger Tone entstand in der Region um Großalmerode schon früh ein zwar kleinräumiges, aber bedeutendes und hoch spezialisiertes Industriezentrum. Keramik- und Glasprodukte dominierten schon in der frühen Neuzeit; die Braunkohle kam erst später hinzu und wurde bis vor wenigen Jahren abgebaut, während die Tonvorkommen nach wie vor ausgebeutet werden.

Das Buch ist weniger ein Gang durch das Museumsgebäude als vielmehr ein Führer

durch die Industrie- und Kulturgeschichte der Region Großalmerode. Ausgehend von Ton und Glas geht der Autor auch den Spezialprodukten nach (Baukeramik, Tiegel, Pfeifen, Schneiderkreide). Im Kapitel „Arbeit, Wohnen und Freizeit“ wird ein Stück Sozialgeschichte kurz dargestellt, in einem weiteren Kapitel der Heimatmaler Heinrich Pforr vorgestellt, dessen Werke im Museum ausgestellt sind.

Hier liegt mehr vor als ein Führer durch ein Museum, vielmehr ist es gelungen, einen kurzen Abriss der Industrie- und Kulturgeschichte von Großalmerode in einer handlichen, lesbaren und informativen Form vorzulegen. Die vor einigen Jahren publizierte Stadtgeschichte erfährt hiermit eine hervorragende Ergänzung. (Karl Kollmann)

Peter Wiechmann (Text), Josep Gual, Juan Sarompas (Zeichnungen): Thomas der Trommler. Ludwigsburg: Amigo Grafik 2009, 158 S., geb., 26,00 €

Regionale Geschichte als Comic – ein Wagnis? Peter Wiechmann hat die Herausforderung angenommen und die schon lange erarbeitete Idee nun zu einem repräsentativen Band im Format 21 x 28 cm herausgebracht. Die Geschichte des jungen, begabten Thomas, der sich durch die Jahre des Dreißigjährigen Krieges – meist in unserer Heimat – schlägt und bewährt, ist von den beiden spanischen Zeichnern Gual und Sarompas aufwändig in Bilder umgesetzt worden. Keine knappen Skizzen in wenigen Strichen, sondern detailgetreue Figuren und Szenen lassen über den Aufwand staunen, der hier zugrunde liegt. Über die Story soll hier nicht viel verraten werden. Wohl aber ist darauf hinzuweisen, dass es einige redaktionelle Einschübe zum historischen Hintergrund gibt, die über das schreckliche Kriegsgeschehen informieren, dass nun über 350 Jahre zurückliegt, aber immer noch im Gedächtnis des Volkes tief eingepägt ist. (Karl Kollmann)

Kristin Weber: 1066 – Die normannische Eroberung Englands, Eschwege: Schäfer 2008 (ISBN 978-3-93948-05-5), 148 S., 197 farbige Abb., brosch., 19,95 €

Die aus Neuerode stammende Historikerin hatte bereits anschaulich über ein Reenactment der Schlacht von Hastings im Jahre 2006 vor dem Geschichtsverein Eschwege referiert. Dieses farbenprächtige Ereignis findet immer dann statt, wenn der 14. Oktober wie zum Zeitpunkt der Kämpfe wieder auf einen Samstag fällt. Jetzt dienen die Aufnahmen von damals neben den einzigartigen Darstellungen auf dem Teppich von Bayeux als illustrierender Hintergrund, vor dem in spannender Weise die historischen Ereignisse des Jahres 1066 an der englischen Südküste quellennah und -kritisch geschildert werden, die – ausgehend von einem Streit um die rechtmäßige Thronfolge in London – letztlich zur Eroberung der Insel durch die Normannen führten. (York-Egbert König)

Henning Schäfer: Übers Grab hinaus, Roman, Eschwege: Schäfer 2009 (ISBN 978-3-030482-06-2), 331 S., brosch., 9,80 €

Krimis mit lokalen Bezügen haben Konjunktur. Seit einiger Zeit wird z.B. in Kassel und Göttingen, in der Eifel oder sogar im alten Preußen recht erfolgreich ermittelt. Auch Heinrich Gerhard, die kriminalistische Spürnase aus Oberhone, ist wieder unterwegs, inzwischen bereits zum 5. Mal. Ein verschwundener Freund, ein toter Mönch, ein altes Geheimnis hinter Klostermauern u.a.m. sind die Zutaten zu einem weiteren spannenden Fall, zu dessen Aufklärung der Weg von Eschwege über Borken und Großalmerode in die nordhessischen Wälder führt. Neben der Spannung darf aber auch der Humor wieder nicht fehlen und man begegnet erneut altbekannten Figuren wie Charly Montag und Gunter Schröder. Mehr sei an dieser Stelle nicht verraten! (York-Egbert König)

100 Jahre Turn- und Sportverein Waldkappel 1909 e.V., Waldkappel: Selbstverlag 2009, 160 S., zahlreiche farbige u. s/w-Abb., brosch.

Zum 100-jährigen Jubiläum des TSV Waldkappel hat der Redakteur Horst Haberland eine beeindruckende Vereinschronik vorgelegt. Auf die Grußworte folgen über 30 Seiten Vereinsgeschichte mit vielen Fotos und Faksimiles von Dokumenten; sodann werden die Abteilungen Fußball, Tischtennis, Leichtathletik, Turnen und Tennis behandelt. Hier haben auch mehrere Autoren speziell ihren Beitrag geleistet. Als „Deutscher Turnverein“ im Jahre 1909 gegründet, musste er sich in den Zwanziger Jahren gegen konkurrierende Sportvereine behaupten und wurde im „3. Reich“ zunächst problemlos in die Deutsche Turnerschaft integriert, bevor die NSDAP das Heft ganz in die Hand nahm. Nach dem Krieg gelang der Neustart ohne große Schwierigkeiten, das Angebot wurde verbreitert und bis heute erfolgreich weiter betrieben. Im Jubiläumsjahr 2009 präsentiert sich der Verein mit 791 Mitgliedern in fünf Abteilungen. (Karl Kollmann)

90 Jahre SV Adler Weidenhausen 1919–2009, Meißner-Weidenhausen: Selbstverlag 2009, 48 (ungez.) S., viele meist farbige Abb., geh.

1919 als Arbeitersportverein gegründet, stand der Fußball von Anfang an im Vordergrund der Vereinsaktivitäten. Die Vereinsgeschichte ist fast ausschließlich Fußballgeschichte, mit dem Höhepunkt 1998, dem Aufstieg in die Landesliga Nord. Zur Zeit befindet sich der Verein in einer Umbruchs- bzw. Neuorientierungsphase und sieht mit Zuversicht dem 100. Jubiläum in zehn Jahren entgegen. Der Inhalt des Heftes ist trotz vieler Anzeigen sehr informativ. (Karl Kollmann)

Logbuch. 40 Jahre Werratalsee-Segelclub 1969 Eschwege e.V. Eschwege: Selbstverlag 2009, 40 S., meist farbige Abb., geh.

Der Werratalsee vor den Toren Eschweges machte eine Vereinsgründung möglich, die hier ihr 40-jähriges Jubiläum feiern kann. Der fortschreitende Ausbau des Werratalsees vergrößerte einerseits die Entfaltungsmöglichkeiten des Vereins, schuf aber auch Konkurrenz mit anderen Wassersportvereinen wie den Ruderern und den Surfern. Im A 4-Querformat wird hier die Vereinsgeschichte beleuchtet. Fast 100 Segelboote nennen den Werratalsee im Jubiläumsjahr ihre Heimat, und: gibt es ein schöneres Bild als Segelboote vor blauem Himmel in unserer schönen Landschaft? (Karl Kollmann)

Familienbroschüre für Eschwege. Eschwege: Bündnis für Familie 2009, 142 S., zahlreiche farbige Abb., brosch., 5,00 €

Das lokale „Bündnis für Familie“ wurde in Eschwege 2007 als erster Kommune im Kreisgebiet gegründet. Die Broschüre gibt einen Überblick über die familienspezifischen Angebote in Eschwege, gegliedert nach zahlreichen Stichworten und mit Angabe der jeweiligen Kontakte. Möge diese informative Schrift, die auch über die Zielgruppe hinaus für viele Einwohner interessant sein dürfte, eine weite Verbreitung finden! (Karl Kollmann)

Veröffentlichungen aus den thüringischen Nachbarkreisen im Jahre 2009

von York-Egbert König

Josef Reinhold / Günther Henkel (Hgg.): 800 Jahre Burg Scharfenstein 1209–2009. Beiträge zur Geschichte von Burg und Amt Scharfenstein, hg.i. A. d. Stadt Leinefelde-Worbis, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-936617-89-4), 304 S., 77 farbige und 122 s/w Abb., geb., 22,90 €

Mit der vorliegenden Publikation wird eine weitere Lücke in der regionalen Burgenliteratur geschlossen. Anlässlich der 800-Jahr-Feier der Ersterwähnung im Jahre 1209 haben sich 7 Autoren in 11 Beiträgen mit ausgesuchten und wichtigen Stationen in der Geschichte von Amt und Burg Scharfenstein beschäftigt, einer mittelalterlichen Höhenburg über dem Leinetal bei Beuren mit weitem Ausblick in die Landschaft, der wohl schon bei der Anlage ausschlaggebend war. Die Geschichte der Burg wird von den Anfängen bis zur Gegenwart dargestellt, während die Geschichte des Amtes mit den dazu gehörigen Dörfern eher vom 16. bis zum 19. Jh. bedeutend war. Ausführlich wird der Aufenthalt Heinrich Pfeiffers auf der Burg und deren Zerstörung durch die aufständischen Bauern im Jahre 1525 geschildert. Ein weiteres Kapitel ist der Baugeschichte gewidmet. Bildliche Impressionen von der Örtlichkeit und ein illustrierter Rundgang um das Gemäuer schließen den eindrucksvollen Band ab.

Josef Reinhold / Günther Henkel: Die Burg Scharfenstein im Eichsfeld in Geschichte und Gegenwart, hg. v. d. Stadt Leinefelde-

Worbis, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-86944-010-1), 80 S., 62 Abb., 1 Wanderkarte im Anhang, gehft., 5,00 €

Wem die oben vorgestellte Jubiläumschrift zu schwergewichtig sein sollte, der wird evtl. gern auf diesen neuen kleinen und preisgünstigen Burgführer im praktischen Format von 12x17cm zurückgreifen wollen, in dem die beiden Autoren in gekürzter Form auf die wichtigsten Aspekte aus der Geschichte der Burg und deren Baugeschichte eingehen, erstmals werden auch Baualtungspläne vorgelegt. Die beigegefügte und von Alexander Baum bearbeitete Wanderkarte zeigt die Burg Scharfenstein im Mittelpunkt des Wegenetzes.

York-Egbert König/Thomas T. Müller (Hgg.): Heiligenstadt – ein Lesebuch, Husum: Husum 2009 (ISBN 978-3-89876-246-5), 208 S., brosch., 9,95 €

Schon seit dem Mittelalter galt Heiligenstadt als die bedeutendste Stadt des Eichsfeldes. Hier befand sich seit jeher das kirchliche und bald auch das Verwaltungszentrum der gesamten Region. Ein detailliertes Porträt der Stadt von ihren Anfängen bis heute in einer Reihe von Geschichten und Anekdoten über die verschiedenen Epochen der Historie – mal ernst und mit wissenschaftlicher Ambition, mal essayistisch, mit Humor oder in der dem Obereichsfeld eigenen Mundart verfasst – zeichnet der Band *Heiligenstadt* aus der Reihe der „Lesebücher“.

Es ist der jüngste von nunmehr 66 Bänden, von denen schon je einer von Eschwege und Bad Hersfeld, seit zwei Jahren auch einer von Bad Sooden-Allendorf vorliegt. Beim Zusammenstellen und Herausgeben ist jeweils der Eschweger Historiker York-Egbert König beteiligt gewesen, nun auch beim Lesebuch über Heiligenstadt. Diesmal hat er mit Thomas T. Müller, dem Direktor der Mühlhäuser Museen und zuvor Stadtarchivar in Heiligenstadt, zusammengearbeitet.

Historische Beschreibungen und ein Gang durch die Geschichte leiten das 208 Seiten starke Lesebuch ein, dann dreht es sich um Kirchen und Klöster, Wirtschaft und Fremdenverkehr, Brauchtum und Feste, auch um berühmte Personen, die mit der Eichsfeld-Metropole in Verbindung stehen – von Theodor Storm über Karl Friedrich Schinkel und Heinrich Heine bis Helmut Kohl.

Und wenn es am Ende des Bandes noch in die Umgebung geht, streifen kurze Geschichten auch den Hülfsberg, die Burg Hanstein, das Stockmacherdorf Lindewerra und „des Teufels Kanzel“. (Stefan Forbert)

Ursel Lange: Asbach-Sickenberg, Landkreis Eichsfeld, 1284–2009, Festschrift zum 725-jährigen Jubiläum, hg. v. d. Gemeindeverwaltung Asbach-Sickenberg 2009, 84 S., 118 Abb., brosch., 10,00 €

Die Bürgermeisterin und Ortschronistin von Asbach-Sickenberg, jener kleinen Doppelgemeinde an der Westgrenze des Eichsfeldes, ist die Autorin der ansprechenden Festschrift, die nicht nur die Jubiläumsfeier inhaltlich bereicherte, sondern allen Asbachern und Sickenbergern – vor allem auch jenen, die nicht mehr im Heimatdorf wohnen – von nun an die Möglichkeit bietet, Informationen über die historischen Wurzeln und wichtige Geschichtsdaten gedruckt vorliegen zu haben. Ursel Langes jahrelanges Forschen und Sammeln hat sich für sie und ihre Bürger gelohnt, wie in vielen anerkennenden Dankesworten für die reich bebilderte Schrift zum Ausdruck kam.

Nach einer einleitenden Vorstellung der beiden kleinen Orte folgt ein Aufsatz über die Ersterwähnung im Jahre 1284, den York-Egbert König aus Eschwege verfasste (s. EHZ 7/8-2009, S. 248ff.). Auf mehreren Seiten wird die zu Asbach gehörende Burg und Ruine Altenstein und deren 680-jährige Geschichte behandelt, bevor eine Zeittafel auf fünf Seiten einen Überblick über die wich-

tigsten, nachweisbaren Ereignisse in der Gemeinde vermittelt.

Den einschneidenden Höhepunkten des 20. Jahrhunderts sind mehrere Kapitel mit beeindruckenden Bilddokumenten gewidmet. Es handelt sich dabei um das Wanfrieder Abkommen, in dessen Ergebnis beide ursprünglich hessischen Orte zum Eichsfeld gelangten, um die Bedingungen infolge der abgeschiedenen Lage unmittelbar an der deutsch-deutschen Grenze sowie um die Grenzöffnung 1989.

Die folgenden 20 Jahre der „Umgestaltung und Erneuerung“ werden am Beispiel einzelner Objekte dargestellt. Bevor die Vereine und das international bekannte Grenzmuseum „Schiffersgrund“ präsentiert werden, gibt es Kapitel zur evangelischen Versöhnungskirche in Asbach und deren Pfarrern sowie zur einstigen Schule mit ihren Lehrern. Erinnerungen an eine „Friedhofwildnis“ stammen von Martin Otto Johannes, und die Aufzeichnungen eines „Zugezogenen“ steuert abschließend Wolfgang Hellwig bei. (Josef Keppler)

Albert Kohl: Der Hülfsberg und sein Nahbereich vor, während und nach dem Fall der innerdeutschen Grenze 1989, eine Bilddokumentation auf DVD mit 194 Fotos und einer Übersichtskarte, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-86944-009-5), 9,95 €

Mit Unterstützung durch Heribert Arens hat Albert Kohl eine Auswahl aus seinem fotografischen Fundus zusammengestellt, der die Verhältnisse auf und rund um den Hülfsberg dokumentiert, jener Wallfahrtsstätte, die durch eine Jahrhunderte alte Tradition geprägt und dann zur SED-Zeit fast unerreichbar war, seit 1989 aber wieder aufgeblüht ist und erneut die Menschen in Scharen anzieht.

Klaus Matwijow: Begegnungen. Menschen-Ansichten-Ereignisse in der Region Eichs-

feld, hg. v. Helmut Mecke, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-86944-005-9), 144 S., 147 Abb., geb., 14,95 €

Über Jahrzehnte war der aus Herzberg am Harz stammende Autor als Fotoreporter im Eichsfeld unterwegs und hat dabei in unzähligen Aufnahmen Menschen, Traditionen, Ereignisse, Ansichten und Einsichten aus einer sich stets als etwas Besonderes empfindenden Region festgehalten. Dabei dürfte das Bildmaterial aus der Wendezeit ein besonderes Interesse wecken. Zahlreiche Fotos werden hier erstmals veröffentlicht, da in den Jahren zuvor nicht immer alles Verwendung finden konnte. Wer den Band zur Hand nimmt, der wird auch sehr schnell feststellen, dass ein gutes, handwerklich gefertigtes schwarz-weiß Foto noch immer einen nicht zu unterschätzenden eigenen Reiz hat.

Manfred Lückert: Im Märzen der Bauer. Bäuerliches Leben aus Thüringen, Werra-Meißner und dem Eichsfeld, 3. überarbeitete u. wesentlich ergänzte Auflage, Bad Langensalza: Rockstuhl 2009 (ISBN 978-3-86777-046-0), 272 S., 370 Abb., geb., 26,00 €

Da die Auflagen aus den Jahren 1984 und 1989 vergriffen waren, entschloss sich Verf. zur Befriedigung der vorhandenen Nachfrage zu einer dritten, überarbeiteten und um den eichsfeldisch-thüringischen Raum ergänzten Ausgabe seiner Bilddokumentation über das bäuerliche Leben. Dabei reicht der Blick von der vorigen Jahrhundertwende bis in die 1960er Jahre zurück, in die vermeintlich gute alte Zeit von 100 Ortschaften zu beiden Seiten der Werra. Harte Arbeit, aber auch Fröhlichkeit und Geselligkeit prägten eine Zeit, in der der Bauer im Märzen noch seine Rösser anspannte und Technik eher selten anzutreffen war.

Torsten W. Müller: Dieterode. Aus der Geschichte eines Eichsfeldorfes 1184–2009,

Dieterode 2009, 160 S., 160 Abb., geb., 16,90 €

Dass auch eine relativ kleine Ortschaft von unter hundert Einwohnern eine ansprechende Chronik stemmen kann, wird hier eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Alle wesentlichen Aspekte der Ortsgeschichte werden anschaulich dargestellt, vom Beginn der schriftlichen Überlieferung 1184 über den Zusammenbruch des SED-Regimes, als das Dorf aus seiner Isolation im Sperrgebiet entlang der Grenze befreit wurde, bis in die jüngste Zeit, die Dieterode und seinen Menschen neue Möglichkeiten bescherte.

Anneliese Blacha: Weihnachtsgeschichten eines Jahrhunderts, Ferna 2009 (ISBN 978-3-939848-23-3), 224 S., mit Abb. u. Ill., geb., 12,90 €

Wer bereits die Eichsfelder Spinnstubengeschichten dieser Autorin kennt, der wird evtl. auch gern zu diesem Band greifen, der eine Sammlung von 99 Berichten, Märchen und Gedichten enthält und dabei eine Zeitspanne von nahezu 100 Jahren umgreift, vom I. Weltkrieg bis in die Gegenwart. Schon früh hat Blacha selbst Märchen geschrieben, aber es sind auch solche darunter, die ihre Mutter in Kindertagen erzählt hat. Ein Ausflug in die weihnachtliche Backstube und einige Rezepte runden die Sammlung ab. Zur Illustration wurden Zeichnungen der Autorin, aber auch solche ihres Vaters, des Kirchenmalers Joseph Richwien aus Lengsfeld/Stein, verwendet.

Wolfgang Große: Aus dem Umkreis der Kamine. Überlebende eines KZ-Außenkommandos kommen zu Wort, hg. v. d. Gemeinde Niederorschel, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-935517-87-0), 224 S., 63 Abb., brosch., 14,95 €

Im Frühjahr des Jahres 1944 werden zum Schutz vor alliierter Bombardierung

Teile der Rüstungsproduktion der Junkers-Werke von Dessau nach Niederorschel in das Sperrholzwerk Becher verlegt. Als Arbeitskräfte werden Häftlinge aus Buchenwald ins Eichsfeld verpflichtet. Aber bereits nach wenigen Monaten wird das Außenkommando wieder aufgelöst. Zu Fuß treten die Häftlinge am 1. April 1945 den Rückmarsch nach Buchenwald an, wo sie am 10. April eintreffen. Damit scheint ihr Schicksal besiegt. Doch glücklicherweise wird das KZ am folgenden Tag durch amerikanische Truppen befreit! Neben den historischen Details sind es vor allem die Berichte der Überlebenden, die dieses Buch so bemerkens- und lesenswert machen.

Hans-Gerd Adler: Brückenköpfe, hg. v. d. Gedenkstätte Grenzmuseum „Schiffersgrund“, Arbeitskreis Grenzinformation e.V., Asbach-Sickenberg 2009 (ISBN 978-3-00-028444-1), 296 S., 44 Abb., geb., 14,90 €

20 Jahre friedliche Revolution und Zusammenbruch des SED-Regimes werden hier zum Anlass genommen, um Zeitzeugen der Ereignisse im Herbst 1989 und deren eigenes Mitwirken daran vorzustellen, die Brücken schlugen von der Diktatur zur Demokratie. Wir werden mit 32 Frauen und Männern, ihren Lebensläufen und beruflichen Wegen bekannt gemacht. Was haben sie erlebt oder erdulden müssen, auf welche Weise haben sie sich zur Wendezeit und danach engagiert. Teilweise dauert ihre Arbeit in Öffentlichkeit oder Verwaltung bis heute an, wenn man z.B. an den Landrat des Eichsfeldkreises, Dr. Werner Henning, oder an Ernst Beck, den Bürgermeister von Heiligenstadt, denkt. Dabei wird deutlich, dass die demokratische Gesellschaft kein Gottesgeschenk ist, sondern nur dann gedeihen kann, wenn Menschen sich einbringen und für die freiheitlichen Werte zur Not auch auf die Straße gehen.

Carl Scharfenberger: Die lateinischen Urkunden der Politischen Geschichte des Eichsfeldes und der Eichsfeldischen Kirchengeschichte in deutscher Übersetzung, hg. v. Maik Pinkert i. A. d. Bischöflichen Kommissariats, Heiligenstadt: Eichsfeld Verlag 2009 (ISBN 978-3-935782-14-2), 318 S., geb., 20,00 €

Dem pensionierten Pfarrer aus Büttstedt (geb. 1923) gebührt das Verdienst, durch seine hier vorgelegten Übersetzungen auch den Urkundenanhang der oben genannten Werke Johann Wolfs (1743–1826) aus den Jahren 1792/93 und 1816 einem größeren Interessentenkreis zugänglich zu machen. Zusätzlich bietet er Übertragungen der jährlichen Berichte der Jesuiten zu Heiligenstadt aus den Jahren von 1574 bis 1772 an, die Wolf in einem Appendix zu seiner Kirchengeschichte 1820 herausgegeben hatte.

Storm-Blätter aus Heiligenstadt, 15. Jahrgang/2009, hg. v. Literaturmuseum Theodor Storm, Heiligenstadt 2009 (ISBN 978-3-00-027875-4), 116 S., 11 Abb., SU, brosch., 8,50 €

(Regina Fasold) Editorial; Eckart Pastor: Tugendbold und bibbernder Erotiker. Storm und seine Novelle *Waldwinkel* im Urteil Fontanes; David A. Jackson: Das dicke Dornröschen. Storms Tochter Lucie; Karl Ernst Laage: Die Leidensjahre der Dorothea Jensen nach ihrer Affäre mit Theodor Storm; Peter Goldammer: Vom Landrat zum Regierungsrat. Noch einmal: Alexander von Wussows Versetzung von Heiligenstadt nach Arnshausen; Margot C. Gupper: *Ich schau Ihnen oftmals durch die Lupe ins Gesicht*. Die österreichische Schriftstellerin Ada Christen und ihr Briefwechsel mit Theodor Storm; Regina Fasold: *Zwei Dankesbriefe nach Deutschland*. Thomas Manns Korrespondenz mit Theodor Schröter und Grete Walter aus Mühlhausen zwischen 1949 und 1955; Christa Grimm: Gerhard Altenbourg – Landschaften und Figuren. Eröffnungsvortrag zur Ausstellung im Literaturmuseum am 13.2.2008.

Dieser Ausgabe liegt als Einlegeblatt eine Kopie der Grafik *Bulemanns Haus* von Gerhard Altenbourg bei, die das Literaturmuseum im Original erwerben konnte.

Eichsfeld-Jahrbuch, 17. Jahrgang/2009, hg. v. Verein für Eichsfeldische Heimatkunde u. v. Heimatverein Goldene Mark, Duderstadt: Mecke 2009 (ISBN 978-3-86944-006-4), 352 S., 109 Abb., brosch., 25,00 €

Thomas Wurzel: Lust auf Nähe – wo liegt morgen unsere Heimat? (Festansprache 100 Jahre VEH 2006); Michael Köhler: Alte Höhenstraßen in Nordwestthüringen; Peter Aufgebauer: *Zum Wohle der Jakobspilger*. Eine Duderstädter Bruderschaft und ihr Hospital; Ulrich Hussong: War Duderstadt eine Hansestadt?; Bernd Mahr: ... aus dem Brot flossen drei ziemlich große Blutstropfen. Blutwunder in Mühlhausen; Peter Anhalt: *allwo die selige Mutter Gottes Himmelfahrt Patronin wäre*. Dechant Johannes Simerodt, Begründer der Pferdewallfahrt zu Etzelsbach; Helmut Godehardt: Bemerkungen zu den urkundlichen Ersterwähnungen von Fuhrbach, Wintzingerode und Gerblingerode; Josef Reinhold: Salzhütten, Glasöfen und Pulvermühlen im Amt Scharfenstein; Tilo Rumann: Familienwappen und Inschriften am Haus Hinterstraße 73 in Duderstadt; Paul Lauerwald: Zwei Jesuitenpatres gegen einen evangelisch-lutherischen Konvertiten; Monika und Gerd Leukefeld: Über einige Domänen im Eichsfeld zwischen 1807 und 1814; Johann von Kalker/Peter Anhalt: Vom Wandermusikanten zum Musikdirektor. Der Komponist und Klarinettist Heinrich Neumann (1792–1861); Fabian Fahlbusch: Der Familienname Fahlbusch auf dem Eichsfeld; Rudolf Lucas: Von der Papiermühle zur Nadelfabrik. Zur Industriegeschichte Heiligenstadts; Martin Röhrig: Wanderarbeiter aus dem Eichsfeld im 19. Jh.; Torsten W. Müller: Kirchliche Kunst des Historismus im Eichsfeld. Das Leben und Wirken des Bildhauers Christoph

Staender (1854–1910); Josef Keppler: Neue Literatur über unsere Heimat (77 Titel).

Mühlhäuser Beiträge 32/2009, hg. v. Mühlhäuser Geschichts- und Denkmalpflegeverein in Zusammenarbeit mit den Mühlhäuser Museen und dem Stadtarchiv, Mühlhausen/Thüringen 2009 (ISBN 978-3-935547-33-1), 140 S., 38 Abb., brosch., 10,00 €

Peter Bühner: Vor 70 Jahren – Der Abschluss des Hitler-Stalin-Paktes und der Beginn des II. WK.; Steffen Raßloff: Jahrestage deutscher Teilungsgeschichte. 60 Jahre doppelte Staatsgründung 1949 und 20 Jahre friedliche Revolution in der DDR 1989; Bernd Mahr: Stilllegung der Mühlhäuser Straßenbahn vor 40 Jahren; Rolf-Peter Rommel†: Bernhard Klett (1877–1954), eine janusköpfige Persönlichkeit aus dem Mühlhäuser gesellschaftlichen Leben der 1. Hälfte des 20. Jh.; Bernd Mahr: Friedrich August Stüler und ein „Sommerhaus in Mühlhausen“. Untersuchungen zu Stülers Wohnungsbauten in Mühlhausen; Bernd Mahr: Der Johannisborn im Johannistal; Michael Kruppe: Die Verpfändung von Mühlhausen und Nordhausen im Jahre 1323; Martin Sünder: Der Verkauf des Mühlhäuser Rathauses im Jahre 1385 durch die Grafen von Gleichen; Paul Lauerwald: Die Geldwerte in der Urkunde von 1385 und der Aufstellung der Lehengüter der Grafen von Gleichen in Mühlhausen aus dem selben Jahr; Ernst Koch: *Die güldne Poesie und süße Musica* ... Dichtung und Musik im persönlichen Beziehungskreis Johann Sebastian Bachs in Mühlhausen; Isabell Schmauch: Eine neue Sicht auf den Reformator Thomas Müntzer. „Ruf-Leid-Aufbruch“ von Klaus-Michael Stephan in der Marienkirche zu Mühlhausen; Peter Bühner/Ingolf Schwedler: Die Standardmaße der vier Haupttore der Inneren Mühlhäuser Stadtmauer; Thomas T. Müller: Franziskaner in Thüringen (Rückblick auf eine Ausstellung der Mühlhäuser Museen 2008); Frank Schulz: Chronik der Stadt Mühlhausen 2008.

Was uns außerdem in Hessen und Thüringen auffiel

von York-Egbert König

Kulturelle Entdeckungen. Literaturland Hessen, hg. v. d. Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Regensburg: Schnell+Steiner 2009 (ISBN 978-3-7954-2190-8), 344 S., ill., brosch., 9,90 €

Rechtzeitig zum 2.Tag der Literatur in Hessen am 10.5.2009 und zum Beginn der Ausflugsaison ist in der Reihe *Kulturelle Entdeckungen*, die von der Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen herausgegeben wird, der neue Literaturführer für ganz Hessen erschienen. Zu den kulturellen Sehenswürdigkeiten des Landes gehört nun also auch die Literatur, wenn der Band zu Dichterhäusern und Gedenkorten führt, Städte und Landschaften aus der Sicht der Literaten beschreibt und dabei auch vergessene AutorInnen wiederentdeckt. Nach dem Alphabet der Literaturstätten von Alsbach-Hähnlein (Ernst Niebergall) im Landkreis Darmstadt-Dieburg bis Zierenberg (Emanuel Geibel) im Landkreis Kassel ist der Führer in besonderen Abschnitten unterwegs auf den Spuren von Krimiautoren, jüdischen Schriftstellern, schreibenden Frauen, Mundartdichtern sowie der Familie Büchner, der Brüder Grimm, der Romantiker und Goethes. Das Projekt ist in Deutschland einzigartig. Grundlage waren drei von hr2-Kultur und dem ADAC Hessen-Thüringen herausgegebene Broschüren, die die hessische Literaturtopographie erstmals erschließen sollten. Jetzt stellen hier neun Autoren mit Hilfe zahlreicher ZuträgerInnen vor Ort die gesammelten Informationen und Geschichten sehr viel ausführlicher dar. Gleichzeitig erhalten wir Lesetipps und Hinweise auf Auskunft gebende Stellen in der je-

weiligen Kommune. Ein Register der aufgenommenen Autoren erleichtert die lokale Zuordnung bei der Erkundung der hessischen Literaturlandschaft. Die Mühe der Herausgabe sei durch regen Zuspruch belohnt! Dabei möchte man auch hoffen, dass das Buch in anderen Bundesländern mit nicht geringerer Literaturtradition zur Nachahmung anregen möge.

Jürgen Nolte: Adel in Nordhessen, Gudensberg-Gleichen: Wartberg 2009 (ISBN 978-3-8313-2058-5), 64 S., farbig ill., geb., 19,90 € Eigentlich gilt der Adel als abgeschafft, denn seit den Jahren der Weimarer Republik sind Titel nur noch Teil des Namens, aber trotzdem geht von den seinerzeit bestimmenden Familien immer noch ein Faszinosum aus. Hier werden nun zwölf von ihnen in reich bebilderten Kapiteln und in alphabetischer Reihung vorgestellt: Baumbach, Berlepsch, Bischoffshausen, Boyneburgk, Dörnberg, Gilsa, Grote, Hessen, Riedesel zu Eisenbach, Schenck zu Schweinsberg, Trott zu Solz und Waldeck-Pyrmont, die fast alle zum sog. Uradel gehören, weil sie schon um 1350 in Erscheinung traten. Dabei kann man u. a. nachlesen, wie die aktuellen Namensträger aufgewachsen sind, leben und arbeiten oder die kostspielige Erhaltung von Schlössern und Gutshöfen bewältigen, und z.B. erfahren, dass sich Moritz Landgraf von Hessen auch als Kunstförderer, Winzer und Hotelier betätigt und es einer Prinzessin aus Arolsen zu verdanken ist, dass wir den Mitgliedern des Hauses Oranien auch heute noch zuwinken können.

Prinz Heinrich von Hessen/Enrico d'Assia (1927–1999), Maler und Sammler, hg. v. d. Hess. Hausstiftung Museum Schloss Fasanerie, Eichenzell 2009 (ISBN 978-3-9807134-7-4), 80 S., ill., brosch., 8,60 € Moritz Landgraf von Hessen und gegenwärtiger Chef des hessischen Gesamthauses hat auf Schloss Fasanerie bei Fulda einige Räume als museale Erinnerung an seinen

Bruder Heinrich einrichten lassen, der hier als durchaus interessante Künstlerpersönlichkeit präsentiert wird und der auch immer noch unter seinem italienischen Namen Beachtung findet, da er viele Jahre seines Lebens aufgrund der Herkunft seiner Mutter, der Prinzessin Mafalda von Savoyen (1902–1944), in Italien verbracht hat.

Bernd Heidenreich / Eckhart G. Franz (Hg.): Kronen, Kriege, Künste. Das Haus Hessen im 19. u. 20. Jh., Frankfurt: Societätsverlag 2009 (ISBN 978-3-7973-1142-9), 318 S., 59 Abb., brosch., 14,80 € (auch bei der Hess. Landeszentrale für politische Bildung in 65183 Wiesbaden, Taunusstraße 4-6 für einen geringen Beitrag erhältlich).

Die Geschichte Hessens und seiner früheren Teilstaaten ist untrennbar mit der Dynastie gleichen Namens verbunden. Als eine der bedeutendsten europäischen Adelsfamilien, deren Leitung in der Person des Landgrafen Moritz (* 1926) seit geraumer Zeit wieder in einer Hand vereint ist, hat sie Entwicklung und kulturelle Identität unseres Landes nachhaltig geprägt. Die hier versammelten Beiträge wollen anregen, die hessische und deutsche Vergangenheit am Beispiel dieser Familie und ihrer Repräsentanten neu zu entdecken, indem sie verschiedene Aspekte beleuchten: wie Hessen-Kassel seine Eigenstaatlichkeit verlor, warum sich Hessen-Darmstadt behaupten konnte, oder über den sozialen Einsatz der weiblichen Familienmitglieder, das Kunstmäzenatentum und die Verstrickungen des Hauses Hessen in der NS-Zeit u.a.m.

Jörg Lindenthal: Kulturelle Entdeckungen: Archäologische Denkmäler in Hessen, Regensburg: Schnell+Steiner 2007 (ISBN 978-3-7954-1850-2), 221 S., farbig ill., brosch., 9,90 € (aus dem WMK finden die Boyneburg sowie das sog. Römerlager bei Bad Sooden-Allendorf und die Kammerbacher bzw. Hilgershäuser Höhle Erwähnung)

Kulturelle Entdeckungen Nordhessen, Band 3: Landkreis Fulda, Landkreis Hersfeld-Rotenburg, Werra-Meißner-Kreis, hg. v. d. Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Kassel: Jenior 2007 (ISBN 978-3-7954-1849-6), 203 S., farbig ill., brosch., 9,90 €

Mit der Vorlage des 3. Bandes wurde der nördliche Anteil des Landes komplettiert. Die Bände 1 und 2 galten zuvor den Kreisen Waldeck-Frankenberg und Schwalm-Eder (1999) sowie Stadt und Landkreis Kassel (2002).

Im vorliegenden Band stellt der Werra-Meißner-Kreis mit 60 Einträgen aus 45 Orten den Hauptanteil an beliebten, bekannten, evtl. aber auch erst wieder neu zu entdeckenden regionalen Sehenswürdigkeiten. Die Textbeiträge haben u. a. Dorette v. Boyneburgk, Herbert Fritsche, Agnes Huck, Karl Kollmann, Matthias Roeper, Ilse v. Scharfenberg, Gerhard Seib und Engelbert Thielemann beigeleitet. Darüber hinaus werden Hinweise auf Öffnungszeiten, Zugänglichkeit und betreuende Personen angeführt. Ebenso hilfreich sind Erläuterungen zu Fachbegriffen und Verweise auf relevante Veröffentlichungen.

Kassel Lexikon A-Z, hg. v. d. Stadt Kassel, 2 Bände, Kassel: euregio 2009 (ISBN 978-3-933617-32-3), 416 u. 400 S., ill., Format Din A4, geb., 88,- €

Rund um den Alheimer, Band 31/2010, hg. v. Geschichtsverein Altkreis Rotenburg im VHG, Rotenburg/Fulda 2010, 76 S., 40 Abb., brosch., 8,00 €

Albert Schmidt: 352 Jahre Lehrer- und Schulgeschichte in Gilfershausen; Lars Rosinsky: Der Adel im Altkreis Rotenburg: Bartheld auf Mischels bei Breitenbach; Oswald Hofmann/Karl-Heinz Berndt: Das Flüchtlingskreuz auf dem Kirchberg bei Weißenhasel; Eike Henning Michl: ... das Schloss auf dem Berge bei Rotenburg. Burg und Baubefunde, Gestalt und Funktion der Burg Rodenberg; Peter Kehm: 100 Jahre – vom Reichsbahn-Über-

nachtungsgebäude bis zur Syrisch-Orthodoxen Kirche in Bebra; Karl-Heinz Kessler: Ein Flugzeugabsturz im Kriegsjahr 1944 – eine Beinahe-Katastrophe für Breitau; Gerhard Seib: Zum Abbruch des von Baumbachschen Herrensitzes in Sontra; Karl-Heinz Kessler: Die hölzerne Wasserleitung aus dem 16. Jh. – ein Zufallsfund in Sontra-Donnershagen.

Kulturelle Entdeckungen Thüringen, Band 1: Landkreis Eichsfeld, Kyffhäuserkreis, Landkreis Nordhausen, Unstrut-Hainich-Kreis, hg. v. d. Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, Regensburg: Schnell & Steiner 2009 (ISBN 978-3-7954-2249-3), 248 S., 248 Abb., 1 Übersichtskarte, brosch., 9,90 € Der Band präsentiert gut 200 nicht nur berühmte, sondern auch weniger bekannte und manchmal sogar versteckt liegende Sehenswürdigkeiten und Kulturstätten in 115 Orten der nördlichen Landkreise Thüringens und lädt zu deren Entdeckung ein. Das größte Angebot finden wir dabei im Eichsfeldkreis, u. a. mit Textbeiträgen von Josef Keppler und Thomas T. Müller. Neben den Beschreibungen werden nützliche Hinweise zu Lage, Öffnungszeiten und Anfahrtswegen geliefert. Verzeichnisse gebräuchlicher Begriffe und weiterführender Literatur runden den viel versprechenden Band ab.

Kirchworbis. Ein Dorf im Spiegel der Zeit. Ein Handbuch zum 800-jährigen Ortsjubiläum 2009, Kirchworbis 2009, 498 S., ill., geb., 29,99 € (wegen des regen Zuspruchs bereits in 4. Auflage erschienen; der Ort hat 1425 Einwohner)

Konrad Kratzsch: Klatschnest Weimar. Ernstes und Heiteres, Menschlich-Allzumenschliches aus dem Alltag der Klassiker, 3., wesentlich erweiterte Auflage, Würzburg: Königshausen & Neumann 2009 (ISBN 978-3-8260-4129-7), 210 S., brosch., 16,80 €

Andrea Schütte-Bubenik: Eine unerhörte Reise in die Goethezeit. Handbuch für Kul-

turverdrossene, Würzburg: Königshausen & Neumann 2009 (ISBN 978-3-8260-4104-4), 244 S., brosch., 19,80 €

Alle Freunde Weimars, einer der deutschen Kulturhauptstädte schlechthin, seien auf zwei Veröffentlichungen aufmerksam gemacht, die den Alltag und die Verhältnisse im historischen Weimar zur Goethe-Zeit launig und unterhaltsam schildern. Ausgehend von den Quellen wie Briefwechsel, Tagebücher und zeitgenössische Darstellungen, aber auch Biographien und andere Sekundärliteratur, wird ein buntes Kaleidoskop von Ereignissen und Begebenheiten, Ernstem und Heiterem, Derbem und Besinnlichem aufgeblättert, vieles von dem also, was den Hof und die Bürger der Stadt beschäftigte und damals wichtig war, ohne jedoch die Protagonisten schadenfroh bloßzustellen: wie man Goethe empfing, wie Schiller bei Anna Amalia Kirschkuchen aß, wie es bei Herder zuhause zuging, wie treu die Ehefrauen waren, was man vom ersten Heißluftballon hielt, aber auch Leben und Leiden des sog. kleinen Mannes oder etwa die Entwicklung des Theaters, womit u. a. mal wieder bewiesen ist, dass auch die Jagd auf Prominente keine Erfindung der Neuzeit ist.

Annette Seemann: Das Weimarer Residenzschloss, Frankfurt: Insel 2009 (ISBN 978-3-458-19324-1), 128 S., 24 Abb., geb., 12,80 € (= Insel Bücherei Nr. 1324)

Annette Seemann: Die Geschichte der Herzogin Anna Amalia Bibliothek, Frankfurt: Insel 2007 (ISBN 978-3-458-19293-0), 128 S., 24 Abb., geb., 12,80 € (= Insel Bücherei Nr. 1293)

Die beiden ansprechend gestalteten Bändchen aus der Feder der bekannten Literaturwissenschaftlerin und Sachbuchautorin stellen uns zwei bedeutende Kulturstätten der Klassikerstadt und ihre wechselvolle Geschichte vor.

Die Herzogin Anna Amalia Bibliothek ist die wichtigste für die deutsche Literatur zwischen 1750 und 1850 und erhielt nach der

Wende ihren jetzigen Ehrennamen. Der verheerende Brand des Jahres 2004 vernichtete wertvolle Bestände, die Rettungsaktionen und eine überwältigende Spendenbereitschaft machten weltweit Schlagzeilen. 2007 konnte das Gebäude nach umfangreicher Restaurierung wiedereröffnet werden.

Das Residenzschloss war nicht nur Wohnsitz der Herzogin. Hier wurde die *Fruchtbringende Gesellschaft zur Reinigung der deutschen Sprache* gegründet. Nach einer Feuersbrunst versuchte Goethe beim Wiederaufbau sein in Italien entwickeltes Architekturideal zu verwirklichen. Hier tagten die Abgeordneten in der Gründungsphase der Weimarer Republik. Heute wird es museal genutzt und beherbergt eine nicht nur für Thüringen wichtige Gemäldegalerie.

Jahresbericht 2009

Über unsere Mitglieder

Zum Jahresende 2008 zählte unser Verein 163 Mitglieder.

Im Jahr 2009 ist verstorben:

02.02.2009 Dr. Günter Gebhardt,
Eschwege

Es meldeten sich aus unserem Verein ab:

31.12.2009 Annelore Götze, Eschwege
31.12.2009 Rudolf Jost, Eschwege
31.12.2009 Elfriede Mähler, Eschwege

Es meldeten sich neu im Verein an:

01.01.2009 Andreas Kühnel, Eschwege
10.03.2009 Klaus Liebeskind, Eschwege
01.08.2009 Ingeborg Blaurock, Eschwege

Somit zählt unser Verein zum Jahresende 2009 162 Mitglieder.

Veröffentlichungen

Im Mai 2009 erschien Heft 20 der Eschweger Geschichtsblätter. Es umfasste 100 Seiten und enthielt die folgenden Beiträge: Straßennamen nach Personen in Eschwege (Karl Kollmann); Jacob Christoph Heinemann (1794–1863). Vom „Lützower Jäger“ zum erfolgreichen Eschweger Unternehmer (Wittekind Herwig und Karl Kollmann); Vor 200 Jahren ... Leopold von Hohenhausen (1779–1848) wird westphälischer Unter-Präfekt in Eschwege (York-Egbert König); Ein Eschweger Bierbrauer erobert Amerika (Jürgen Beck); Unterirdisches Eschwege (Karl Kollmann); Eine alte Tür aus Datterode (Thomas Beck). Es folgten Buchbesprechungen, der Jahresbericht unseres Vereins für 2008 sowie das Inhaltsverzeichnis der ersten 20 Hefte der Eschweger Geschichtsblätter.

Kurz vor Weihnachten konnte die dritte, überarbeitete und erweiterte Auflage des kunst- und kulturgeschichtlichen Stadtführers von Eschwege vorgestellt werden. Das von Dr. Thomas S. Huck und Dr. Thomas Wiegang konzipierte und vom Geschichtsverein Eschwege herausgegebene Heft erfreut sich großer Beliebtheit, sind doch schon zwei Auflagen ausverkauft. Im handlichen Format von 12 x 23 cm und zum Preis von weiterhin nur 5,00 € entspricht es offenbar den Vorstellungen vieler Einheimischer und Auswärtiger. Es umfasst nunmehr 96 Seiten; neu ist der Beitrag „Rundgang zu Eschweger Persönlichkeiten“ von York-Egbert König.

Martin Arnold und Karl Kollmann gaben das Tagebuch des Superintendenten Johannes Hütterodt als Textband mit CD-Rom innerhalb der Veröffentlichungsreihe der Historischen Kommission für Hessen heraus. Damit ist es gelungen, eine wichtige Quelle zur Geschichte unserer Region in einer überregionalen wissenschaftlichen Reihe zu publizieren. Kristin Weber veröffentlichte ihr Buch über die Schlacht von Hastings im Jahr 1066. Karl Kollmann war mit kurzen Beiträgen an den Jubiläumsschriften von Diemerode, Rommerode und Retterode beteiligt; Agnes Huck bearbeitete mehrere Kapitel der Ortsgeschichte von Retterode. York-Egbert König arbeitete an der Chronik von Asbach mit und publizierte hierzu auch in der Eichsfelder Heimatzeitschrift. Hans Isenberg und Dr. Thomas Diehl arbeiteten an der Ortschronik von Breitau mit, die kurz vor Weihnachten vorgestellt wurde. Wolfram Brauneis, Stefan Forbert, Herbert Fritsche, York-Egbert König, Karl Kollmann und Gerhard Seib schrieben zu unterschiedlichen Themen in der Zeitschrift „Das Werraland“.

Studienfahrten

Im Jahr 2009 konnten sieben Studienfahrten mit Erfolg durchgeführt werden:

21.03.2009 Schloss Wilhelmsthal mit Schlossführung und Jahreshauptversammlung, 25 Teilnehmer

25.04.2009 Odenwaldfahrt mit Einhardbasilika, Schlossführung Erbach und Burg Breuberg, 18 Teilnehmer

06.06.2009 gemeinsame Fahrt mit dem ZV Hersfeld zum Mittelbau Dora und nach Nordhausen, 43 Teilnehmer, davon 12 aus Eschwege

20.06.2009 Kloster Wiebrechtshausen und Römerschlachtfeld am Harzhorn, Abschluss in Bad Gandersheim, 35 Teilnehmer

18.07.2009 Lohgerbermuseum Weida und Stadt Greiz, 28 Teilnehmer

15.08.2009 Ausstellung „Otto IV.“ in Braunschweig u. Pfalz Werla, 35 Teilnehmer

17.10.2009 Ausstellung Fritz Körner in Jena u. Burg Leuchtenburg, 46 Teilnehmer

Vortragsreihe

Gemeinsam mit der Historischen Gesellschaft des Werralandes und der Volkshochschule Eschwege wurden im Jahr 2009 wieder sechs Vorträge veranstaltet:

13.01.2009 Herbert Fritsche (Eschwege): Neues vom Dietemann (34 Zuhörer)

09.02.2009 Hans Isenberg (Langenhain): Markershausen im 19. Jahrhundert (66 Teilnehmer, DGH Herleshausen)

09.03.2009 Karl-Heinz Kessler (Breitau): Historische Wasserleitungen in Sontra (22 Zuhörer, Hotel Link in Sontra)

12.10.2009 Karl Kollmann (Bischhausen): Heilendes Wasser – Gesundbrunnen in unserer Heimat (40 Zuhörer)

09.11.2009 Karl-Hermann Wegner (Kassel): Zum Ende der Rotenburger Quart vor 175 Jahren (24 Zuhörer)

14.12.2009 Hans-Gerd Adler (Heiligenstadt): 20 Jahre Wende und Grenzöffnung zwischen Hessen und dem Eichsfeld (14 Zuhörer)

Tag der Hessischen Landesgeschichte

Der Tag der Hessischen Landesgeschichte fand diesmal am 19. September 2009 in Kassel im Ständehaus statt. Feierlicher Anlass war das 175-jährige Bestehen des Vereins für Hessische Geschichte und Landeskunde. Nach der Feierstunde lud der Verein zu einem Mittagessen ein, anschließend wurden mehrere Themenstadtführungen durch Kassel angeboten und zum Schluss die Mitgliederversammlung bei Kaffee und Kuchen abgehalten. Leider war der Zweigverein Eschwege nur mit drei Vorstandsmitgliedern vertreten; eine geplante Busfahrt kam nicht zustande und wird auch bei den nächsten Tagen der Landesgeschichte nicht mehr angeboten werden.

Kontakte

Die enge Verbindung des Geschichtsvereins Eschwege mit der Historischen Gesellschaft des Werralandes und der AG Archäologie an der VHS wird erfolgreich weitergeführt. Dies ist u. a. an der gemeinsam getragenen Vortragsreihe erkennbar. Die Personalunion in mehreren Personen sorgt hier für sichtbare Synergieeffekte. Gleiches trifft auch für die Weiterarbeit im Stadtarchiv und Stadtmuseum zu, die größtenteils ehrenamtlich betrieben werden. Die fortgesetzte Zusammenarbeit mit dem ZV Hersfeld wird an der Organisation einer gemeinsamen Studienfahrt deutlich. Auch die freundschaftlichen Kontakte mit dem Verein für eichsfeldische Heimatkunde und der AG Südniedersachsen wurden 2009 fortgesetzt.



Am Grab Ottos des Quaden im Kloster Wiebrechtshausen, 20.6.2009.



Besichtigung der Ausgrabungen am Römerschlachtfeld am Harzhorn, 20.6.2009.



In den Gassen der Fachwerkstadt Hornburg am Harz, 15.8.2009.

Bildnachweis

Christa K. Bayer: S. 39, 40, 41
Sebastian Brant: S. 102, 103
Ulrike Born: S. 35, 36, 39
Stefan Forbert: S. 126, 127
Christoph Heise: Titelbild li, S. 82, 83, 84, 85, 86
York-Egbert König: S. 14, 72, 79
Friedrich Körner: Titelbild re, S. 75, 76, 77, 78
Mezger, Narrenidee: S. 96, 97, 100, 101, 104

Autoren dieses Heftes

Stefan Forbert
Am Schindeleich 24
37269 Eschwege

Dr. Eveline Grönke
Schlehenweg 12
65719 Hofheim

Hartmut Hegeler
Sedanstraße 37
59427 Unna

Dr. Gisela Horn
Markt 26
07778 Dornburg

Hans Isenberg
Weinbergstraße 34
37287 Langenhain

Josef Keppler
Straße zur Einheit 4
37318 Lindewerra

York-Egbert König
Am Fuchsberg 3
37269 Eschwege

Christiane Mosler: S. 34
Nicole Riedel: S. 95
Heinz Ripka: S. 93, 94
Kristin Weber: S. 38
Landesarchiv Berlin: S. 72
Stadtarchiv Dortmund: S. 71
Stadtarchiv Eschwege: S. 8, 9, 91
(Nachlass Tellgmann); 69, 89
Stadtarchiv Kassel: S. 70

Dr. Karl Kollmann
Korbgraben 1
37284 Bischhausen

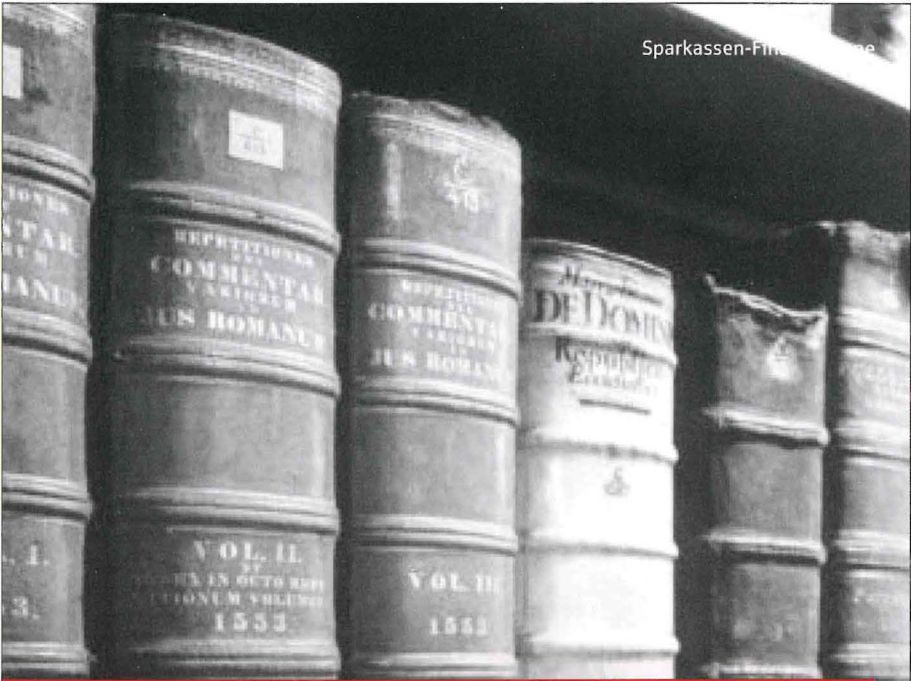
Prof. Dr. Dietfrid Krause-Vilmar
Esmarchstraße 63
34121 Kassel

Dr. Renate Tobies
Mittelstraße 31a
Birkenstein
15366 Hoppegarten

Ursula Vaupel
Döhlestraße 28
37269 Eschwege

Kristin Weber
Im Sieckgraben 5
37276 Meinhard-Neuerode

Edgar Weinlich
Wiesengasse 7
91161 Hilpoltstein



Sparkassen-Finanzgruppe

**Dieses Angebot
spricht Bände.
Lesen Sie mal rein.**

 **Sparkasse
Werra-Meißner**
Kurs: Zukunft

Als Geldinstitut, das fest in unserer Heimatregion verwurzelt ist, haben wir auch eine ganz besondere Verpflichtung für kulturelles Engagement. Freuen Sie sich aber auch auf die finanziellen Bestseller bei uns: von A wie Anlagen bis Z wie Zertifikate. Ein Angebot, das Bände spricht. Schauen Sie mal rein. www.kurs-zukunft.com

Literatur / Spezialanzeigen

Aus dem Inhalt

Dietfrid Krause-Vilmar:

Über die politische Tätigkeit des Eschweger
Bürgermeisters Dr. Alexander Beuermann
in den Jahren 1934–1945

Hartmut Hegeler und Ursula Vaupel:
Hexengedenken in Eschwege

Hans Isenberg:

Die private „höhere Töcherschule“ in
Eschwege von ihrer Gründung 1846 bis zu
ihrer Aufnahme in die städtische Mädchen-
Gesamtschule 1864

Renate Tobies:

Mädchenschulreform im Kontext der
mathematisch-naturwissenschaftlichen
Unterrichtsreform zu Beginn
des 20. Jahrhunderts

York-Egbert König:

Ein Leben für die Mathematik ...
Dr. Margarethe Kahn (1880–1942)
aus Eschwege

Gisela Horn:

Grete Körner (1907–1983)
Eine Jenaer Glaskünstlerin aus Eschwege

York-Egbert König:

Durch Briefwechsel mit Rilke unvergessen
Lisa Heise (1893–1969) verbrachte ihre
Jugend in Eschwege
Eine Erinnerung zum 40. Todestag

Geschichtsverein Eschwege
im Verein für
Hessische Geschichte und Landeskunde
Kassel 1834 e.V.

Lisa Heise (1893–1969):

Das Eschweger Krankenhaus um die
Jahrhundertwende

Eveline Grönke und Edgar Weinlich:
Ein Narr aus Hessen

Veröffentlichungen aus dem
Werra-Meißner-Kreis im Jahre 2009

York-Egbert König:

Veröffentlichungen aus den thüringischen
Nachbarkreisen im Jahre 2009

York-Egbert König:

Was uns außerdem in Hessen und Thüringen
auffiel

Jahresbericht 2009

Bildnachweis

Autoren dieses Heftes

